

Universität des Saarlandes  
Philosophische Fakultät  
Fachrichtung 5.4 - Geschichte

Schriftliche Hausarbeit zur Erlangung des Magistergrades der Philosophischen Fakultät der Universität des Saarlandes

Thema:

„Polnische Greuel“  
Der Propagandafeldzug des Dritten Reiches gegen Polen

gestellt von: Prof. Dr. Jörg K. Hoensch

vorgelegt am: 29. März 1994

von: Thomas Kees  
Rotenbergstr. 17  
D-66111 SAARBRÜCKEN

Longkampstr. 12  
D-54292 TRIER



## Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
Teil I: Die deutsch-polnischen Beziehungen in der Zwischenkriegszeit	5
1. Die Weimarer Republik und die Republik Polen	5
1.1 Der Friedensvertrag von Versailles und die Festlegung der Grenzen	5
1.2 Das deutsch-polnische Verhältnis in den zwanziger Jahren	10
1.2.1 Das Locarno-Abkommen und Deutschlands Eintritt in den Völkerbund	10
1.2.2 Die Minderheitenfrage	13
1.3 Die frühen dreißiger Jahre: Verhärtung der Fronten	19
Zwischenfazit	23
2. Das Dritte Reich und Polen	25
2.1 Der Umschwung im deutsch-polnischen Verhältnis	25
2.2 Die Jahre der „Partnerschaft“	29
2.2.1 Die beginnende Annäherung: Das Scheitern der polnischen Balancepolitik	29
2.2.2 Nationalsozialistischer Machtzuwachs und polnische Scheinerfolge: Minderheitenerklärung, „Anschluß“ Österreichs und Sudetenkrise	33
2.3 Die Entfesselung des Krieges	37
2.4 Ausblick: Die deutsche Besatzungsherrschaft in Polen	42
Teil II: Die Propaganda des Dritten Reiches gegen Polen	45
1. Stellenwert und Methoden der nationalsozialistischen Propaganda	45
2. Der institutionelle Rahmen	49
2.1 Aufbau und Funktion des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda	49
2.2 Methoden der Presselenkung	51
3. Die deutsch-polnischen Beziehungen in der deutschen Presse und Publizistik	56
3.1 Die Ausgangslage	56
3.2 Die Nichtangriffserklärung vom 26. Januar 1934 und die Auswirkungen des Presseabkommens vom 25. Februar 1934	66

4. Das „neue“ Bild von Polen: Ausdrucksformen und Grenzen der taktischen Partnerschaft	74
4.1 Grundlinien der Berichterstattung über Polen	74
4.2 Polen und die Sudetenkrise	80
4.3 Die „unterirdische Propaganda“	83
5. Der Propagandafeldzug des Jahres 1939	87
5.1 Phasen der Pressekampagne	87
5.1.1 Der Umschwung in der Berichterstattung	87
5.1.2 Die Aufnahme der Propaganda	91
5.1.3 Verfolgungs- und Greuelpropaganda	97
5.1.4 Die Pressepropaganda nach Kriegsbeginn	106
5.2 Die Rolle der Publizistik	111
5.2.1 Die „Entdeutschung“ Polens: Der Kampf gegen die Minderheit	114
5.2.2 „Polnische Großmannssucht“: Das expansive Polen	117
5.2.3 „Polnische Greuel“	118
6. Die Wirkung der Propaganda	122
Schlußbemerkung	127
Quellen und Literatur	131
1. Quellen	131
2. Sekundärliteratur	134

## Einleitung

„Was durch Papierkugeln zu gewinnen ist, braucht dereinst nicht durch stählerne gewonnen zu werden“

Adolf Hitler, 22. Oktober 1922

„Wer Zeit und Geld hat, kann soviel Propaganda treiben, wie er will“

Józef Beck, 15. Februar 1933

Die Polenpolitik Adolf Hitlers ist gekennzeichnet durch zwei radikale Kehrtwendungen im Zeitraum nur einer halben Dekade, Brüche, die zu begründen und zu rechtfertigen das im Jahr 1933 errichtete „Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda“ vor nicht minder große Probleme stellte als die beiden extremen Kurswechsel im deutsch-sowjetischen Verhältnis 1939 und 1941. Im Gegensatz zu Rußland bzw. der Sowjetunion konnten die Propagandisten der nationalsozialistischen Aggressions- und Expansionspolitik, konnte auch Hitler selbst bei der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges der mühelosen und kurzfristigen Aktivierung und Instrumentalisierung weitverbreiteter, tiefgreifender antipolnischer Vorurteile und Ressentiments innerhalb der deutschen Bevölkerung gewiß sein. Das Feindbild „Polen“ war dabei neueren Ursprungs. Die Vorstellungen der deutschen Gesellschaft über das östliche Nachbarvolk basierten vor dem Ersten Weltkrieg auf einer diffusen Mischung positiver, aus dem „Vormärz“ überkommener Assoziationen, etwa des „freiheitsliebenden Polen“, und einem ausgeprägten sozial-kulturellen Überlegenheitsgefühl gegenüber einer Nation, deren Unfähigkeit, einen eigenen Staat zu verwalten und zu einer gedeihlichen Entwicklung zu führen, im Vorfeld der Teilungen scheinbar zutage getreten und deren sprichwörtliche „polnische Wirtschaft“ als pejoratives Schlagwort tief in das Unterbewußtsein der Deutschen eingedrungen war. Der deutschen Öffentlichkeit der Weimarer Republik galt hingegen die nach dem Zusammenbruch der Mittelmächte im Ersten Weltkrieg in einem wiedererrichteten Staatswesen vereinte polnische Nation als *die* Verkörperung eines gemeinsamen Feindes schlechthin.

Die von allen Weimarer Kabinetten betriebene Revisionspolitik, die Tätigkeit einer Unzahl von Volkstumsverbänden und die in deren Umfeld entstandene, oftmals durch deutsche Behörden und Ministerien inspirierte oder subventionierte Flut antipolnischer Propagandaschriften schufen auf der Grundlage vorhandener, ursprünglich auf kognitiver Wahrnehmung beruhender Stereotype und verfestigter, aus Unkenntnis resultierender Vorurteile ein hochemotionalisiertes Feindbild. Vorstellungen über den polnischen „Freiheitskämpfer“ wichen dabei sukzessive der verzerrten Wahrnehmung eines arglistigen, heimtückischen und verschlagenen Landräubers. Die Frontstellung gegen Polen und die Überzeugung, für das Deutsche Reich sei eine Übereinkunft und die Verständigung mit dem östlichen Nachbarstaat weder denkbar noch erwünscht, war ein Grundkonsens, war eine der wenigen integrativen Klammern der Weimarer Gesellschaft, und diese Gegebenheit hatte auch

Hitler bei der - wenn auch nur scheinbaren - Abkehr von den traditionellen Leitlinien der deutschen Polenpolitik im Zeitraum 1933/34 in Rechnung zu stellen.

Obgleich die antipolnische Propaganda des Jahres 1939 den inhaltlichen Schwerpunkt der vorliegenden Untersuchung bildet, erschien es angebracht, die Rahmenbedingungen dieser Kampagne unter einem größeren Blickwinkel darzustellen. Aus diesem Grund ist die Frage, welche Auswirkungen die „Verständigungspolitik“ zwischen dem Dritten Reich und dem Sanacja-Regime in den Jahren 1933/34 bis 1939 auf die deutsche Presse und Publizistik zeigte, eines der Erkenntnisinteressen der Studie. Es soll aufgezeigt werden, welche Maßregeln und Sprachregelungen, welche Argumentationsmuster und Bewertungsvorgaben für die Berichterstattung über Polen die nationalsozialistische Propagandaleitung durch die seit 1933 täglich stattfindende Pressekonferenz den reichsdeutschen Periodika zunächst zur Rechtfertigung des „Versöhnungskurses“ wie auch zur Begründung des erneuten Bruches mit Polen im März/April 1939 auferlegte. Für die Frühphase des nationalsozialistischen Regimes wurde die Darstellung der institutionellen Vorgaben erleichtert durch die umfangreiche, von Hans Bohrmann herausgegebene Quellenedition der Presseanweisungen des Propagandaministeriums. Das Fehlen eines entsprechenden Werkes, das auch die Zeitspanne der letzten „Friedens“- und ersten Kriegswochen umfaßt, erwies sich bei der Erstellung dieser Arbeit als besonders mißlich, doch konnte dieser Mangel durch die Heranziehung von Publikationen ehemals Beteiligter sowie die Auswertung der Standardwerke über die nationalsozialistische Presselenkung weitgehend ausgeglichen werden. Im Gegensatz zu diesen Darstellungen, die die Rolle des Propagandaapparates in den Mittelpunkt der Betrachtungen stellen, bildet die Frage nach der Umsetzung der in den Pressekonferenzen ausgegebenen Richtlinien in den reichsdeutschen Zeitungen hier einen wesentlichen Aspekt. Von besonderer Bedeutung ist dabei, welche Auswirkungen und Folgen der Meinungslenkung auf die Berichterstattung der einzelnen Blätter über Polen zu beobachten sind.

Im Rahmen einer Magisterarbeit erschien es sinnvoll, die Analyse auf zwei in Tradition und Ausrichtung deutlich divergierende Presseorgane, den „Völkischen Beobachter“ und die „Frankfurter Zeitung“, zu beschränken und deren Berichterstattung über die Entwicklungen im deutsch-polnischen Verhältnis nach der „Machtergreifung“ am 30. Januar 1933, ihre Kommentare und Wertungen über den Stand der bilateralen Beziehungen in der Phase der vermeintlich zutage tretenden „Bündnispartnerschaft“ beider Staaten in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre sowie die einzelnen Abschnitte der Pressekampagne des Jahres 1939 eingehend zu untersuchen und erkennbare Schattierungen bzw. Differenzen herauszuarbeiten. Der Verfasser ist sich dabei des Umstandes bewußt, daß die Einbeziehung nur zweier Zeitungen den Gesamtbereich öffentlicher Kommunikation im Pressewesen nur unvollständig wiedergeben kann, doch stellt diese Eingrenzung angesichts der weitgehend uniformen Nachrichtengestaltung eines totalitären Regimes einen weniger gravierenden Nachteil dar als im Falle eines demokratischen Systems mit einem freien, heterogenen und breit ausgebauten Pressesystem. Die gleichgewichtige Berücksichtigung der beiden „Antipoden“ in der Presse-landschaft des Dritten Reiches, der „Frankfurter Zeitung“ mit ihrer großen liberalen Tradition auf

der einen, dem „Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands“ auf der anderen Seite, bietet die Gewähr, den Rahmen, innerhalb dessen die Berichterstattung reichsdeutscher Zeitungen sich zu bewegen hatte, annähernd umfaßt zu haben und darüber hinaus Erkenntnisse gewinnen zu können über den Bewegungsspielraum der einzelnen Redaktionen angesichts einer immer rigider werdenden und immer stärker ins Detail gehenden Presselenkung.

Die für den Zeitraum 1933/34 bis 1938 im Verhältnis zur Publizistik erkennbar umfassendere Auswertung der Zeitungen war dabei weniger die Folge einer bewußten Beschränkung auf die Tagespresse unter Vernachlässigung der Publizistik, eines nicht minder gewichtigen Teilbereichs öffentlicher Kommunikation, als vielmehr die Konsequenz einer nationalsozialistischen „Verständigungspolitik“, die den seit Februar 1934 geltenden Absprachen über eine nüchternere, sachlichere, und wie das offizielle Kommuniqué betonte, „freundschaftlichere“ Bewertung des jeweiligen Nachbarlandes in erster Linie dadurch Rechnung trug, daß die von der polnischen Seite monierten Bücher und Propagandabroschüren der Weimarer Zeit zwar umgehend aus Buchhandlungen und Bibliotheken zurückgezogen wurden, das Thema „Polen“ im allgemeinen und das deutsch-polnische Verhältnis im besonderen ansonsten aber geradezu mit einem Tabu belegte und ausgeblendet. Bis auf sehr wenige Ausnahmen, von denen zu sprechen sein wird, zeigten sich keine Ansätze einer Neubewertung Polens in der Publizistik, und die einzige Konsequenz des neuen Kurses auf diesem Feld bestand nach 1933/34 in der umgehenden Unterbindung des revisionistischen Schrifttums. - Selbst der in der Weimarer Republik fast ausschließlich auf die „Korridor“-Propaganda ausgerichtete „Volk und Reich“-Verlag sah sich veranlaßt, ein neues Aggressionsobjekt zu wählen, und er fand es in den nicht durch Presseabsprachen „geschützten“ südöstlichen Nachbarstaaten Österreich und Tschechoslowakei. Erst in der Propagandaoffensive des Jahres 1939 gewann die Publizistik als Faktor in den deutsch-polnischen Beziehungen wieder an Bedeutung, und sie knüpfte bruchlos an ihre alte Rolle als außenpolitisches Kampfinstrument gegen den polnischen Staat an.

Die Phasen, die Inhalte und die Zielsetzungen der nationalsozialistischen Propagandaoffensive zur Entfesselung des Zweiten Weltkrieges, dieses Kampfes mit Worten, der dem Kampf mit den Waffen vorausging und ihn begleitete, nachzuzeichnen und zu analysieren, bildet den Schwerpunkt der vorliegenden Studie. Das Hauptanliegen des Verfassers ist es, vor dem Hintergrund der antipolnischen Kampagne des Dritten Reiches exemplarisch die Techniken und Methoden zur Schaffung, Verfestigung sowie Instrumentalisierung von Stereotypen, Vorurteilen und Feindbildern herauszuarbeiten. Da die deutsche Bevölkerung als der Rezipientenkreis anzusehen ist, dessen Beeinflussung und psychologischer Mobilisierung der Propagandafeldzug vorwiegend diente, wird in einem abschließenden Teil die Wirkung der Propagandatopoi und Schlagwörter, der Verzerrungen und Verfälschungen auf das Polenbild der Deutschen untersucht. Die Beantwortung der Frage nach der Effizienz der antipolnischen Propaganda erwies sich dabei als das erwartete schwierige Unterfangen, da zum einen die Anhaltspunkte und Kriterien, die in einem liberal-demokratischen System über Meinungsbilder und Stimmungslage der Bevölkerung, über Billigung oder Ablehnung der Politik der Staatsführung Kenntnis geben - insbesondere Wahlentscheidungen und freie öffentliche

Kommunikation - in einem totalitär verfaßten Staatswesen fehlen, und zum anderen die beiden maßgeblichen Quelleneditionen zur Erforschung dieses Themenkomplexes - die Berichte der Exil-SPD und die Meldungen des Sicherheitsdienstes der SS - für den vornehmlich interessierenden Zeitraum erhebliche Lücken aufweisen. Differenzierte Aussagen über die Rezeption der polenfeindlichen Propaganda und deren Wirkung auf die verschiedenen Gesellschaftsschichten und -gruppen können somit nicht vorgenommen werden, doch erlaubt es die Quellenlage unter Heranziehung des in entsprechenden Sekundärdarstellungen bereits aufgearbeiteten Archiv- und Aktenmaterials, zumindest generalisierende Erkenntnisse zu gewinnen.

Eine knappe, die vielfältigen Beziehungsbereiche und Konfliktfelder allenfalls andeutende, aber um Wertung bemühte Darstellung des deutsch-polnischen Verhältnisses in der Zwischenkriegszeit ist dem Hauptteil der Arbeit vorangestellt und soll die Einordnung der dort erwähnten Sachverhalte erleichtern.



## Teil I: Die deutsch-polnischen Beziehungen in der Zwischenkriegszeit

### 1. Die Weimarer Republik und die Republik Polen<sup>1</sup>

#### 1.1 Der Friedensvertrag von Versailles und die Festlegung der Grenzen

Die Gestaltung der Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und der nach der Niederlage der drei Teilungsmächte im Ersten Weltkrieg wiederzuerrichtenden Republik Polen hatte einen im Sinne der Ausbildung eines gutnachbarlichen Verhältnisses verheißungsvollen Auftakt: am 21. November 1918 überreichte Harry Graf Kessler im Namen des Rates der Volksbeauftragten dem polnischen Staatschef Józef Piłsudski sein Beglaubigungsschreiben als deutscher Gesandter in Warschau. Als jedoch auf Drängen des in Paris unter der Führung Roman Dmowskis wirkenden Polnischen Nationalkomitees, das gemäß französischer Vorgaben bilaterale Abmachungen im Vorfeld der anstehenden Friedenskonferenz unter allen Umständen verhindern wollte, Kessler Mitte Dezember 1918 zum Verlassen des Landes aufgefordert wurde und am 27. Dezember Piłsudski-treue POW-Verbände in der Provinz Posen einen bewaffneten Aufstand gegen die Mitte November von der Obersten Heeresleitung aufgestellten deutschen Grenzschutztruppen entfesselten, war bereits um die Jahreswende 1918/1919 der die folgenden Jahre bestimmende deutsch-polnische Konfrontationskurs offensichtlich.<sup>2</sup> Der Posener Aufstand bewirkte innerhalb der deutschen Bevölkerung der

---

<sup>1</sup> Martin Broszat: *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik*. Frankfurt/M. 1972. - Jörg K. Hoensch: *Geschichte Polens*. 2., neubearb. und erw. Auflage. Stuttgart 1990. - Ders.: „Deutschland, Polen und die Großmächte 1919-1932“. In: *Die deutsch-polnischen Beziehungen 1919-1932*. Braunschweig 1985, S. 19-34 [Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts für Internationale Schulbuchforschung. Hrsg. v. Ernst Hinrichs; Bd. 22/VIII]. - Volkmar Kellermann: *Schwarzer Adler - Weißer Adler. Die Polenpolitik der Weimarer Republik*. Köln 1970. - Eberhard Kolb: *Die Weimarer Republik*. 2. Auflage. München 1988 [Oldenbourg Grundriß der Geschichte. Hrsg. v. Jochen Bleicken u.a.; Bd. 16]. - Josef Korbel: *Poland between East and West. Soviet and German Diplomacy toward Poland, 1919-1933*. Princeton, N.J. 1963. - Peter Krüger: *Die Außenpolitik der Republik von Weimar*. Darmstadt 1985. - Harald von Riekhoff: *German-Polish Relations, 1918-1933*. Baltimore - London 1971. - Hans Roos: *Geschichte der polnischen Nation 1918-1985. Von der Staatsgründung im Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart*. 4., überarb. und erw. Auflage. Fortgeführt von Manfred Alexander. Stuttgart u.a. 1986. - Ders.: „Polen zwischen den Weltkriegen“. In: Werner Markert (Hrsg.): *Osteuropa-Handbuch Polen*. Köln - Graz 1959, S. 18-68. - Gerhard Schulz: „Deutschland und Polen vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg“. In: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 33 (1982), Heft 3, S. 154-172. - Gerhard Wagner: „Die Weimarer Republik und die Republik Polen 1919-1932“. In: *Die deutsch-polnischen Beziehungen 1919-1932*. Braunschweig 1985, S. 35-47 [Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts für Internationale Schulbuchforschung. Hrsg. v. Ernst Hinrichs; Bd. 22/VIII].

<sup>2</sup> Der Posener Aufstand, der zum einen dazu diente, den faktischen Machtbereich Polens nach Westen auszudehnen und, obwohl die Reichsregierung bereits ihr Einverständnis bekundet hatte, die mehrheitlich von Polen bewohnten Provinzteile abzutreten, somit ein *fait accompli* für die anstehende Friedenskonferenz zu schaffen, zum anderen aber innenpolitisch motiviert war und den Einfluß Piłsudskis auch auf die von den Nationaldemokraten beherrschten Westgebiete sicherstellen sollte, brachte bis zum 8. Januar 1919 fast die gesamte Provinz in die Hand der polnischen Verbände. Die Kampfhandlungen hielten jedoch noch an und wurden erst am 7. Februar 1919 durch die in Berlin von einer aus polnischen und deutschen Vertretern zusammengesetzten Waffenstillstandskommission vereinbarte Festlegung einer Demarkationslinie in Posen und Westpreußen beendet. Vgl. Hoensch: *Geschichte Polens*, S. 254. - Roos: *Polnische Nation*, S. 56f. - Kellermann: *Schwarzer Adler*, S. 37f. sowie Broszat: *Zweihundert Jahre*, S. 201ff.

Ostgebiete neben einem deutlichen Vertrauensschwund in die Regierung in Berlin<sup>3</sup> und einem Bedrohtheitsgefühl auch eine starke Verbitterung gegenüber den aufständischen Polen, die der allgemeinen Billigung einer wie auch immer gearteten Grenzregelung von vornherein den Boden entzog.

Am 18. Januar 1919 wurde die Friedenskonferenz in Paris<sup>4</sup> durch den französischen Staatspräsidenten Poincaré eröffnet. Die polnische Delegation überreichte am 25. Februar 1919 der am 12. Februar unter dem Vorsitz Jules Cambons eingesetzten „Kommission für polnische Angelegenheiten“ eine bereits im Oktober des Vorjahres von Dmowski für den amerikanischen Präsidenten Wilson verfaßte Denkschrift, die die Argumentationsgrundlage für die am 28. Februar konkretisierten polnischen Gebietsforderungen darstellte.<sup>5</sup> Die polnische Delegation erhob Ansprüche auf nahezu ganz Oberschlesien, Teile Mittelschlesiens, die Provinzen Posen und Westpreußen abzüglich einiger mehrheitlich von Deutschen bewohnten Randgebiete, den östlichen Teil Pommerns, Danzig und Masuren und forderte die völkerrechtliche Loslösung des restlichen Ostpreußens vom Deutschen Reich, das demzufolge den Verlust eines 84.198 km<sup>2</sup> umfassenden Gebietes hätte hinnehmen müssen. Durch den Einspruch des britischen Premierministers David Lloyd George wurden zwar die Bestimmungen etwas gemildert,<sup>6</sup> dennoch aber löste das der deutschen Delegation am 7. Mai 1919 überreichte Vertragswerk in der deutschen Öffentlichkeit, nicht nur aufgrund der geforderten Gebietsabtretungen, der dem Reich auferlegten einschneidenden Truppenreduzierung und der – wenn noch nicht näher bezifferten – Reparationsverpflichtungen, sondern vor allem durch das in Art. 231 aufgeführte Kriegsschuldverdict einen Sturm der Entrüstung aus. Reichskanzler Philipp Scheidemann sprach sicherlich für eine in dieser Beziehung einmütige Bevölkerung, als er am 12.

---

<sup>3</sup> Deutlich wird dies in den 1918/19 erwogenen Plänen einflußreicher Gruppen aus Politik und Verwaltung in den Ostgebieten, einen „Oststaat“ zu errichten, um, losgelöst von der durch die Berücksichtigung der Gesamtinteressen des Reiches scheinbar gelähmten Reichsregierung, in eigener Regie den territorialen Status quo zu verteidigen. Vgl. Norbert *Krekeler*: Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik der Weimarer Republik. Die Subventionierung der deutschen Minderheit in Polen 1919-1933. Stuttgart 1973, S. 10f. [Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. Hrsg. v. Hans *Rothfels* und Theodor *Eschenburg*; Bd. 27]. – Vgl. Bastiaan *Schot*: Nation oder Staat? Deutschland und der Minderheitenschutz. Zur Völkerbundpolitik der Stresemann-Ära. Marburg/Lahn 1988, S. 88f. [Historische und landeskundliche Ostmitteleuropa-Studien. Hrsg. v. Hans *Lemberg*; Bd. 4].

<sup>4</sup> Vgl. Peter *Krüger*: Versailles. Deutsche Außenpolitik zwischen Revisionismus und Friedenssicherung. München 1986 [Deutsche Geschichte der neuesten Zeit vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Hrsg. v. Martin *Broszat* u.a.].

<sup>5</sup> Dmowski machte in dieser Denkschrift vom 8. Oktober 1918 besonders ethnische Ansprüche Polens auf die von Masuren, Kaschuben und Oberschlesiern bewohnten Ostgebiete des Deutschen Reiches geltend, eine Politik, die Martin Broszat als „doppelbödig“ bezeichnet, da Polen im Osten aufgrund historischer Rechte Anspruch auf Teile der von Litauern, Ukrainern und Weißruthenen besiedelten Gebiete erhob, im Westen aber ethnische Argumente zur Fundierung seiner Forderung nach mehrheitlich von „germanisierten Masuren und Kaschuben“ bewohnten Landesteilen in den Vordergrund rückte. Vgl. Broszat: Zweihundert Jahre, S. 205.

<sup>6</sup> In dem vorgelegten Vertrag waren die Bestimmungen über West- und Ostpreußen sowie Danzig geändert. Statt einer Abtrennung Ostpreußens wurde eine Volksabstimmung im Gebiet um Allenstein und um das westpreußische Marienwerder festgelegt. Danzig, mit seiner ca. 315.000 deutschen und ca. 10.000 polnischen Einwohner zählenden Bevölkerung, wurde zur Freien Stadt erklärt. Vgl. Roos: Polen zwischen den Weltkriegen, S. 21. – Christian *Höltje*: Die Weimarer Republik und das Ostlocomo-Problem 1919-1934. Revision oder Garantie der deutschen Ostgrenze von 1919. Würzburg 1958, S. 9f. [Marburger Ostforschungen. Hrsg. v. Erich *Keyser*; Bd. 8].

Mai 1919 vor der im Festsaal der Berliner Universität zusammengetretenen Nationalversammlung die Frage stellte: „Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt?“<sup>7</sup>

Der von der deutschen Delegation am 29. Mai 1919 in Versailles vorgelegte Gegenentwurf richtete sich weniger gegen die materiellen Bestimmungen als gegen die politische und moralische Grundlage des Vertrages,<sup>8</sup> er hatte jedoch lediglich zur Folge, daß auch in Oberschlesien, wiederum auf Betreiben Lloyd Georges und nach scharfen Kontroversen mit Dmowski und Ministerpräsident Paderewski, eine Volksabstimmung über die endgültige Zugehörigkeit des Gebietes entscheiden sollte.<sup>9</sup> Die Mantelnote der am 16. Juni der deutschen Delegation überreichten, zudem mit einem Ultimatum versehenen Antwort des Obersten Rates hob die alleinige Kriegsschuld des Deutschen Reiches eher deutlicher hervor. Am 28. Juni 1919 unterschrieben Außenminister Hermann Müller (SPD) und Verkehrsminister Johannes Bell (Zentrum) für das Deutsche Reich den Friedensvertrag im Spiegelsaal des Versailler Schlosses.<sup>10</sup>

---

<sup>7</sup> Zit. Kolb: Weimarer Republik, S. 32.

<sup>8</sup> Insbesondere wurde festgestellt, daß der Friedensvertrag nicht mit den Vierzehn Punkten Präsident Wilsons und dem deutsch-amerikanischen Notenwechsel vom Oktober 1918, den die deutsche Seite als Präliminarfrieden ansah, in Einklang zu bringen sei. Eine beigefügte umfangreiche Materialsammlung sollte den Vorwurf der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands widerlegen. Vgl. Kolb: Weimarer Republik, S. 32.

<sup>9</sup> Vgl. Höltje: Ostlocarno-Problem, S. 10. - Das ohne Plebiszit direkt an Polen abzutretende Gebiet umfaßte nach der endgültigen Fassung des Vertrages noch 42.927 km<sup>2</sup>, also etwa die Hälfte der ursprünglichen polnischen Forderungen. Hoensch: Geschichte Polens, S. 255.

<sup>10</sup> Die Gebietsabtretungen und Plebiszite wurden in den Artikeln 87-98 des Vertrages festgelegt. Mit 26.041,84 von 28.991,52 km<sup>2</sup> (=89% der Fläche) fiel fast die gesamte vormalige preußische Provinz Posen an Polen. In Westpreußen betrug der Gebietsverlust 17.778 von 25.554 km<sup>2</sup>. Diese, später von den Deutschen als „Korridor“ - auch „polnischer Korridor“ oder „Weichselkorridor“ - bezeichnete polnische Wojewodschaft Pomorze stellte den von Polen als für den Staat lebensnotwendig angesehenen freien Zugang zur Ostsee sicher und trennte den Deutschland verbleibenden Teil Ostpreußens vom übrigen Reichsgebiet ab. Das am 21. April 1921 zwischen Deutschland und Polen unterzeichnete Transitabkommen stellte zwar durch die Festlegung des täglichen Einsatzes von 24 privilegierten Zügen auf sechs Präferenzlinien eine für beide Seiten praktikable Lösung dar, führte jedoch nicht zur Beruhigung der über die Grenzziehung empörten deutschen Bevölkerung. Zahlenangaben nach Roland *Baier*: Der deutsche Osten als soziale Frage. Eine Studie zur preußischen und deutschen Siedlungs- und Polenpolitik in den Ostprovinzen während des Kaiserreichs und der Weimarer Republik. Köln - Wien 1980, S. 156f. [Dissertationen zur neueren Geschichte; Bd. 8]. - Zum Transitabkommen vgl. Czesław *Łuczak*: „Die polnisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen in den Jahren 1918-1932“. In: Die deutsch-polnischen Beziehungen 1919-1932. Braunschweig 1985, S. 127 [Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts für Internationale Schulbuchforschung. Hrsg. v. Ernst *Hinrichs*; Bd. 22/VIII].

Die Artikel 100-108 setzten den Rahmen für die Erhebung Danzigs zur Freien Stadt. Die am 26. Mai 1920 zwischen Vertretern Danzigs und Polens aufgenommenen Verhandlungen zur näheren Bestimmung der polnischen Rechte gestalteten sich schwierig und fanden erst durch den am 24. Oktober 1921 unterzeichneten Warschauer Vertrag, in dem die wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Rechte Polens geregelt wurden, ihren Abschluß. Der Vertrag und die bereits 1920 durch die alliierte Botschafterkonferenz verfügte „Pariser Konvention“ sahen die Einsetzung eines „Hohen Kommissars“ des Völkerbundes als Kontrollorgan in Danzig, die Einbeziehung Danzigs in das polnische Zollgebiet, die Schaffung eines polnischen Freihafens, die außenpolitische Vertretung Danzigs durch Polen, eine Garantie der Rechte der polnischen Minderheit und die polnische Mitverwaltung des Hafens und der Wasserwege vor. Vgl. Kellermann: Schwarzer Adler, S. 47 und Roos: Polen zwischen den Weltkriegen, S. 28. - Vgl. auch die einleitenden Bemerkungen in Bernd-Jürgen *Wendt*: „Danzig - Ein Bauer auf dem Schachbrett nationalsozialistischer Außenpolitik“. In: Manfred *Funke* (Hrsg.): Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches. Düsseldorf 1976, S. 775f. [Bonner Schriften zur Politik und Zeitgeschichte. Hrsg. v. Karl-Dietrich *Bracher* und Hans-Adolf *Jacobsen*; Bd. 12].

Für die auf den 20. März 1921 angesetzte Volksabstimmung stellte die Reichsregierung einen „Abstimmungsfond für Oberschlesien“ in Höhe von 300 Millionen Reichsmark zur Verfügung. Allein der in Breslau gebildete „Schlesische Ausschuß“, eine Art deutsche Abstimmungszentrale, vergab ab März 1920 24 Millionen Reichsmark für Propagandazwecke an deutsch- wie an polnischsprachige Zeitungen des Abstimmungsgebietes, wobei nicht die parteipolitische Orientierung der Zeitungen, sondern allein ihre prodeutsche Haltung für die Subventionierung ausschlaggebend war.<sup>11</sup>

Infolge des am 16./17. August 1919 von polnischen Freikorps entfesselten, von deutschen Kampfverbänden rasch niedergeschlagenen Ersten Schlesischen Aufstandes rückten am 20. Januar 1920 alliierte Truppen in das Abstimmungsgebiet ein, das ab dem 11. Februar der Verwaltung einer unter dem französischen General Le Rond gebildeten Interalliierten Kommission unterlag. Die deutliche Niederlage Polens in den am 11. Juli 1920 in West- und Ostpreußen abgehaltenen Volksabstimmungen<sup>12</sup> führte zum Zweiten Schlesischen Aufstand, der erst am 2. September durch das „Beuthener Abkommen“ zwischen dem deutschen Abstimmungskommissar Urbanek und seinem polnischen Widerpart Korfanty beendet werden konnte und die ohnehin schon erregte Stimmung in Oberschlesien noch weiter aufheizte.<sup>13</sup>

Auch in Oberschlesien sprach sich am 20. März 1921 eine Mehrheit der Bevölkerung für den Verbleib des Abstimmungsgebietes bei Deutschland aus, wenn auch das Ergebnis mit 707.554 (=59,6%) gegen 478.820 (=40,3%) abgegebenen Stimmen nicht so deutlich ausfiel wie in den vorangegangenen Plebisziten in Allenstein und Marienwerder. 597 Gemeinden hatten mehrheitlich für Polen, 664 in ihrer Mehrheit für Deutschland votiert.<sup>14</sup> Der nach Bekanntwerden des Abstimmungsergebnisses unter der Führung Wojciech Korfantys ausgebrochene Dritte Schlesische Aufstand

---

<sup>11</sup> Darüber hinaus wurden mehr als zwanzig Millionen Reichsmark „für besondere Zwecke“, d.h. für Zuträgerdienste und die Bestechung in- und ausländischer Journalisten von dem „Schlesischen Ausschuß“ eingesetzt. Vgl. Peter Fischer: Die deutsche Publizistik als Faktor der deutsch-polnischen Beziehungen 1919-1939. Wiesbaden 1991, S. 110f. [Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund. Hrsg. v. Johannes Hoffmann; Bd. 7]. - Krekler: Revisionsanspruch, S. 30, Anm. 3.

<sup>12</sup> Im ostpreußischen Gebiet um Allenstein stimmten lediglich 7.924 (=2,5%) der Abstimmungsberechtigten für Polen, während 363.159 (=97,5%) für den Verbleib der Gebiete bei Deutschland votierten. Im Abstimmungsgebiet um das westpreußische Marienwerder fiel das Ergebnis mit 96.895 Stimmen (=92,8%) für Deutschland und 7.947 (=7,2%) für Polen ähnlich deutlich aus. Obwohl der Vormarsch der Roten Armee auf Warschau und der zu erwartende militärische Zusammenbruch Polens im polnisch-sowjetischen Krieg als Hauptgrund für die überraschend deutliche Abstimmungsniederlage anzusehen ist, ist der Erfolg der deutschen Seite sicherlich auch auf die bereits im Frühjahr 1919 einsetzende, von dem national-konservativen „Ostdeutschen Heimatdienst“ und der SPD- und DDP-nahen „Reichszentrale für Heimatdienst“ getragenen, von dem Journalisten und Schriftsteller Max Worgitzki in Allenstein organisierten massiven deutschen Abstimmungspropaganda zurückzuführen. Vgl. Fischer: Deutsche Publizistik, S. 107f. - Zahlenangaben bei Höltje: Ostlocarno-Problem, S. 30.

<sup>13</sup> Maßgeblich beteiligt an der Entfesselung des Zweiten Schlesischen Aufstandes war der damalige Organisationschef der örtlichen POW-Führung und spätere schlesische Wojewode Michał Grażyński. Nach Hans Roos erfolgte der Aufstand nicht nur aufgrund der Abstimmungsergebnisse in Allenstein und Marienwerder, sondern auch infolge des Aufkommens von Gerüchten, nach denen die polnische Regierung in Geheimverhandlungen mit der Reichsregierung eingetreten sei und den Verzicht auf Oberschlesien gegen deutsche Hilfe im Kampf gegen die Rote Armee signalisiert habe. Vgl. Roos: Polen zwischen den Weltkriegen, S. 26ff.

<sup>14</sup> Zahlen nach Roos: Polnische Nation, S. 91.

nahm rasch kriegsähnliche Züge an und brachte bis zum 6. Mai, auch infolge der verdeckten Unterstützung des Aufstandes durch General Le Rond, große Teile des Abstimmungsgebietes in die Hand der Insurgenten. Der Kampf um den von den Aufständischen besetzten Annaberg, der am 24. Mai durch deutsche Freikorpsverbände unter dem Kommando des deutschen Generals Hoefler gestürmt wurde, wurde für beide Seiten ein Symbol nationaler Selbstbehauptung. In dieser Situation aufgepeitschter nationaler Stimmungen erschien die am 12. Oktober 1921 vom Völkerbundsrat vorgeschlagene, am 20. Oktober von der alliierten Botschafterkonferenz verfügte, in Art. 88 des Versailler Vertrages bereits als Möglichkeit vorgesehene Teilung des Gebietes, wengleich an den regionalen Abstimmungsergebnissen orientiert und als ein „fairer Kompromiß“ anzusehen,<sup>15</sup> sowohl Polen als auch Deutschen als schmachvolle Niederlage. Die Erfahrungen der Abstimmungskämpfe wirkten als Gift in den Beziehungen zwischen Deutschen und Polen weiter.<sup>16</sup>

---

<sup>15</sup> Broszat: *Zweihundert Jahre*, S. 211.

<sup>16</sup> Deutschland wurden durch die Entscheidung der Botschafterkonferenz 9.713 km<sup>2</sup> mit 1,3 Mill. Einwohnern zugesprochen. Polen erhielt mit einer Fläche von 3.213 km<sup>2</sup> zwar nur ein Viertel des Gesamtabstimmungsgebietes, das jedoch mit 85% der Kohlevorräte und 75% der Industrieanlagen den in wirtschaftlicher Hinsicht wesentlich wertvolleren Teil darstellte. Zahlen nach Hoensch: *Geschichte Polens*, S. 255. Durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages hatte bereits das 315.89 km<sup>2</sup> große „Hultschiner Ländchen“ ohne Plebiszit an die ČSR abgetreten werden müssen. Baier: *Deutscher Osten*, S. 159f.

Das Ergebnis des Plebiszites diente im Dritten Reich als Beleg für die These, daß Propaganda ohne staatliche Machtmittel wirkungslos bleiben muß. In einer 1940 fertiggestellten Dissertation stellt Günther H. Hahn fest, die deutsche Abstimmungspropaganda sei konzeptionell und organisatorisch ihren Aufgaben gewachsen gewesen, das „Erfüllungskabinett Wirth“ aber habe den deutschen Propagandaerfolg nicht politisch umzusetzen verstanden: „Die deutsche Publizistik hatte die Tat, das Endziel jeder Publizistik, nicht erreichen können, weil die reale Macht des Staates nicht stark genug war, diese Tat zu vollbringen. Publizistik und Staatsmacht aber sind Faktoren, die aufeinander angewiesen sind“. Günther H. *Hahn*: *Die Deutsche Publizistik im Kampf um Oberschlesien*. Phil. Diss., Berlin 1940, S. 127.

## 1.2 Das deutsch-polnische Verhältnis in den zwanziger Jahren

### 1.2.1 Das Locarno-Abkommen und Deutschlands Eintritt in den Völkerbund

Die zwischen 1919 und 1921 erfolgte Grenzziehung mit ihren Auswirkungen auf das Nationalitätenverhältnis<sup>17</sup> blieb in den zwanziger Jahren das alles beherrschende Kernproblem der deutsch-polnischen Beziehungen. Die von Reichsaußenminister Hermann Müller bereits am 23. Juli 1919 in der Nationalversammlung angekündigte Politik, daß Reich werde „mit allen loyalen Mitteln die Revision dieses Vertrages erstreben“,<sup>18</sup> wurde - besonders in bezug auf die Ostgrenzen - zur außenpolitischen Richtschnur sämtlicher Kabinette der Weimarer Republik, fand Widerhall in allen Bevölkerungsschichten und war Gemeingut aller Parteien.<sup>19</sup>

Obwohl die antipolnische Stoßrichtung des am 16. April 1922 in Rapallo zwischen Deutschland und Sowjetrußland geschlossenen Vertrages, mit dem beide Seiten u.a. auf Reparationsleistungen verzichteten und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vereinbart wurde, ein für die Reichsregierung wichtiges Motiv für den Abschluß des Abkommens darstellte,<sup>20</sup> war sich die deutsche Poli

---

<sup>17</sup> S.u., Kap. 1.2.2.

<sup>18</sup> Zit. Broszat: *Zweihundert Jahre*, S. 208. Das - auch von der SPD - nicht immer nur „loyale“ Mittel eingesetzt wurden, wird noch zu zeigen sein. Die Rechts-Parteien betonten die loyale Einhaltung der Vertragsbestimmungen ohnehin nicht.

<sup>19</sup> Vgl. die Auszüge aus den Parteiprogrammen bei Kellermann: *Schwarzer Adler*, S.32ff. Die Revisionsforderung umfaßte von DNVP bis KPD das gesamte politische Spektrum. Die einhellige, teilweise erbitterte Ablehnung der, mit Ausnahme Oberschlesiens an keiner Stelle über die Gebiete des polnischen Staates von 1772 hinausgehenden Ostgrenze, ist - so Martin Broszat - nur unter Berücksichtigung bestimmter nationalpsychologischer Einstellungen zu erklären. Den, gerade im Osten nach dem Frieden von Brest-Litovsk, überschwenglichen Kriegszielerwartungen folgte der „Umschlag übermäßiger Hoffnungen in übermäßige Enttäuschung“. Der weithin vorhandene Kulturchauvinismus, die Überzeugung von der Unfähigkeit Polens, die übernommenen Gebiete auf dem von den Deutschen erreichten Niveau zu erhalten, verhinderten eine allgemeine Billigung der Grenzziehung ebenso wie die Verbitterung über die in den Aufständen scheinbar bewiesene „Raubgier“ der Polen, deren in Versailles demonstrierte „Hinterlist“ und den am 19. Februar 1921 abgeschlossenen, am 21. Februar durch eine geheime Militärkonvention ergänzten französisch-polnischen Allianzvertrag, durch den Bismarcks Einschätzung, ein unabhängiges Polen werde nichts weiter sein als „ein französisches Militärlager an der Weichsel“, sich zu bestätigen schien. Vgl. Broszat: *Zweihundert Jahre*, S. 214ff.

<sup>20</sup> Das gemeinsame Interesse an einer Revision der polnischen Ost- und Westgrenze wurde im Verlauf der Verhandlungen zwischen Reichskanzler Wirth und dem sowjetischen Delegationsleiter Čičerin verdeutlicht. Konkrete Schritte wurden allerdings nicht vereinbart. Bereits im Vorfeld des Vertragsabschlusses waren sowjetische Offerten, ein gegen Polen gerichtetes Offensivbündnis abzuschließen, selbst vom Chef der Heeresleitung Hans von Seeckt, an dessen antipolnischer Grundeinstellung kein Zweifel besteht, abschlägig beschieden worden, da die Gefahr einer militärischen Intervention Frankreichs und auch Polens selbst als zu groß angesehen wurde. Das Abkommen stellte allerdings die politische Grundlage einer intensivierte militärischen Zusammenarbeit zwischen Roter Armee und Reichswehr dar. Diese Zusammenarbeit bestand in einem 1925 aufgenommenen Offiziersaustausch mit Manöverbesuchen, aber auch der Teilnahme sowjetischer Offiziere an Generalstabslehrgängen der Reichswehr, der Erprobung vertragswidrig von Henkel, Junkers und Dornier produzierter deutscher Flugzeuge in Voronež bei Lipeck sowie der von Krupp und Rheinmetall hergestellten Panzer in Kazan und der Ausbildung deutscher Jagdflieger. Vgl. Olaf *Groehler*: *Selbstmörderische Allianz. Deutsch-russische Militärbeziehungen 1920-1941*. Berlin 1992, S. 33ff. Die zunächst geheime Zusammenarbeit wurde auch nach ihrer Enthüllung durch Berichte im „Manchester Guardian“ und im sozialdemokratischen „Vorwärts“ im Dezember 1926 fortgeführt.

Seeckts sicherlich für große Teile der Reichswehr geltende Haltung gegenüber Polen wird deutlich in einem Schreiben an den Leiter der deutschen Delegation in Versailles, den früheren deutschen Außenminister und ersten Botschafter in Moskau,

tik dessen bewußt, daß eine Revision der Ostgrenze nicht im Verbund mit Moskau militärisch erzwungen werden könne, sondern nur im Zusammenwirken mit den Westmächten, insbesondere mit Frankreich, zu realisieren sein werde. Nachdem das am 16. August 1924 in London beschlossene, am 30. August unterzeichnete Dawes-Abkommen zu einer ersten Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich geführt hatte, traten auch die deutsch-polnischen Beziehungen infolge der von Reichsaußenminister Stresemann fortan betriebenen Aussöhnungspolitik mit dem westlichen Nachbarn in eine neue Phase ein.

Das der französischen Regierung am 9. Februar 1925 überreichte deutsche Memorandum, in dem der Abschluß eines Sicherheits- und Garantiepaktes zwischen Deutschland und Frankreich angeregt wurde, beinhaltete zwar das Angebot, mit allen interessierten östlichen Nachbarn Schiedsverträge einzugehen, die Frage der Ostgrenzen wurde jedoch nicht erwähnt. In der Folgezeit war die deutsche Diplomatie geradezu ängstlich bemüht, jegliche - erstmals freiwillige - Anerkennung der östlichen Grenzen zu vermeiden. In einem Schreiben an die Botschaft in London übermittelte Staatssekretär von Schubert die Richtlinien der deutschen Außenpolitik in bezug auf den angestrebten Sicherheitspakt. Es gelte, so von Schubert nachdrücklich und im Original hervorgehoben, „*unter keinen Umständen*“ die Ostgrenze zu garantieren, keine Erklärung über einen Gewaltverzicht abzugeben sowie durch das Angebot von Schiedsverträgen Polen entgegenzukommen und damit Frankreich den Abschluß des Paktes zu ermöglichen. Die Frage der Grenzrevision sei aus taktischen Gründen noch zurückzustellen.<sup>21</sup> Diese Politik vermochte die deutsche Regierung bis zur vom 5. bis 16. Oktober 1925 im italienischen Locarno stattfindenden Sicherheitskonferenz durchzuhalten. Die Forderungen Frankreichs nach einem verbindlichen, politische Streitfragen, d.h. auch die Grenzfrage, einbeziehenden Schiedsgerichtsverfahren zwischen Deutschland und Polen wurden ebenso abgelehnt wie die angebotene französische Garantie der Schiedsverträge.

---

Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau, vom 11. September 1922: „Polens Existenz ist unerträglich, unvereinbar mit den Lebensbedingungen Deutschlands. Es muß verschwinden und wird verschwinden durch eigene, innere Schwäche und durch Rußland - mit unserer Hilfe“. Diese auch in der Literatur zur Charakterisierung der antipolnischen Einstellung innerhalb der Reichswehr häufig angeführte Äußerung Seeckts läßt jedoch nicht auf dessen Absicht schließen, gegen Polen militärisch vorzugehen. Vielmehr sollte die deutsch-sowjetische Zusammenarbeit zunächst die Teilnahme Polens an einem von Frankreich gegen Deutschland geführten „Sanktionskrieg“, d.h. der Besetzung weiterer Gebiete im Osten, vorbeugen. Vgl. Seeckts Brief in Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): *Mißtrauische Nachbarn. Deutsche Ostpolitik 1919/70. Dokumentation und Analyse.* Düsseldorf 1970, Dok. 6, S. 33f.

<sup>21</sup> Schreiben vom 23. März 1925. Zit. Klaus Megerle: „Danzig, Korridor und Oberschlesien. Zur deutschen Revisionspolitik gegenüber Polen in der Locarno-Diplomatie“. In: Wilhelm Berges u.a. (Hrsg.): *Jahrbuch für Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands.* Bd. 25. Berlin 1976, S. 149f. Bemerkenswert ist die auf eine vollkommene Unkenntnis der tatsächlichen polnischen Politik wie auch der Stimmung in Polen zurückzuführende Einschätzung des Staatssekretärs, Polen werde „sehr bald einsehen, daß ein gutes Verhältnis mit uns sehr viel wertvoller ist, als ganz verrückte Grenzen, mit denen Polen auf die Dauer nichts anfangen kann“. Zit. ebd., S. 150. - Für das folgende vgl. Rolf Ahmann: *Nichtangriffspakte. Entwicklung und operative Nutzung in Europa 1922-1939. Mit einem Ausblick auf die Renaissance des Nichtangriffsvertrages nach dem Zweiten Weltkrieg.* Baden-Baden 1988, S. 260ff. [Internationale Politik und Sicherheit. Hrsg. v. d. Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen; Bd. 23]. - Maria Oertel: *Beiträge zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen in den Jahren 1925-1930.* Phil. Diss. Berlin 1968, S. 35ff.

Im Gegensatz zu dem sog. Rheinpakt, in dem die Unverletzlichkeit der Grenzen zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien garantiert wurde, beinhaltete der am 16. Oktober zwischen Deutschland und Polen unterzeichnete Schiedsvertrag keine Anerkennung oder Garantie der Ostgrenze, und die in die Präambel des Vertrages aufgenommene Friedensformel stellte keine völkerrechtlich verbindliche Gewaltverzichtserklärung dar.<sup>22</sup> Der zwischen Frankreich und Polen am 16. Oktober abgeschlossene Garantievertrag war nicht geeignet, die Verbitterung Polens über die mangelnde Standfestigkeit des westlichen Verbündeten, der nach polnischer Einschätzung die Interessen seiner ostmitteleuropäischen Alliierten eigenen Interessen nachgeordnet hatte, zu beschwichtigen. Dieser Mißmut wurde noch dadurch verstärkt, daß Polen sich, um eine politische Isolierung zu vermeiden, gezwungen sah, das Locarno-Abkommen zu unterzeichnen und den als ungenügend empfundenen Schiedsvertrag im Sejm zu ratifizieren.<sup>23</sup> Die deutsch-polnische Grenze erhielt, entsprechend der Vorstellungen der deutschen Politik, durch das Locarno-Abkommen unverkennbar den Charakter einer Grenze zweiten Ranges in Europa.<sup>24</sup>

---

<sup>22</sup> Der Vertrag sah die Einrichtung einer Schiedskommission in Streitfragen vor. Konflikte politischen Charakters konnten von der Kommission zwar erörtert werden, ein abschließendes Gutachten war für beide Seiten jedoch nicht bindend. Vgl. Oertel: Beiträge, S. 78f.

<sup>23</sup> Vgl. Hoensch: Deutschland, Polen..., S. 26. - Die im März 1926 erfolgte Ratifizierungsdebatte im Sejm verlief stürmisch. Vgl. Korbel: Poland, S. 189: „Skrzyński [der polnische Ministerpräsident, z.Zt. des Locarno-Abkommens Außenminister im zweiten Kabinett Witos, T.K.] [...] found the Polish Sejm near revolt when he presented [...] the German-Polish Treaty of Arbitration [...] for ratification“. Locarno führte auch zu einer weiteren Verschlechterung des infolge des Teschenkonfliktes ohnehin angespannten polnisch-tschechoslowakischen Verhältnisses. Während der tschechoslowakische Außenminister Edvard Beneš den Abschluß des Abkommens und auch des deutsch-tschechoslowakischen Schiedsvertrages als erfolgversprechenden ersten Schritt zur Einbindung Deutschlands in eine europäische Friedensordnung ansah und eine weitere politische Stabilisierung in Europa erwartete, ging Polen davon aus, daß sich Deutschland nach diesem politischen Erfolg im Westen, der nach polnischer Überzeugung auch auf die fehlende Unterstützung Polens durch die ČSR ermöglicht worden war, verstärkt einer auf die Revision der Ostgrenze abzielenden Politik zuwenden werde. Da Polen in diesem Falle wesentlich stärker bedroht sein würde als die Tschechoslowakei erschien das Verhalten der tschechoslowakischen Diplomatie dem nördlichen Nachbarn unverantwortlich und eigennützig. Vgl. Jörg K. Hoensch: „Polen und die Tschechoslowakei - oder das Scheitern der slawischen Solidarität“. In: Karl Bosl (Hrsg.): Gleichgewicht - Revision - Restauration. Die Außenpolitik der Ersten Tschechoslowakischen Republik im Europasystem der Pariser Vororteverträge. München - Wien 1976, S. 290f. [Vorträge und Tagungen des Collegium Carolinum in Bad Wiessee am Tegernsee vom 27. bis 30. November 1975 und vom 22. bis 25. April 1976].

<sup>24</sup> Die 1921 einsetzenden französischen Versuche, Großbritannien zur Übernahme einer Garantie der deutsch-polnischen Grenze zu bewegen, waren bereits im Jahr 1922 definitiv gescheitert. Broszat: Zweihundert Jahre, S. 219. - Deutschlands Locarno-Politik sollte sicherlich nicht zu einseitig als vornehmlich gegen Polen gerichtete, bloß auf eine Revision der Grenze abzielende Politik gewertet werden. Neben dem deutschen Interesse, eine vorzeitige Räumung des Rheinlandes zu erreichen, spielte ohne Zweifel auch ein ehrliches - natürlich interessengeleitetes - Bemühen Stresemanns um die Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen eine nicht zu unterschätzende Rolle. Angesichts des Umstandes, daß für die deutsche Außenpolitik Locarno auch die politische Grundlage einer - wenngleich friedlichen - Revision der deutsch-polnischen Grenze darstellte, ist Peter Krügers Einschätzung, Deutschland sei durch das Abkommen „im Grunde eine stabilisierende Macht“ geworden, in bezug auf Ostmitteleuropa dennoch mit einem Fragezeichen zu versehen. Krüger: Außenpolitik, S. 299.



Auch die am 8. September 1926 erfolgte Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund<sup>25</sup> war für Polen mit einer diplomatischen Niederlage verbunden, denn trotz französischer Unterstützung vermochte es Polen nicht, seinen Anspruch auf die Einräumung eines ständigen Ratssitzes durchzusetzen. Die deutsche Seite hatte sich im Verlauf der Beitrittsverhandlung energisch widersetzt und im Verbund mit einer Gruppe von Klein- und Mittelstaaten unter der Führung Schwedens die Schaffung eines ständigen Ratssitzes für Polen, und somit dessen Anerkennung als Großmacht, zu verhindern verstanden. Der schließlich erzielte Kompromiß<sup>26</sup> war weder geeignet, Polen zufriedenzustellen noch diese Niederlage zu kaschieren, sondern unterstrich die unterschiedliche Bedeutung Deutschlands und Polens im europäischen Mächtesystem. Mit dem Beitritt des Deutschen Reiches in den Völkerbund wurde die Voraussetzung für die Aktivierung der deutschen Revisionspolitik geschaffen. Der Ansatzpunkt dieser Politik war die Lage der deutschen Minderheit in Polen.

### 1.2.2 Die Minderheitenfrage

Auf Drängen der Alliierten hatte Polen am 28. Juni 1919 einen über Art. 93 mit dem Versailler Vertrag gekoppelten Minderheitenschutzvertrag abschließen müssen, der erst nach einer stürmischen, von deutlich antisemitischen Tönen geprägten Debatte im Sejm ratifiziert wurde und einen Proteststurm nahezu der gesamten polnischen Gesellschaft auslöste.<sup>27</sup> Obgleich sich in der Folgezeit

---

<sup>25</sup> Neben der diplomatischen Vorbereitung des Beitritts zum Völkerbund hatte Deutschland im Frühjahr 1926 auch Verhandlungen mit der Sowjetunion aufgenommen, die die Verbesserung des infolge der Locarno-Abmachungen abgekühlten deutsch-sowjetischen Verhältnisses zum Ziel hatten. Der am 24. April 1926 abgeschlossene Neutralitäts- und Freundschaftsvertrag diente in erster Linie dazu, ein Gegengewicht zu einer zu eindeutigen Westorientierung zu schaffen und sollte den von sowjetischer Seite initiierten polnisch-sowjetischen Gesprächen über den Abschluß eines Nichtangriffspaktes den Boden entziehen. Diese durch die Erneuerung des polnisch-rumänischen Beistandspaktes am 26. März 1926 und Piłsudkis Staatsstreik am 12. Mai zusätzlich erschwerten Verhandlungen blieben ohne Ergebnis und wurden 1927 eingestellt. Zu einer nachhaltigen Verschlechterung der deutsch-sowjetischen Beziehungen kam es nicht. Vgl. Korbel: *Poland*, S. 192ff. – Vgl. auch Jürgen *Pagel*: *Polen und die Sowjetunion 1938-1939. Die polnisch-sowjetischen Beziehungen in den Krisen der europäischen Politik am Vorabend des Zweiten Weltkrieges*. Stuttgart 1992, S. 18ff. [Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa. Hrsg. v. Erwin *Oberländer*; Bd. 34].

<sup>26</sup> Die Zahl der nichtständigen Ratssitze wurde von sechs auf neun erhöht. Polen wurde von der Völkerbundsversammlung als nichtständiges Mitglied in den Rat gewählt und gleichzeitig seine „Wiederwählbarkeit“ – drei der neun nichtständigen Mitglieder konnten als wiederwählbar deklariert werden – bestätigt. Deutschland erhielt einen ständigen Ratssitz eingeräumt. Vgl. Krüger: *Außenpolitik*, S. 311ff., insbes. S. 356. – Wagner: *Weimarer Republik*, S. 42.

<sup>27</sup> Vgl. Erwin *Vieffhaus*: *Die Minderheitenfrage und die Entstehung der Minderheitenschutzverträge auf der Pariser Friedenskonferenz 1919. Eine Studie zur Geschichte des Nationalitätenproblems im 19. und 20. Jahrhundert*. Würzburg 1960 [Marburger Ostforschungen. Hrsg. v. Hellmuth *Weiss*; Bd. 11]. Text des Vertrages in englischer Sprache ebd., S. 231ff. – Zu Entstehung und Verfahren vgl. auch Helmut *Pieper*: *Die Minderheitenfrage und das Deutsche Reich 1919-1934/34*. Hamburg 1974, S. 6ff. [Darstellungen zur Auswärtigen Politik. Hrsg. v. Herbert *Krüger*; Bd. 15] und Schot: *Nation oder Staat*, S. 1ff. – Vgl. Rudolf *Michaelsen*: „Das deutsch-polnische Minderheitenproblem im internationalen Zusammenhang“. In: *Die deutsch-polnischen Beziehungen 1919-1932*. Braunschweig 1985, S. 89ff. [Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts für Internationale Schulbuchforschung. Hrsg. v. Ernst *Hinrichs*; Bd. 22/VIII].

Der Minderheitenschutzvertrag mit Polen diente als Muster einer Reihe von Folgeverträgen, die den neugegründeten oder vergrößerten Klein- und Mittelstaaten und auch – mit Ausnahme des Deutschen Reiches – den im Ersten Weltkrieg besiegten

sehr bald zeigte, daß die dem Völkerbundsrat zugewiesene Aufgabe, für die Beachtung der Minderheitenrechte in den betroffenen Staaten Sorge zu tragen, infolge des schwerfälligen Verfahrens, der fehlenden Sanktionsmöglichkeiten und der auch bei den westlichen Ratsmitgliedern nur sehr bedingt vorhandenen Bereitschaft, Minderheitenbeschwerden ihre volle Aufmerksamkeit zuzuwenden, zu keiner wirklichen Beschneidung der polnischen Souveränität führte, verfolgten alle polnischen Regierungen mit unermüdlicher Energie das Ziel, die Bestimmungen des internationalen Minderheitenschutzes auszuhöhlen oder diesem zumindest durch eine Ausweitung auf alle Mitgliedsstaaten dem mit dem polnischen Prestigedenken nicht in Übereinklang zu bringenden Rechtskonstrukt die Schärfe zu nehmen.<sup>28</sup>

Die Übertragung der ehemals preußischen Ostprovinzen an das neugegründete Polen hatte nach dem Jahr 1919 einen Massenexodus der deutschstämmigen Bevölkerung ausgelöst. Emotionale Faktoren, wie der Verlust der zuvor eingenommenen privilegierten Stellung oder die Abneigung, sich in ein polnisches Staatswesen einzufügen, trugen ebenso zu der hohen Abwanderung bei wie die spürbar haßerfüllte Atmosphäre und die von vielen erwarteten antideutschen Verwaltungs- und Neuordnungsmaßnahmen des polnischen Staates und seiner Behörden.<sup>29</sup> Obwohl die Zahl der Über-

---

Ländern auferlegt wurden, ohne daß die europäischen Großmächte ähnlich lautende Verpflichtungen eingegangen wären. Eben diese Ungleichbehandlung, die mit der neugewonnenen Souveränität unvereinbar erschien, machte den Vertrag, der darüber hinaus als jüdische Initiative galt, in der polnischen Öffentlichkeit verhaßt. In der Tat hatten jüdische Gruppen maßgeblichen Einfluß bei der Etablierung des Minderheitenschutzes, da antisemitische Pogrome im November 1918 in Galizien, aber auch in Krakau, Lublin und Kielce, an denen selbst Einheiten der Haller-Armee beteiligt waren, die Ausformulierung international verbrieftener Minderheitenrechte als zwingend geboten erscheinen lassen mußten. Noch Jerzy Krasuski bezeichnet den Polen aufoktroierten Vertrag dagegen als „obviously discriminatory act“. Jerzy *Krasuski*: „The Versailles System and the Origins of the Second World War“. In: *Acta Poloniae Historica* 22 (1970), S. 132.

Zur Aufnahme des Vertrages in Polen ausgewogen und detailliert: Paweł *Korzec*: „Polen und der Minderheitenschutzvertrag“. In: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas*. Neue Folge. 22 (1974), S. 515ff.

<sup>28</sup> Polen vertrat dabei zunächst den Standpunkt, daß durch die in der Verfassung vom 17. März 1921 in den Artikeln 95, 109 und 110 verankerten Grundsätze zum Schutz der Minderheiten nach dem Rechtsprinzip „Lex posterior derogat priori“ die internationalen Bestimmungen nicht nur überflüssig, sondern auch außer Kraft gesetzt seien. Da diese Argumentation völkerrechtlich nicht haltbar war, zielte die polnische Diplomatie später auf eine Generalisierung der Minderheitenschutzbestimmungen, die erstmals im Jahr 1922 von dem Delegierten Szymon Askenazy in der Völkerbundversammlung beantragt wurde und bis 1934 die Leitlinie der Warschauer Politik in dieser Frage blieb. Vgl. *Korzec*: Minderheitenschutzvertrag, S. 527ff. - Zu den Rahmenbestimmungen der polnischen Verfassung - die hier in Aussicht gestellten besonderen Schutzgesetze wurden nie verabschiedet - vgl. Marian *Drozdowski*: „The National Minorities in Poland in 1918-1939“. In: *Acta Poloniae Historica* 22 (1970), S. 229f. und Joachim *Rogall*: *Die Deutschen im Posener Land und in Mittelpolen*. München 1993, S. 128 [Studienbuchreihe der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat; Bd. 3].

<sup>29</sup> Vgl. Przemysław *Hauser*: „Die deutsche Minderheit in Polen“. In: *Die deutsch-polnischen Beziehungen 1919-1932*. Braunschweig 1985, S. 68f. [Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts für Internationale Schulbuchforschung. Hrsg. v. Ernst *Hinrichs*; Bd. 22/VIII]. - Vgl. Edward D. *Wynot*: „The Polish Germans, 1919-1939. National Minority in a Multinational State“. In: *Polish Review* 27 (1972), S. 27f. Die beiden Autoren zeichnen jedoch ein allzu freundliches Bild von der vermeintlichen Liberalität der polnischen Minderheitenpolitik. *Wynot* bezeichnet die Auswanderung als „voluntary migration“ und mißachtet dabei, daß die aufgeheizte Stimmung und Äußerungen nationaldemokratischer Politiker vielen Deutschen das Verbleiben in Polen als nicht ratsam erscheinen ließen. So erklärte der spätere Volksbildungsminister Stanisław *Grabski* im Oktober 1919 in Posen: „Das fremde Element wird sich umsehen müssen, ob es nicht anderswo besser aufgehoben ist“. Zit. Wolfgang *Jacobmeyer*: „Die deutschen Minderheiten in Polen und in der Tschechoslowakei in den dreißiger Jahren“. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 36 (1986), Heft 31, S. 19. - Auch das Vorhandensein radikaler nationalistischer Gruppierungen wie die „Centralna Organizacja dla oczyszczenia Poznania od Żydów i Niemców“ (Zentrale Organisation zur Säuberung

siedlungen bald eine Größenordnung von einigen Hunderttausend erreichte, wobei die Westwojewodschaften am stärksten betroffen waren und der Anteil der deutschen Bevölkerung in den Städten Posen und Pommerellens überproportional zurückging, zeigte sich die polnische Politik auch in der Folgezeit bemüht, die Zahl und den, vornehmlich wirtschaftlichen, Einfluß der Deutschen in den wiedergewonnenen Gebieten weiter zurückzudrängen und wandte die aus dem Versailler Vertrag resultierenden Möglichkeiten in aller Schärfe an.<sup>30</sup> Augenfälligster Ausdruck dieses Bestrebens war der sogenannte „Optantenstreit“, der im Sommer 1925 seinen Höhepunkt erreichte und durch Berichte der deutschen Presse von überfüllten Auffangslagern auch in der reichsdeutschen Öffentlichkeit die Gemüter erhitzte. Lautloser vonstatten gingen indessen die gegen den deutschen Grundbesitz gerichteten Maßnahmen. Die konsequente Annullierung von Ansiedlerverträgen, die Liquidierung des Eigentums Reichsdeutscher in Polen und die Auswirkungen der zwar vornehmlich sozialpolitisch motivierten, jedoch auch unter Nationalitätengesichtspunkten durchgeführten Agrarreform, richteten sich gegen das in polnischen Augen infolge der preußischen Siedlungspolitik in den Ostprovinzen künstlich herbeigeführte wirtschaftliche Übergewicht der Deutschen, wurde aber von den Betroffenen als brutale „Entdeutschungspolitik“ des polnischen Staates wahrgenommen. Die unter nationaldemokratischem Einfluß betriebene Zurückdrängung des Minderheitenschulwesens verstärkte bei der deutschen Minorität den Eindruck, nur mehr unerwünschte Fremde in der angestammten Heimat zu sein.<sup>31</sup>

---

Posens von Juden und Deutschen) trug zur Verunsicherung der deutschen Minderheit bei. Vgl. Rogall: Deutsche, S. 130. - Vgl. auch, allerdings mit einer gelegentlich überscharfen Bewertung der polnischen „Kampfmaßnahmen“, Otto Heike: Die deutsche Minderheit in Polen bis 1939. Ihr Leben und Wirken, kulturell - gesellschaftlich - politisch. Eine historisch-dokumentarische Analyse. Leverkusen 1985, bes. S. 161ff.

<sup>30</sup> Zahlen bei Heike: Deutsche Minderheit, S. 162ff., der den offiziellen polnischen Statistiken die Ergebnisse der deutschen „Selbstzählung“ gegenüberstellt. Die Größenordnung auch bei Baier: Deutscher Osten, S. 258ff. - Da Zahlenangaben auch in der Literatur relativ willkürlich zur Stützung der eigenen Wertungen herangezogen werden, sei hier verwiesen auf die bei Krekler: Revisionsanspruch, S. 119 angeführten Zahlen, die aus der Kabinettsvorlage vom 8. April 1930 hervorgehen und vermutlich, da die Regierung Brüning die Aufstellung zur Neufestsetzung staatlicher Unterstützungsleistungen an die deutsche Minderheit erstellen ließ, realistische Größenordnungen widerspiegeln. Nach dieser Statistik, derzufolge zwischen 1918 und 1926 900.000 Deutsche aus Polen abgewandert waren, lebten in der Wojewodschaft Pommerellen noch 117.251 Angehörige der deutschen Minderheit, die 23,6% der Gesamtfläche bewirtschafteten und 12,5% der Bevölkerung stellten. Im Netzegau lauteten die Zahlen 107.345 (31,4% Fläche, 16% Bevölkerungsanteil), in der Wojewodschaft Posen 106.909 (23,6%, 9%). Insgesamt lebten in den Westgebieten somit noch 341.505 Angehörige der deutschen Minderheit. Für Oberschlesien gibt Heike eine Zahl von 91.207 nach der amtlichen Volkszählung von 1931 und 270.000 gemäß der deutschen Selbstzählung von 1938 an. Heike: Deutsche Minderheit, S. 163. - In Mittelpolen lebten etwa 360.000 Deutschstämmige, schwerpunktmäßig im Gebiet um die Stadt Łódź, in Wolhynien 60.000 und in Galizien ebenfalls 60.000. Vgl. Baier: Deutscher Osten 259f. - Nennenswerte Abwanderungsbewegungen gab es in den letztgenannten Gebieten nicht. In Mittel- und Ostpolen hatte die staatliche Neugründung anders als in den Westgebieten keine wesentlichen Veränderungen der Lebensbedingungen für die weitgehend assimilierten deutschen Siedlungsgruppen mit sich gebracht, und in Oberschlesien verhinderte zunächst die unklare politische Lage, dann die besonderen Schutzbestimmungen der zwischen dem Deutschen Reich und Polen am 15. Mai 1922 abgeschlossenen Genfer Konvention, eines auf fünfzehn Jahre befristeten, umfangreichen Vertragswerkes mit über 600 Paragraphen, eine massenhafte Abwanderung. Vgl. Heike: Deutsche Minderheit, S. 184 und Baier: Deutscher Osten, S. 237.

<sup>31</sup> Zum Optantenproblem vgl. Oertel: Beiträge, S. 71f. und Wagner: Weimarer Republik, S. 39. - Nach Art. 91 des Versailler Vertrages hatten die nunmehr in Polen lebenden Deutschen über ihre Staatsangehörigkeit entscheiden können. Etwa 150.000 optierten für eine deutsche Staatsbürgerschaft und wurden in der Folgezeit des Landes verwiesen. In der Wiener

Obgleich mit Ausnahme der sich eng an die PPS anlehenden „Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens“ die Deutschen im polnischen Staat über keine politischen Parteien mit landesweitem Organisationsgrad verfügten, vermochten sie es dennoch, durch die Bildung einer gemeinsamen Liste mit den übrigen Minderheiten ihre Vertretung in den beiden Parlamentskammern sicherzustellen. Das „Büro der deutschen Abgeordneten in Sejm und Senat“ mit Sitz in Bromberg entwickelte sich nach dem Verbot des 1919 gegründeten „Deutschtumsbundes zur Wahrung der Minderheitenrechte“ im Spätherbst 1922 zur zentralen politischen Institution der deutschen Minderheit in den polnischen Westwojewodschaften, konnte sich auf das hier traditionell hoch ausgebildete Genossenschaftswesen stützen, avancierte nach der von Berlin geforderten Einrichtung eines „Hauptarbeitsausschusses“ im Jahr 1925 zum bevorzugten Ansprechpartner und zum verlängerten Arm des Auswärtigen Amtes sowie reichsdeutscher Volkstumsverbände.<sup>32</sup>

Die hier ertretenen Organisationen waren daneben eingebunden in ein konspiratives Subventionssystem, daß bereits im Jahr 1919 mit der Einrichtung eines aus Abgeordneten der Verfassungsgebenden Preußischen Landesversammlung und der Nationalversammlung gebildeten parlamentari-

---

Konvention vom 30. August 1924 wurde zwar ein Stufenplan zwischen beiden Staaten vereinbart, an der - auch von deutschen Landesbehörden angewandten - grundsätzlichen Abschiebep Praxis änderte dies jedoch nichts. - Zu den Auswirkungen des polnischen Annulationsgesetzes vom 14. Juli 1920, betroffen waren ca. 4.000 deutsche Ansiedler, deren Grundbesitz bis zum 1. November 1918 noch nicht registriert worden war, vgl. Krekeler: Revisionsanspruch, S. 59ff. - Zu der Liquidierung reichsdeutschen Eigentums in Polen vgl. Oertel: Beiträge, S. 182ff. und S. 221ff. sowie Łuczak: Wirtschaftsbeziehungen, S. 130f. Das unter großem persönlichem Einsatz des deutschen Gesandten in Warschau, Ulrich Rauscher, und des polnischen Außenministers Zaleski zustandegekommene deutsch-polnische Liquidationsabkommen vom 31. Oktober 1929 ermöglichte 12.000 deutschen Ansiedlerfamilien den Verbleib in Polen und die freie Verfügung über ihr Eigentum. Obgleich der wirtschaftliche Gewinn Polens - das Deutsche Reich verzichtete auf alle aus dem Privatgeschäftsverkehr der Vorkriegszeit resultierenden finanziellen Forderungen - höher anzusetzen ist als der infolge einer weiterbetriebenen Liquidierung zu erwartende finanzielle Nutzen, zeigt das Abkommen dennoch, daß der polnische Staat keine bedingungslose Vertreibungspolitik durchführte. - Zu Auswirkung und Verfahren des verschärften Agrarreformgesetzes vom 28. Dezember 1925 vgl. Oertel: Beiträge, S. 233ff. und Stephan Horak: Poland and Her National Minorities, 1919-39. New York - Washington - Hollywood 1961, S. 139. Infolge des Gesetzes gingen in Posen und Pommerellen bis 1929 499.318 ha von deutschem in polnischen Besitz über. Eine positive Bewertung der Maßnahmen bei Wynot: Polish Germans, S. 30ff., der die Parzellierung als eine gerechtfertigte Angleichung an die Nationalitätenrelationen in den Westwojewodschaften wertet. - Zur Polonisierung des Schulwesens infolge des unter der Federführung Stanisław Grabskis am 31. Juli 1924 erlassenen Schulgesetzes vgl. Heike: Deutsche Minderheit, S. 312ff. Dagegen apologetisch: Hauser: Deutsche Minderheit, S. 76ff. und Wynot: Polish Germans, S. 41ff. Vgl. dort die tabellarische Aufstellung über den kontinuierlichen Rückgang der Minderheitenschulen - von 1.309 öffentlichen Elementarschulen im Schuljahr 1923/24 auf 394 im Schuljahr 1937/38.

<sup>32</sup> Zunächst wurde ein „Fünfer-Ausschuß“ gebildet, der 1930 auf einen „Neuner-Ausschuß“ ausgeweitet wurde und dann Vertreter aller Volkstums- und Genossenschaftsorganisationen umfaßte. Die Minderheit hatte in den Wahlen 1922 siebzehn Sejm- und 5 Senatssitze erworben und diesen Erfolg im Jahr 1928 mit 21 Mandaten im Sejm und wiederum 5 Sitzen im Senat teilweise noch steigern können. Die massiven Wahlbeeinflussungen des Jahres 1930 führten zu einem drastischen Einbruch und setzten der angemessenen parlamentarischen Repräsentation ein Ende. Die Deutschen stellten lediglich fünf Abgeordnete im Sejm und drei Senatoren. Nach der autoritären Neugestaltung der Wahlordnung auf dem Boden der Verfassung vom 23. April 1935 wurden nur mehr zwei Senatoren ernannt. Vgl. Rogall: Deutsche, S. 133f. - Heike: Deutsche Minderheit, S. 165ff. - Krekeler: Revisionsanspruch, S. 21 und S. 71ff. - Im Gegensatz zu den Gebieten Mittel- und Ostpolens sowie den Westwojewodschaften hatte sich in Oberschlesien ein weltanschauliches Parteienspektrum erhalten. Einzelheiten bei Heike: Deutsche Minderheit, S. 175ff. und Hauser: Deutsche Minderheit, S. 74. - In Mittelpolen nahm der am 1. Juni 1924 in Łódź gegründete „Deutsche Volksverband in Polen“ die Interessenvertretung der Deutschen wahr. Vgl. Heike: Deutsche Minderheit, S. 195ff.

schen Ostausschusses seinen Anfang genommen hatte. Mit der aus diesem „Ostauschuß“ 1920 hervorgehenden „Deutschen Stiftung“, einer verschleierte Dienststelle des Reiches, und der 1926 gegründeten „Ossa Vermittlungs- und Handelsgesellschaft“, beide unter nur formaler Kontrolle eines aus Vertretern aller Parteien von SPD bis DNVP zusammengesetzten Parlamentarischen Beirates,<sup>33</sup> knüpfte das Auswärtige Amt in enger Abstimmung mit den volksdeutschen Honoratioren in Posen und Pommerellen ein geheimes Netz für die finanzielle und materielle Unterstützung des deutschen Grundbesitzes und kultureller Einrichtungen in Polen. Wenn auch die tatsächliche Sorge um das Wohlergehen der Minderheit hier eine gewisse Rolle gespielt haben mag, so stand doch diese Politik deutlich im Zeichen der Revisionsbestrebungen der Weimarer Regierungen. Der Verbleib einer möglichst großen Zahl von Deutschen, einer wirtschaftlich und politisch relevanten Bevölkerung in den polnischen Westgebieten, war *die* Option auf eine Rückgewinnung der Territorien, wie aus einer Aufzeichnung des Staatssekretärs von Schubert vom 12. Juli 1928 hervorgeht: „Die Reichsregierung hat es stets als eine wesentliche Aufgabe unserer Politik betrachtet, mit allen Mitteln das heute noch in den abgetretenen Gebieten ansässige Deutschtum zu erhalten, da dies die Voraussetzung für eine günstige Lösung der Korridor - und der oberschlesischen Frage ist“.<sup>34</sup>

Das zweite Feld, auf dem die deutsche Außenpolitik unter der Leitung Stresemanns nach dem Völkerbundsbeitritt - im Gegensatz zu der konspirativ ablaufenden wirtschaftlichen Stützung des Deutschtums - unüberhörbare Aktivität entwickelte, war der internationale Minderheitenschutz. Obwohl die in Stresemanns Denkschrift vom 13. Januar 1925 angeregte Liberalisierung der innerdeutschen Minderheitenpolitik infolge des Widerstandes der zuständigen preußischen Ministerien nur sehr bedingt realisiert wurde und eine auf Betreiben Polens zustandegekommene Verfahrens-

---

<sup>33</sup> Ein weiterer Beweis für die relative Geschlossenheit der Mitte-Rechts- bis Mitte-Links-Parteien in der Grenzfrage. Die KPD und später die NSDAP wurden - wohl eher aufgrund des Unwillens der übrigen Fraktionen als infolge einer grundsätzlich ablehnenden Haltung der beiden extremistischen Parteien - nicht hinzugezogen.

<sup>34</sup> Zit. Megerle: Danzig, S. 160. - Nach einer Aufstellung vom 15. November 1932 belief sich die Gesamtsumme des zwischen 1925 und 1931 aufgewendeten Kapitals auf 37,5 Millionen Reichsmark. Auch nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise wurden die Leistungen nicht eingestellt, sondern sogar ausgeweitet. Der in der Übersicht allein für 1932 veranschlagte Betrag lautete auf 13 Millionen Reichsmark. Vgl. Krekeler: Revisionsanspruch, S. 145.- Der Großgrundbesitz in Posen und Pommerellen wurde unverhältnismäßig stärker unterstützt als etwa deutsche Betriebe in Oberschlesien. - Zum Aufbau der „Deutschen Stiftung“ und der „Ossa“, zu der Tätigkeit ihrer durch Vorgaben des Auswärtigen Amtes in ihrer Omnipotenz kaum beeinträchtigten Geschäftsführer Erich Kraher-Möllenberg und Max Winkler und zu Einzelheiten über den Kapitaltransfer vgl. ebd., S. 13ff. und S. 92f. sowie *Ders.*: „Die deutsche Minderheit in Polen und die Revisionspolitik des Deutschen Reiches 1919-1933“. In: Wolfgang Benz (Hrsg.): Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen. Frankfurt/M. 1985, S. 22f. - Einer Erwähnung bedarf auch die im Februar 1920 unter der Geschäftsführung Max Winklers, des früheren zweiten Bürgermeisters von Graudenz, ins Leben gerufene „Konkordia Literarische Anstalt GmbH“, die u.a. zur Aufgabe hatte, die deutschsprachigen Zeitungen in Polen zu unterstützen und ein ähnlich weit gefächertes Netz finanzieller Abhängigkeiten aufbaute wie die eng mit ihr kooperierende „Deutsche Stiftung“. Im Unterschied zu dieser widmete die „Konkordia“ jedoch in weit höherem Maße Oberschlesien ihre Aufmerksamkeit und unterstützte - unabhängig von deren parteipolitischen Orientierung - die drei bedeutendsten Tageszeitungen des Gebietes. Zuwendungen erhielten die bürgerliche „Kattowitzer Zeitung“, der sozialdemokratische „Volkswille“ und auch das Blatt des Vorsitzenden der „Deutschen Katholischen Volkspartei“, Eduard Pant, der in Königshütte erscheinende „Oberschlesische Kurier“, die deutschsprachige Zeitung mit dem höchsten Verbreitungsgrad in Polen. Der „Kurier“ verfügte in den zwanziger Jahren über einen eigenen Korrespondenten in Genf, der die dort vertretene Presse im deutschen Sinn beeinflussen sollte und vermutlich aus Mitteln der „Deutschen Stiftung“ finanziert wurde. Vgl. Fischer: Deutsche Publizistik, S. 67ff.

änderung die Einbeziehung des Deutschen Reiches bei der Untersuchung von Minderheitenbeschwerden gegen Polen oder die ČSR verhinderte, übernahm Stresemann die Rolle eines „Anwaltes der Minderheiten“ und nutzte die Genfer Bühne zu diplomatischen Offensiven gegen Polen und die restriktive polnische Minoritätenpolitik.<sup>35</sup> Der augenfälligste Ausdruck dieses Konfrontationskurses war der sogenannte „Faustschlag von Lugano“ am 15. Dezember 1928,<sup>36</sup> und wenn auch die deutsche Seite im folgenden Jahr mit einer Reihe von sinnvollen Reformvorschlägen den Völkerbund-Minderheitenschutz zu einem tragfähigen, wirksameren und auch den Bedürfnissen der Petenten gerecht werdenden politischen Instrument auszubauen bestrebt war, so zeigt die Erfolglosigkeit dieser Bemühungen dennoch, daß die politische Glaubwürdigkeit der deutschen Minderheitenpolitik auch bei den Westmächten, speziell in Frankreich, durch die Instrumentalisierung des Minderheitenschutzes für die weiter gesteckten Ziele der deutschen Revisionspolitik Schaden genommen hatte.<sup>37</sup>

---

<sup>35</sup> Die von Stresemann gewünschte Schaffung einer weitgehenden Autonomie für alle nationalen Minderheiten im Deutschen Reich stand dabei deutlich im Zeichen der Revisionsbestrebungen, sollte diese propagandistisch vorbereiten. In der Denkschrift hieß es: „Es ist offenbar, um wieviel geringer die Hemmungen einer Revision der Friedensdiktate sein werden, wenn einmal die öffentliche Meinung der Welt und die bei einem Anschluß einbegriffenen Angehörigen einer fremden Minorität sich davon überzeugt haben, daß jeder nationalen Minderheit innerhalb der Reichsgrenzen die vollste kulturelle Freiheit verbürgt ist und auch tatsächlich gewahrt wird“. Zit. Pieper: Minderheitenfrage, S. 99. - Vgl. auch Megerle: Danzig, S. 161ff. und Carole Fink: „Stresemanns Minderheitenpolitik 1924-29“. In: Wolfgang Michalka und Marshall M. Lee (Hrsg.): Gustav Stresemann. Darmstadt 1982, S. 379f. [Wege der Forschung; Bd. 539].

Zu den neuen Bestimmungen über die Zusammensetzung der mit der Verfolgung von Minderheitenbeschwerden betrauten „Dreierkomitees“ vgl. Pieper: Minderheitenfrage, S. 32ff. und Schot: Nation oder Staat, S. 169.

<sup>36</sup> Anlaß der heftigen Auseinandersetzung zwischen Stresemann und Zaleski in Lugano waren die scharfen Angriffe des polnischen Außenministers gegen den „Deutschen Schutzbund für Oberschlesien“, der seit dem Jahr 1926 eine Fülle von Beschwerden im Völkerbundssekretariat eingereicht hatte, die Zaleskis Ausführungen zufolge ausnahmslos der Grundlage entbehrten und lediglich dazu dienten, die polnische Regierung in der internationalen Öffentlichkeit zu diskreditieren. Als Zaleski den „Schutzbund“ als „staatsverräterisch“ und als „Gefahr für den Frieden“ bezeichnete, beantwortete Stresemann dies mit einer spontanen und hochemotionalen Rede, die er durch Faustschläge auf den Tisch untermalte und die im Deutschen Reich viel Beifall erhielt, in Frankreich jedoch als Ausdruck einer deutschen „violence latente“ ein verheerendes Echo auslöste. Vgl. Schot: Nation oder Staat, S. 208ff. - Fink: Stresemanns Minderheitenpolitik, S. 384ff. - Der Affäre vorausgegangen war der im Jahr 1926 ausgebrochene „oberschlesische Schulstreit“, der die Gremien des Völkerbundes fast zwei Jahre lang beschäftigte und erst im April 1928 durch einen von allen Seiten nur widerwillig akzeptierten Schiedsspruch des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag hatte beigelegt werden können. Obwohl die „Genfer Konvention“ das subjektive Ermessen der Eltern als einziges Kriterium für die Wahl der Schule vorsah, hatten die polnischen Behörden Ost-Oberschlesiens im Sommer 1926 7.114 von 8.829 angemeldeten Kindern die Einschulung in deutschen Lehranstalten mit der Begründung fehlender Deutschkenntnisse verweigert, also rechtswidrig objektive Kriterien angelegt. Einzelheiten bei Pieper: Minderheitenfrage, S. 158ff. - Schot: Nation oder Staat, S. 187ff. rechtfertigt das polnische Vorgehen als verständliche Reaktion auf die offensiven Werbemethoden der deutschen Schulen.

Die Frage, ob der rapide Anstieg der Monita aus Oberschlesien - zwischen Juni 1924 bis Juni 1925 wurde eine Petition, zwischen Juni 1927 und Juni 1928 26 Beschwerden eingereicht - auf die nach der Einsetzung des schlesischen Wojewoden Grażyński verstärkten polonisatorischen Maßnahmen der ostoberschlesischen Behörden zurückzuführen ist oder eine Folge des deutschen Völkerbundsbeitrittes war, ist nicht abschließend zu klären. Immerhin muß bedacht werden, daß das Deutsche Reich als Ratsmacht sich der Minderheitenbeschwerden nun annehmen konnte und der deutschen Politik diese für eine öffentlichkeitswirksame Verwertung auch durchaus gelegen kamen. Zahlen bei Baier: Deutscher Osten, S. 238.

<sup>37</sup> Die Reformanträge zielten auf eine Beschleunigung des Verfahrens, den Aufbau eines vornehmlich mit der Kontrolle von Minderheitenrechten befaßten Apparates, die Einbeziehung der Petenten sowohl bei der Klärung des Sachverhaltes als auch in den Lauf des Verfahrens, eine Zurückdrängung des Einflusses der hinter den Kulissen agierenden, ad-hoc gebildeten „Dreierkomitees“ und generell eine größere Öffentlichkeit der Untersuchungen. Erreicht wurden nur marginale Verbesserun-

### 1.3 Die frühen dreißiger Jahre: Verhärtung der Fronten

Die schleichende Veränderung der internationalen politischen Rahmenbedingungen und die im Jahr 1930 im Deutschen Reich wie in Polen einsetzende innenpolitische Radikalisierung führten zu Beginn der dreißiger Jahre zu einer weiteren Zuspitzung der deutsch-polnischen Beziehungen. Eine Fülle von Grenzzwischenfällen im Sommer 1930,<sup>38</sup> die revisionistische Rede des Reichsministers Treviranus im August<sup>39</sup> und die nach dem politischen Erdbeben der Septemberwahl im Reichstag gescheiterte Ratifizierung des am 21. März paraphierten deutsch-polnischen Handelsvertrages<sup>40</sup> waren äußere Anzeichen einer von beiden Staaten forcierten Konfrontationspolitik, die ihre tieferen

---

gen. Die Stellung der Petenten, die im Gegensatz zu dem betroffenen Staat nicht über den Fortgang des Verfahrens informiert wurden und keine weiteren Stellungnahmen abgeben konnten, wurde nicht verbessert. Der Rat erklärte sich im Juni 1929 lediglich dazu bereit, Angaben über die Größenordnung der eingegangenen Petitionen und der eingesetzten „Dreierkomitees“ zu veröffentlichen. Die Vollversammlung bestätigte im September die „Reform“. Vgl. Pieper: Minderheitenfrage, S. 196ff. und S. 213ff.

<sup>38</sup> Vgl. Riekhoff: Relations, S. 331f.

<sup>39</sup> Treviranus hatte am 10. August in einer weder mit dem Kanzler noch mit dem Außenminister abgesprochenen Rede vor dem Reichstagsgebäude von dem „zerschnittenen Weichselland“ und der „ungeheilten Wunde in der Ostflanke“ gesprochen und geendet, der Tag werde kommen, an dem „der Kampf für das Recht Deutschland und Europa befreit hat“. Die Rede löste nicht nur in Polen heftige Reaktionen aus - es kam zu Ausschreitungen und antideutschen Kundgebungen im Verlauf einer kurzfristig angesetzten „Westmarkenwoche“ und eines „Pommerellenmonats“ -, sondern stieß auch im Quai d'Orsay auf scharfe Kritik. Dem deutschen Botschaftsangehörigen Riesser wurde bedeutet, daß derartige Äußerungen eines *Reichsministers* - auch wenn man in Paris die „Korridor“-Lösung als „wenig glücklich“ ansehe - das deutsch-französische Verhältnis belasteten. Vgl. Oertel: Beiträge, S. 310ff., Zit. S. 310 sowie Riekhoff: Relations, S. 293 und S. 330. - Die offizielle polnische Politik schlug allerdings ähnlich kämpferische Töne an. Im Februar 1930, also einige Monate vor der Treviranus-Rede, hatte der polnische Agrarreformminister Staniewicz geäußert, Polen werde „so lange nicht ruhen [...], bis der polnische Besitz im Westen wieder auf den Stand von 1772 gebracht“ sei. Zit. Oertel: Beiträge, S. 236.

<sup>40</sup> Das unter großem persönlichem Einsatz und wirklicher Verständigungsbereitschaft zwischen dem deutschen Gesandten Rauscher und dem polnischen Chefunterhändler Twardowski ausgehandelte Kompromißpaket hatte einen Schlußstrich setzen sollen unter den im Jahr 1925 ausgebrochenen „Zollkrieg“. Die deutsche Seite hatte zu diesem Zeitpunkt wirtschaftliche Kampfmaßnahmen zur Schwächung Polens als notwendige Vorbedingung einer Grenzrevision betrachtet und auch - erfolglos - Kredite internationaler Finanzkonsortien an Polen zu hintertreiben versucht. Polen wiederum hatte Einfuhrbeschränkungen und erhöhte Zolltarife als Mittel eingesetzt, einen für das Land vorteilhaften Handelsvertrag zu erzwingen. Der Wirtschaftskrieg entwickelte in der Folge seine eigene Dynamik und währte aufgrund der nur halbherzig geführten Verhandlungen bis in das Jahr 1934, da zunächst nationale Gruppeninteressen - in Polen der Schutz der Schwerindustrie, im Deutschen Reich der von dem mehrfachen DNVP-Landwirtschaftsminister Martin Schiele vertretene Agrarprotektionismus - eine Übereinkunft verhindert hatten und nach der gescheiterten Ratifizierung ernsthafte Versuche auf eine Beilegung des Konflikts nicht mehr unternommen wurden. Von deutscher Seite erhobene politische Forderungen - etwa ein freies Ansiedlungsrecht deutscher Betriebe in Polen - hatte eine Annäherung zusätzlich erschwert. Eine tabellarische Übersicht des auf beiden Seiten drastisch sinkenden Handelsvolumens - wobei hervorgehoben werden muß, daß die Kampfmaßnahmen für Polen, etwa durch die erfolgreiche Erschließung neuer Märkte, durchaus positive Auswirkungen zeitigten - bei Riekhoff: Relations, S. 389. - Vgl. Oertel: Beiträge, S. 249ff. Inhalte des gescheiterten Abkommens S. 304. - Zum Gesamtkomplex vgl. Łuczak: Wirtschaftsbeziehungen sowie Georg W. Strobel: „Die Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands und Polens in den Jahren 1918-1932“. In: Die deutsch-polnischen Beziehungen 1919-1932. Braunschweig 1985, S. 109-123 [Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts für Internationale Schulbuchforschung. Hrsg. v. Ernst Hinrichs; Bd. 22/VIII]. - Die ideologisch verzerrte Studie von Bertold Puchert: Der Wirtschaftskrieg des deutschen Imperialismus gegen Polen 1925-1934. Berlin (Ost) 1963 [Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Schriften des Instituts für Geschichte. Reihe I: Allgemeine und deutsche Geschichte; Bd. 17] besitzt Materialwert.

Ursachen hatte in den sich zuungunsten Polens verändernden Strukturen des europäischen Mächtesystems.

Die fortwährenden deutschen Verstöße gegen die Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages, die deutsch-sowjetische militärische Zusammenarbeit und der unter der Kanzlerschaft Brüning beschleunigte Aufbau des illegalen „Grenzschutzes Ost“ waren in Polen nicht unbekannt geblieben.<sup>41</sup> Der zunehmende Einfluß des in Warschau als Personifizierung des preußischen „Revanchegeistes“ geltenden Chefs des Ministeramtes im Reichswehrministerium, des späteren Ministers und Reichskanzlers Kurt von Schleicher, auch auf die deutsche Außenpolitik ließ eine Neuorientierung der polnischen Außenpolitik zwingend geboten erscheinen, zumal die Erfahrungen im Vorfeld der Räumung des Rheinlandes von alliierten Truppen, das wachsende Verständnis für die deutschen Revisionsforderungen selbst in Frankreich und erste Anzeichen für ein westliches Einverständnis mit der militärischen Gleichberechtigung des Deutschen Reiches in einem kollektiven Sicherheitssystem in Europa das Vertrauen in die Standfestigkeit und unbedingte Bündnistreue der französischen Politik erschüttert hatten.<sup>42</sup>

Der Wechsel an der Spitze des Außenressorts<sup>43</sup> war nur die logische Konsequenz der konzeptionellen Umgestaltung der polnischen Politik und demonstrierte auch öffentlich die politische wie militärische Emanzipierung Polens von Frankreich und die Abkehr von dem durch den Völkerbund repräsentierten Versailler System, dem Piłsudski ohnehin allenfalls den Stellenwert einer provisorischen Sicherheitskonstruktion beigemessen hatte, die nur aufgrund der zeitweiligen Schwächung

---

<sup>41</sup> Vgl. Hoensch: Deutschland, Polen..., S. 28 sowie Roos: Polnische Nation, S. 129f. - Das Reichswehrministerium hatte bereits seit längerem auf die Aufstellung eines informellen Grenzschutzes gedrängt und eigens zur Demonstration der deutschen Unterlegenheit selbst in einem - kaum zu erwartenden - isolierten militärischen Konflikt mit Polen seit dem Winter 1927/28 großangelegte Manöver veranstaltet, die auf dieser Prämisse aufbauten. Die Feindkonstellation wurde im Auswärtigen Amt zwar sarkastisch kommentiert (Staatssekretär von Schubert: „Ferner wird anscheinend angenommen, daß England das Opfer eines Seebebens wurde und Amerika teils durch Wirbelstürme, teils durch falsche Spekulationen dem Ruin anheimfiel, während die Tschechoslowakei vollständig mit dem Abschluß von Konkordatsverhandlungen beschäftigt war“), die Reichswehrführung erreichte jedoch - allerdings erst in der Ära Brüning - ihr Ziel. Krüger: Außenpolitik, S. 397f., Zit. S. 397, Anm. 476.

<sup>42</sup> Warschau hatte sich wie schon bei der diplomatischen Vorbereitung der Locarno-Konferenz im Sommer 1928 bemüht, eine internationale Garantie der polnischen Westgrenze zu erwirken, war dabei aber gescheitert. Zaleskis undiplomatisches Verhalten löste vielmehr spürbares Mißbehagen in Großbritannien aus, und auch Briand erklärte sich im Gespräch mit dem deutschen Botschafter Hoesch von dem polnischen Vorstoß unangenehm überrascht. Wiederum mußte der Sejm eine Entwicklung gutheißen, die in Polen als mit eigenen Interessen unvereinbar angesehen wurde, und stimmte am 6. Februar mehrheitlich einem Beschluß zu, der die vorzeitige Rheinlandräumung als Ausdruck einer Normalisierung der internationalen Beziehungen sanktionierte. Vgl. Riekhoff: Relations, S. 240ff. - Vgl. auch Korbel: Poland, S. 243 sowie Hans Roos: Polen und Europa. Studien zur polnischen Außenpolitik 1931-1939. 2. Auflage. Tübingen 1965, S. 11 und S. 57f.

<sup>43</sup> Am 2. November 1932 folgte Piłsudskis Adlatus Józef Beck dem bisherigen Außenminister August Zaleski, der die enge Bindung an Frankreich und den Völkerbund verkörperte. Beck hatte 1922/23 das Amt des polnischen Militärattachés in Paris bekleidet und war nach der Veröffentlichung von Presseberichten über eine vermeintliche Spionagetätigkeit abberufen worden. Die ältere Forschung erkennt hier die Ursache der - zu Unrecht - konstatierten frankophoben Einstellung des späteren Außenministers. In der Tat hatte der im zweiten Kabinett Witos kurzzeitig mit dem Außenressort betraute Roman Dmowski Beck im Herbst 1923 aus Frankreich zurückbeordert, da er den Vertrauensmann Piłsudskis nicht gerade in Paris sehen wollte. Zu Ernennung und Werdegang Becks vgl. Richard M. Watt: Bitter Glory. Poland and Its Fate 1918 to 1939. New York 1979, S. 310ff.



des Deutschen Reiches und der Sowjetunion Polens Sicherheit hatte gewährleisten können. An deren Stelle trat nun der Plan eines „Dritten Europas“, der Aufbau eines von der Ostsee bis zur Adria reichenden Machtblockes unter polnischer Führung, und der am 25. Juli 1932 zwischen Polen und der Sowjetunion abgeschlossene Nichtangriffsvertrag wie auch die „Wicher-Affäre“<sup>44</sup> vom 15. Juni d. J. waren erste Anzeichen dieser energischeren und selbstbewußteren polnischen Außenpolitik, deren kurzfristiges Ziel es war, den massiver vorgetragenen deutschen Revisionsforderungen zu begegnen, um dann langfristig den Schutz des zwischen zwei potentiellen Angreifern gelegenen polnischen Staates als Machtfaktor sui generis aus eigener Kraft bewerkstelligen zu können.<sup>45</sup> Das polnisch-sowjetische Übereinkommen hatte Polen an seiner Ostgrenze spürbar entlastet und größere Bewegungsfreiheit verschafft. Nach der Ansicht Piłsudskis und Becks lag die Entscheidung über die weitere Entwicklung der Beziehungen nun in Berlin. Warschau hatte alle Optionen offen.

---

<sup>44</sup> Das Danzig-polnische Hafenabkommen vom 8. Oktober 1921 hatte polnischen Schiffen das Recht eingeräumt, ohne Vorankündigung oder Erlaubnis der Danziger Behörden in den Hafen einzulaufen. Nach Ablauf des Abkommens wurde dieses Verfahren, das sich als Gewohnheitsrecht etabliert hatte, in provisorischen Übereinkünften zunächst beibehalten, deren letzte dann aber im Frühjahr 1932 durch den Danziger Senat nicht verlängert wurde. Der polnische Zerstörer „Wicher“ lief am 15. Juni dennoch in den Hafen ein, um drei auf Besuch befindlichen britischen Schiffen die militärischen Ehren zu erweisen. Der unspektakulär anmutende Zwischenfall - allerdings hatte der Zerstörer Schießbefehl bei etwaigem Danziger Widerstand - ist aus zwei Gründen bemerkenswert. Zunächst verdeutlicht er die Verschärfung der deutschen/Danziger Politik gegenüber Polen, zum zweiten war er ein deutliches Signal sowohl an Berlin als auch an die Westmächte, daß Polen eine Schmälerung seiner Rechte nicht hinnehmen werde. Die Aktion trägt erkennbar die Handschrift Becks. Zaleski, immerhin der noch zuständige Außenminister, war - so Watt - „entsetzt“. Watt: Bitter Glory, S. 312f. - Zu Auswirkung und Intention ausführlich Riekhoff: Relations, S. 369ff.

<sup>45</sup> Vgl. Hoensch: Deutschland, Polen..., S. 28f.

## Zwischenfazit

Das Beharren auf der Revision der deutschen Ostgrenze war der „Kitt“ der Weimarer Politik und der Weimarer Gesellschaft, war das einzige Feld innen- und außenpolitischer Übereinstimmung der politisch, wirtschaftlich und kulturell auseinanderdriftenden Bevölkerungsgruppen, die allerdings als ein Konsens *ex negativo*, der reinen Ablehnung eines bestehenden Zustandes, keine Integrationskraft entfalten konnte. Nüchtern betrachtet war die ohne Modifizierung von allen Weimarer Regierungen betriebene Ostpolitik eine gescheiterte Politik und hatte auf allen Feldern mehr Schaden als Nutzen gestiftet. Ebenso wie die deutsche Seite im Jahr 1925 bei der Verhängung der - zunächst vornehmlich revisionistisch motivierten - wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen des Reiches gegen Polen den Stellenwert des polnischen Staates auf den internationalen Finanzmärkten unterschätzt hatte, verkannte sie die politische Bedeutung des östlichen Nachbarlandes für den auf Erhalt des Status quo in Europa bedachten französischen Staat, und sie überschätzte das in westeuropäischen Hauptstädten, besonders in London, zu beobachtende wachsende Verständnis für die Forderungen der deutschen Außenpolitik.

Es gibt gute Gründe zu der Annahme, daß Stresemann durch das Aufrollen der Minderheitenproblematik weniger das Ziel verfolgte, die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der jenseits der Grenze lebenden Konnationalen zu verbessern, als vielmehr den polnischen Staat „sturmreif zu schießen“ für die Änderung dieser Grenze im Einvernehmen mit dessen westlichem Protektor. Der kapitale Fehler dieser Politik war, daß die deutsche Seite nicht nur fälschlich Verständnis mit Einverständnis gleichsetzte, sondern daß auch - etwa nach dem Staatsstreich Piłsudskis - die Möglichkeiten einer Neuorientierung im deutsch-polnischen Verhältnis verpaßt wurden, die jedoch auch mit diesem eine Anerkennung der deutschen Ostgrenzen durch das Reich, zumindest eine Abkehr von dem starren Revisionskurs, vorausgesetzt hätte. Die polnische Gesellschaft war ebenso geeint in der Zurückweisung deutscher Gebietsansprüche wie die deutsche in deren Forderung.<sup>46</sup>

In der Literatur wird mitunter zu Recht angemahnt, Stresemanns Minderheitenpolitik nicht zu einseitig als „Hebel“ zum Aufbrechen des Status quo und Vorbereitung der Grenzrevision zu werten, da ihn eine wirkliche Sorge um das Wohlergehen der deutschen Minderheit zu seinen Vorstößen motiviert habe. Dennoch muß festgehalten werden, daß nicht nur die politische Glaubwürdigkeit dieser Minderheitenpolitik durch die Verknüpfung mit revisionistischen Fernzielen beeinträchtigt wurde, sondern auch die Wirksamkeit der Reformbestrebungen. Die unduldsame polnische Minderheitenpolitik erklärt sich nicht zuletzt aus der in Polen so empfundenen ständigen Bedrohung der territorialen Integrität des neugewonnenen Staates durch die frühere Teilungsmacht. Auch ausgefeilte Überwachungsapparate des Völkerbundes und gerechtere Beschwerdeverfahren hätten an der harten Hand der Behörden gegenüber den Angehörigen der deutschen Minderheit kaum etwas ändern können. Die wirtschaftliche Stützung des Deutschtums in den Westgebieten vertiefte noch

---

<sup>46</sup> Vgl. Riekhoff: *Relations*, S. 229f. und S. 289. - Vgl. Broszat: *200 Jahre*, S. 222ff.

den Graben zwischen den Bevölkerungsgruppen in Polen, da sie durch die für eine Berücksichtigung bei der Kreditvergabe geforderte betont deutsche Gesinnung nicht allein die Assimilation, sondern auch die Integration der Deutschen in den polnischen Staat verhinderte.<sup>47</sup>

Es bleibt die Frage, ob die maßgeblichen deutschen Staatsmänner in den zwanziger Jahren Gestalter oder Getriebene waren, und in der Tat kann in einer Konkurrenzdemokratie die öffentliche Meinung den verantwortlichen Politikern nicht gleichgültig sein, beeinflußt sicherlich deren Politik. Für diese öffentliche Meinung aber war das Polen der Zwischenkriegszeit, wie es Heinrich August Winkler in einem lesenswerten Kurzessay auf den Punkt bringt, „ein Staat, der nicht sein durfte“,<sup>48</sup> und eine Gesellschaft, in der es zu Protestkundgebungen kam, weil das Reichsverkehrsministerium zu Beginn des Jahres 1926 einen reichsweit einheitlichen Signalanstrich der Eisenbahnschranken in den polnischen Nationalfarben rot und weiß verfügte,<sup>49</sup> war zweifellos nur schwer von den Vorteilen einer ausgleichenden, um zwischenstaatliche Annäherung bemühten Politik zu überzeugen. Die deutschen Kabinette wirkten mit ihrer Unterstützung einer Unzahl von revisionistischen Volkstumsverbänden und der Subventionierung oder Initiierung der das Feindbild „Polen“ prägenden Propagandaliteratur jedoch unablässig in die gerade entgegengesetzte Richtung. In den Jahren 1919 bis 1933 führte dies nur zu Versäumnissen und zu der Vernachlässigung wirklicher deutscher Interessen. Im Jahr 1939 führte es in die Katastrophe.

---

<sup>47</sup> Vgl. Krekeler: Revisionsanspruch, S. 109. - Positive Bewertungen Stresemanns bei Pieper: Nation oder Staat, S. 100. - Fink: Stresemanns Minderheitenpolitik, S. 393.

<sup>48</sup> Heinrich August Winkler: „Im Schatten von Versailles. Das deutsch-polnische Verhältnis während der Weimarer Republik“. In: Ewa Kobylińska, Andreas Lawaty und Rüdiger Stephan (Hrsg.): Deutsche und Polen. 100 Schlüsselbegriffe. München - Zürich 1992, S. 101.

<sup>49</sup> Die DNVP-Fraktion forderte die Reichsregierung am 29. Juli 1926 in einer Interpellation auf, die Anordnung zurückzunehmen. Vgl. Fischer: Deutsche Publizistik, S. 15f.

## 2. Das Dritte Reich und Polen

### 2.1 Der Umschwung im deutsch-polnischen Verhältnis

Die deutsch-polnischen Beziehungen in den Jahren 1933 bis 1939 setzten dort an, wo das Verhältnis Polens und der Weimarer Republik geendet hatte. In der Konfrontation. Die Verstärkung der polnischen Garnison auf der Westerplatte am 6. März 1933 war in der Substanz nichts anderes als eine Dublette der „Wicher-Affäre“ des Vorjahres und sollte - ähnlich wie die im März/April sowie im Oktober 1933 lancierten Präventivkriegsgerüchte - den neuen nationalsozialistischen Machthabern demonstrieren, daß die polnische Regierung auch angesichts nationalsozialistischer Kraftmeierei ihre energische Außenpolitik fortzuführen gedachte und daß in Warschau - wenn man so will - keine „morschen Knochen“ aus Angst vor den seit dem 30. Januar in Berlin, Danzig und anderenorts aufmarschierenden braunen Kolonnen zitterten.<sup>1</sup> Es waren jedoch weniger die polnischen Warnsignale und auch nur sehr bedingt die in Warschau in ihrer Bedeutung sehr hoch veranschlagte österreichische Abkunft Adolf Hitlers, die diesem im Unterschied zu seinen national-konservativen Bündnispartnern eine Abkehr von der schon traditionellen deutschen Revisionspolitik geboten erscheinen ließ, als vielmehr dessen weit radikaleren Fernzielen verhafteten und dabei skrupelloseren politischen Vorstellungen, die ihm eine für Weimarer Verhältnisse unvorstellbare Flexibilität im

---

<sup>1</sup> Zu Ablauf, Intention und Auswirkungen der vertragswidrigen und nach der Intervention des Völkerbundsrates umgehend zurückgezogenen Verstärkung der Garnison vgl. Roos: Polen und Europa, S. 64ff. sowie Marian *Wojciechowski*: Die polnisch-deutschen Beziehungen 1933-1938. Leiden 1971, S. 10ff. [Studien zur Geschichte Osteuropas. Hrsg. v. W. Philipp und P. Scheibert; Bd. 12].

Zu den „Präventivkriegsplänen“ vgl. Roos: Polen und Europa, S. 65f. - Richard *Breyer*: Das Deutsche Reich und Polen 1932-1937. Außenpolitik und Volksgruppenfragen. Würzburg 1955, S. 71ff. [Marburger Ostforschungen. Hrsg. v. Erich *Keyser*; Bd. 3]. - *Wojciechowski*: Beziehungen, S. 16f. - Watt: Bitter Glory, S. 321ff. - Piotr S. *Wandycz*: The Twilight of French Eastern Alliances, 1926-1936. French-Czechoslovak-Polish Relations from Locarno to the Remilitarization of the Rhineland. Princeton, N.J. 1988, S. 268ff. - Gerhard L. *Weinberg*: The Foreign Policy of Hitler's Germany. Diplomatic Revolution in Europe 1933-1936. Chicago - London 1970, S. 60.

Die Forschungskontroverse über die Ernsthaftigkeit polnischer Kriegspläne kann hier nicht in allen Facetten nachgezeichnet werden. Als sicher kann gelten, daß in Regierungskreisen diese Möglichkeit erwogen wurde, entsprechende Gerüchte sowohl in Paris und London wie auch in Moskau kursierten und diese in Berlin - nicht zuletzt von Hitler - sehr ernst genommen wurden. Aber schon die Beantwortung der Frage, ob polnische Sonderemissäre in Paris konkrete Schritte unternahmen und Frankreich zu einer gemeinsamen „Polizeiaktion“ im Stil der Ruhrbesetzung des Jahres 1923 zu bewegen versuchten, die das französische Kabinett abgelehnt habe, muß Spekulation bleiben. Der ungewöhnlich lange Aufenthalt des späteren kurzzeitigen polnischen Botschafters in Rom, Jerzy Potocki, im Frühjahr 1933 und dessen Kontaktaufnahme mit dem französischen Außenminister Paul-Boncour unter Umgehung der Botschaft sowie die Entsendung des Piłsudski-Vertrauten Bolesław Wieniawa-Długoszowski stellen immerhin Anzeichen für ernsthafte Sondierungen dar. Zweifel sind jedoch angebracht, ob Piłsudski auch im Oktober, nach dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund und dem Verlassen der Abrüstungskonferenz, erneut konkrete Vorstöße unternommen hat. Die von Watt und Wandycz - von letzterem allerdings mit Vorbehalten - angeführte Mission Ludwik Hieronim Morstins, des früheren polnischen Verbindungsoffiziers bei Marschall Foch, erscheint eher als eine Rückversicherung Piłsudskis, die die Zweckmäßigkeit des längst eingeschlagenen Weges, bilaterale Verhandlungen mit dem NS-Regime anzustreben, erneut unter Beweis stellen sollte, um den zu erwartenden französischen Bedenken gegen den neuen Kurs mit dem Verweis auf den deutlich gewordenen Unwillen und die aus der innenpolitischen Krise resultierende Unfähigkeit Frankreichs, energische Schritte zu unternehmen, begegnen zu können.

Verhältnis zu dem östlichen Nachbarland ermöglichten und ab Mai 1933 eine taktisch begründete Verständigungsbereitschaft an den Tag legen ließ.<sup>2</sup> Teile seines bereits 1925 erschienenen Buches „Mein Kampf“ lesen sich wie eine Handlungsanleitung für das Vorgehen Adolf Hitlers im Jahr 1933,<sup>3</sup> und der neue Reichskanzler ergriff, nachdem er bereits am 15. März die Danziger NSDAP-Gauleitung angewiesen hatte, „sich größter Zurückhaltung zu befleißigen“<sup>4</sup>, und der deutsche Gesandte in Warschau, Hans-Adolf von Moltke, Beck's Wunsch nach einer „direkten Fühlungnahme“<sup>5</sup> erkannt zu haben glaubte und dies am 19. April nach Berlin meldete, umgehend die Gelegenheit, bei einer Zusammenkunft mit dem polnischen Gesandten Alfred Wysocki am 2. Mai 1933 die deutsche Polenpolitik in neue Bahnen zu lenken.<sup>6</sup>

---

<sup>2</sup> Vgl. Klaus *Hildebrand*: Deutsche Außenpolitik 1933-1945. Kalkül oder Dogma? 5. Auflage. Stuttgart - Berlin - Köln 1990, S. 37f. - Noch das 1940 erschienene polnische Weißbuch führt die nicht-preußische Herkunft der NS-Führungsspitze als eines der Hauptmotive Piłsudskis und der damaligen polnischen Staatsführung für die intendierte Verbesserung der Beziehungen auf: „Man durfte hoffen, daß diese Männer sich über die antipolnischen Tendenzen Preußens hinwegsetzen und zu den Traditionen anderer deutscher Staaten zurückkommen könnten“. Weissbuch der Polnischen Regierung über die deutsch-polnischen und die polnisch-sowjetrussischen Beziehungen im Zeitraum von 1933 bis 1939. Basel 1940, S. 3 [Dokumente und Urkunden zum Kriegsausbruch, September 1939; Fasc. 9; künftig: WB-PR].

<sup>3</sup> Hitler bezeichnete nicht nur den Anspruch auf die Grenzen von 1914 als „politische[n] Unsinn von Ausmaßen und Folgen, die ihn als Verbrechen erscheinen lassen“, sondern auch die permanente Forderung nach diesem ihm „erbärmlich“ anmutenden Gewinn als politisch unklug, denn sie stoße „jeden etwa aus dem Bunde unserer Feinde springen wollenden Partner wieder zurück, da dieser Angst haben muß, isoliert angegriffen zu werden und dadurch des Schutzes seiner einzelnen Mitverbündeten verlustig zu gehen“. Adolf *Hitler*: Mein Kampf. Zwei Bände in einem Band. Bd. 1: Eine Abrechnung. Bd. 2: Die nationalsozialistische Bewegung. 317./321. Auflage. München 1938, S. 736ff.

<sup>4</sup> Akten zur deutschen auswärtigen Politik (ADAP). Serie C: 1933-1937. Göttingen 1971ff., Bd. 1/1, Dok. 85.

<sup>5</sup> ADAP C I/1, Dok. 167.

<sup>6</sup> Piłsudski hatte Wysocki die Anweisung erteilt, in der Unterredung auf eine verbindliche Erklärung des Reichskanzlers zu drängen, daß dieser den Danziger Status Quo anzuerkennen bereit sei. Der Text des Kommunikés vermied zwar - *expressis verbis* - eine Festlegung hinsichtlich der Danziger Frage, ging aber deutlich über die Erwartungen der polnischen Diplomatie hinaus und wurde auf ausdrücklichen Wunsch Hitlers, trotz des Unwillens des zuständigen Reichsaußenministers Konstantin von Neurath, veröffentlicht. In dem Kommuniké hieß es, der „Reichskanzler betonte die feste Absicht der deutschen Regierung, ihre Einstellung und ihr Vorgehen strengstens im Rahmen der bestehenden Verträge zu halten“. Entscheidend war der Schlußsatz, in dem Hitler die Tür zu Verhandlungen weit aufstieß: „Der Reichskanzler spricht den Wunsch aus, daß die beiden Länder ihre gemeinsamen Interessen leidenschaftslos überprüfen und behandeln möchten“. ADAP C I/1, Dok. 201. - Zur Anbahnung und zum Ablauf des Gespräches vgl. Wojciechowski: Beziehungen, S. 24 sowie Günther *Wollstein*: „Die Politik des nationalsozialistischen Deutschlands gegenüber Polen“. In: Manfred *Funke* (Hrsg.): Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches. Düsseldorf 1976, S. 797f. [Bonner Schriften zur Politik und Zeitgeschichte. Hrsg. v. Karl-Dietrich *Bracher* und Hans-Adolf *Jacobsen*; Bd. 12].

Neurath hatte in der Kabinettsitzung vom 7. April noch eindringlich die Beibehaltung einer den bisherigen Revisionszielen verpflichtet bleibenden Außenpolitik angemahnt und sich dabei auf die Grundlinien der Denkschrift Bülow's vom 13. März gestützt, in der dieser festgehalten hatte, daß eine Verständigung mit Polen „weder möglich noch erwünscht“ sei und für eine Fortführung der deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit plädierte. Hitler schwieg zu den Ausführungen seines Außenministers. Vgl. Weinberg: *Diplomatic Revolution*, S. 62. - Die Denkschrift in *Jacobsen* (Hrsg.): *Mißtrauische Nachbarn*, Dok. 22. - Vgl. aber die Wertung *Jacobsen*'s in seiner Studie zur NS-Außenpolitik. Auch Neurath - so *Jacobsen* - habe sich den Argumenten Hitlers „nicht verschließen“ können und die nicht zu übersehenden Vorteile für die Handlungsfreiheit der deutschen Außenpolitik durchaus positiv bewertet. Von einer prinzipiellen Gegnerschaft der Diplomatie dem neuen Polenkurs gegenüber könne nicht gesprochen werden. Hans-Adolf *Jacobsen*: *Nationalsozialistische Außenpolitik 1933-1938*. Frankfurt/M. - Berlin 1968, S. 405.

Die von Hitler nun eingeschlagene Verständigungspolitik, in Warschau durchaus als „taktische Finte“<sup>7</sup> erkannt und dennoch als ein für die Inangriffnahme der hochgesteckten wirtschaftlichen und politischen Ziele der polnischen Regierung willkommener Zeitgewinn akzeptiert - zumal in Form von Mussolinis „Viererpakt“-Vorschlag das Gespenst eines über polnische Köpfe hinwegentscheidenden Direktoriums der vier europäischen Großmächte als drohende Alternative aufgetaucht war -, gewann in den Folgemonaten eine ungeahnte Dynamik und umfaßte alle bisher als kaum lösbar geltenden Konfliktfelder im deutsch-polnischen Verhältnis.<sup>8</sup> Das Danzig-polnische Abkommen vom 5. August 1933, das die Rechte der polnischen Minderheit in der Freien Stadt und die im Verhältnis zu dem polnischen Hafen in Gdynia gleichgewichtige Einbeziehung Danzigs in den polnischen See-Export regelte, sowie das in Polen als das seit Jahren angestrebte „Ost-Locarno“ gewertete Kommuniqué des Gespräches zwischen Hitler und dem neuen polnischen Gesandten Józef Lipski am 15. November, waren Marksteine auf dem Weg zu der in Europa als Sensation empfundenen Nichtangriffserklärung vom 26. Januar 1934.<sup>9</sup>

---

<sup>7</sup> Hoensch: Scheitern, S. 296.

<sup>8</sup> Die Viermächtepakt-Initiative, von Mussolini am 2. März im Gespräch mit dem französischen Botschafter de Jouvenel erstmals angeregt und am 18. März dem britischen Premierminister Macdonald und Außenminister Simon im Verlauf ihres Staatsbesuches in Italien offiziell vorgeschlagen, sah die Schaffung eines aus Italien, Großbritannien, Frankreich und dem Deutschen Reich bestehenden Großmachtgremiums vor, dem - etwa durch die erneute Prüfung und eventuelle Revision der Friedensverträge - weitreichende Befugnisse eingeräumt werden sollten. Von den britischen Staatsmännern mit Wohlwollen aufgenommen und von Frankreich nach einer Modifizierung der Revisionsbestimmungen akzeptiert, erbrachte der Paktvorschlag zunächst eine vorübergehende Belebung der polnisch-tschechoslowakischen Kontakte, führte aber nach Bekanntwerden des Kommuniqués der Kleinen Entente vom 30. Mai, in dem die Bündnispartner auf französischen Druck ihr generelles Einverständnis erklärten, zu einem neuen Tiefpunkt in dem spannungsgeladenen Verhältnis zwischen den beiden slawischen Nachbarstaaten und verstärkte auch das polnische Mißtrauen gegenüber der französischen Außenpolitik. Durch den Austritt des Deutschen Reiches aus dem Völkerbund sowie - vor allem - das Verlassens der Genfer Abrüstungskonferenz blieb der Viererpakt - sieht man von „München“ ab - Episode. Weitere Einzelheiten bei Wandycz: Twilight, S. 273ff.

<sup>9</sup> Zu dem Danzig-polnischen Vertrag vgl. Wojciechowski: Beziehungen, S. 33ff. - Zu der Unterredung Hitler-Lipski und dem Kommuniqué, das bereits eine Gewaltverzichtserklärung enthielt, sowie zur Aufnahme in der polnischen Öffentlichkeit vgl. ebd., S. 72f. - Der Inhalt des Gespräches in ADAP C II/1, Dok. 69.

Die Anbahnung der Nichtangriffserklärung und die Schwierigkeiten bei der Feinabstimmung des endgültigen Wortlautes detailliert bei Wojciechowski: Beziehungen, S. 76ff. und Ahmann: Nichtangriffspakte, S. 335ff. - Text der Erklärung in ADAP C II/1, Dok. 187. - Im Vorfeld der Verhandlungen über die Gewaltverzichtsdeklaration wurden ebenfalls Gespräche über eine Beilegung des „Zollkrieges“ aufgenommen, die nach dem Austritt des Deutschen Reiches aus dem Völkerbund ins Stocken gerieten, nach dem 15. November aber auf Intervention Hitlers, der die deutschen Unterhändler zu einem größeren Entgegenkommen in der besonders strittigen Frage polnischer Kohleexporte anwies, zügig abgewickelt werden konnten. Das sogenannte „Zollfriedensprotokoll“ war am 7. März 1934 unterschriftsreif und beendete durch die Inkraftsetzung am 15. März die neun Jahre andauernden wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen. Den wirtschaftlichen Aspekten widmet sich Sören Degg: Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund und Schachts „Neuer Plan“. Zum Verhältnis von Außen- und Außenwirtschaftspolitik in der Übergangsphase von der Weimarer Republik zum Dritten Reich (1929-1934). Frankfurt/M. - Bern - New York 1986, S. 313ff. [Europäische Hochschulschriften, Reihe III: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften; Bd. 309]. - Zu den langfristigen rüstungswirtschaftlichen Zielen beider Seiten und der Ausgestaltung der Handelsbeziehungen vgl. Hans-Erich Volkmann: „Polen im politisch-wirtschaftlichen Kalkül des Dritten Reiches 1933-1939“. In: Wolfgang Michalka (Hrsg.): Der Zweite Weltkrieg. Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz. München 1989, bes. S. 84ff. Der Autor weist nach, daß die Inkompatibilität der Industriegüternachfrage - auch Polen forcierte seit dem Jahr 1936 mit dem Aufbau des zentralen Industriereviere im Raum Sandomierz seine Rüstungsanstrengungen - den deutschen Großwirtschaftsraum-Planern sehr bald eine direkte Einbeziehung des polnischen Wirtschaftspotentials, d.h. die militärische Eroberung, geboten erscheinen ließ.

Das Abkommen stellte vordergründig für beide Seiten einen Erfolg dar. Polen hatte - vor allem in Richtung Paris - die Selbständigkeit seiner neuen Außenpolitik eindrucksvoll unter Beweis gestellt, die Grundlage der angestrebten Gleichgewichtspolitik gegenüber dem Deutschen Reich und der Sowjetunion geschaffen sowie einen Zeitgewinn erzielt für den Aufbau einer leistungsfähigen Schwerindustrie und die Formierung des „Dritten Europa“. Auch für das Dritte Reich brachte die Erklärung ausschließlich Vorteile. Die Gefahr eines Präventivkrieges war endgültig gebannt, die Mißstimmungen im polnisch-französischen Verhältnis mußten sich nachteilig auf die politische wie militärische Zusammenarbeit beider Staaten auswirken und somit den außenpolitischen Handlungsspielraum des Deutschen Reiches vergrößern.<sup>10</sup> Das nationalsozialistische Regime konnte sich nun mit aller Konsequenz der innenpolitischen Gleichschaltung sowie der forcierten Aufrüstung zuwenden und die sukzessive Auflösung des Versailler Systems vorantreiben. Der Abschluß war nicht zuletzt ein Pfund, mit dem sich propagandistisch wuchern ließ, demonstrierte er doch scheinbar die in der Frühphase überdeutlich betonte Friedfertigkeit des nationalsozialistischen Deutschlands. Noch am 26. Januar wies Neurath den deutschen Botschafter in London, Leopold von Hoesch, telegraphisch an, die Bedeutung der Deklaration gebührend hervorzuheben, denn - so Neurath: „Wir sind zu der Erwartung berechtigt, daß die Vereinbarung im Ausland als vollgültiger Beweis des deutschen Friedenswillens bewertet wird“.<sup>11</sup>

---

<sup>10</sup> Die französische Diplomatie hatte die Geheimhaltung und die nach Veröffentlichung der Erklärung offenbar gewordenen falschen Beteuerungen Polens als Affront empfunden. Paul-Boncour und der französische Botschafter in Berlin, François-Poncet, konnten ihre Verbitterung nur mühsam verbergen. Noch aufgebracht war der tschechoslowakische Außenminister Beneš, der die Erklärung als fatalen Schlag gegen das französische Sicherheitssystem in Ostmitteleuropa wertete und dem polnischen Gesandten Grzybowski vorhielt, Polen ermögliche Hitler, jetzt gefahrlos gegen Österreich vorzugehen, was langfristig auch die Sicherheit der ČSR gefährde. Es selbst fühle sich nicht länger moralisch verpflichtet, nicht auch hinter dem Rücken Polens diplomatisch aktiv zu werden. Der britische Gesandte Addison berichtete am 3. Februar nach London, Beneš habe sich in seiner Gegenwart in einer Art über Polen geäußert, daß er sich frage, ob er nicht bloß geträumt habe, mit dem tschechoslowakischen Außenminister und nicht mit „Dr. Goebbels oder General Göring“ gesprochen zu haben. Vgl. Wandycz: *Twilight*, S. 326ff., Zit. S. 331.

<sup>11</sup> ADAP C II/1, Dok. 218. - Anders als in Paris wurde die Erklärung in Großbritannien in der Tat mit wirklicher Genugtuung und Zufriedenheit zur Kenntnis genommen. Vgl. Weinberg: *Diplomatic Revolution*, S. 180. - Überzeugende Wertungen der Intentionen beider Seiten und der Konsequenzen der neuen Politik - allerdings mit Fehlern im Detail - jetzt bei Gottfried Schramm: „Der Kurswechsel der deutschen Polenpolitik nach Hitlers Machtergreifung“. In: Roland G. Foerster (Hrsg.): „Unternehmen Barbarossa“. Zum historischen Ort der deutsch-sowjetischen Beziehungen von 1933 bis Herbst 1941. München 1993, S. 23-34 [Beiträge zur Militärgeschichte. Hrsg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt; Bd. 49].

## 2.2 Die Jahre der „Partnerschaft“

### 2.2.1 Die beginnende Annäherung: Das Scheitern der polnischen Balancepolitik

Die zwischen 1934 und 1938 zutage tretenden Gemeinsamkeiten der deutschen und polnischen außenpolitischen Konzeptionen lassen diese Phase als eine Bündnispartnerschaft der beiden Staaten erscheinen, von der in Wahrheit nicht die Rede sein kann. Übereinstimmungen bestanden in der Frontstellung Berlins und Warschaws gegen die Tschechoslowakei, der Ablehnung kollektiver Sicherheitspakete und dem Bestreben, die Sowjetunion von der europäischen politischen Bühne fernzuhalten. Während das Dritte Reich durch Hitlers waghalsige und eben aus diesem Grund für ihn so erfolgreiche Überraschungsschläge zunächst die „Fesseln von Versailles“ abstreifte und anschließend mit einer immer deutlicher werdenden Aggressionspolitik gegen die Nachbarstaaten die politischen, militärischen und wirtschaftlichen Grundlagen für den anschließenden „Lebensraum“-Krieg schuf, erreichte Polen zu keiner Zeit einen größeren Handlungsspielraum für seine Außenpolitik. Warschau agierte nicht, es reagierte auf die durch Hitler ausgelösten Entwicklungen, den politischen Erdbeben in Europa, erzielte aber keine wesentliche Verbesserung seiner Machtposition, sondern ausschließlich eine Reihe von maßlos überschätzten Schein- und Prestigeerfolgen.<sup>12</sup> Die polnische Balancepolitik zwischen Moskau und Berlin, die These von der „Äquidistanz“ zur Sowjetunion wie zum Dritten Reich, wurde zwar in politischen Äußerlichkeiten - ausgedrückt etwa in der umgehenden Angleichung der Bestimmungen der polnisch-sowjetischen Nichtangriffserklärung an die polnisch-deutsche - sorgsam beachtet, die ständige Desavouierung des französischen Verbündeten lockerte jedoch nicht nur das französisch-polnische Bündnis, sondern stellte auch durch die für Frankreich nunmehr notwendig werdende Hinwendung nach Moskau einen der Kernpunkte der polnischen Konzeption, die Fernhaltung der Sowjetunion, in Frage. Die Aufnahme der UdSSR in den Völkerbund am 18. September 1934 und der Abschluß des französisch-sowjetischen sowie tschechoslowakisch-sowjetischen Beistandspaktes am 2. bzw. 16. Mai 1935 demonstrierten - auch

---

<sup>12</sup> Die einzige selbständige Aktion Polens war Becks Ankündigung am 13. September 1934 vor der Völkerbundsversammlung, Warschau werde seine Zusammenarbeit mit den zuständigen Gremien bei der Untersuchung von Minderheitenbeschwerden einstellen. Becks Schritt, mit dem er das internationale Minderheitenschutzsystem praktisch sprengte, brachte ihm zwar einen triumphalen Empfang in Polen ein, hinterließ jedoch einen verheerenden Eindruck bei den Westmächten. Zum einen hatte Beck hier in geradezu schamlos erscheinender Weise seine aufgrund des bevorstehenden Völkerbundsbeitritts der Sowjetunion verhältnismäßig starke Position ausgenutzt, zum anderen erschien - zu Unrecht - der diplomatische Coup mit Berlin abgesprochen, da auch deutsche Interessen tangiert waren und weithin vermutet wurde, Polen habe das Placet des Deutschen Reiches erhalten. Im Auswärtigen Amt teilte Bülow dem polnischen Gesandten, der um eine Unterredung nachgesucht und versichert hatte, das Vorgehen Becks richte sich nicht gegen die deutsche Minderheit, mit, die Schutzbestimmungen der polnischen Verfassung könnten von deutscher Seite keineswegs als adäquater Ersatz für die entfallenden Rechtsgarantien angesehen werden. Insgeheim war man in Berlin jedoch hochzufrieden. Bülow wies die diplomatischen Vertreter des Deutschen Reiches in den wichtigsten europäischen Hauptstädten telegraphisch an, in vertraulichen Gesprächen - ohne die Grenzfrage aufzurollen - hervorzuheben, daß die polnische Kündigung an die völkerrechtlichen Grundlagen des Staates rühre. ADAP C III/1, Dok. 210. - Vgl. Korzec: Minderheitenschutzvertrag, S. 539ff. sowie Pieper: Minderheitenfrage, S. 324ff.



wenn Moskau noch nicht wirklich in die europäische Politik eingebunden war - das Scheitern dieses Anspruches.<sup>13</sup>

Für Paris stellte das Bündnis mit Stalin einen nur unzureichenden Ersatz für den seit Mai 1934 durch den französischen Außenminister Louis Barthou mit Nachdruck vertretenen Plan eines regionalen Sicherheitsbündnisses in Osteuropa, des sogenannten „Ostpaktes“, dar. Die Initiative zielte auf den Abschluß eines kollektiven Beistandsabkommens zwischen den Staaten Ost-, Ostmittel- und Nordosteuropas, das, durch eine französische Garantie und die nachträgliche Einbeziehung der UdSSR in das Locarno-Vertragswerk ergänzt, in erster Linie den Bewegungsspielraum des Dritten Reiches im Osten wie im Westen einengen sollte.<sup>14</sup> Die deutsche Ablehnung war somit vorprogrammiert, aber erst die dogmatisch an dem Prinzip strikter Bilateralität festhaltende polnische Außenpolitik machte die Weiterverfolgung der Paktidee illusorisch. Sowohl die Argumentation wie auch die tatsächlichen Gründe Warschaus für die Zurückweisung des Bündnisvorschlages waren dabei fast identisch mit denen der deutschen Seite. Offiziell verwies man, ohne einen zu engen Schluß mit Berlin zu demonstrieren, auf die höhere Wirksamkeit zweiseitiger Abkommen; in der Tat waren es aber - was Beck auch durchblicken ließ - die vorgesehene Beteiligung der ČSR und Litauens an dem Sicherheitspakt sowie der Unwille, die vermeintlich neu gewonnene außenpolitische Dynamik durch multilaterale Verpflichtungen eingeschränkt zu sehen, die Piłsudski und Beck eine ablehnende Haltung einnehmen ließen. Der Tod von Frankreichs Außenminister Barthou, der am 9. Oktober 1934 zusammen mit dem jugoslawischen König Aleksandar Karađorđević in Marseille einem Attentat kroatischer Extremisten zum Opfer fiel, markierte - selbst wenn dessen Nachfolger Laval die Paktidee zunächst weiterverfolgte - auch das Ende dieses intendierten - und letzten - außenpolitischen Befreiungsschlages der französischen Politik.<sup>15</sup>

Das Lavieren Becks nach der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht im Deutschen Reich am 16. März 1935, dem Übergang des NS-Regimes zur offenen Aufrüstung,<sup>16</sup> und - deutlicher noch -

---

<sup>13</sup> Vgl. Anna *Cienięta*: „Polish Foreign Policy, 1926-1939. „Equilibrium“: Stereotype and Reality“. In: *Polish Review* 20 (1975), S. 42-57. Die Autorin kolportiert eine in bezug auf Becks Haltung zu Frankreich vielsagende Äußerung des Außenministers aus dem Jahr 1936, als dieser vor dem außenpolitischen Ausschuß des Sejm das polnisch-französische Verhältnis mit der Beziehung einer ältlichen Tante zu ihrem Neffen verglich, welcher erst, nachdem diese gelernt habe, ihn als erwachsenen Mann zu akzeptieren, es unterlassen werde, sie zu brüskieren und seinen Platz an ihrer Teetafel wieder einnehmen werde. Ebd., S. 47.

<sup>14</sup> Einzelheiten bei Wojciechowski: *Beziehungen*, S. 199ff. - Vgl. auch Roos: *Polen und Europa*, S. 165ff. - Als Vertragspartner waren vorgesehen die UdSSR, das Deutsche Reich, Polen, die Tschechoslowakei, Finnland und die baltischen Staaten.

<sup>15</sup> Auch Piłsudskis Überzeugung, Frankreich sei zu einem kraftvolleren Auftreten gegenüber dem Deutschen Reich weder fähig noch bereit und die Initiative sei ein diplomatisches Spektakel ohne politische Substanz und militärische Relevanz, trug dazu bei, daß die Paktidee in Warschau nur ungnädige Aufnahme fand, beinahe als feindseliger Akt angesehen wurde. Bezeichnend ist die polnische Reaktion auf den Tod Barthous. Während in der ČSR eine dreitägige Staatstrauer verfügt wurde, übermittelte das Palais Brühl nicht einmal ein Kondolenzschreiben über das Ableben des Ministers, immerhin Inhaber des höchsten polnischen Ordens für seine Verdienste um den Abschluß des polnisch-französischen Beistandspaktes von 1921. Vgl. Wandycz: *Twilight*, S. 356ff. - Vgl. Breyer: *Deutsches Reich und Polen*, S. 148ff.

<sup>16</sup> Zum Vorgehen Hitlers und der internationalen Reaktion vgl. Hans-Ulrich *Thamer*: *Verführung und Gewalt. Deutschland 1933-1945*. Berlin 1986, S. 626ff. [Die Deutschen und ihre Nation; Bd. 5]. - Polen reagierte auf das deutsche *fait accompli*

die Doppeldeutigkeiten der polnischen Haltung nach der Besetzung des Rheinlandes durch deutsche Truppen am 7. März 1936 hatten jedoch wenig gemein mit einer selbstbewußt auftretenden Außenpolitik, sondern waren der vergebliche Versuch, zumindest die Form zu wahren, Paris gegenüber die Verlässlichkeit des polnischen Bündnispartners zu suggerieren, ohne die „Politik des 26. Januar“ zu gefährden. Die Verstimmung in der Wilhelmstraße wie im Quai d'Orsay war die logische Konsequenz des kaum zu realisierenden Balanceaktes.<sup>17</sup> Auch die mit den innenpolitischen Machtkämpfen nach dem Tod Piłsudskis in Zusammenhang stehende Wiederbelebung des polnisch-französischen Bündnisses durch das Abkommen von Rambouillet am 3. September 1936 führte hier zu keiner wesentlichen Änderung, sondern spiegelte das Bestreben der militärischen Führung in Person des am 12. Mai 1936 zum Oberbefehlshaber der Streitkräfte, am 10. November zum Marschall ernannten Edward Rydz-Śmigły, die von diesem als zu einseitig pro-deutsch erachtete Außenpolitik des zuständigen Ministers auszugleichen, für Polen französische Rüstungskredite zu sichern und die bestehenden Beistandsgarantien zu unterstreichen.<sup>18</sup>

---

bedeutend zurückhaltender, als die Regierungen der in der kurzlebigen „Stresafrent“ zusammenfindenden Staaten. Beck hatte in seiner Rede in Genf sehr verständnisvolle Worte für das deutsche Vorgehen gefunden, dann aber - entgegen den deutschen Erwartungen - der Resolution, die den eigenmächtigen und vertragswidrigen Schritt verurteilte, zugestimmt. Die anschließend durch Moltke übermittelte Protestnote der Reichsregierung hatte jedoch, da Lipski und Göring in einem Vier-Augen-Gespräch die beiden Seiten höchst ungelegen kommenden Differenzen bereinigten, allenfalls formaler Charakter. Zur Haltung des polnischen Außenministers und dem diplomatischen Geplänkel vgl. Wojciechowki: Beziehungen, S. 181ff.

<sup>17</sup> Zum Hintergrund vgl. Thamer: Verführung und Gewalt, S. 534ff. sowie Hildebrand: Außenpolitik, S. 47f. - Zu Becks Taktieren vgl. Wojciechowki: Beziehungen, S. 277ff. - Beck versicherte gleich am 7. März dem französischen Botschafter Noël, Polen werde seine Bündnispflichten erfüllen, falls Frankreich den Einmarsch als *casus foederis* bewerte, ließ aber am 8. März über die offiziöse polnische Nachrichtenagentur „Iskra“ ein Kommuniqué verbreiten, das Polens „Désinterressement“ bekundete, woraufhin Noël seinerseits die Beteuerung des polnischen Außenministers am folgenden Tag in die Öffentlichkeit brachte. Wojciechowki konstatiert, Beck habe die Zusicherung in dem Bewußtsein abgegeben, sie nicht einlösen zu müssen, da das von innenpolitischen Krisen geschüttelte Frankreich sich nur schwerlich zu einer bewaffneten Intervention bereithalten werde. Ähnliche Wertungen bei Antony *Polonsky*: Politics in Independent Poland. The Crisis of Constitutional Government. Oxford 1972, S. 473. - Mitunter wird auf die Schwäche Frankreichs als eigentliches Dilemma Becks im März 1936 insistiert und dabei hervorgehoben, der polnische Außenminister würde tatsächlich polnische Truppen in Marsch gesetzt haben, falls die politische und militärische Führung in Paris sich zu einem energischen Vorgehen entschlossen hätte. Vgl. Cienciała: Polish Foreign Policy, S. 52 sowie Wandycz: Twilight, S. 431ff. - Vgl. auch Breyer: Deutsches Reich und Polen, S. 157. - Demgegenüber bleibt festzuhalten, daß die *außenpolitische* Lähmung Frankreichs und dessen auch politischer Rückzug hinter die Maginotlinie nicht zuletzt eine Folge der ablehnenden Haltung Polens in der Frage des „Ostpaktes“ war.

<sup>18</sup> Beck hatte sich beeilt, möglichen Spannungen im deutsch-polnischen Verhältnis bereits im Vorfeld zu begegnen. Hatte seine Reise nach Berlin im Vorjahr das Ziel verfolgt, der deutschen Seite die Kontinuität der polnischen Außenpolitik nach dem Tod des Marschalls zu versichern und bestehende Zweifel auszuräumen, so entsandte er Anfang August 1936 seinen Stellvertreter Jan Szembek, um zum einen die nach der Rheinlandbesetzung aufgekommene Mißstimmung zu beseitigen und zum anderen die nationalsozialistische Führung von dem strikt defensiven Charakter der anstehenden polnisch-französischen Abmachungen zu überzeugen. Die beginnende polnisch-französische Annäherung sowie die Machtverschiebungen im Inneren wurden in Berlin dennoch mit Argwohn betrachtet. Polen hatte allerdings für Hitler deutlich an Gewicht verloren, nachdem durch das deutsch-britische Flottenabkommen vom 18. Juni 1935 und durch die infolge der italienischen Abessinienpolitik zunehmende Annäherung des faschistischen und des nationalsozialistischen Regimes Hitlers frühe außenpolitische Konzeption Wirklichkeit zu werden versprach. Vgl. Wollstein: Politik, S. 802. - Zu den innenpolitischen Machtkämpfen vgl. Polonsky: Politics, S. 400ff. - Deren Auswirkungen auf die Außenpolitik bei Wojciechowki: Beziehungen, S. 229f. - Zur Reise Szembeks, in deren Verlauf in mehreren intensiv geführten Gesprächen die „Linie des 26. Januar“ beschworen und von deutscher Seite zum wiederholten Mal die besondere Bedeutung Polens als „Bollwerk“ gegen die Sowjetunion hervor-

Doch auch Beck, in Frankreich mit Mißtrauen betrachtet und von der sowjetischen Presse bereits Mitte der dreißiger Jahre als Handlanger Hitlers verunglimpft,<sup>19</sup> hat den mitunter über die Betonung der „Bollwerk“-Funktion Polens hinausgehenden Sondierungsversuchen der deutschen Seite, dem Verhältnis eine betont antisowjetische Ausrichtung zu verleihen, eine Absage erteilen lassen<sup>20</sup> und war in Fällen, in denen Vorstöße des Dritten Reiches polnischen Interessen und polnischem Prestige allzu eindeutig zuwiderliefen, durchaus zu harschen Reaktionen in der Lage. Die Danzig-Frage, nicht nur von Piłsudski und später von Rydz-Śmigły, sondern ebenfalls von Beck als Gradmesser für die Stabilität der deutsch-polnischen Beziehungen gewertet, war ein Feld, auf dem der Außenminister jeder offensichtlichen Schmälerung polnischer Rechte mit energischen Schritten begegnete. Die mit Billigung Becks erfolgende sukzessive Ausschaltung des Völkerbundes, die gemäß reichsdeutschem Muster - wenn auch langsamer - vonstatten gehende innere Gleichschaltung sowie die zunehmende wirtschaftliche Anbindung an das Reich unterminierten zwar die polnische Position, doch der Grundfehler der Politik Polens auf diesem Feld entsprach dem Grundfehler der polnischen Außenpolitik überhaupt: die Überschätzung sowohl der eigenen Machtperspektiven als auch des Wertes bilateraler Abmachungen - zu denen sich Hitler jedoch, obwohl von Beck mehrfach ange mahnt, im Falle Danzigs nie bereitfand.<sup>21</sup>

---

gehoben wurde, vgl. ebd., S. 311ff. sowie Breyer: Deutsches Reich und Polen, S. 167ff.

<sup>19</sup> So war in der „Pravda“ vom 18. November 1935 von der Herausbildung eines „deutsch-polnischen Kriegsblock[es]“ die Rede, und in der Ausgabe der „Izvestija“ vom 2. September 1937 wurde Beck als Hitlers „polnischer Agent“ bezeichnet. Zit. Pagel: Polen und die Sowjetunion, S. 28 und S. 28, Anm. 91.

<sup>20</sup> Erstmals hatte Göring im Verlauf seiner Polenreise Ende Januar/Anfang Februar 1935 sowohl im Gespräch mit Piłsudski wie mit der polnischen Generalität - nach der Aufzeichnung Jan Szembeks - „beinahe eine antirussische Allianz und einen gemeinsamen Marsch gegen Rußland“ vorgeschlagen. Göring deutete dabei an, daß in Berlin die Ukraine als polnische, der europäische Nordosten als deutsche „Einflußzone“ angesehen werde. WB-PR, Dok. 15 und 16. - Die informellen Gespräche, die Hermann von Raumer, ein enger Mitarbeiter Ribbentrops, Ende August des folgenden Jahres mit hochrangigen Angehörigen des Außenministeriums, dem früheren Botschafter in Rom, Graf Alfred Potocki, und dem stellvertretenden Leiter der politischen Abteilung, Tadeusz Kobylański, führte, dienten dem gleichen Zweck: der Einbeziehung Polens in den zu gründenden antisowjetischen Pakt. Am 27. November, zwei Tage nach Abschluß des - vorerst nur aus dem Deutschen Reich und Japan bestehenden - Antikominternpaktes meldete Raumer an Ribbentrop, mit Polen sei „nicht zu rechnen“. Vgl. Wojciechowski: Beziehungen, S. 327f., Zit. S. 328.

<sup>21</sup> Auch in Danzig hatte die NSDAP infolge des Ermächtigungsgesetzes von Juni 1933 die Oppositionsparteien faktisch ausgeschaltet, ein allgemeines Parteienverbot aber erst im November 1937 durchsetzen können. Die nationalsozialistische Führungsspitze, der unter Hitlers Protektion immer wieder ungestüm vortretende Gauleiter Albert Forster und der nur im Vorgehen moderatere Senatspräsident Artur Greiser, der am 28. November 1934 den von Forster aus dem Amt gedrängten und von Hitler fallengelassenen Hermann Rauschning abgelöst hatte, unterhöhlten nicht nur die Stellung des sich mit hohem Engagement für die Rechte der Danziger Opposition und die Beachtung des Völkerbundsstatuts einsetzenden Hohen Kommissars Sean Lester, sondern unternahmen auch regelmäßig handstreichartige Offensiven gegen die Rechte Polens in der Freien Stadt, bei denen die Frage der Verantwortlichkeit nicht immer zweifelsfrei zu klären ist; dennoch kann im Hinblick auf die Reichweite der Aktionen angenommen werden, daß Hitler die „Nagelprobe“ auf die Standfestigkeit Polens zumindest nicht untersagt hatte. Zu ernststen Spannungen hart am Rande eines militärischen Konflikts führte der sogenannte „Zollstreit“ im Juli/August 1935, in dessen Verlauf die Grenze zu Ostpreußen unter Umgehung der polnischen Zollaufsicht geöffnet wurde. Grundsätzlich läßt sich festhalten, daß Beck - nicht zuletzt zum Erhalt der eigenen Machtposition gegenüber dem argwöhnischen Rydz-Śmigły - auf die Verletzung polnischer Rechte sehr viel energischer reagierte als auf die Ausschaltung des Völkerbundes und der inneren Opposition, daß aber auch Großbritannien ein immer geringeres Interesse an der Aufrechterhaltung des Danziger Status zeigte. Vgl. Wendt: Danzig, S. 787ff. - Vgl. Weinberg: Diplomatic Revolution, S.

## 2.2.2 Nationalsozialistischer Machtzuwachs und polnische Scheinerfolge: Minderheitenerklärung, „Anschluß“ Österreichs und Sudetenkrise

Die „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten hatte die Frage der deutschen Minderheit in Polen zu einem von beiden Staaten kaum mehr beachteten Randthema im deutsch-polnischen Verhältnis werden lassen. Der Text der Nichtangriffserklärung hatte explizit bereits keinen Bezug mehr genommen auf das einstige Hauptkonfliktfeld, und Becks Ankündigung, die Zusammenarbeit mit Völkerbundsgremien bei der Untersuchung von Minderheitenbeschwerden einzustellen, war von Berlin stillschweigend zur Kenntnis genommen worden. Der Themenkomplex wurde nicht, wie mitunter konstatiert wird, „bilateralisiert“, sondern er fand, da Hitler für die Sicherung der Macht zunächst Ruhe benötigte und Polen die Minderheitenfrage seit jeher als innere Angelegenheit des Staates betrachtet hatte, auf höchster Ebene einfach keine Beachtung mehr. Die Entwicklungen im Deutschen Reich zeigten Auswirkungen jedoch auch jenseits der Grenze, wo die nationalsozialistische Ideologie innerhalb der sich ohnehin als „Volksgruppe“ empfindenden deutschen Minderheit auf fruchtbaren Boden gefallen war, führten zu einer nachhaltigen Erschütterung der bislang festgefügt politischen Organisationsstrukturen und lösten erbitterte Machtkämpfe zwischen den weitgehend gleichgeschalteten traditionellen Minderheitenverbänden und der mit einem Alleinvertretungsanspruch auftretenden nationalsozialistischen „Jungdeutschen Partei“ (JdP) aus, die durch die zweigleisige Volkstumspolitik in der Anfangsphase des NS-Regimes noch verschärft wurden.<sup>22</sup>

---

190ff. und S. 308f. sowie *Ders.*: *The Foreign Policy of Hitler's Germany. Starting World War II, 1937-1939.* Chicago - London 1980, S. 193ff.

<sup>22</sup> Die Machtbasis der JdP wie auch die des nach der Entmachtung des bisherigen Parteichefs Dr. Eduard Pant im Jahr 1933 ebenfalls nationalsozialistisch ausgerichteten „Deutschen Volksbundes“ lag in Oberschlesien. Trotz zahlreicher Versuche des Parteivorsitzenden Rudolf Wiesner, auch in den übrigen Landesteilen Fuß zu fassen und als „originäre“ nationalsozialistische Partei eine politische Dominanz gegenüber den dort bestehenden Organisationen durchzusetzen, konnte sowohl der „Deutsche Volksverband“ in Mittelpolen als auch die 1934 unter der Protektion der seit 1933 im „Volksdeutschen Rat“ zusammengeschlossenen traditionalistischen reichsdeutschen Volkstumspolitikern gegründete „Deutsche Vereinigung für Posen und Pommerellen“ ihre Stellung halten und durch die Gründung des „Rates der Deutschen in Polen“ noch weiter festigen. Der Bildung des „Rates der Deutschen“ war das auf Druck der Vertreter des „Volksdeutschen Rates“, Hans Steinacher und Hans Kersken, am 17. Juli 1933 zwischen den verfeindeten Gruppen zustandegekommene „Zoppoter Abkommen“ vorausgegangen, das auch eine Einbeziehung der JdP vorgesehen hatte, die Wiesner dann ablehnte. Selbst die ultimative Forderung des Leiters der - nach Umwandlung der deutschen Volkstumspolitik in ein nationalsozialistisches außenpolitisches Kampfinstrument allein zuständigen - „Volksdeutschen Mittelstelle“ (VoMi), SS-Obergruppenführer Werner Lorenz, nach einem Zusammenschluß aller politischen Kräfte im Mai 1938 zeigte nur mäßigen Erfolg. Ende des Jahres wurde zwar ein „Sechser-Ausschuß“ unter Einbeziehung der JdP gebildet, doch löste sich dieser infolge unüberbrückbarer Differenzen bereits am 22. März 1939 wieder auf. Zur Einflußnahme reichsdeutscher Stellen auf die Gruppierungen in Polen sowie zu den innerdeutschen Machtkämpfen zwischen NSDAP-AO bzw. VoMi und den „Traditionalisten“ um Steinacher sowie deren Auswirkungen auf die Gruppen in Polen vgl. Jacobsen: *Außenpolitik*, bes. S. 160ff., S. 215ff., S. 584ff. - Vgl. Heike: *Deutsche Minderheit*, S. 208ff. - Zum Gesamtkomplex vgl. Richard Breyer: „Die deutsche Bevölkerung in Polen 1933 bis 1939“. In: *Deutschland und Polen von der nationalsozialistischen Machtergreifung bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges*. Braunschweig 1986, S. 71-81 [Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts für Internationale Schulbuchforschung, Hrsg. v. Ernst Hinrichs; Bd. 22/IX]. - Vgl. jedoch auch die kritischen Bemerkungen Rudolf Jaworskis zu den mitunter apologetischen und die tatsächliche weltanschauliche Geschlossenheit der „Volksgruppe“ marginalisierenden Wertungen Breyers auf S. 82 des Bandes.

Erst das Auslaufen der Genfer Oberschlesienkonvention am 15. Juli 1937 rückte die Minderheitenfrage wieder in den Mittelpunkt der zwischenstaatlichen Beziehungen, doch im Gegensatz zu Außenminister Neurath, der ein völkerrechtlich verbindliches und materielles Recht setzendes bilaterales Schutzabkommen anstrebte, zielte Hitler auf einen propagandistisch verwertbaren Prestigeerfolg auf diesem lange Jahre vernachlässigten Gebiet und zeigte sich infolgedessen auch gegenüber den polnischen Bemühungen um eine Bestätigung des Danziger Status' weit flexibler als der hier intransigente Außenminister.<sup>23</sup> Der schließlich vereinbarte Kompromiß, in gleichlautenden *Erklärungen* die Einhaltung grundlegender Minderheitenrechte zuzusichern, wobei die deutsche Seite in einem anhängenden Kommuniqué „feststell[e], daß die deutsch-polnischen Beziehungen durch die Danziger Frage nicht gestört werden sollen“, zeigte nicht nur keine positiven Auswirkungen auf die weiterhin repressive Minderheitenpolitik beider Staaten, sondern kam einer diplomatischen Niederlage der polnischen Politik gleich. Beck hatte zwar demonstriert, daß die polnische Regierung kraft eigener Souveränität den Schutz der Minderheit gewährleiste, die nichtsagende Formel in der Danzig-Frage war jedoch ein nur unzureichender Ersatz für die geforderte Anerkennung der Rechte Polens in der Freien Stadt.<sup>24</sup>

Konnte sich der Außenminister in diesem Fall noch der Illusion hingeben, die Interessen seines Landes gewahrt zu haben, so traten bei den politischen Großereignissen des Jahres 1938, dem „Anschluß“ Österreichs an das Deutsche Reich und der gewaltsamen Annexion der Sudetengebiete, die Schiefelage des polnischen Balanceversuches und die zunehmende Verschlechterung des politischen wie militärischen Kräfteverhältnisses offen zutage. Die Ende 1937 Konturen annehmende britische Appeasement-Politik war in Warschau nicht unbemerkt geblieben und ließ als scheinbar einzigen Ausweg die Fortsetzung des bisherigen Kurses gegenüber dem Dritten Reich bei gleichzeitiger Intensivierung der eigenen Hegemonialpolitik geboten erscheinen, wengleich dies, wie absehbar war, zu ernststen Reibungen in den polnisch-sowjetischen Beziehungen führen mußte.<sup>25</sup> Das polnische

---

<sup>23</sup> Vgl. das Schreiben Neuraths an Moltke vom 28. Mai 1937, in dem eine wirkliche Besorgnis des Außenministers über die Minderheitenverhältnisse in Polen deutlich wird. ADAP C IV/2, Dok. 394. - Die ablehnende Haltung in bezug auf eine Bestätigung der polnischen Ansprüche in Danzig in ADAP C IV/2, Dok. 501 sowie Dok. 515.

<sup>24</sup> Die Minderheitenerklärung vom 5. November 1937 und das anhängende Kommuniqué über die Unterredung zwischen Hitler und Lipski in Akten zur deutschen auswärtigen Politik (ADAP). Serie D: 1937-1945. Baden-Baden 1950ff., Bd. V, Dok. 18. - Die Erklärung sicherte die freie religiöse Betätigung und den Gebrauch der Sprache, die Vereinigungsfreiheit, das Recht auf die Errichtung und Unterhaltung von Schulen sowie die Rechtsgleichheit auf wirtschaftlichem Gebiet zu, stellte diese Ansprüche jedoch unter einen Loyalitätsvorbehalt, den - wie auch die Danzig-Erklärung - besonders hervorzuheben Oberst Beck die diplomatischen Vertreter Polens in einem Rundschreiben vom 5. November an die Auslandsmissionen eigens anwies. WB-PR, Dok. 31. - Zur NS-Minderheitenpolitik im Reich, die auch nach Veröffentlichung der Erklärung durch Aussonderung, Abgrenzung und Unterbindung bzw. Einschränkung des national-kulturellen Eigenlebens der Polen geprägt blieb vgl. Wojciech *Wrzesiński*: „Die Politik der nationalsozialistischen Machthaber gegenüber der polnischen Minderheit in Deutschland (1933-1945)“. In: Deutschland und Polen von der nationalsozialistischen Machtergreifung bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Braunschweig 1986, S. 85-92 [Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts für Internationale Schulbuchforschung. Hrsg. v. Ernst *Hinrichs*; Bd. 22/IX].

<sup>25</sup> Nach Wojciechowkis: Beziehungen, S. 368ff. waren polnische Stellen durch den Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Ernst von Weizsäcker, über den Inhalt der Unterredung Hitlers mit dem britischen Lordpräsidenten und späteren Außenminister Halifax am 19. November, in der Halifax die Tolerierung einer gewaltlosen territorialen Expansion des Reiches nach Osten

Vorgehen gegen Litauen, dem Beck am 17. März 1938 ultimatив die Aufnahme bisher infolge des Wilna-Konfliktes von Kaunas strikt verweigerter diplomatischer Beziehungen und somit die Anerkennung der polnischen Herrschaft in dem umstrittenen Gebiet abpreßte, rief nicht nur die Sowjetunion auf den Plan, sondern stellte auch eine nur unzureichende und durch die Verstimmung der Westmächte teuer erkaufte Kompensation des realen deutschen Machtzuwachses nach der gewaltsamen Eingliederung Österreichs dar.<sup>26</sup>

Ungeachtet der westlichen und sowjetischen Proteste in der Litauen-Frage setzte Beck sein gewagtes Spiel auch in der Sudetenkrise im September 1938, die alle Elemente der März-Affäre in verschärfter Form enthielt, fort. Wiederum zeigte sich der Außenminister außerordentlich bemüht, die Eigenständigkeit der polnischen Politik zu demonstrieren, doch der bereits im Mai 1939 gegenüber Bonnet bekundete Unwille, sich in eine Front zur Verteidigung der durch die nationalsozialistische Aggression bedrohten Tschechoslowakischen Republik einbinden zu lassen, die militärischen Drohgebärden gegenüber Moskau und die zu Hitlers Erpressungspolitik analoge Steigerung der polnischen Forderungen ließen eine faktische Zusammenarbeit des Dritten Reiches und Polens zutage treten, um deren Wert für Hitler man in Warschau sehr wohl wußte und die Beck - erfolglos - in Zugeständnisse des deutschen Diktators in der Grenz- und der Danzig-Frage umzumünzen versuchte.<sup>27</sup>

---

signalisiert hatte, informiert worden. Der Inhalt des Gespräches in ADAP D I, Dok. 31.

<sup>26</sup> Beck wurde bereits im Verlauf seiner Berlin-Reise im Januar 1938 über Hitlers Vorhaben in Kenntnis gesetzt - wobei ihm die Beachtung polnischer Wirtschaftsinteressen zugesichert worden war und der „Führer“ ihm die wenig beruhigende Bezeugung abgegeben hatte, er werde „keine Änderung des Danziger Statuts unterstützen“. ADAP D V, Dok. 29. - Beck selbst aber stimmte den polnischen Schritt weder mit deutschen Stellen ab noch wurden diese über die ad hoc getroffenen Entscheidungen informiert. Beck segelte zwar im Fahrwasser Hitlers, er war jedoch erkennbar bemüht, den in London und Paris dennoch aufgekommenen Eindruck, das Ultimatum Warschaws an Litauen sei mit Berlin abgesprochen, zu vermeiden. Das Nachgeben der litauischen Regierung - auch Hitler hatte auf den Gesandten Šaulys Druck ausüben lassen - wurde offiziell als großer politischer Erfolg gewertet, die Bedeutung der Aggression Hitlers gegen Österreich heruntergespielt. Die Regierungspresse erhielt Anweisungen, betont nüchterne Kommentare zu veröffentlichen und kritische oder antideutsche Wertungen zu unterlassen. Die oppositionellen Zeitungen zeigten deutliche Beunruhigung und äußerten sich teils in scharfer, teils in sorgenvoller Weise. So erkannte etwa der „Kurjer Warszawski“ eine zunehmende Bedrohung des französischen Verbündeten und warnte, es werde „auf ein Sadowa ein Sedan folgen“. Zit. Pagel: Polen und die Sowjetunion, S. 37. Die Spannungen zwischen Warschau und Moskau ebd., S. 29ff. - Zum Gesamtkomplex vgl. Weinberg: Starting World War II, S. 204f. sowie Wojciechowski: Beziehungen, S. 391ff.

<sup>27</sup> Die Parallelität des polnischen Vorgehens arbeitet Wojciechowski: Beziehungen, S. 456ff. sehr deutlich heraus. - Vgl. auch Watt: Bitter Glory, S. 321ff. - Zu dem polnisch-sowjetischen Konflikt im Verlauf der Krise vgl. Pagel: Polen und die Sowjetunion, S. 140ff. - Zum Vorgehen Hitlers vgl. Thamer: Verführung und Gewalt, S. 580ff.

Bemerkenswert im Hinblick auf Becks Haltung ist die Antwort Moltkes auf die Aufforderung von Weizsäckers, Stellung zu nehmen zu Informationen des Auswärtigen Amtes, der Botschafter habe Beck mehrmals auf gemeinsame Aktionen gegen die ČSR festlegen wollen, die dieser jedoch abgelehnt habe. Moltke kabelte am 27. September nach Berlin, die Information sei falsch, er habe zu keiner Zeit auf ein abgestimmtes Vorgehen gedrängt, „weil eine praktische Zusammenarbeit vorhanden ist und eine starke Betonung dieser Tatsache bei der Charakterveranlagung des Herrn Beck nicht zweckmäßig wäre“. ADAP D V, Dok. 625 und Dok. 642. - Lipski wurde von Beck am 19. August angewiesen, in seiner auf den folgenden Tag anberaumten Zusammenkunft mit Hitler die „Verdienste“ Polens bei der politischen wie militärischen Isolierung der Tschechoslowakei herauszustreichen und die polnischen Forderungen - die Angliederung des Teschener Schlesiens, die Schaffung einer polnisch-ungarischen Grenze durch den Anschluß der Karpatho-Ukraine an Ungarn, den Abschluß eines bilateralen Vertrag über Danzig, die Verlängerung der Nichtangriffserklärung und eine endgültige Anerkennung der deutsch-polnischen Grenze

Die Sudetenkrise und ihre Folgeentwicklungen markierten trotz des Jubels im eigenen Land über die von Prag erzwungene Abtretung des Olsa-Gebietes den Bankrott der polnischen Außenpolitik.<sup>28</sup> „München“ hatte die in Polen als verhängnisvoll angesehene Viermächtekonstellation des Jahres 1933 erneut, aber unter veränderten Vorzeichen - mit einem hochgerüsteten Deutschen Reich, dessen „Achsenpartner“ Italien und den über das Verhalten Polens erkennbar verstimmt Westmächten -, heraufziehen lassen, und die infolge des polnischen Vorgehens gegen die Tschechoslowakei auf einem Tiefpunkt angelangten polnisch-sowjetischen Beziehungen waren kaum geeignet, hier einen Ausgleich zu schaffen. Die Bildung eines unabhängigen Machtblockes unter polnischer Führung war bereits im Ansatz gescheitert, denn weder hatte die in ihrer strategischen wie politischen Bedeutung maßlos überschätzte gemeinsame Grenze mit Ungarn - zunächst - realisiert werden können, noch nahm sich der südliche Wunschpartner die Gewaltmethoden Polens bei der Durchsetzung seiner territorialen Forderungen zum Vorbild und zeigte Ansätze einer eigenständigen und selbstbewußten Außenpolitik, sondern geriet - ausgedrückt im 1. Wiener Schiedsspruch - zusehends und sehr zum Leidwesen Becks in die Abhängigkeit des Dritten Reiches. Die vielleicht schicksalhafteste Nachwirkung des „Münchener Abkommens“ war zu diesem Zeitpunkt jedoch in Warschau noch nicht zu erkennen und sollte erst im Lauf des Jahres 1939 ihre für das Land fatalen Folgen zeigen. Es war die vermeintliche Schwäche und Unentschlossenheit der britischen „Appeaser“, die Hitler in München glaubte erkannt zu haben.

### 2.3 Die Entfesselung des Krieges<sup>29</sup>

---

- mit Nachdruck zu Sprache zu bringen. Hitler begegnete Lipskis Vorstoß mit einem Verweis auf die geltenden Grundlinien der Nichtangriffserklärung, antwortete ausweichend und zeigte sich erkennbar zu konkreten Zusicherungen nicht bereit. Den deutsch-polnischen Spezifika könne man zu einem späteren, passenderen Zeitpunkt Aufmerksamkeit widmen. - Die Instruktion Becks im Wortlaut bei Wojciechowski: Beziehungen, S. 468f. - Zum Verlauf der Unterredung - zu der keine Quelle von deutscher Seite vorliegt - vgl. ebd., S. 472ff. - Konzessionen machte Hitler später im Fall Oderbergs, eines wirtschaftlich bedeutenden Verkehrsknotenpunktes im Olsa-Gebiet, der von beiden Seiten beansprucht wurde und im „Münchener Abkommen“ dem Deutschen Reich zugeschlagen wurde. Entgegen dem Rat Görings widersetzte sich Hitler nicht der Besetzung des Territoriums durch polnische Truppen. ADAP D V, Dok. 58 und Dok. 62.

<sup>28</sup> Historische Hintergründe und tiefere Ursachen des pathologischen Mißtrauens- und Feindschaftsverhältnisses der beiden slawischen Nachbarstaaten bei Hoensch: Scheitern, insbes. S. 279ff. und S. 304ff. - Die Behauptung Marian Zgórnias, die polnische Regierung habe sich erst nach Anbahnung des „Münchener Abkommens“ entschlossen, die Abtretung des Olsa-Gebietes zu erzwingen, um zu verhindern, daß dieses bedeutende Industriegebiet „teilweise dem Reich zufallen könnte“, ist unhaltbar. Vgl. Marian Zgórnias: „Militärpolitische Lage und Operationspläne Polens vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges“. In: Wolfgang Michalka (Hrsg.): Der Zweite Weltkrieg. Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz. München 1989, S. 453f., Zit. S. 454.

<sup>29</sup> Vgl. die umfassende und alle Akteure sowie Handlungsebenen gleichgewichtig einbeziehende und analysierende Studie von Hermann Graml: Europas Weg in den Krieg. Hitler und die Mächte 1939. München 1990 [Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte. Hrsg. v. Institut für Zeitgeschichte; Bd. 29]. - Zur politischen Gesamtlage, den Bündnisplänen und Strategien am Vorabend des Krieges vgl. Manfred Messerschmidt: „Außenpolitik und Kriegsvorbereitung“. In: Wilhelm Deist u.a.: Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik. Stuttgart 1979, bes. S. 655ff. [Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Hrsg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt; Bd. 1]. - Vgl. auch Bernd-JürgenWendt: Großdeutschland. Außenpolitik und Kriegsvorbereitung des Hitler-Regimes. München 1987, bes. S. 161ff. [Deutsche Geschichte der

Wenngleich die politische Führung Polens sich im Verlauf der Sudetenkrise heillos exponiert hatte und die polnische Balancepolitik in eine bedenkliche Schiefelage geraten war, konnte auch aus zeitgenössischer Sicht die Abkehr Polens von den bislang verfolgten außenpolitischen Grundlinien schwerlich angenommen werden. Es gab vielmehr deutliche Anzeichen, daß Warschau sowohl dem Deutschen Reich gegenüber seine grundsätzlichen Forderungen auf eine verbindliche Anerkennung des Danziger Status quo sowie der bestehenden Grenzziehung aufrechterhalten als auch die Bemühungen um eine Verbesserung des polnisch-sowjetischen Verhältnisses intensivieren und dadurch die erkennbare Schlagseite der polnischen Außenpolitik auszugleichen bestrebt sein werde.<sup>30</sup> Der Umstand, daß Hitler am 24. Oktober 1938 durch Ribbentrop dem polnischen Botschafter Vorschläge über eine Neugestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen unterbreiten ließ,<sup>31</sup> die in der Substanz auf eine bedingungslose Unterordnung Polens abzielten und einer öffentlichen Bankrotterklärung der polnischen Außenpolitik gleichgekommen wäre, läßt entweder auf eine frappierende Unkenntnis der deutschen Seite über den Bewegungsspielraum und die weiterhin geltenden politischen Maximen ihres umworbenen „Juniorpartners“ schließen, oder es war der kühl berechnende Versuch, das nach der Sudetenkrise isolierte und scheinbar auf Gedeih und Verderb dem nationalsozialistischen Deutschland ausgelieferte Nachbarland in die Konfrontation mit dem übermächtigen Dritten Reich zu zwingen.<sup>32</sup>

---

neuesten Zeit vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Hrsg. v. Martin Broszat u.a.].

<sup>30</sup> Vgl. Pagel: Polen und die Sowjetunion, S. 179ff. - Die polnisch-sowjetische Erklärung vom 27. November 1938 über den Fortbestand der abgeschlossenen Verträge ist zweifellos Ausdruck einer grundsätzlichen Haltung der polnischen Seite und weniger kurzfristige Reaktion auf die mittlerweile von Ribbentrop präsentierten „Globallösungs“-Vorschläge, auch wenn diese einen Ausgleich mit Moskau nunmehr um so gebotener erscheinen lassen mußten.

<sup>31</sup> ADAP D V, Dok. 81. Die von Ribbentrop vorgeschlagene „Generalvereinbarung“ der noch offenen Frage im deutsch-polnischen Verhältnis umfaßte acht Punkte: die „Rückkehr“ Danzigs zum Reich, den Beitritt Polens zum „Antikominternpakt“, die Einrichtung exterritorialer Verkehrsverbindungen nach Ostpreußen sowie eines polnischen Freihafens in Danzig, eine Absatzgarantie für polnische Produkte in der Freien Stadt, die offizielle Anerkennung der Grenzen und die Verlängerung der Nichtangriffserklärung auf 25 Jahre Laufzeit sowie eine verbindliche Konsultationsklausel. Die von der polnischen Seite zunächst als Anregung mißverstandenen Forderungen wurden im Verlauf der folgenden Monate in immer eindringlicherer, nach der Besetzung Böhmens und Mährens durch deutsche Truppen am 15. März in ultimativer Form vorgebracht. Vgl. ADAP D V, Dok. 101 (Unterredung Ribbentrop-Lipski am 19. November 1938, dabei verhaltene Ablehnung der Forderungen durch den polnischen Botschafter). - ADAP D V, Dok. 119 und Dok. 120 (Aufzeichnungen über die Treffen Becks mit Hitler bzw. Ribbentrop am 5./6. Januar 1939 in Berchtesgaden). - ADAP D V, Dok. 126 (Aufzeichnung Ribbentrops über die Verhandlungen im Verlauf seiner Polen-Reise Ende Januar 1939). - ADAP D VI, Dok. 61 (Unterredung Ribbentrops mit Lipski am 21. März, dabei Schilderung des deutschen Vorgehens gegen die Č-SR und forciertes Druck durch unverhohlene Drohungen).

<sup>32</sup> Die historische Forschung ist weitgehend einig in der Bewertung der zu erwartenden langfristigen Folgewirkung eines Nachgebens der polnischen Politik. Die zugesagte „Juniorpartnerschaft“ hätte sich sukzessive in ein Satellitenverhältnis verwandelt, bei dem auch Polen den „Lebensraum“-Plänen Hitlers à la longue zum Opfer gefallen wäre. Unterschiedliche Auffassungen bestehen im Detail, etwa in der Frage, wann genau Hitler die Entscheidung, Polen anzugreifen, getroffen hat, und welche Bedeutung der britischen Beistandsgarantie vom 31. März 1939 für die Entschlußfassung beizumessen ist. Nach Hermann Graml fiel die Entscheidung zwischen dem 25. und 29. März, nach Marian Wojciechowski erst als direkte Folge der Erklärung Chamberlains am Abend des 31. März. Vgl. Graml: Europas Weg, S. 22. - Vgl. Marian Wojciechowski: „Der historische Ort der polnischen Politik in der Genesis des Zweiten Weltkrieges“. In: Klaus Hildebrand, Jürgen Schmädke und Klaus Zernack (Hrsg.): 1939 - an der Schwelle zum Weltkrieg. Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges und das inter-



Hitlers „Griff nach Prag“ und die Errichtung des „Schutzstaates“ Slowakei Mitte März 1939, im Gegensatz zu der anschließenden Annexion des Memelgebietes für Warschau ein Blitz aus kaum mehr heiterem Himmel,<sup>33</sup> erbrachte durch die militärische Umklammerung Polens zwar eine massive Verschlechterung der strategischen Verteidigungsbedingungen, löste jedoch Entwicklungen aus, die im Verlauf der folgenden Monate die politischen Rahmenkonstellationen grundlegend verändern sollten.

Chamberlains Rede in Birmingham am 17. März 1939, in der dieser seiner „Enttäuschung“ und „Empörung“ über den Bruch des „Münchener Abkommens“ und den Gewaltakt gegen die ČSR Ausdruck verlieh sowie die Bekanntgabe der britischen und französischen Garantie der polnischen *Unabhängigkeit* am 31. März lösten, wenngleich die britische Zusage keine radikale Abkehr Großbritanniens von der Appeasement-Politik bedeutete und ihr militärischer Wert höchst zweifelhaft war, Polen, das bereits am 26. März die deutschen Forderungen definitiv abgelehnt hatte, aus der Isolation und ließen Hitlers frühe außenpolitische Konzeptionen, die Bildung eines deutsch-britisch-italienischen Bündnissystems, von denen der Diktator allerdings schon im Lauf des Jahres 1938 Abstand genommen hatte, vollends zur Makulatur werden. Die Kündigung des deutsch-britischen Flottenabkommens vom 18. Juni 1935 sowie der deutsch-polnischen Nichtangriffserklärung vom 26. Januar 1934 in seiner Reichstagsrede am 28. April 1939 war Hitlers Antwort auf die vermeintlichen „Einkreisungsversuche“ der britischen Politik.<sup>34</sup>

---

nationale System. Berlin - New York 1990, S. 274. - In größerem Rahmen vgl. den Forschungsüberblick in Marie-Luise Recker: Die Außenpolitik des Dritten Reiches. München 1990, S. 86ff. [Enzyklopädie deutscher Geschichte. Hrsg. v. Lothar Gall; Bd. 8] sowie Wendt: Großdeutschland, S. 212ff.

Die These, Hitler habe durch das Drängen auf eine „Generalbereinigung“ bewußt auf ein Zerwürfnis mit Polen und den Ausbruch eines offenen Konfliktes abgezielt, ist bislang noch nicht ernsthaft vertreten worden. Obgleich diese Interpretation in Widerspruch steht zu den Ausführungen Hitlers in den Generalsbesprechungen am 23. Mai und am 22. August, geben m. E. einige Punkte - insbesondere die Belastung der Verhandlungen durch die Danzig-Hypothek! - zu der Vermutung Anlaß, Hitler habe, wohlwissend, daß der deutsche Vorstoß zu einem Bruch mit Polen führen mußte, Ribbentrop den Eris-Apfel werfen lassen.

<sup>33</sup> Von der geplanten Besetzung Memels war Beck bereits im Dezember 1938 und im Januar 1939 in Kenntnis gesetzt worden, der Einmarsch deutscher Truppen in Böhmen sowie die Gründung der von Deutschland abhängigen Slowakei traf ihn hingegen gänzlich unvorbereitet. Vgl. ADAP D V, Dok. 113 und Dok. 119. - Vgl. auch die bei Pagel: Polen und die Sowjetunion, S. 222f. angeführte Reaktion polnischer Militärdienststellen auf die Berichte eines Abwehroffiziers über die von diesem gemeldeten bevorstehenden Aktionen des Reiches.

<sup>34</sup> Vgl. Axel Kuhn: Hitlers außenpolitisches Programm. Entstehung und Entwicklung 1919-1939. Stuttgart 1970, S. 233ff. [Stuttgarter Beiträge zur Geschichte und Politik. Hrsg. v. Martin Greiffenhagen, Eberhard Jäckel und August Nitschke; Bd. 5]. - Zur britischen Reaktion auf Prag und Memel vgl. Anthony Read und David Fisher: The Deadly Embrace. Hitler, Stalin and the Nazi-Soviet Pact 1939-1941. London 1988, S. 65ff. - Die Absage Polens in ADAP D VI, Dok. 101. - Das deutsche Memorandum über die Kündigung der Nichtangriffserklärung in ADAP D VI, Dok. 276. - Für die deutsche Botschaft in Warschau bestand seit dem 22. April die Weisung - und sie behielt bis Kriegsbeginn Gültigkeit - „sich bei etwaigen Gesprächen über die allgemeine politische Lage und über das deutsch-polnische Verhältnis bis auf weiteres völlig rezeptiv zu verhalten“. ADAP D VI, Dok. 247.

Beck hatte die einseitige Garantiezusage im Verlauf seiner London-Reise Anfang April 1939 in eine gegenseitige Beistandsverpflichtung umgewandelt, die in den folgenden Monaten zu einem formalen Militärbündnis ausgeweitet wurde. Der Bündnisvertrag konnte am 25. August unterzeichnet werden. Die am 4. April zwischen den Generalstäben Frankreichs und Großbritanniens getroffene Rahmenvereinbarung, von der Polen keine Kenntnis erhielt, sah jedoch keine schnelle militäri-

Der Krieg gegen Polen, dessen Planung in der „Führerweisung für die einheitliche Kriegsvorbereitung 1939/40“ vom 11. April noch als „vorsorgliche Ergänzung“ der Vorbereitungen für eine militärische Auseinandersetzung mit den Westmächten bezeichnet worden war,<sup>35</sup> wurde ab Mai 1939 Grundlage und Ausgangspunkt von Hitlers Kriegsszenario, galt jetzt als „Vorschalt ereignis aus doppeltem Grund“,<sup>36</sup> da zum einen - so Hitler am 23. Mai vor den Führungsstäben der Wehrmacht - „Polen [...] immer an der Seite unserer Gegner stehen“ werde und sich für das Deutsche Reich somit die Gefahr eines Zweifrontenkrieges nach einem Angriff im Westen abzeichne, zum anderen das polnische Wirtschafts- und Rohstoffpotential eine notwendige Ergänzung der deutschen Rüstungsindustrie sei und die Versorgungsgrundlagen für die - wie zu vermuten stand - langanhaltenden Kämpfe an der Westfront sicherstelle. Danzig sei nicht „das Objekt, um das es geht“, sondern „die Erweiterung des Lebensraumes im Osten und Sicherstellung der Ernährung“. Hauptaufgabe der deutschen Politik müsse fortan sein, „Polen zu isolieren“, um auszuschließen, daß das Deutsche Reich „durch Polen in einen Krieg mit England ‚hineinschlittert‘“.<sup>37</sup>

Da der am Vortag zwischen dem faschistischen Italien und dem nationalsozialistischen Deutschland abgeschlossene „Stahlpakt“ in erster Linie von propagandistischem, in militärischer Hinsicht jedoch von eher zweifelhaftem Wert war und die Bemühungen, Japan zu dem Abschluß eines Dreierpaktes zu bewegen aufgrund des Unwillens der Tokioter Regierung, das antisowjetische in ein antibritisches Bündnis umzuwandeln, scheiterten, sah sich Hitler veranlaßt, die seit März von Moskau ausgehenden Signale der Bereitschaft Stalins zu einer grundlegenden Umgestaltung der deutsch-sowjetischen Beziehungen aufzunehmen und zu erwidern, um dann nach einer Phase argwöhnischen und vorsichtigen Abtastens und Sondierens beider Seiten ab Mitte August in gänzlich undiplomatischer Eile auf den Abschluß eines bilateralen Abkommens zu drängen.<sup>38</sup>

---

sche Unterstützung, sondern eine rein defensive Kriegführung der Westmächte vor. Vgl. Andreas *Hillgruber*: „Deutschland und Polen in der internationalen Politik 1933-1939“. In: Deutschland und Polen von der nationalsozialistischen Macht ergreifung bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Braunschweig 1986, S. 55 [Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts für Internationale Schulbuchforschung, Hrsg. v. Ernst *Hinrichs*; Bd. 22/IX] sowie Włodzimierz *Borodziej*: „Die Alternative Warschaus“. In: Klaus *Hildebrand*, Jürgen *Schmädeke* und Klaus *Zernack* (Hrsg.): 1939 - an der Schwelle zum Weltkrieg. Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges und das internationale System. Berlin - New York 1990, S.322f.

<sup>35</sup> Vgl. ADAP D VI, Dok. 185. - Vgl. auch die Weisung vom 3. April an den Chef des OKW, Wilhelm Keitel, den „Fall Weiß“ so zu planen, daß die Durchführung ab dem 1. September möglich sei. ADAP D VI, Dok. 149.

<sup>36</sup> Messerschmidt: Außenpolitik, S. 674.

<sup>37</sup> So das in Details umstrittene Protokoll seines Wehrmichtsadjudanten Schmundt. ADAP D VI, Dok. 433. - Hitler rechnete zu diesem Zeitpunkt noch mit einem Stillhalten der Westmächte, bemerkte aber bereits, falls Großbritannien und Frankreich nach einem deutschen Angriff auf Polen den Krieg erklärten, gelte es, sich gegen den Westen zu wenden und dabei „Polen zugleich zu erledigen“.

<sup>38</sup> Vgl. Wendt: Großdeutschland, S. 179 sowie Kuhn: Programm, S. 244f. - Die Anbahnung des „Hitler-Stalin-Paktes“ bei Graml: Europas Weg, S. 253ff. sowie in allen Details bei Ingeborg *Fleischhauer*: Der Pakt. Hitler, Stalin und die Initiative der deutschen Diplomatie 1938-1939. Frankfurt 1990, hier bes. S. 108ff. und S. 314ff. - Zu dem Zustandekommen des Paktes wie zu dessen Auswirkungen auf Polen vgl. Jörg K. *Hoensch*: „Der Hitler-Stalin-Pakt und Polen“. In: Erwin *Oberländer* (Hrsg.): Hitler-Stalin-Pakt 1939. Das Ende Ostmitteleuropas? Frankfurt 1989, S. 44ff.

Als sicher kann gelten, daß die im Sommer 1939 mit den Westmächten - und auch von diesen nur widerwillig - geführten Parallelverhandlungen für Stalin einzig dem Zweck dienten, die deutsche Seite unter Zugzwang zu setzen und den Preis für

Die Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes am 23. August - die eigentliche Brisanz der Vereinbarung lag in der faktischen Aufteilung Osteuropas durch die in einem geheimen Zusatzabkommen vorgenommenen „Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären“<sup>39</sup> - offenbarte, wiewohl die polnische Führung die Dimension der Abmachungen verkannte,<sup>40</sup> die Fehlerhaftigkeit der bislang als axiomatisch angenommenen ideologisch-politischen Erzfeindschaft des kommunistischen und des nationalsozialistischen Regimes. Hitler dagegen war - wie er in Ausführungen vor der Generalität am 14. und am 22. August bereits im Vorfeld des Vertragsabschlusses bekannte<sup>41</sup> - von der abschreckenden Wirkung des Paktes überzeugt, und die anschließenden diplomatischen Bemühungen des britischen Premiers Chamberlain und des französischen Ministerpräsidenten Daladier um eine friedliche Beilegung des Konfliktes durch das Drängen auf die Aufnahme bilateraler Verhandlungen mit Polen bestärkten ihn in der Auffassung, die westlichen Demokratien seien zu einem Krieg „um Danzig“ nicht bereit.<sup>42</sup> Hitler hatte in seine Rechnung nicht einbezogen, daß man auch in Paris und London wußte, daß Danzig nicht das Objekt war, „um das es geht“.

---

das von Hitler benötigte Abkommen in die Höhe zu treiben. Im Gegensatz zu Hitler vermutete Stalin zu Recht, daß der Abschluß des Paktes die Westmächte nicht von einer Kriegserklärung an das Deutsche Reich nach einem Angriff auf Polen abhalten werde, und die Aussicht auf einen Krieg im Westen mußte ihm um so vorteilhafter erscheinen, als damit die ihm für die Sowjetunion gefährlich erscheinende britische Appeasement-Politik ein Ende finden werde. Nicht zuletzt die Aussicht auf die Durchsetzung eigener Expansionspläne im Verbund mit dem hier skrupellosen Hitler veranlaßte Stalin zu dem Pakt mit dem deutschen Diktator.

<sup>39</sup> ADAP D VII, Dok. 228 und Dok. 229.

<sup>40</sup> Der polnische Botschafter in Moskau, Waclaw Grzybowski, sprach in seinem Bericht vom 29. August von einer „fast ausschließlich taktischen Bedeutung“ des Paktes, eine Meinung, die auch im Außenministerium geteilt wurde. Vgl. Pagel: Polen und die Sowjetunion, S. 269ff.

<sup>41</sup> Vgl. ADAP D VII, Anhang, S. 461ff. sowie Dok. 192 und Dok. 193. In der Ansprache vom 14. August - also in einer Zeit, als die reichsdeutsche Presse ununterbrochen über die „polnischen Greuelthaten“ an Volksdeutschen berichtete - führte Hitler die Zurückhaltung polnischer Dienststellen als Beleg für die nur vagen britischen Hilfeversprechen ins Feld und strafte die Pressemeldungen damit selbst Lügen: „Wenn Zusagen Englands gegeben würden, wäre Polen viel frecher“.

<sup>42</sup> Zu Einzelheiten der diplomatischen Kontakte unmittelbar vor dem deutschen Überfall auf Polen - der am 25. August infolge der Erklärung Mussolinis, Italien sei nicht kriegsbereit, zunächst gestoppt worden war - vgl. Graml: Europas Weg, S. 277. - Hitler bekundete am 29. August gegenüber dem britischen Botschafter Neville Henderson seine Bereitschaft, einen mit allen Verhandlungsvollmachten ausgestatteten polnischen Unterhändler in Berlin zu empfangen und ließ in der sicheren Gewißheit, daß Polen sich dieser Forderung nicht beugen werde, einen „16-Punkte-Plan“ ausarbeiten, der im Kern die Angliederung Danzigs an das Reich und Plebiszite im „Korridor“-Gebiet vorsah. Zur propagandistischen Ausschächtung des „maßvollen Friedensangebotes“ Hitlers s. u., Kap. 5.1.4.

## 2.4 Ausblick: Die deutsche Besatzungsherrschaft in Polen

Die nach dem deutschen Überfall auf Polen von den deutschen Besatzern an den Tag gelegte Destruktivität und Brutalität war keineswegs die Folge polnischer Ausschreitungen gegenüber Teilen der deutschen Minderheit in den ersten Kriegstagen,<sup>43</sup> sondern Ausdruck einer Politik, die Polen, insbesondere das nach der Ablehnung des „Friedensangebotes“ Hitlers vom 6. Oktober, das den Fortbestand eines von Deutschland abhängigen polnischen Reststaates beinhaltete hatte, durch dessen Verfügung vom 12. Oktober 1939 errichtete „Generalgouvernement“ als „Labor des nationalsozialistischen Ausbeutungssystems“ betrachtete und die durch eine hemmungslose, die Lebensbedingungen der ansässigen Bevölkerung mißachtende Ausbeutung der wirtschaftlichen Kapazitäten des besetzten Gebietes gekennzeichnet war.<sup>44</sup> Hitler hatte bereits in seiner Rede vor der militärischen Führung am 22. August keine klassischen Kriegsziele mehr benannt, sondern Befehle für einen potentiellen Völkermord ausgegeben: „Vernichtung Polens im Vordergrund. Ziel ist die Beseitigung der lebendigen Kräfte, nicht die Erreichung einer bestimmten Linie [...]. Herz verschließen gegen Mitleid. Brutales Vorgehen [...]. Verfolgung bis zur völligen Vernichtung“.<sup>45</sup>

Ogleich die deutsche Besatzung im „Generalgouvernement“ aufgrund kriegswirtschaftlicher Erfordernisse, die einer hemmungslosen Ausbeutung durch die ab 1941 zunehmende Teilverlagerung der deutschen Kriegsgüterproduktion gewisse Grenzen setzten, weniger tiefgreifende Auswirkungen auf die Sozial- und Wirtschaftsstruktur zeitigte als in den am 8. Oktober an das Reich angegliederten

---

<sup>43</sup> Zu den Übergriffen, die sich infolge von Diversionsaktionen deutscher agents provocateurs in Posen und Pommerellen, insbesondere in Bromberg am 3. September 1939, ereigneten vgl. Günter *Schubert*: Das Unternehmen ‚Bromberger Blutsonntag‘. Tod einer Legende. Köln 1989. - Von polnischer Seite, mit sehr starker Betonung der Provokation deutscher Diversanten und des defensiven Charakters der „Pazifizierungsaktionen“: Włodzimierz *Jastrzębski*: Der Bromberger Blutsonntag. Legende und Wirklichkeit. Poznań 1990, bes. S. 73ff. und S. 97ff. - Die unter dem Pseudonym Peter *Aurich* von Peter Nasarski vorgelegte Studie: Der deutsch-polnische September 1939. Eine Volksgruppe zwischen den Fronten. Mit einem Vorwort von Gotthold *Rhode*. 3., erw. Auflage. Berlin - Bonn - Kelkheim 1985 steht dagegen in der Tradition der nationalsozialistischen Propagandakampagne um den „Bromberger Blutsonntag“ und übernimmt unkritisch die durch die Wehrmachtsuntersuchungsstelle und die eingesetzten Sondergerichte gesammelten Zeugenaussagen. Zur Instrumentalisierung der Bromberger Ereignisse s. u., Kap. 5.1.4 und 5.2.4.

Über die Zahl der Opfer auf deutscher Seite ist aufgrund der nationalsozialistischen Verzerrungen eine Forschungskontroverse, vornehmlich zwischen polnischen und deutschen Historikern, entbrannt, die bisweilen makabre Züge annahm. Vgl. dazu *Schubert*: Blutsonntag, S. 39ff. und S. 54ff. - Eine seriöse Größenordnung der Gesamtzahl der Todesfälle - zwischen ca. 4.500 und 5.500 Kriegstoten auf Seiten der in Polen lebenden Deutschen - bieten Heike: Deutsche Minderheit, S. 445 und Wolfgang *Jacobmeyer*: „Der Überfall auf Polen und der neue Charakter des Krieges“. In: Christoph *Kleßmann* (Hrsg.): September 1939. Krieg, Besatzung, Widerstand in Polen. Göttingen 1989, S. 18.

<sup>44</sup> Vgl. Waclaw *Długoborski* und Czesław *Madajczyk*: „Ausbeutungssysteme in den besetzten Gebieten Polens und der UdSSR“. In: Friedrich *Forstmeier* und Hans-Erich *Volkmann* (Hrsg.): Kriegswirtschaft und Rüstung 1939-1945. Düsseldorf 1977, S. 375-416, Zit. S. 408. - Vgl. auch Czesław *Madajczyk*: Die Okkupationspolitik Nazi-Deutschlands in Polen 1939-1945. Köln 1988. - Von deutscher Seite zu Methoden und Zielsetzung der deutschen Besatzungsherrschaft noch immer grundlegend: Gerhard *Eisenblätter*: Grundlinien der Politik des Reiches gegenüber dem Generalgouvernement 1939-1945. Frankfurt 1969 (Dissertationsdruck).

<sup>45</sup> So die Aufzeichnung des Generalstabschefs des Heeres, Franz Halder, in ADAP D VII, Dok. 193.

west- und nordpolnischen Grenzgebieten,<sup>46</sup> in denen Einsatzgruppen und Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des SD in systematisch geplanten, großangelegten Vertreibungs- und Liquidierungswellen,<sup>47</sup> die Zivilbehörden durch massenhafte Enteignungen polnischen und jüdischen Besitzes und die Ansiedlung der infolge des „Hitler-Stalin-Paktes“ aus dem Baltikum, aus Galizien, Wolhynien und Bessarabien in die neuen Reichsgaue verbrachten Volksdeutschen eine auf Terror und Willkürmaßnahmen beruhende forcierte Germanisierungspolitik betrieben, kann kein Zweifel bestehen, daß auch das „Generalgouvernement“ nach dem „Endsieg“ des Dritten Reiches als Teil des deutschen „Lebensraumes“ beansprucht worden wäre und perspektivisch auch die Mehrzahl der slawischen Bevölkerung des „Generalgouvernements“ der Vernichtung oder Deportation anheimgefallen wäre.

Die Okkupationspolitik im „Generalgouvernement“ zeigte ein Doppelgesicht - auf der einen Seite standen die Zivilverwaltung um den ambitionierten „Generalgouverneur“ Hans Frank sowie der ab Juni 1941 mit der wirtschaftlichen Koordinierung und der effizienten Einbeziehung der Kapazitäten des „Nebenlandes“ in die Kriegswirtschaft des Dritten Reiches betraute „Wirtschaftsstab Ost“ aus Goerings Vierjahrplanbehörde, denen als Vertretern pragmatischer Nahziele an einer Steigerung des Produktionsaufkommens und an einem reibungslosen Ablauf der massenhaften Zwangs-

---

<sup>46</sup> Der Kreis Suwałki und das nördliche Masowien fielen an Ostpreußen, aus der Wojewodschaft Pommerellen mit Danzig und Teilen Westpreußens wurde der „Reichsgau Danzig-Westpreußen“, aus der Wojewodschaft Posen und dem Gebiet um das in „Litzmannstadt“ umbenannte Łódź der „Reichsgau Wartheland“ gebildet. Der neue Regierungsbezirk Kattowitz bestand aus dem Dąbrowa-Revier und dem größten Teil Ost-Oberschlesiens, einige kleinere Gebiete wurden dem Regierungsbezirk Oppeln angegliedert. Das „Generalgouvernement“ umfaßte zunächst - vor dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion noch ohne Galizien - 142.000 km<sup>2</sup> und bestand aus den Distrikten Radom, Lublin, Krakau und Warschau. Vgl. Hoensch: *Geschichte Polens*, S. 281 sowie Jacobmeyer: *Überfall*, S. 22. - Zu den Germanisierungsmethoden der deutschen Zivilbehörden, die sich in den annektierten Gebieten mit bis dato nicht gekannter Rigorosität gegen das national-kulturelle Eigenleben der polnischen Bevölkerung richtete und jegliche an Polen erinnernden Traditionen auszumerzen bestrebt war, vgl. Georg Hansen: „Damit wurde der Warthegau zum Exerzierplatz des praktischen Nationalsozialismus“. Eine Fallstudie zur Politik der Einverleibung“. In: Christoph Kleßmann (Hrsg.): *September 1939. Krieg, Besatzung, Widerstand in Polen*. Göttingen 1989, S.55-72.

<sup>47</sup> Vgl. Helmut Krausnick und Hans-Heinrich Wilhelm: *Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938-1942*. Stuttgart 1981, S. 32ff. - Die Detailstudie von Christian Jansen und Arno Weckbecker: *Der „Volksdeutsche Selbstschutz“ in Polen 1939/40*. München 1992 [Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. Hrsg. v. Karl Dietrich Bracher, Hans-Peter Schwarz und Horst Möller; Bd. 64] belegt die Beteiligung der meist spontan gebildeten volksdeutschen Milizen bei den nach der Ernennung Himmlers zum „Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums (RKF)“ am 28. September 1939 sprunghaft ansteigenden Liquidierungsaktionen. Himmler hatte die durch „Führerweisung“ im „Volksdeutschen Selbstschutz“ zusammengefaßten Milizen umgehend seinem Herrschaftsbereich einverleibt und dafür Sorge getragen, daß nach der von ihm am 8. November verfügten Auflösung des „Selbstschutzes“ die Mitglieder in reguläre SS-Einheiten überführt wurden. Vgl. Jansen/Weckbecker: *Volksdeutscher Selbstschutz*, bes. S. 32, 46, 154f., 193ff. - In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, daß im Vorfeld und nach Beginn des Krieges zwar mitunter Sabotageakte von reichs- und volksdeutschen Geheimorganisationen durchgeführt wurden und auch die Wehrmacht die Unterstützung der ortskundigen Bevölkerung bei ihrem schnellen Vormarsch in Anspruch nahm, von der Tätigkeit einer organisierten „5. Kolonne“ jedoch - wie die beiden Autoren konstatieren - keine Rede sein kann. Vgl. ebd., S. 26f. - Die ältere, jedoch erkennbar um Objektivität bemühte Untersuchung von Louis de Jong: *Die deutsche Fünfte Kolonne im Zweiten Weltkrieg*. Stuttgart 1959, S. 149ff. [Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte; Bd. 4] kommt zu dem gleichen Ergebnis.

aushebungen polnischer „Fremdarbeiter“ gelegen war,<sup>48</sup> auf der anderen Seite standen die Repräsentanten radikaler, volkstumpolitischer Fernziele um den Reichsführer-SS, Heinrich Himmler, dessen von seinem RKF-Stab im Mai 1942 vorgelegte „Generalplan Ost“ einen Eindruck vermittelt von der menschenverachtenden Destruktivität der realisierten „Lebensraum“-Konzeption Adolf Hitlers.<sup>49</sup> Allein die Ansätze der Verwirklichung dieses Konzeptes kosteten 6.028.000 Polen das Leben.<sup>50</sup>

---

<sup>48</sup> Vgl. Ulrich *Herbert*: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches. 2. Auflage. Berlin - Bonn 1986. Herbert bezeichnet den Einsatz der - im „Generalgouvernement“ nach dem Scheitern der anfänglichen Rekrutierung auf freiwilliger Basis ab Mai 1940 in Straßenrazzien ausgehobenen - „Fremdarbeiter“ als „Rückgrat der deutschen Kriegsindustrie“. Ebd., S. 225. - Die Zahl der aus dem „Generalgouvernement“ in das Reich verschleppten Polen betrug im Dezember 1943 nach Angaben der „Hauptabteilung Arbeit“ 1,1 Millionen, die fast ausschließlich im Agrarbereich eingesetzt waren. Die Zahl entspricht einem Anteil von 7,67% der Gesamtbevölkerung des Gebietes.

<sup>49</sup> Vierzehn der in dem „Generalplan Ost“ vorgesehenen „Siedlungsstützpunkte“ lagen auf dem Boden des „Generalgouvernements“, darunter der Kreis Zamość am Oberlauf des Bug. Am 12. November 1942 befahl Himmler die Umsetzung der Planungen in Zamość, in deren Verlauf bis März 1943 sowie zwischen Juni und August 1943 mehr als einhunderttausend polnische Bewohner des Gebietes zunächst in fünf „Wertungsgruppen“ eingeteilt und auf der Grundlage dieser Einstufung entweder „eingedeutscht“, zum Arbeitseinsatz verschleppt, in weit entlegenen „Rentendörfern“ wieder angesiedelt oder getötet wurden. Die Aktionen wurden auf Betreiben der Vierjahrplanbehörde eingestellt, nicht aber aufgegeben. Vgl. Madajczyk: Okkupationspolitik, S. 422ff.

<sup>50</sup> Nach dem offiziellen Bericht des „Büros für Kriegsentschädigung“ beim polnischen Ministerrat. Madajczyk: Okkupationspolitik, S. 617. Mit 220 Opfern auf 1000 Einwohner hatte dabei der zwischen 1934 und 1938 von der deutschen Presse umschmeichelte „Bündnispartner“ den relativ höchsten Blutzoll unter allen im Zweiten Weltkrieg von der Wehrmacht besetzten Ländern zu entrichten.

## Teil II: Die Propaganda des Dritten Reiches gegen Polen

### 1. Stellenwert und Methoden der nationalsozialistischen Propaganda

Bereits in der Weimarer Republik war gerade in national-konservativen Kreisen die Überzeugung von der kriegsentscheidenden Bedeutung der britischen Propaganda weit verbreitet. Dieses, eng mit der „Dolchstoß-Legende“ zusammenhängende und sie auch fundierende Erklärungsmuster für die deutsche Niederlage im Krieg ging zurück auf Rechtfertigungsschriften ehemals führender Militärs wie Großadmiral Alfred v. Tirpitz und vor allem General Erich Ludendorff, der in seinen 1919 erschienenen „Kriegserinnerungen“ die zersetzende Wirkung der alliierten Propaganda auf den Kampfgeist der deutschen Bevölkerung hervorgehoben und dem Fehlen einer entsprechenden deutschen Gegenpropaganda maßgebliche Bedeutung beigemessen hatte: „Das Heer fand keinen Bundesgenossen in einer starken von der Heimat ausgehenden Propaganda. Deutschland versagte im Kampf gegen die Psyche der feindlichen Völker, während sein Heer auf den Schlachtfeldern siegreich war.“<sup>1</sup>

Wie Ludendorff war auch Adolf Hitler von der Überlegenheit der gegnerischen, in erster Linie der unter Lord Northcliffe betriebenen britischen Propaganda im Ersten Weltkrieg überzeugt, doch anders als der frühere Generalquartiermeister des Heeres beließ es Hitler, der bekannte, „an dieser feindlichen Propaganda [...] unendlich gelernt“ zu haben, nicht bei deren bloßer Verdammung, sondern er versuchte in dem 1925 erschienenen ersten Teil seines Buches „Mein Kampf“, aus seinen Beobachtungen die Grundsätze einer wirkungsvollen nationalsozialistischen Propaganda zu entwickeln.<sup>2</sup> Da diese Prinzipien in der Tat als grundlegend für die Propaganda der Nationalsozialisten anzusehen sind und auch im Vorfeld des Zweiten Weltkrieges zur psychologischen Mobilisierung der deutschen Bevölkerung gegen Polen - mutatis mutandis - Anwendung fanden, sollen sie an dieser Stelle eingehender untersucht werden.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Erich Ludendorff: *Meine Kriegserinnerungen 1914-1918*. Berlin 1919, S. 303. Zit. Wolfgang Schieder und Christof Dipper: „Propaganda“. In: Otto Brunner, Werner Conze und Reinhart Koselleck (Hrsg.): *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*. Bd. 5. Stuttgart 1984, S. 104. - Den Einfluß Ludendorffs auf die Herausbildung solcher Propaganda-Interpretationen betonen Jutta Sywottek: *Mobilmachung für den totalen Krieg. Die propagandistische Vorbereitung der deutschen Bevölkerung auf den Zweiten Weltkrieg*. Opladen 1976, S. 13 [Studien zur modernen Geschichte. Hrsg. v. Fritz Fischer, Klaus-Detlef Grothusen und Günter Moltmann; Bd. 18] und Peter Longerich: *Propagandisten im Krieg. Die Presseabteilung des Auswärtigen Amtes unter Ribbentrop*. München 1987, S. 70 [Studien zur Zeitgeschichte. Hrsg. v. Institut für Zeitgeschichte; Bd. 33].

<sup>2</sup> Hitler widmete der alliierten Kriegspropaganda ein eigenes Kapitel. Vgl. Hitler: *Mein Kampf*, S. 193ff., Zitat S. 193f. - Die Nachwirkung der alliierten Kriegspropaganda auf Hitlers Denken betont Oliver Thomson: *Mass Persuasion in History. An Historical Analysis of the Development of Propaganda Techniques*. Edinburgh 1977, S. 113. - Obwohl Hitler sich bemüht zeigte, die von ihm angeführten Propagandagrundsätze als eigene Erkenntnisse auszugeben, schöpfte er doch aus anderen Quellen, insbesondere aus der 1924 in Stuttgart erschienenen Untersuchung Friedrich Schönemanns „Die Kunst der Massenbeeinflussung in den Vereinigten Staaten von Amerika“. Vgl. Schieder/Dipper: *Propaganda*, S. 108f.

<sup>3</sup> Jowett und O'Donnell konstatieren die Verbindlichkeit der von Hitler bereits sehr früh niedergelegten Grundsätze: „Hitler and Goebbels stuck rigidly to these principles“. Garth S. Jowett und Victoria O'Donnell: *Propaganda and Persuasion*. 2.

Den Ausgangspunkt von Hitlers Überlegungen bildete seine Einschätzung der „Aufnahmefähigkeit der großen Masse“, die seiner Meinung zufolge „nur sehr beschränkt, das Verständnis klein, dafür die Vergeßlichkeit groß“ sei. Hieraus ergebe sich für den Propagandisten die Notwendigkeit, die Themenfelder auf „nur sehr wenige Punkte zu beschränken und diese schlagwortartig solange zu verwerten, bis auch der letzte unter einem solchen Worte das Gewünschte sich vorzustellen vermag“.<sup>4</sup> Der Schlüssel zum Erfolg lag dabei in der ständigen Wiederholung von wenigem; die Glaubwürdigkeit der Propaganda-Thesen spielte demgegenüber eine nur untergeordnete Rolle, denn allein die stereotype Wiederholung erzeugte nach Hitlers Verständnis Glaubwürdigkeit. Als Beleg für diese Automatismus-These diente ihm die Kriegspropaganda der Briten: „Sie war im Anfang scheinbar verrückt in der Frechheit ihrer Behauptungen, wurde später unangenehm und ward endlich geglaubt.“<sup>5</sup>

Entscheidend war die Einfachheit der aufgestellten Behauptungen und verwendeten Schlagwörter.<sup>6</sup> Die nationalsozialistische Propaganda zielte mit Schlüsselbegriffen wie dem „Lebensrecht des deutschen Volkes“ oder dem „Kampf um den Lebensraum“ auf existentielle Ängste der Bevölkerung oder versuchte, diese zu wecken, wobei gleichzeitig die für die Wirksamkeit dieser Propaganda notwendigen Feindbilder geschaffen oder zementiert wurden. Immer hatte das Thema der Propagandakampagne als Frage von Leben oder Tod, von Sein oder Nichtsein zu erscheinen, wenn gleich in der Regimephase Propagandathemen mit Ausnahme der durchgängig betriebenen antisemitischen Propaganda erstaunlich flexibel - etwa in bezug auf Polen in den Jahren 1933/34 bis 1939 oder die Sowjetunion 1939 bis 1941 - entweder in den Hintergrund gedrängt bzw. unterdrückt oder

---

Auflage. Newbury Park - London - New Delhi 1992, S. 186. Wie zu zeigen sein wird, gab es allerdings in der praktischen Umsetzung durchaus Abweichungen.

<sup>4</sup> Hitler: *Mein Kampf*, S. 198. Diese Begrenzung der Propagandathemen bedeutet jedoch nicht, daß die Methoden, Praktiken und Erscheinungsformen einer wirksamen Propaganda ebenfalls einzuschränken seien. Entscheidend war ausschließlich, daß die Aussage nicht variierte, das Ergebnis das gleiche blieb: „Jede Abwechslung darf nie den Inhalt des durch die Propaganda zu Bringenden verändern, sondern muß stets zum Schlusse das gleiche besagen. So muß das Schlagwort wohl von verschiedenen Seiten beleuchtet werden, allein das Ende jeder Betrachtung hat immer von neuem beim Schlagwort selbst zu liegen. Nur so kann die Propaganda einheitlich und geschlossen wirken“. Ebd., S. 203.

<sup>5</sup> Hitler: *Mein Kampf*, S.203. - Auch für den späteren Propagandaminister Joseph Goebbels war Glaubwürdigkeit kein Kriterium für die Wirksamkeit von Propaganda. Er ging sogar noch weiter und war der Meinung, daß der Propagandist wider besseres Wissen auch unwahre Behauptungen aufstellen konnte, ohne negative Auswirkungen auf die Durchschlagskraft künftiger Propaganda-Kampagnen befürchten zu müssen, selbst wenn die Lüge später offenbar wurde. In einer programmatischen Rede anlässlich des 7. Reichsparteitags der NSDAP vor Gau- und Kreispropagandaleitern der Partei am 16.9.1935 über „Wesen, Methoden und Ziel der Propaganda“ führte Goebbels unter Bezugnahme auf die zunächst geheimgehaltene, nach Einführung der allgemeinen Wehrpflicht offen forcierte Aufrüstung aus, daß es nicht nur legitim gewesen sei, im Verborgenen zu handeln, sondern diese auch zu leugnen: „Wir durften das nicht nur nicht sagen, sondern wir mußten, wo es gesagt wurde, es abstreiten“. Den Verlust von Glaubwürdigkeit der nationalsozialistischen Propaganda befürchtete Goebbels, vermutlich angesichts der weitgehenden Akzeptanz des Vorgehens der Regierung in der Bevölkerung, nicht. Die Rede in: Helmut Heiber (Hrsg.): *Goebbels-Reden*. Bd. 1: 1932-1939. Düsseldorf 1971, S. 230-264, hier 236.

<sup>6</sup> So führte Goebbels in der bereits erwähnten Rede aus, es sei die „Aufgabe des Propagandisten“, die „Dinge [...] aus der Komplikation zu vereinfachen [...] und nicht, sie aus der Einfachheit zu komplizieren. Je einfacher und je primitiver, desto wirkungsvoller“. Heiber (Hrsg.): *Goebbels-Reden*. Bd. 1, S. 240.



lawinenartig entfesselt werden konnten.<sup>7</sup> Das bedeutet, Propagandainhalte konnten - je nach politischer Opportunität - „gemacht“ werden, wie Hitler bereits in „Mein Kampf“ feststellte: „Die Aufgabe des Propagandisten liegt nicht in einer wissenschaftlichen Ausbildung des einzelnen, sondern in einem Hinweisen der Masse auf bestimmte Tatsachen, Vorgänge, Notwendigkeiten u.s.w., deren Bedeutung dadurch erst in den Gesichtskreis der Masse gerückt werden soll“. Die „Kunst“ liege „ausschließlich darin, dies in so vorzüglicher Weise zu tun, daß eine allgemeine Überzeugung von der Wirklichkeit einer Tatsache, der Notwendigkeit eines Vorganges, der Richtigkeit von etwas Notwendigem u.s.w. entsteht“. Wirksame Propaganda sei demzufolge auf das Gefühl auszurichten „und nur sehr bedingt auf den sogenannten Verstand“. Sie habe „ihr geistiges Niveau einzustellen nach der Aufnahmefähigkeit des Beschränktesten unter denen, an die sie sich zu richten gedenkt“.<sup>8</sup>

Grundlegend für die nationalsozialistischen Propagandamethoden war die Schaffung eines Feindbildes, da durch die Ausrichtung der Propaganda auf einen, möglichst konkreten, äußeren wie inneren Feind Emotionen wie Angst, Ressentiment oder Selbstverteidigungsinstinkt im Sinne des Regimes instrumentalisiert werden konnten.<sup>9</sup> Entscheidend war dabei, den Feind zwar abstoßend zu verzerren, jedoch nicht in einer Form darzustellen, die zur Unterschätzung seiner Stärke verleitet und das beabsichtigte Gefühl der Bedrohung nicht aufkommen läßt. Keinesfalls durfte der Gegner der Lächerlichkeit preisgegeben werden, für Hitler einer der gravierenden Fehler der deutschen Kriegspropaganda: „Es war zum Beispiel grundfalsch, den Gegner lächerlich zu machen, wie dies die deutsche und österreichische Witzblattpropaganda vor allem besorgte“.<sup>10</sup>

Carl Hundhausen faßt die Methoden der nationalsozialistischen Propaganda in sieben - teilweise bereits angesprochene - „Fundamentalgrundsätzen“ zusammen. Nach Hundhausen ist für diese Propaganda kennzeichnend:

- die Ausrichtung an der Aufnahmefähigkeit des „Beschränktesten“ derjenigen, zu deren Beeinflussung sie eingesetzt wird, d.h. eine weitgehende Simplifizierung auch komplexer Sachverhalte;

---

<sup>7</sup> Selbst Themen, die fortwährend in der Propaganda Beachtung fanden, durften, wie Goebbels die Gau- und Kreispropagandaleiter der Partei in seiner Rede instruierte, nicht in den immer gleichen schrillen Tönen, mit der gleichen Intensität verfolgt werden, da sonst die Wirkung nachließ: „Wenn wir immer schreien und krakelen wollten, dann würde sich die Öffentlichkeit allmählich an dieses Geschrei gewöhnen. Nein, das muß man klug dosieren! Man muß abwarten, bis eine Gelegenheit kommt, - wenn sie aber kommt, dann muß man ein Gebrüll anstimmen, daß keiner es überhören kann“. Ebd., S. 238.

<sup>8</sup> Hitler: Mein Kampf, S. 197.

<sup>9</sup> Die Notwendigkeit des *konkreten* Feindbildes für die nationalsozialistische Propaganda betont Lindley Fraser: Propaganda. London -New York - Toronto 1957, S. 61f. [The Home University Library of Modern Knowledge; Bd. 230].

<sup>10</sup> Hitler: Mein Kampf, S. 198. Hitlers Meinung zufolge hatte sich der deutsche Soldat, nachdem er auf den Schlachtfeldern den Mut, die Entschlossenheit und die Widerstandskraft des Gegners kennengelernt hatte, von seiner Regierung getäuscht gefühlt, während die Propaganda der Alliierten, die die deutschen Gegner immer als „Barbaren und Hunnen“ dargestellt habe, bei den gegnerischen Soldaten zum einen den Haß auf den Feind gesteigert, zum anderen den Glauben an die „Richtigkeit der Behauptungen seiner Regierung“ gestärkt hätte. Ebd., S. 199.

- die grundsätzlich subjektiv-einseitige Darstellung. Selbst der Anschein von Objektivität und Ausgewogenheit wird nicht beabsichtigt;
- die Beschränkung auf eine geringe Anzahl von Themen;
- die andauernde Wiederholung der ausgewählten Themen;
- die Konzentration auf *einen* Gegner;
- die zeitweilige Ausrichtung aller Propagandaaktivitäten auf diesen einen Gegner, wobei es gilt, die gesamte Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf die mit diesem Gegner in Zusammenhang gebrachte existentielle Frage zu lenken;
- der Appell an das Gefühl bzw. den Instinkt, nicht an den Verstand.<sup>11</sup>

---

<sup>11</sup> Carl *Hundhausen*: Propaganda. Grundlagen, Prinzipien, Materialien, Quellen. Essen 1975, S. 187. - Aufgrund der zentralen Bedeutung der Propaganda im nationalsozialistischen Herrschaftssystem ist es nur zu verständlich, daß man alles daran setzte, auch den Terminus „Propaganda“ mit positivem Inhalt zu füllen, um negative Assoziationen nicht aufkommen zu lassen. Bereits 1933 wurde der Begriff für die Wirtschaftswerbung verboten. In der Pressekonferenz vom 28. Juli 1937 wurden die Journalisten darüber hinaus aufgefordert, von Propaganda ausschließlich in bezug auf nationalsozialistische Propaganda zu sprechen und ausländische Propaganda mit eindeutig pejorativen Bezeichnungen zu belegen: „Es wird gebeten, das Wort ‚Propaganda‘ nicht mißbräuchlich zu verwenden. Propaganda ist im Sinne des neuen Staates gewissermaßen ein gesetzlich geschützter Begriff geworden und soll nicht für abfällige Dinge Verwendung finden. Es gibt also keine ‚Greuelpropaganda‘, keine ‚bolschewistische Propaganda‘, sondern nur eine Greuelhetze, Greuelagitation, Greuelkampagne u.s.w. Kurzum - Propaganda nur dann, wenn für uns, Hetze, wenn gegen uns“. Zit. Schieder/Dipper: Propaganda, S. 111.

## 2. Der institutionelle Rahmen

### 2.1 Aufbau und Funktion des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda

Durch Erlaß vom 13. März 1933 wurde das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda (RMVP) gegründet für „Zwecke der Aufklärung und Propaganda unter der Bevölkerung über die Politik der Reichsregierung und den nationalen Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes“.<sup>1</sup> Nach einer Verordnung Hitlers vom 30. Juni 1933 oblagen ihm „alle Aufgaben der geistigen Einwirkung auf die Nation, der Werbung für Staat, Kultur und Wirtschaft, der Unterrichtung der in- und ausländischen Öffentlichkeit über sie und der Verwaltung aller diesen Zwecken dienenden Einrichtungen“.<sup>2</sup>

Diesem weitreichenden Arbeitsauftrag entsprechend wurden dem RMVP wichtige, bisher in anderen Ministerien ressortierende Geschäftsbereiche unterstellt. Dem Ministerium wurde die Presseabteilung der Reichsregierung angegliedert, das Reichsministerium des Inneren (RMI) hatte den Bereich „allgemeine innerpolitische [sic!] Aufklärung“ mit Kompetenzen insbesondere auf dem Gebiet der Presse, des Rundfunks, der Kunst, der Musikpflege, des Theater- sowie des Filmwesens abzutreten, und das Auswärtige Amt (AA) verlor seine Zuständigkeit für die „Aufklärung im Ausland“. Verschiedene, bisher im Auswärtigen Amt angesiedelte außenpolitische Informations- und Nachrichtendienste wurden der Kontrolle des RMVP unterstellt.<sup>3</sup> Im Gegensatz zur unangefochte-

---

<sup>1</sup> RGBl. I, 1933, S. 104. Zit. Willi A. Boelcke: *Kriegspropaganda 1939-1941. Geheime Ministerkonferenzen im Reichspropagandaministerium*. Stuttgart 1966, S. 123.

<sup>2</sup> RGBl. I, 1933, S. 449. Zit. Boelcke: *Kriegspropaganda*, S. 123. - Der mit der Übernahme des Ministeramtes betraute Goebbels, seit 1928 NSDAP-Reichsleiter für Propaganda, deutete in einer am 25. März 1933 vor den Intendanten und Direktoren der Rundfunkgesellschaften gehaltenen Rede die eigentliche Aufgabe des neu geschaffenen Ministeriums, die psychologische Vorbereitung der Bevölkerung auf den Krieg, bereits an: „Das Ministerium hat die Aufgabe, in Deutschland eine geistige *Mobilmachung* zu vollziehen. Es ist also auf dem Gebiet des Geistes dasselbe, was das Wehrministerium auf dem Gebiet der Wache ist“. Rede in Heiber (Hrsg.): *Goebbels-Reden*. Bd. 1, S. 82-107, hier S. 90. Hervorhebung T.K.

<sup>3</sup> Vgl. Peter Longerich: „Nationalsozialistische Propaganda“. In: Karl-Dietrich Bracher, Manfred Funke und Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): *Deutschland 1933-1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft*. Bonn 1992, S. 296f. [Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung; Bd. 314]. - Karl-Dietrich Abel: *Presselenkung im NS-Staat. Eine Studie zur Geschichte der Publizistik in der nationalsozialistischen Zeit*. Berlin 1968, S. 3 [Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin; Bd. 2]. - Wie Goebbels den versammelten Rundfunkintendanten in der bereits erwähnten Rede „im Vertrauen“ berichtete, lagen „die Prinzipien dieses Ministeriums bei uns schon vier, fünf Jahre im Schreibtisch“. In der Tat waren detaillierte Planungen der Gründung des Ministeriums vorangegangen, so daß der Aufbau rasch vonstatten gehen konnte. Doch auch hier pervertierten die Nationalsozialisten - wie so oft - die Überlegungen ihrer demokratischen Gegner. Bei der Gründung des Propagandaministeriums stützte sich Goebbels auf die bereits 1921 in Berlin erschienene Untersuchung Edgar Stern Rubarths „Die Propaganda als politisches Instrument“. Rubarth, der damalige Chefredakteur der „Diplomatisch-politischen Korrespondenz“ in „Wolffs Telegraphischem Bureau“, hatte in dieser Studie die Einrichtung einer „Reichspropagandastelle“, allerdings zur Verbreitung demokratisch-republikanischer Vorstellungen, angeregt und bereits Richtlinien für deren Arbeitsaufgaben und Zuständigkeitsbereiche entwickelt. Die Schrift hatte großen Einfluß auf Goebbels. Heiber: *Goebbels-Reden*. Bd. 1, S. 89. - Vgl.

nen alleinigen Zuständigkeit des Propagandaministeriums in der Innenpolitik vermochte es Goebbels jedoch nicht, die alleinige Federführung seines Ministeriums für die Propaganda im Ausland durchzusetzen. Waren es in der Anfangsphase des Regimes vor allem Parteistellen wie das „Büro Ribbentrop“ und die Auslandsorganisation der NSDAP (NSDAP-AO), die auf eigenständige Auslandspropaganda keinesfalls verzichten mochten, was zu einem andauernden Konkurrenzkampf mit dem Goebbels-Ministerium führte, so trat dieser Kompetenzstreit nach der Übernahme des auswärtigen Amtes durch Joachim von Ribbentrop, der dem RMVP allenfalls die technische Durchführung, nicht aber die inhaltliche Ausrichtung der Auslandspropaganda zu überlassen bereit war, in eine neue Phase, die bisweilen groteske Züge annahm.<sup>4</sup>

Auch in der Innenpolitik kann von einer omnipotenten Stellung des Propagandaministers Goebbels nicht die Rede sein. Gerade auf dem Gebiet der hier besonders interessierenden Pressepropaganda vermochte Goebbels seine alleinige Zuständigkeit nie durchzusetzen, da sowohl der als Staatssekretär im RMVP Goebbels nur im Ministerium formal unterstellte Otto Dietrich als auch Max Amann, der als „Reichsleiter für die Presse der NSDAP“ in der Parteihierarchie dem Reichspropagandaleiter Goebbels gleichgestellt war, über einen eigenen Machtbereich verfügten und ihren Einfluß auf die Gestaltung der Pressepropaganda auch gegen den Widerstand des Ministers zu wahren verstanden.<sup>5</sup>

Nach Goebbels eigener Ansicht sollte die personelle Ausstattung des Ministeriums die Zahl von - einschließlich der Angestellten und Arbeiter - 1.000 Mitarbeitern nicht überschreiten. Diese Größenordnung war am 1. April 1939 mit 956 Beschäftigten etwa erreicht, am 1. April 1941 mit 1.356 Beamten, Angestellten und Arbeitern bereits deutlich überschritten. Die, mit 1.902 Mitarbeitern im

---

Boelcke: Kriegspropaganda 1939-1941, S. 136f.

<sup>4</sup> Im Mai 1939 wurden Angehörigen des AA, die ihre Arbeit im Sender Charlottenburg aufnehmen wollten, von Mitarbeitern des RMVP die Telefonleitungen durchgeschnitten. Da beide Seiten ihre Ansprüche auf sich widersprechende „Führerweisungen“ stützen konnten, wurde die Kompetenzfrage nie endgültig entschieden. Peter Longerich hat diesen Konkurrenzkampf eingehend untersucht. Vgl. Longerich: Propagandisten, bes. S. 126ff. - Vgl. auch Jürgen Hagemann: Die Presselenkung im Dritten Reich. Bonn 1970, S. 26ff.

<sup>5</sup> Auch Otto Dietrich, seit 1937 Staatssekretär im RMVP, war als „Reichspresseschef der NSDAP“ Reichsleiter der Partei, darüber hinaus Vorsitzender des „Reichsverbandes der deutschen Presse“, der berufsständischen Zwangsorganisation der Journalisten. Nach Ausbruch des Krieges vermochte es Dietrich, der sich als eine Art „Presseattaché“ Hitlers meist in dessen Nähe aufhielt, seinen Einfluß durch die von ihm initiierte, in der Pressekonferenz als verbindlich ausgegebene „Tagesparole“ noch auszuweiten. Die „Presseabteilung der Reichsregierung“, zuständig für die täglich abgehaltene Pressekonferenz im RMVP, unterstand Staatssekretär Dietrich und nur mittelbar dem Minister.

Die Bedeutung Max Amanns ergab sich vor allem aus dessen maßgeblicher Stellung auf verlegerischem Gebiet. Amann war Präsident der „Reichspressekammer“ und Vorsitzender des „Reichsverbandes der deutschen Zeitungsverleger“. Als Chef des Zentralverlages der NSDAP, des „Eher-Verlags“, hatte er im Lauf der Jahre durch wirtschaftlichen und politischen Druck der Partei annähernd ein Pressemonopol gesichert. Kontrollierte die Partei im Jahr 1933 ca. 2,5% der Gesamtauflage aller deutschen Zeitungen, so waren es 1944 bereits 82,5%. - Zu den Rivalitäten zwischen Goebbels, Dietrich und Amann, Hans-Ulrich Thamer spricht von einer „Dauerfehde“, vgl. Jay W. Baird: The Mythical World of Nazi War Propaganda, 1939-1945. Minneapolis 1974, S. 28ff. und Ernest K. Bramsted: Goebbels und die nationalsozialistische Propaganda 1925-1945. Frankfurt/M. 1971, S. 167ff. - Thamer: Verführung und Gewalt, S. 430. - Die „Einflußsphären“ detailliert bei Abel: Presselenkung, S. 3ff. und - mit stärkerer Ausrichtung auf die Person des Propagandaministers - Ralf Georg Reuth: Goebbels. 2. Auflage. München 1990, S. 275f. sowie S. 427f.

Jahr 1941, annähernde Verdoppelung des Vorkriegsstandes macht zum einen die zunehmende Bedeutung der Propaganda im Krieg wie auch Goebbels Manie, alle Lebensbereiche mit einem immer weiter ausgreifenden Propagandaapparat zu erfassen, überdeutlich.<sup>6</sup>

## 2.2 Methoden der Presselenkung

Die wichtigste gesetzliche Neuerung zur Knebelung der vormals freien Presse stellte das am 4. Oktober 1933 vom Kabinett beschlossene „Schriftleitergesetz“ dar. Das Gesetz entband die Journalisten von der inhaltlichen Einflußmöglichkeit der Verleger auf deren Arbeit, schuf jedoch durch die weitreichenden staatlichen Weisungsbefugnisse die Grundlage für die Gleichschaltung der Presse im nationalsozialistischen Geist. In § 1 des Gesetzes wurde die Tätigkeit als Schriftleiter zur öffentlichen Aufgabe erklärt und im offiziellen Kommentar die Journalisten als „staatliche[s] Organ, das dazu berufen ist, eine der wichtigsten Aufgaben des Staates zu erfüllen“, somit als Sachwalter der nationalsozialistischen Staatsidee, deklariert.<sup>7</sup>

Die Zugangsbedingungen zum Journalismus wie auch die Ausschlußbestimmungen wurden erstmals gesetzlich festgeschrieben. Schriftleiter durfte fortan nur werden, wer mindestens 21 Jahre alt, „arischer Abstammung“ und nicht „jüdisch verheiratet“ war. In § 35 wurde die alleinige Zuständigkeit des Propagandaministers für die Verhängung von Berufsverboten festgestellt, wobei, wie aus der offiziellen Erläuterung zu dem Paragraphen hervorgeht, Willkürmaßnahmen Tür und Tor geöffnet wurden: „Die Entscheidung über die Untersagung der Berufsausübung hat nach dem freien, wenn auch pflichtmäßigen Ermessen des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda zu erfolgen. Sie kann von keiner Stelle auf ihre Rechtswirksamkeit hin nachgeprüft werden“.<sup>8</sup>

Anders als auf dem Gebiet des Rundfunks, wo bis zum Frühjahr 1934 alle Kompetenzen der Länder auf das Reich übertragen und die bislang unabhängigen Landessender und regionalen Rundfunkanstalten als „Reichssender“ zu bloßen Filialen der „Reichsrundfunkgesellschaft“ abgestuft wurden, und trotz der unmittelbar nach der „Machtergreifung“ einsetzenden Enteignung der Links-

---

<sup>6</sup> Zahlen nach Boelcke: Kriegspropaganda 1939-1941, S. 120. Neben dem Ministerium existierten als Verwaltungs- und Durchführungsorgane in Form nachgeordneter Reichsbehörden ca. 40 Reichspropagandaämter in den verschiedenen Reichsgauen, vgl. Abel: Presselenkung, S. 4.

<sup>7</sup> Zit. Sywottek: Mobilmachung, S. 28. - Zum Schriftleitergesetz vgl. Abel: Presselenkung, S. 29ff. sowie Norbert *Frei* und Johannes *Schmitz*: Journalismus im Dritten Reich. München 1989, S. 27f. [Beck'sche Reihe; Bd. 376].

<sup>8</sup> Zit. Abel: Presselenkung, S. 36. - Infolge des Gesetzes verloren etwa 1.300, meist jüdische oder „marxistische“ Journalisten ihre Anstellung, vgl. Longerich: Nationalsozialistische Propaganda, S. 297. - Im Mai 1938 wurde in der „3. Verordnung zur Durchführung des Schriftleitergesetzes“ offiziell bestimmt, daß vor der Eintragung in die Berufsliste beim zuständigen Gauleiter Erkundigungen über die politische „Eignung“ des Bewerbers einzuholen seien, es sei - so der Wortlaut - zu prüfen, „ob der Antragsteller politisch zuverlässig ist“. RGBl. I, 1938, S. 613. Zit. Abel: Presselenkung, S. 32.

Presse blieb die Vielfalt des Zeitungswesens im Dritten Reich nach außen hin erhalten.<sup>9</sup> Den Lesern und Leserinnen sollte auch weiterhin ein buntes Bild suggeriert werden, das die bald bis ins Detail gehende Nachrichtenlenkung, die „systematisierte Manipulation“,<sup>10</sup> die eine Vorzensur oder Zeitungsverbote für die nationalsozialistischen Machthaber weitgehend entbehrlich machte, kaschierte. Das wichtigste Instrument der Presselenkung war die, seit Juli 1933 täglich um die Mittagszeit im Propagandaministerium stattfindende Pressekonferenz. Sowohl Form als auch Inhalt und Zielsetzung dieser bereits aus der Weimarer Republik als eigenständige Veranstaltung der Journalisten bekannten Einrichtung wurde im Dritten Reich im Sinne der nationalsozialistischen Gleichschaltung der Presse geändert. Die Pressekonferenz wurde zur zentralen Befehlsausgabe des Regimes. Die neue Funktion der Pressekonferenz und die neue Marschrichtung für die Presse machte Goebbels selbst in einer Rede am 15. März 1933 den Berliner Vertretern der deutschen Zeitungen deutlich. Goebbels, der sich selbst als einen „Pressemann“ bezeichnete und die „sehr wichtige Rolle der Presse“ hervorhob,<sup>11</sup> machte den Journalisten deutlich, daß das Regime keinen Widerspruch von seiten der Zeitungen dulden werde. Die Presse dürfe zwar einzelne Maßnahmen der Regierung kritisieren, müsse jedoch alles unterlassen, was geeignet sei, die neuen Machthaber in Mißkredit zu bringen. Die Hauptaufgabe der Presse sei fortan, die Einstellung der Bevölkerung zu beeinflussen, d.h. Indoktrination sollte Information ersetzen: „Sie müssen nicht nur dafür sorgen, daß die Maßnahmen der Regierung dem Volke mitgeteilt werden, denn dazu hat die Regierung tausend andere Mittel, sondern müssen es als Ihre Aufgabe betrachten, die Maßnahmen der Regierung im Volke verständlich zu machen. [...] Selbstverständlich sollen Sie hier Informationen bekommen, aber auch Instruktionen. Sie sollen nicht nur wissen, was geschieht, sondern sollen auch wissen, wie

---

<sup>9</sup> Im Frühjahr und Frühsommer 1933 wurden 150 kommunistische und sozialdemokratische Zeitungen verboten, die Druckereien und Verlagsbetriebe an die NS-Gaupresse unter Wert verkauft. Bürgerliche Zeitungen wurden nur in Ausnahmefällen verboten - so etwa die „Vossische Zeitung“ und das „Berliner Tageblatt“, beide bedeutende und angesehene liberal-demokratische Presseorgane der Weimarer Republik -, doch brachte ein staatlich gelenkter Konzentrationsprozeß bis 1939 43,5% der Zeitungsgesamtauflage unter die Regie des von Amann geführten Eher-Verlags. Dieser Monopolisierung fiel am 19. April 1939 auch die „Frankfurter Zeitung“ zum Opfer, die für 2,95 Millionen Reichsmark, eine Summe, die etwa dem Reingewinn der Zeitung in einem Vierteljahr entsprach, von der Eher-Tochtergesellschaft Herold-Verlagsanstalt GmbH übernommen wurde. Der Zwangsverkauf der Zeitung kam einer Enteignung gleich, zeigte aber kaum Auswirkungen auf die Berichterstattung des Blattes, das aufgrund seines hohen Ansehens als Aushängeschild des Regimes gegenüber dem Ausland bis 1943 weiterbestand. - Zur Gleichschaltung der Presse nach der „Machtergreifung“ vgl. Kurt Koszyk: Deutsche Presse 1914-1945. Geschichte der deutschen Presse. Teil III. Berlin 1972, S. 354ff. [Abhandlungen und Materialien zur Publizistik. Hrsg. v. Fritz Eberhart; Bd. 7] und Frei/Schmitz: Journalismus, S. 22ff. - Zur „Frankfurter Zeitung“ vgl. Günther Gillissen: Auf verlorenem Posten. Die Frankfurter Zeitung im Dritten Reich. Berlin 1986, bes. S. 389ff.

<sup>10</sup> Thamer: Verführung und Gewalt, S. 434.

<sup>11</sup> Dies war pure Schmeichelei. Zehn Tage später, in seiner vor den Rundfunkvertretern gehaltenen Rede, war Goebbels der Meinung, daß - man solle dies jedoch „nicht laut sagen“ - der „Rundfunk auf die Dauer die Zeitung verdrängen wird“. Er halte den Rundfunk „für das allermodernste und für das allerwichtigste Massenbeeinflussungsinstrument, das es überhaupt gibt“. Heiber: Goebbels-Reden. Bd. 1, S. 91.

die Regierung darüber denkt und wie Sie das am zweckmäßigsten dem Volke klar machen können“.<sup>12</sup>

Der Zugang zur täglichen Pressekonferenz war streng reglementiert,<sup>13</sup> Mitschriften waren zwar gestattet, mußten jedoch nach Verwendung innerhalb einer festgelegten Frist vernichtet werden. Annähernd die Hälfte der täglich an die Zeitungen ergehenden Anweisungen bestand aus Schweigeboten. In wichtigen Fragen wurden den Journalisten vorformulierte Kommentare ausgehändigt, die von kleineren Zeitungen im Wortlaut wiedergegeben und von sogenannten „kommentierfähigen“ Zeitungen, zu denen die „Frankfurter Zeitung“ und der „Völkische Beobachter“ zählten, als Vorlage und Richtschnur für ihre eigenen Kommentare herangezogen werden mußten.<sup>14</sup> Die Folge dieses Vorgehens war eine, bald auch von Goebbels monierte Uniformität des Erscheinungsbildes und der Berichterstattung der Zeitungen, der man durch noch detailliertere Vorgaben entgegenzusteuern versuchte. Jutta Sywottek spricht davon, daß in der Pressekonferenz „Artikel wie Rollen verteilt“ wurden, um „bei gleichzeitiger politischer und weltanschaulicher Geschlossenheit“ die Eigenständigkeit der Zeitungen durch Unterschiede in der Themenwahl vorzutäuschen und somit den Eindruck einer längst nicht mehr gegebenen Meinungsvielfalt entstehen zu lassen.<sup>15</sup>

---

<sup>12</sup> Zit. Hans *Bohrmann* (Hrsg.): NS-Pressenanweisungen der Vorkriegszeit. Edition und Dokumentation. Bearbeitet von Gabriele *Toepser-Ziegert*. Bd. 1: 1933. München u.a. 1985, S. 31. - Zu Goebbels Auftreten vor der Pressekonferenz vgl. Richard *Taylor*: „Goebbels and the Function of Propaganda“. In: David *Welch* (Hrsg.): Nazi Propaganda. The Power and the Limitations. London u.a. 1983, S. 37.

<sup>13</sup> Ein undatiertes, jedoch zwischen Sommer 1940 und Oktober 1943 angefertigtes Verzeichnis der akkreditierten Journalisten führt 90 Vertreter von 239 benannten Zeitungen auf. Hagemann: Presselenkung, S. 35. - Die wichtigsten Anweisungen der Pressekonferenz wurden bereits ab 1933 als sogenannte „Vertrauliche Informationen“ über die Gau-Propagandaämter vor allem den Zeitungen zugeleitet, die nicht durch eigene Mitarbeiter vertreten waren. Bramstedt: Goebbels, S. 150. - Zum Ablauf der Pressekonferenz vgl. Boelcke: Kriegspropaganda 1939-1941, S. 147ff.

<sup>14</sup> Sywottek: Mobilmachung, S. 28. - Eine bedeutende Rolle bei der Lenkung der Presse kam dem, 1933 aus einer Zwangsfusion der „Telegraphen-Union“ und „Wolffs Telegraphischem Bureau“ hervorgegangenen „Deutschen Nachrichtenbüro“ (DNB) zu, für das sich bald im Volksmund die Bezeichnung „Darf nichts bringen“ einbürgerte. Das Propagandaministerium zeigte sich ängstlich bemüht, die enge Verflechtung des Regimes mit der neuen Nachrichtenagentur zu kaschieren und ihm den Anschein eines privatwirtschaftlichen Unternehmens zu verleihen. Seit 1933 lag mehr als die Hälfte der Stammanteile in den Händen der „Cautio GmbH“, einer reichseigenen Kapitalgesellschaft, die 1938 das DNB gänzlich übernahm. Noch 1941 lehnte das RMVP die Aufnahme von Beamten oder Ministern in den Aufsichtsrat der Gesellschaft ab.

Eilige Sonderweisungen und aktuelle Ergänzungen zur Pressekonferenz gingen, soweit keine Sonderpressekonferenz angesetzt wurde, als „DNB-Rundrufe“ den Zeitungen zu. Die Rundrufe des DNB waren zwar nicht so verbindlich wie die in der Pressekonferenz gegebenen Anweisungen, galten eher als Richtlinie und enthielten auch häufig vorformulierte, je nach Zeitung auch zur Bearbeitung freigegebene Kommentare, doch fungierte die Agentur als eine Art Filter, da alle wichtigen Meldungen bei den Zeitungen über DNB einliefen und in Krisenzeiten die Redaktionen häufig angewiesen wurden, DNB-Artikel im Wortlaut zu übernehmen. Vgl. Boelcke: Kriegspropaganda 1939-1941, S. 150f. - Abel: Presselenkung, S. 49ff. - Hagemann: Presselenkung, S. 39.

<sup>15</sup> Ebd., S. 29. - Dem gleichen Zweck diente auch die 1937 eingeführte, von den Journalisten „Nachbörse“ genannte „Glossenkonferenz“, in der einem handverlesenen Kreis von Journalisten, in der Regel den Vertretern der „kommentierfähigen“ Zeitungen, von dem Vorsitzenden der Pressekonferenz zum einen die derzeit geltenden politischen Richtlinien in einem breiteren Rahmen dargeboten und Hintergrundinformationen weitergegeben, zum anderen Anweisungen für Kommentare und Leitartikel erteilt wurden. Vorsitzender der Pressekonferenz war der Leiter der Abteilung „Deutsche Presse“ im RMVP. In den Jahren 1935 bis 1938 war dies Alfred Ingemar Berndt, ein fanatischer Nationalsozialist mit herrischen Umgangsformen, dem der moderatere Hans Fritzsche nachfolgte. Fritzsche bekleidete diese Stellung bis November 1942 und übernahm dann die Leitung der Rundfunkabteilung im Propagandaministerium. Vgl. Bramstedt: Goebbels, S. 151ff. und

Im Vorfeld des Krieges erfolgte ein weiterer Schritt zur Vereinheitlichung der Nachrichtenlenkung. Hitler verfügte am 16. Februar 1939, daß zur Veröffentlichung amtlicher Nachrichten und offizieller Kommentare ausschließlich die „Presseabteilung der Reichsregierung“ befugt sei. Die Presseabteilung war sowohl für den Zeitpunkt der Veröffentlichung als auch für die einheitliche Ausrichtung der Propaganda fortan allein verantwortlich. Einzelne Ministerien durften sich nicht mehr direkt an die Presse wenden, sondern mußten eigene Pressemitteilungen über ihre Sprecher dem Leiter der Pressekonferenz vorlegen, der über die Weitergabe entschied. Journalisten benötigten die Erlaubnis der Presseabteilung, um bei den Ministerien Erkundigungen einzuholen.<sup>16</sup>

Trotz dieser Bündelung wäre es verfehlt, von einer einheitlichen Pressepolitik des Regimes auszugehen. Gerade zu Beginn des Krieges trat der Machtkampf zwischen Goebbels und Dietrich in eine neue Phase, und in der Presseabteilung herrschte eine „Arbeitssituation der permanenten Unklarheit“<sup>17</sup> darüber, wer von beiden jeweils befugt war, verbindliche Weisungen zu erlassen. Mit Beginn des Krieges fanden im Propagandaministerium täglich Ministerkonferenzen statt, in deren Verlauf Goebbels die derzeit geltenden Propagandarichtlinien und Themenschwerpunkte festlegte.<sup>18</sup> Otto Dietrich, der - wie erwähnt - zur persönlichen Entourage Hitlers gehörte, sich im Krieg meist im „Führerhauptquartier“ aufhielt und in bezug auf die Pressepolitik einen gewissen Einfluß auf Hitler ausübte, führte seinerseits die „Tagesparole des Reichspressechefs“ ein, die ab 1940 für alle Zeitungen verbindlich war. Die telefonisch nach Berlin weitergegebene „Tagesparole“ stand häufig in Widerspruch zu den Weisungen der Ministerkonferenz, und die Abstimmung der unterschiedlichen Richtlinien für die Pressekonferenz erwies sich für die Mitarbeiter der Presseabteilung oftmals

---

Hagemann: Presselenkung, S. 36.

<sup>16</sup> Vgl. Boelcke: Kriegspropaganda 1939-1941, S. 114 und Sywottek: Mobilmachung, S. 29. - Trotz der Verfügung Hitlers vermochte das Propagandaministerium dennoch nicht, seine Monopolstellung bei der Nachrichtenvergabe und Presselenkung durchzusetzen. Das Auswärtige Amt unterhielt weiterhin eigene, von Goebbels und Dietrich erfolglos bekämpfte Pressekonferenzen für die Korrespondenten ausländischer Zeitungen, die täglich um 13 Uhr im Auswärtigen Amt stattfanden. Darüber hinaus existierte eine „Mittwochsrunde“ im Auslandspresseclub des AA unter dem Vorsitz des Referatsleiters „Deutsche Presse“, Günter Lohse, an der die Vertreter der auch im Ausland verbreiteten deutschen Zeitungen teilnahmen. Sinn dieser Veranstaltung war es, den eigenen Einfluß auf die Presse neben dem Propagandaministerium aufrechtzuerhalten und gegebenenfalls die Wirkung einer etwas abseits der offiziellen Linie liegenden Berichterstattung im Ausland zu testen. Vgl. Abel: Presselenkung, S. 47f. und Longerich: Propagandisten, S. 314ff.

<sup>17</sup> Abel: Presselenkung, S. 69.

<sup>18</sup> Goebbels erhielt jeden Morgen eine durch seinen persönlichen Pressereferenten zusammengestellte, 40 bis 50 Seiten umfassende Auswahl in- und ausländischer Zeitungsberichte und Rundfunksendungen. Die Rundfunksendungen des Auslandes wurden von dem „Seehausdienst“ ausgewertet und dem Minister zur Kenntnis gebracht. Anschließend hörte Goebbels den Bericht eines Verbindungsoffiziers des OKW über die militärische Lage. Um 11 Uhr begann die Ministerkonferenz. Anwesend waren die Abteilungsleiter des RMVP, Mitarbeiter der Reichspropagandaleitung des NSDAP, Vertreter anderer Ministerien und des OKW sowie ausgewählte Journalisten, meist Agentur-Journalisten. Die Weisungen dieser Minister-„Konferenz“ - in der Tat war es ein Appell mit Goebbels' persönlicher Befehlsausgabe - der ersten Kriegsjahre in Boelcke: Kriegspropaganda 1939-1941. - Vgl. auch Abel: Presselenkung, S. 39f. und Bramsted: Goebbels, S. 153.



als heikle Aufgabe. Es kam nicht selten vor, daß Goebbels' Anordnungen nicht in vollem Umfang Folge geleistet, seine Weisungen verwässert wurden.<sup>19</sup>

Die geschilderten Abstimmungsprobleme und Kompetenzstreitigkeiten, das auch in diesem Bereich zu beobachtende „Ämterchaos“ hatten jedoch kaum Auswirkungen auf die einheitliche Ausrichtung der Pressepropaganda. Die im Verlauf der Pressekonferenz den Journalisten zur Auflage gemachte Vorgehensweise, die Themenvorgabe und Nachrichtengestaltung wurden aufgrund der vielfältigen Sanktionsmöglichkeiten<sup>20</sup> von der Presse in einem Maße beachtet, daß bis zum Ende des Regimes eine Vorzensur nicht eingeführt wurde.<sup>21</sup>

---

<sup>19</sup> Vgl. Abel: Presselenkung, S. 42ff. - Zu Versuchen Ribbentrops und des Auswärtigen Amtes, auf den Inhalt der „Tagesparole“ einzuwirken vgl. Longerich: Propagandisten, S. 311ff. - Hitler selbst hat nachweislich auf die Themen der Pressekampagnen Einfluß genommen, gelegentlich auch Sprachregelungen getroffen. Die Weitergabe der Befehle Hitlers nach Berlin erfolgte in diesen Fällen über Dietrich, dessen Weisungen dadurch besonderes Gewicht verliehen wurde. Auch Goebbels war um ständigen Kontakt zu Hitler bemüht und unterhielt im Krieg direkte Telefonverbindungen ins „Führerhauptquartier“; er vermochte es jedoch nicht, den Einfluß Dietrichs auf die Gestaltung der Pressepropaganda einzudämmen.

<sup>20</sup> Der „Strafenkatalog“ reichte von - im Schriftleitergesetz festgelegten - beruflichen Disziplinierungsmaßnahmen (unter Umständen dem Berufsverbot) bis hin zu strafrechtlichen Konsequenzen für die Journalisten. Die einzelnen Zeitungen wurden bei Verstößen gegen die Anordnungen auf der Pressekonferenz getadelt oder abgemahnt und hatten immer ein Verbot zu vergegenwärtigen. Vgl. Longerich: Nationalsozialistische Propaganda, S. 298. - Vgl. die tabellarische Übersicht der Anzahl von Ermahnungen, Verwarnungen und öffentlicher Kritik für die einzelnen Zeitungen bei Koszyk: Deutsche Presse, S. 375. Die „Frankfurter Zeitung“ wurde im Jahr 1938 elfmal, 1939 neunmal öffentlich getadelt. Auch der „Völkische Beobachter“, immerhin das Zentralorgan der Partei, erhielt 1938 acht, 1939 neun Ermahnungen. Das meist kritisierte Blatt in dem genannten Zeitraum war die katholische „Deutsche Allgemeine Zeitung“ mit dreizehn und zwanzig, 1940 gar 37 Verwarnungen.

<sup>21</sup> Eine Ausnahme bildeten im Krieg Berichte militärischen oder wehrwirtschaftlichen Inhalts. In diesen Fällen mußten die Manuskripte der im Propagandaministerium angesiedelten, aus dorthin abgestellten Zensuroffizieren des OKW, der Wehrmachtsteile und der Armeeoberkommandos bestehenden militärischen Zensur vorgelegt werden. Vgl. Boelcke: Kriegspropaganda 1939-1941, S. 132f.

### 3. Die deutsch-polnischen Beziehungen in der deutschen Presse und Publizistik

#### 3.1 Die Ausgangslage

Die „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 und die Bildung der aus NSDAP- und DNVP-Ministern bestehenden „Nationalen Regierung“ ließ für die Folgezeit eher auf eine Verstärkung als auf eine Milderung der Revisionspropaganda gegenüber Polen schließen, war doch der Kampf gegen das „Versailler Diktat“ seit Bestehen der NSDAP einer der Kernpunkte des nationalsozialistischen Programms gewesen. Die bisherige Berichterstattung über Polen in der nationalsozialistischen Presse war betont kämpferisch,<sup>1</sup> und dies sollte sich in den Folgemonaten zunächst noch steigern. Die Revision der Grenzen im Osten war jedoch eine Forderung, die bis weit in das bürgerliche Lager Anklang fand. Die gegen Ende der Weimarer Republik liberal-konservativ ausgerichtete „Frankfurter Zeitung“, deren Redakteure nach der „Machtergreifung“ zunächst eine Übersiedlung des Blattes in die Schweiz erwogen hatten, veranstaltete Mitte Februar 1933 eine Redaktionskonferenz, um über die zukünftige Haltung der Zeitung angesichts der geänderten politischen Rahmenbedingungen zu beraten. In der Debatte wurde bekräftigt, daß die Revision der Ostgrenzen weiterhin ein Anliegen der Redaktion bleibe und gerade diese partielle Übereinstimmung und das Gewicht der „Frankfurter Zeitung“ im Ausland eine gewisse Gewähr dafür biete, daß die neuen Machthaber das Blatt zumindest nicht einstellen würden. Benno Reifenberg, der vormalige Pariser Korrespondent und von 1934 bis 1938 Vorsitzender der Redaktionskonferenz, führte aus, daß bei aller Verschiedenheit der Anschauungen die „Korridorfrage“ die „Stelle [sei], wo wir mit der Regierung Tuchfühlung hätten“.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Am 27. Januar 1933, drei Tage vor der „Machtergreifung“, hatte der „Völkische Beobachter“ unter der Überschrift „Polen bekennt seine Raubabsichten“ von vermeintlichen „Überfallplänen“ Polens auf Danzig berichtet, in polnischen Militärkreisen würden „Handstreichpläne gegen Danzig“ erarbeitet, die bei einer nationalsozialistischen Machtübernahme in Danzig oder im Reich in die Tat umgesetzt werden sollten. *Völkischer Beobachter (VB)*, 27.01.1933, Beiblatt „Münchener Beobachter“. - Die wichtigsten Informationen zu Entstehung und Entwicklung des nationalsozialistischen Zentralorgan sowie der personellen Zusammensetzung der verschiedenen Redaktions- und Führungsstäbe bei Sonja Noller: „Der Völkische Beobachter“. In: *Dies.* und Hildegard von Kotze (Hrsg.): *Facsimile Querschnitt durch den Völkischen Beobachter*. München - Bern - Wien 1967, S. 4-13 [Facsimile Querschnitte durch alte Zeitungen und Zeitschriften; Bd. 9].

<sup>2</sup> Protokoll der Redaktionssitzung, zit. nach Gillissen: *Auf verlorenem Posten*, S. 98. Reifenberg wertete diese Gemeinsamkeit als Chance, die Stellung der „Frankfurter Zeitung“ zu halten. Die Redaktion befürchtete allerdings, daß Hitler in dieser Frage allzu ungestüm vorgehen und „in Kürze einer ihm sehr unangenehmen Entente sich gegenüber sehen“ werde. Die „Frankfurter Zeitung“ werde demgegenüber wie bisher auf die Unhaltbarkeit der Grenzziehung hinzuweisen haben, um im Ausland Verständnis für die deutsche Position zu wecken. Entscheidend war für die Redaktion, daß eine Änderung der Grenzen nur gewaltlos vonstatten gehen dürfe. Vgl. ebd., S. 95f., Zit. S. 96.

Die Redaktion der Frankfurter Zeitung war kollegial verfaßt, bindende Beschlüsse hatten einstimmig zu erfolgen; der Vorsitzende der Konferenz übte lediglich eine Art *Primus inter pares*-Funktion aus. 1934 mußte Ludwig Simon, der bisherige Leiter der Redaktionskonferenz, ein Enkel des Zeitunggründers Leopold Sonnemann, infolge der antijüdischen Bestimmungen des „Schriftleitergesetzes“ aus der Redaktion ausscheiden. Der Berliner Vertreter der Zeitung, Rudolf Kircher, firmierte in der Folgezeit nominell als „Hauptschriftleiter“ des Blattes.

Eine kurze Schilderung der Berichterstattung - vor allem des „Völkischen Beobachters“ - über Polen nach der „Machtergreifung“ verdeutlicht die Ende 1933 zu beobachtende radikale Kehrtwendung in der Pressepolitik gegenüber dem östlichen Nachbarstaat. Zunächst dominierten deutlich antipolnische, gelegentlich mit martialischen Untertönen versehene Berichte in der Tradition der bekannten „Danzig“- und „Korridor“-Propaganda. Den Aufenthalt einer Danziger Fliegerstaffel in verschiedenen Städten des Reiches nutzte der „Völkische Beobachter“ zu einem Bekenntnis der Verbundenheit des neuen nationalsozialistischen Deutschlands mit der unter Völkerbundsmandat stehenden Stadt. Die Losung des „Werbeflug[es]“ der Staffel „Danzig bleibt deutsch, heim ins Reich“ sei, so der Bericht, *„eine Sache des ganzen Reichsvolkes“*, darum müsse der „Ruf [...] ein Echo finden in allen deutschen Gauen von der Weichsel bis zum Rhein“.<sup>3</sup> Trotz dieser Meldungen, die sich noch um weitere, auch an exponierterer Stelle, d.h. auf den vorderen Seiten des Reichsteils der Zeitung veröffentlichte Berichte ergänzen ließen, wäre es verfehlt, von einer zielgerichteten Revisionspropaganda der neuen Machthaber zu Beginn des Regimes auszugehen. Ein Beleg für die gerade gegenüber Polen noch unentschlossene Haltung Hitlers ist die Reaktion auf die Veröffentlichung des Interviews, das der Vertreter der britischen „Daily Mail“, Oberst Etherton, am 6. Februar 1933 mit dem neuen Reichskanzler geführt hatte. Hitler hatte in diesem Gespräch scharfe Revisionsforderungen erhoben, die der Londoner „Sunday Express“ am 12. Februar verbreitete und die auch in Polen sorgsam registriert wurden.<sup>4</sup> Bereits am Tag nach Erscheinen des Artikels erging über die Agentur Wolff ein Dementi, das am 14. Februar auf der Titelseite des „Völkischen Beobachters“ unter der Überschrift „Das hat Hitler gesagt“ wiedergegeben wurde, eine Fülle von unverbindlichen Gemeinplätzen enthielt und durch den Verzicht auf materielle Forderungen einem Rückzug Hitlers gleichkam.<sup>5</sup>

---

<sup>3</sup> VB, 08.02.1933, Beiblatt „Münchener Beobachter“. - Die Verabschiedung der Staffel durch den „Völkischen Beobachter“ enthielt eine unschwer zu erkennende Drohung an Polen, spielte an auf die bisher schwersten Auseinandersetzungen zwischen beiden Völkern im Verlauf der schlesischen Aufstände. Die Danziger Flieger, so der VB, sollten die Gewißheit mit nach Hause nehmen, daß man in Deutschland *„nicht nur ein Herz habe[.] für ihre nationale Bedrängnis, sondern auch eine Faust, die hilfsbereit ist, wenn es not tut, so wie sie hilfsbereit war den Oberschlesiern bei Annaberg“*. VB, 14.02.1933, Beiblatt „Münchener Beobachter“. - Hervorhebungen innerhalb der Zitate entstammen in der vorliegenden Arbeit, soweit nicht anders gekennzeichnet, dem Original und werden - auch wenn dies in der Quelle durch Sperrschrift oder Fettdruck erfolgt ist - ausschließlich durch Kursivschrift wiedergegeben.

<sup>4</sup> Den Auswirkungen des Interviews in Polen widmet sich Marian Wojciechowski. Nach Wojciechowski ist die Rede des Außenministers Beck vor dem außenpolitischen Ausschuß des Sejm am 15. Februar 1933 vor allem als Antwort auf Hitlers Forderungen zu verstehen. Beck führte aus, das Verhältnis Polens „zu Deutschland und seinen Angelegenheiten wird genau so sein wie das Verhältnis Deutschlands zu Polen. In der Praxis hängt daher auf diesem Gebiet mehr von Berlin als von Warschau ab“. Dies konnte von Berlin als Warnung wie auch als Zeichen für die Bereitschaft Polens, das polnisch-deutsche Verhältnis zu verbessern, gedeutet werden. Vgl. Wojciechowski: Beziehungen, S. 8f., Zit. S. 9.

<sup>5</sup> In der Gegendarstellung hieß es, das Interview sei im „Sunday Express“ in „völlig entstellter Form“ wiedergegeben worden. In bezug auf den Versailler Vertrag habe Hitler lediglich die Meinung vertreten, die dort vorgenommene Einteilung der Welt in Sieger und Besiegte untergrabe „das Vertrauen der Völker untereinander“, die nationalsozialistische Regierung werde sich wie jede deutsche Regierung bisher dafür einsetzen, „daß das in diesem Vertrage niedergelegte Unrecht wieder gutgemacht wird“. Hinsichtlich des „Korridors“ habe Hitler nur festgestellt, daß „hier ein ganz besonders großes Unrecht der deutschen Nation zugefügt worden sei“. VB, 14.02.1933: „Das hat Hitler gesagt“, Titelseite.

Der erste ernsthafte Konflikt zwischen Polen und Danzig nach der Machtübernahme Hitlers im Reich, die vertragswidrige Verstärkung der polnischen Garnison auf der Westerplatte am 6. März 1933, sorgte dafür, daß das Thema Polen sowohl im „Völkischen Beobachter“ als auch in der „Frankfurter Zeitung“ auf den Titelseiten Berücksichtigung fand. Die Berichterstattung in beiden Blättern läßt jedoch deutliche Unterschiede erkennen. Während im „Völkischen Beobachter“ die Tendenz deutlich wird, dem Vorkommnis eine große Bedeutung beizumessen<sup>6</sup> und es als ersten zwischenstaatlichen, d.h. *deutsch-polnischen* Konflikt zu bewerten,<sup>7</sup> der den Expansionsdrang Polens erneut unter Beweis stelle,<sup>8</sup> war die „Frankfurter Zeitung“ um eine moderatere, ruhigere Berichterstattung bemüht, obwohl auch sie keinen Zweifel daran ließ, daß es sich hier um ein rechtswidriges Vorgehen des polnischen Staates handelte, dem entgegenzutreten aber Sache der Danziger Politik sei. Erst am 12. März 1933, eine Woche nach dem Ereignis, schenkte die „Frankfurter Zeitung“ dem Vorfall in einem ausführlichen Artikel Beachtung. Der Konflikt zwischen „Danzig und Polen“, wie es ausdrücklich hieß, spiegele das „*Bestreben Polens* [wider], seine Machtpositionen in Danzig über die vertraglich zugesicherten Rechte hinaus zu erweitern“. Der eigentliche Kern der Auseinandersetzung sei der Unwille des Danziger Senats, die dem „Gemischten Hafenausschuß“ unterstehende, aber nur aus Danziger Bürgern deutscher Abstammung zusammengesetzte Hafenpolizei durch eine polnische Polizeitruppe zu ergänzen. Die Verstärkung der polnischen Garnison sei eine bloße Drohgebärde in diesem Konflikt, ziele nicht gegen die Interessen des Reiches.<sup>9</sup>

---

<sup>6</sup> Unter der Überschrift „Frecher polnischer Vorstoß gegen Danzig“ wurde am 7. März erstmals über das Ereignis berichtet. Die Verstärkung der Garnison wurde als „Action directe gegenüber Danzig“ bezeichnet, „wie sie schwerer kaum gedacht werden kann“. VB, 07.03.1933, Beiblatt „Münchener Beobachter“. Sowohl der „Völkische Beobachter“ als auch die „Frankfurter Zeitung“ standen in den Tagen nach dem 5. März 1933 deutlich im Zeichen der letzten, halbwegs freien Reichstagswahlen. Die Dokumentation der Wahl dominierte die vorderen Seiten beider Zeitungen, die Platzierung der Meldung im Beiblatt ergibt sich sicherlich nur aus diesem Umstand.

<sup>7</sup> VB, 09.03.1933: „Polen fordert auch Deutschland heraus“, Titelseite.

<sup>8</sup> Am 15. März wurde im „Völkischen Beobachter“ das Verhalten des „ewig vertragsbrüchige[n] Polen[s]“ angeprangert und dieses als „östliche[r] Raubstaat“ bezeichnet, der in Genf eine „katastrophale Abfuhr“ hätte hinnehmen müssen. Der Grund für die diplomatische und politische Niederlage Polens in Genf sei jedoch nicht im festen Auftreten der Westmächte zu suchen, sondern einzig und allein auf die „Vollendung der nationalen Revolution in Deutschland“ zurückzuführen. VB, 15. März 1933: „Der Anschlag auf Danzig vereitelt“, Titelseite.

<sup>9</sup> „Frankfurter Zeitung“ (FZ), 12.03.1933, S.3. Das Bemühen der „Frankfurter Zeitung“, den Konflikt als vornehmlich Danzig-polnische Auseinandersetzung darzustellen, ist überdeutlich, die Analyse greift jedoch sicherlich zu kurz. Die Verstärkung der polnischen Garnison war ohne Zweifel ein Warnsignal Polens an die Adresse Berlins, war ein unmißverständlicher Hinweis, daß Warschau eine Schmälerung der polnischen Rechte in Danzig auch nach der nationalsozialistischen Machtergreifung im Reich und - wie zu vermuten stand - ebenfalls in Danzig nicht hinnehmen werde. Gerhard L. Weinberg deutet das Vorgehen Polens als Antwort Polens auf Hitlers Interview im „Sunday Express“. Vgl. Weinberg: *Diplomatic Revolution*, S. 59f.

Die dritte Seite der FZ war die sogenannte „redaktionelle Seite“, auf der Leitartikel, Glossen, analytische Artikel abgedruckt wurden und zu der, wie Gillissen schreibt, „Material aus der Gerüchteküche des Regimes nicht zugelassen wurde“. Die hier plazierten Beiträge gaben auch später die tatsächliche Meinung der Redaktion noch am ehesten wieder. Gillissen: *Auf verlorenem Posten*, S. 409.

Die Haltung der „Frankfurter Zeitung“, die Bedeutung der Affäre herunterzuspielen bzw. die Nationalsozialisten vor einer Verschärfung der Polenpolitik zu warnen, wird offenkundig in einem Ende März 1933 veröffentlichten Artikel, in dem das Blatt eine Presseerklärung des deutschnationalen Danziger Senatspräsidenten Ziehm zum Anlaß nahm, mit einer deutlichen Spitze gegen die Nationalsozialisten dessen Politik zu loben und - zwischen den Zeilen - in dem mittlerweile in Danzig zwischen den Nationalsozialisten und den übrigen Parteien ausgebrochenen Machtkampf für den bisherigen Senatspräsidenten und die, zwar national-konservativen, aber dennoch demokratischen Kräfte in Danzig Partei zu ergreifen. In dem Beitrag hieß es über Ziehm, er habe die „Interessen Danzigs mit Entschiedenheit und Geschick“ vertreten und „sehr rasch die Gefahr eines allzu ungestümen, scharfmacherischen Auftretens gegen Polen erkannt“.<sup>10</sup>

Das „ungestüme und scharfmacherische Auftreten“ der nationalsozialistischen Presse sollte sich im Verlauf des Monats April zunächst noch steigern. Im April 1933 kam es in ganz Polen, schwerpunktmäßig in den Westwojewodschaften, in Polnisch-Oberschlesien und in Mittelpolen zu Demonstrationen jüdischer Gruppierungen und nationalpolnischer Verbände, die ihrer Empörung über die Vorgänge im Reich Ausdruck verliehen.<sup>11</sup> Während die „Frankfurter Zeitung“ nur sehr zurückhaltend über die Zwischenfälle berichtete, startete der „Völkische Beobachter“ eine Pressekampagne, die zwar nicht lange anhielt, in Ton und Intensität jedoch nur mit dem Propagandafeldzug gegen Polen im Vorfeld der Krieges verglichen werden kann. Den anti-nationalsozialistischen Kundgebungen in Polen wurde erstmals in der Doppelausgabe vom 13./14. April 1933 größere Beachtung zuteil; eine Zeitungsseite stand ganz im Zeichen dieser Ereignisse.<sup>12</sup> Obwohl der „Völkische Beobachter“ ernstere Zwischenfälle und organisierte Ausschreitungen nicht vermelden konnte und selbst konzedieren mußte, die polnische Polizei sei ihrer Aufgabe, Entgleisungen der Demonstranten zu unterbinden, weitgehend gerecht geworden, standen die Artikelüberschriften in einem bemerkenswerten Kontrast zu den geschilderten Vorgängen. Die Zeitung war offensichtlich bemüht, die Spannungen noch weiter zu verschärfen und den Konflikt zu eskalieren. Symptomatisch ist ein Artikel, in dem über Steinwürfe gegen die deutsche Gesandtschaft in Warschau berichtet wird. In dem Beitrag heißt es, zwei Betrunkene hätten mehrere Fensterscheiben der Gesandtschaft eingeworfen,

---

<sup>10</sup> FZ, 26.03.1933: „Die Lage Danzigs“, Titelseite.

<sup>11</sup> Ausschlaggebend für die jüdischen Proteste war der zum 1. April 1933 verfügte Boykott jüdischer Geschäfte im Deutschen Reich. Die Demonstranten riefen ihrerseits zum Boykott deutscher Produkte auf und verlangten das Verbot reichsdeutscher Zeitungen in Polen. Vereinzelt kam es zu Ausschreitungen. In Łódź wurden die Druckerei und die Redaktionsräume der dort ansässigen Tageszeitung „Freie Presse“ zerstört. Vgl. Heike: Deutsche Minderheit, S. 433f. - Wojciechowski konstatiert, die Demonstrationen seien von den staatlichen Behörden geduldet, möglicherweise inspiriert worden. Wojciechowski: Beziehungen, S. 16.

<sup>12</sup> Bereits am 11. April 1933 ging der VB auf die Kundgebungen ein. Unter der Überschrift „Polen provoziert“ erschien auf der zweiten Seite der Ausgabe ein Artikel, in dem über die Beteiligung von Regierungskreisen an den Aktionen spekuliert und mit drohendem Unterton auf die Standfestigkeit der neuen Regierung, die sich durch außenpolitischen Druck nicht in ihrem Bewegungsspielraum einschränken und in ihrem Vorgehen nicht behindern lassen werde, verwiesen wurde: „Die Herren in Warschau täuschen sich jedoch, wir werden die Rechte der deutschen Minderheit zu schützen wissen“. Deutschland sei „nicht Litauen“, und Kriegsdrohungen ließen das Deutsche Reich „kalt“. VB, 11.03.1933: „Polen provoziert“, S. 2.

es sei jedoch kein größerer Schaden entstanden. Dennoch stand der Artikel unter der Überschrift „Organisierter Anschlag auf die deutsche Gesandtschaft in Warschau“.<sup>13</sup>

Der „Völkische Beobachter“ berichtete in diesem Tenor weiter über Polen, bis Anfang Mai 1933 schlagartig eine Wende eintrat. Noch am 4. Mai 1933 stand die zweite Seite des Blattes ganz im Zeichen der „Deutschenverfolgungen“,<sup>14</sup> doch am 5. Mai änderte sich die Berichterstattung. Der Auslöser der Umschwung war die Unterredung zwischen Hitler und dem polnischen Gesandten in Berlin, Alfred Wysocki, die bereits am 2. Mai stattgefunden hatte und eine Umkehr der Polenpolitik des Regimes mit sich brachte, die sich jetzt auch - und nicht zuletzt - in der Presse niederschlug.<sup>15</sup> Das amtliche Kommuniqué über das Treffen erschien sowohl in der „Frankfurter Zeitung“ als auch im „Völkischen Beobachter“ im Wortlaut.<sup>16</sup> Der „Völkische Beobachter“ maß diesem Treffen in einem Kommentar „ungewöhnliche außenpolitische Bedeutung“ bei und attestierte der polnischen Regierung, im Gegensatz zu der bislang verfolgten Berichterstattung, in der meist die Mitschuld der Regierung an den Ausschreitungen konstatiert worden war, nun immerhin ein „korrektes“, wenn auch bisher „wenig ertragreiches Verhalten“ angesichts der „Agitation gegen alles Deutsche“. Bemerkenswert ist der Kommentar hinsichtlich der Interpretation des Kommuniqués, da hier deutlich wird, daß der „Völkische Beobachter“ noch nicht bereit war, die bisherigen Anklagen gegen Polen gänzlich zu unterlassen. Während in dem amtlichen Text davon gesprochen wurde, „daß die beiden Länder ihre gemeinsamen Interessen leidenschaftslos überprüfen und behandeln möchten“, stellte die Zeitung dies vornehmlich als Aufgabe Polens dar, demgegenüber die deutsche Seite ihre schon bisher verfolgte Friedenspolitik fortzusetzen sich verpflichtet habe: „Die amtliche Erklärung, die über die Aussprache veröffentlicht wurde, enthält die *Mahnung an Polen*, die Lage künftig leidenschaftslos zu behandeln und betont, was Deutschland betrifft, den festen Willen zum Frieden und zu geordneten Beziehungen“.<sup>17</sup>

Die Berichterstattung der folgenden Monate bietet ein uneinheitliches Bild. Gemäß der Vorgaben Hitlers, eine Verständigung mit Polen zunächst über eine Verbesserung der Danzig-polnischen

---

<sup>13</sup> Scharf im Ton, dabei - für die Leser und Leserinnen erkennbar - deutlich übertrieben, waren auch die übrigen Überschriften: „Ein Volk, das seine Freiheit nicht verdient“, „Grauensorgien polnischer Minderwertigkeit gegen Deutsche“, „Das furchtbare Schicksal der Deutschen in Polen“, „Kattowitz im Taumel von Wahnsinnigen“. VB 13./14.04.1933, S. 5.

<sup>14</sup> Es dominierten noch immer reißerische Überschriften, was um so bemerkenswerter ist, als in den folgenden Tagen und Wochen die geschilderten Sachverhalte kaum noch eine Meldung wert waren. Die Abkehr von den bisherigen Richtlinien für die Polenberichterstattung konnte kaum augenfälliger sein. Am 4. Mai lautete die Überschrift der zusammengefaßten Meldungen im VB: „Bestialische Deutschenverfolgungen im besetzten Oberschlesien“. Untertitel waren „Friedhofsschändungen, Frauenmißhandlungen, Verfolgungen, Einbrüche, Raubüberfälle an der Tagesordnung“, „Das ist das wahre Gesicht des polnischen ‚Kulturvolkes‘“. VB, 04.05.1933, S. 2.

<sup>15</sup> Vgl. die Aufnahme des neuen Kurses bei der deutschstämmigen Bevölkerung in Polen bei Breyer: „Von nun an schien sich in der nationalsozialistisch gelenkten reichsdeutschen Presse um alles, was der deutschen Volksgruppe von polnischer Seite geschah, eine Mauer des Schweigens aufzurichten. [...] Bei den Deutschen in Polen aber kam zuweilen das Gefühl auf, höheren Interessen geopfert worden zu sein, obwohl doch die Regierung Hitler gerade die Wahrung der außerdeutschen Belange versprochen hatte“. Breyer: Deutsches Reich und Polen, S. 258.

<sup>16</sup> S. o., S. 20, Anm. 6.

<sup>17</sup> VB, 05.05.1933: „Wird Polen endlich Vernunft annehmen?“, S. 2.

Beziehungen zu suchen, trat die Danziger Frage, eines der bislang heikelsten Problemfelder, in den Mittelpunkt, wobei ein versöhnlicher Ton angeschlagen wurde, auf den hinteren Seiten jedoch gelegentlich auch weiterhin Artikel mit deutlich kritischer und anklagender Tendenz erschienen.<sup>18</sup> Am 16. Mai 1933 veröffentlichte der „Völkische Beobachter“ auf der Titelseite ein Interview, das der NSDAP-Gauleiter von Danzig, Albert Forster, dem polnischen „Kurjer Poranny“ einige Tage vorher gegeben hatte. Forster hatte hier ausgeführt, daß die NSDAP in Danzig auf die strikte Einhaltung des Danziger Statuts achte und von ihr im Wahlkampf ein streng rechtmäßiges Vorgehen zu erwarten sei. Nach einem Wahlsieg in Danzig sei die Partei zu bilateralen Verhandlungen mit Polen bereit. Auf die Frage des polnischen Journalisten, wie dies mit der „Heim-ins-Reich“-Parole der Danziger NSDAP in Übereinklang zu bringen sei, vermied Forster eindeutige Festlegungen und nahm Zuflucht zu unverbindlichen Erklärungen; die Losung sei keinesfalls mit realpolitischen Zielen gleichzusetzen, sondern vielmehr eine „Herzensangelegenheit“: „Zurück zum Reich‘ gibt dem innersten Herzenswunsch der Danziger Bevölkerung und seiner inneren Verbundenheit mit deutschem Volkstum und deutscher Kultur Ausdruck“.<sup>19</sup>

Die Taktik der Nationalsozialisten, das zwischenstaatliche Verhältnis mit versöhnlich klingenden Formulierungen zu verbrämen, Problemfelder zu marginalisieren und allzu harsche Töne zu vermeiden, ohne indes substantielle und verbindliche Zugeständnisse zu machen, dauerte auch während des Danziger Wahlkampfes weiter an. Hitler nutzte am 27. Mai einen aus dem „Braunen Haus“ in München über Rundfunk nach Danzig übertragenen Wahlkampfappell, um vorhandene Vorbehalte der Warschauer Regierung gegen eine nationalsozialistische Machtübernahme in Danzig zu zerstreuen und stellte die nationalsozialistische Partei geradezu als Garanten des bestehenden Status quo dar, denn deren Ideologie - so Hitler wörtlich - „*kennt keine Politik der Grenzkorrekturen auf Kosten fremder Völker*“. Obwohl er selbstredend keinen Verzicht auf eine zukünftige Revision der Grenzen erklärte und ausführte, gerade der Nationalsozialismus vertrete den Anspruch auf die Verbundenheit und innere Geschlossenheit des *gesamten* deutschen Volkes, waren dies doch deutlich friedfertige Töne, die ganz im Einklang standen mit Hitlers am 17. Mai im Reichstag gehaltenen „Friedens-

---

<sup>18</sup> Beispiele für das Fortwirken der Propaganda gegen Polen finden sich in den Ausgaben des „Völkischen Beobachters“ vom 24. Juni und vom 1. Juli 1933. In beiden Fällen handelte es sich um längere Beiträge, die im Beiblatt der Zeitung veröffentlicht wurden. Am 24. Juni berichtete die Zeitung unter der Überschrift „Polens Kampf gegen den Danziger Hafen“ über den Ausbau des polnischen Nachbarhafens Gdynia, über den mittlerweile zu Lasten Danzigs ein Großteil des polnischen See-Exportes abwickelt würde, und forderte die volle Ausnutzung der Kapazitäten des Danziger Hafens. Am 1. Juli nahm der „Völkische Beobachter“ das landesweit in Polen gefeierte Seefest zum Anlaß, über Ausschreitungen des Aufständischenverbandes in Oberschlesien zu berichten. Die Kommentare waren jeweils deutlich zurückhaltender als noch im April, lassen jedoch unschwer erkennen, daß der neue Kurs dem „Völkischen Beobachter“ nicht genehm war und die Zeitung unter Verweis auf den Unwillen der polnischen Regierung, das zwischenstaatliche Verhältnis wirklich zu verbessern, nicht ungern zu ihrer früheren Berichterstattung zurückgekehrt wäre: „Die Meldungen über ernste Ausschreitungen [...] sind um so bedauerlicher, als sie erkennen lassen, welchen tatsächlichen Wert die Beteuerungen eines friedlichen Nachbarschaftsverhältnisses seitens der Warschauer Regierung haben“. VB, 01.07.1933: „Wie Polen sein ‚Seefest‘ feiert“, S. 5.

<sup>19</sup> VB, 16.05.1933: „Danzig und Polen“, Titelseite.

rede“, in der er bereits versöhnliche Formulierungen in bezug auf Polen und die Grenzfrage gebraucht hatte, die in Warschau mit Zufriedenheit zur Kenntnis genommen worden waren.<sup>20</sup>

Das Danzig-polnische Abkommen vom 5./6. August 1933, das durch die vereinbarte gleichberechtigte Nutzung des Danziger Hafens für den polnischen Übersee-Export die infolge des stetigen Ausbaus des polnischen Hafens in Gdynia entstandenen wirtschaftlichen Spannungen zwischen Danzig und Polen vorübergehend ausräumte, markierte einen ersten sichtbaren Erfolg des neuen deutsch-polnischen Verständigungskurses, der in der Presse gebührend gefeiert wurde, obgleich Meldungen über Danzig oder Polen auch weiterhin eher im Mittelteil der Zeitungen plaziert wurden. Der „Völkische Beobachter“ wertete den Vertragsabschluß als Abkehr Polens von der bisher verfolgten Politik und als einen „Schritt zur Entspannung und Befriedung der Lage in Osteuropa“. Auch das gemeinsame Ferienlager einer aus 21 Mitgliedern bestehenden Danziger HJ-Schar und einer Gruppe polnischer Jugendlicher in Zakopane war nun dem „Völkischen Beobachter“ nicht nur eine Erwähnung wert, sondern wurde zum hochpolitischen Akt. Die Verabschiedung der HJ-Gruppe erfolgte durch den Danziger Senatspräsidenten selbst; Teile der aus diesem Anlaß von Rauschnig gehaltenen Rede gab der „Völkische Beobachter“ zusammenfassend wieder, wobei der Kontrast zu der einige Wochen vorher von dem gleichen Blatt betriebenen Propagandakampagne, in der noch von dem „polnischen Untermenschentum“ die Rede gewesen war, deutlicher kaum ausfallen konnte. Nun hieß es: „In seinen Abschiedsworten sagte er [Rauschnig, T.K.] unter anderem, daß sie [die HJ-Abordnung, T.K.] zu einer ganz besonderen Aufgabe ausersehen seien. Sie sollen als Vertreter der Danziger Jugend mit der polnischen Jugend in Berührung kommen, diese kennen und verstehen lernen. Nur durch die Achtung vor dem fremden Volkstum könne eine Verständigung zwischen den Nationen herbeigeführt werden.“<sup>21</sup>

Diese als „Verständigung zwischen den Nationen“ ausgegebene taktische Annäherung an Polen bestimmte die Polen-Berichterstattung von nun an. Alle Themen, die geeignet gewesen wären, den aufziehenden Honigmond zwischen den Staaten zu verdunkeln, wurden ausgeblendet.<sup>22</sup> War dies nicht möglich, wie etwa im Oktober 1933, als es erneut zu Ausschreitungen des Aufständischenverbandes in Oberschlesien kam, die sich in erster Linie gegen deutsche Zeitungen richteten, wur-

---

<sup>20</sup> Zur Wirkung der Rede auf Józef Beck und Jan Szembek vgl. Wojciechowski: Beziehungen, S. 30. - Hitler hatte in der Rede - wie schon in „Mein Kampf“ - einer Germanisierung im Stil der preußischen Polenpolitik eine Absage erteilt und erstmals von den „verständlichen Ansprüchen Polens“ gesprochen, die allerdings in Versailles in einer Form verwirklicht worden seien, die „den natürlichen Rechten Deutschlands“ zuwiderliefen. Die Rede ist als Beleg für Hitlers Verständigungsbereitschaft mit Polen in das kurz nach Beginn des Krieges erschienene Weißbuch des Auswärtigen Amtes aufgenommen worden. Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges. Berlin 1939, Dok. 29 [Weißbuch des Auswärtigen Amtes 1939, Nr. 2; künftig: WB-AA]. - Hitlers Wahlkampfrede in VB, 29. Mai 1933: „Des Führers Worte an Danzig“, S. 2.

<sup>21</sup> VB, 09.08.1933: „Wesentlicher Schritt zur Entspannung in Osteuropa“, S. 5.

<sup>22</sup> So lautete eine am 8. September 1933 in der Pressekonferenz ausgegebene Anweisung: „Die Nachricht, dass Pilsudski nach Moskau eingeladen sei, trifft nicht zu. Ueber diese Dinge soll möglichst nichts veröffentlicht werden“. NS-Presseanweisungen (künftig: NS-PA), Bd. 1, S. 116. - Der in den Pressekonferenzen zunächst noch angeschlagene höfliche Ton, der in der von Bohrmann herausgegebenen Edition der Presseanweisungen dokumentiert ist, die unverbindlich wirkenden Formulierungen („es wird gebeten“, „soll nach Möglichkeit“ etc.) können nicht über den tatsächlichen Charakter der „Empfehlungen“ hinwegtäuschen.



den die Vorfälle in einer Form geschildert, die von den polnischen Behörden und Politikern nicht als Angriff, sondern als Ausdruck einer berechtigten Sorge um die deutsche Minderheit in Polen verstanden werden sollte<sup>23</sup> und die sich so augenfällig von der bisherigen Praxis unterschied, daß der Chef der „Deutschen Stiftung“, Erich Krahrmer-Möllenberg, in einem Brief an Adolf von Moltke seinen Unmut über die Neuausrichtung der Polenpolitik, die eben auch beinhaltete, daß über tatsächliche Mißstände ein Mantel des Schweigens ausgebreitet wurde, kaum verbergen konnte: „Die reichsdeutsche Öffentlichkeit hört und sieht wenig von diesen Dingen. Offenbar ist die Parole ausgegeben: ‚Nicht stören!‘. Es kann aber nicht geleugnet werden, daß bei all denen, die sich mit den Dingen im Osten aktiv beschäftigen, eine erhebliche Unruhe entstanden ist. [...] Könnten die Zeitungen offen schreiben, würden sie zweifellos einen scharfen Feldzug eröffnen [...]“.<sup>24</sup>

Während der „Völkische Beobachter“ trotz der bisherigen geradezu polenfeindlichen Haltung des Blattes umgehend auf diese neue Linie eingeschwenkt war und auch die Ergebnisse der Unterredung zwischen Hitler und Lipski am 15. November 1933 in großer Aufmachung würdigte, verhartete die „Frankfurter Zeitung“ in einer abwartenden Haltung, aus der die Skepsis der Redaktion vor einer allzu schnellen Annäherung der beiden Staaten unter weitgehender Ausklammerung der bestehenden Probleme deutlich hervorgeht. Die „Frankfurter Zeitung“ mahnte substantielle Verbesserungen in den bilateralen Beziehungen an und enthielt sich weitgehend der vom „Völkischen Beobachter“

---

<sup>23</sup> Der „Völkische Beobachter“ berichtete am 11. Oktober zwar auf der Titelseite über gewaltsame Aktionen des Aufständischenverbandes gegen volksdeutsche Zeitungen, ohne aber, wie in bisherigen Fällen, die enge Beziehung des Wojewoden Michał Grażyński, zu dem Verband zu erwähnen. Staatliche Organe wurden in dem Artikel nicht kritisiert, allerdings ein Einschreiten der Behörden gegen die Aktionen angemahnt. Es wurde hervorgehoben, daß „die deutschen Staatsmänner sich [...] bemühen, zu einem modus vivendi mit Polen zu kommen“, diese Bestrebungen jedoch durch das Wirken „obskure[r] Elemente“ auf polnischer Seite hintertrieben würden. VB, 11.10.1933, „Wieder Schreckenstage in Oberschlesien“, Titelseite.

<sup>24</sup> Brief vom 10.10.1933. Zit. Fischer: Deutsche Publizistik, S. 184. Mit „diesen Dingen“, von denen die reichsdeutsche Öffentlichkeit wenig erfahre, meinte Krahrmer-Möllenberg die nach Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund seitens polnischer Behörden wieder in größerem Umfang durchgeführte Beschlagnahmung deutscher Zeitungen, aber auch Ausschreitungen nationaler Gruppierungen, die von dem öffentlichen Verbrennen von Zeitungen bis zu Sachbeschädigungen in volksdeutschen Verlagen und Druckereien reichten. - Größte Zurückhaltung übten die Zeitungen auch im November 1933, als in Graudenz am 20. des Monats eine deutsche Wahlkundgebung anlässlich der Anfang Dezember stattfindenden Gemeinderatswahlen in Posen und Pommerellen durch polnische nationale Gruppierungen gesprengt, die Teilnehmer auf dem Nachhauseweg überfallen wurden und zwei Deutsche zu Tode kamen. Auch die anschließende Intervention des Gesandten bei dem polnischen Außenminister wurde auf dessen ausdrücklichen Wunsch („da es ohnehin schon große Schwierigkeiten bereitet, Minderheitsfragen hier offiziell zur Sprache zu bringen und eine Veröffentlichung noch weiter erschwerend wirken würde“) nicht zur Berichterstattung freigegeben. Diese Zurückhaltung dient in der 1941 erschienenen Dissertation Helmut Schubring als Beweis für die nur auf der deutschen Seite vorhandene ernsthafte Verständigungsbereitschaft. Vgl. Helmut Schubring: Der Einsatz der deutschen Tagespresse für den deutsch-polnischen Verständigungsversuch Adolf Hitlers 1933-1939. Phil. Diss. Berlin 1941, S. 38f. - Das Schreiben Moltkes an das Auswärtige Amt wurde in das Propaganda-Weißbuch des AA unter der Kapitelüberschrift „Keine Verbesserung der Lage der Deutschen Volksgruppe durch die deutsch-polnische Verständigungspolitik“ aufgenommen. - Zu den Vorgängen in Graudenz und der publizistischen und journalistischen Nachbereitung vgl. Fischer: Deutsche Publizistik, S. 183.

Die Gemeinderatswahlen im „Korridor“-Gebiet verliefen für die Kandidaten der deutschen Minderheit so enttäuschend - die Deutschen stellten in 33 Städten und Gemeinden nur 23 von insgesamt 559 Stadträten -, daß, da die Ergebnisse geeignet waren, den deutschen Anspruch auf diese Gebiete als unbegründet erscheinen zu lassen, auch diese nicht veröffentlicht werden durften. In der Pressekonferenz vom 6. Dezember wurde mitgeteilt: „Meldungen über die Gemeinderatswahlen im Weichselkorridor sollen nach Möglichkeit nicht gebracht werden“. NS-PA I, S. 249, Wahlergebnisse ebd.

praktizierten Jubel-Berichterstattung.<sup>25</sup> Am 16. November 1933, einen Tag nach dem Gespräch zwischen Hitler und Lipski, und ohne dieses zu erwähnen, bezeichnete die „Frankfurter Zeitung“ die in Warschau kursierenden Gerüchte über die Anbahnung bilateraler politischer Verhandlungen als „*Stimmungsmache*, die ihren Ausgang aus gewissen Pariser Kreisen nimmt [...]“, deren Ziel es sei, in Polen die Hoffnung auf den Abschluß eines „Ost-Locarnos“ zu wecken und letztlich, da dies von seiten des Reiches nicht zugestanden werden könne, die zwischen Deutschland und Polen bestehenden Gegensätze zu vertiefen. Demgegenüber gelte es jetzt, die „*Neuregelung der wirtschaftlichen Beziehungen*“ voranzutreiben und auf politische Verhandlungen zu verzichten [!], denn diese würden „von dem geraden Weg zur Entspannung nur ablenken und müßten nach den bekannten Erklärungen über die Respektierung der Verträge, die der Reichskanzler und der polnische Außenminister im Mai dieses Jahres ausgetauscht haben, auch überflüssig erscheinen“.<sup>26</sup>

Am nächsten Tag wurde deutlicher, was die Redaktion mit dieser zurückhaltenden Stellungnahme beabsichtigte. Die Gewaltverzichtserklärung vom 15. November würdigte die Zeitung zwar als „willkommene Grundlage [...], sich auch über die praktischen Beziehungen zu verständigen“, doch die ablehnende Haltung gegenüber einem schnellen diplomatischen Scheinerfolg ohne politische Substanz, ohne eine wirkliche Verbesserung der zwischen beiden Staaten bestehenden Differenzen und auch ohne Zugeständnisse insbesondere der polnischen Seite in der Minderheitenpolitik geht aus dem Artikel deutlich hervor. Es war auch eine Mahnung an die nationalsozialistische Regierung, die Vertretung der Rechte der deutschen Minderheit nicht zugunsten eines außenpolitischen Propagandaerfolges aufzugeben: „So sehr wir alles begrüßen, was zur Entspannung des für die Zukunft besonders im deutschen Osten wichtigen deutsch-polnischen Verhältnisses schon geschehen ist und noch geschehen wird, so dringend ist unser Appell an die polnische Regierung, den berechtigten Beschwerden, die von deutscher Seite geltend gemacht werden, erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden“.<sup>27</sup>

---

<sup>25</sup> Die Vereinbarung Hitlers und Lipskis, bei der Behandlung aller zwischen den beiden Staaten bestehenden Problemfelder „auf jede Anwendung von Gewalt zu verzichten“, wurde im „Völkischen Beobachter“ als „Neuer Beweis für Deutschlands Friedenswillen“ gefeiert und beherrschte, da es gerade nach dem Auszug Deutschlands aus dem Völkerbund politisch opportun war, die Friedfertigkeit des Deutschen Reiches zu betonen, am 16. November 1933 in großer, dreispaltiger Aufmachung die Titelseite der Zeitung. In dem Artikel hieß es, die durch die Abmachung demonstrierte Versöhnungsbereitschaft der deutschen Regierung sei beispielhaft auch für andere Staaten und zeige „der Welt mit aller Deutlichkeit, *wie sehr es das deutsche Volk ernst meint mit seinem Bekenntnis zu Frieden und Arbeit.*“ VB, 19.11.1933: „Neuer Beweis für Deutschlands Friedenswillen“, Titelseite.

<sup>26</sup> FZ, 16.11.1933: „Deutschland und Polen“, S. 2.

<sup>27</sup> FZ, 17.11.1933: „Eine polnische Geste“, Titelseite. Die Wahl der Überschrift ist bezeichnend für die Haltung der „Frankfurter Zeitung“. Noch handelte es sich nicht um einen wirklichen Fortschritt, sondern um bloße *Gesten*.

Am folgenden Tag brachte die Zeitung auf der dritten, also der redaktionellen Seite einen umfangreichen Artikel, der mit „Deutschenot in Polnisch-Oberschlesien“ überschrieben war und sich mit der Zurückdrängung des Einflusses deutscher Gewerkschaften in den Betrieben Oberschlesiens und dem seitens der Behörden und Betriebsleitungen auf die Eltern von Schulkindern ausgeübte Druck, ihre Kinder in polnischen Lehranstalten anzumelden, auseinandersetzte. In der Einleitung hieß es, die Redaktion habe sich zu der Veröffentlichung der Darstellung entschieden, „weil sie zeigt, welche Schwierigkeiten zu überwinden sind und wie sehr es notwendig ist, durch die Anbahnung eines guten Verhältnisses zwischen Deutschland und Polen auch eine bessere Regelung der Minderheitenfrage zu erreichen, die bisher so viel Streit ausgelöst

Die von der „Frankfurter Zeitung“ noch gewährte Zurückhaltung blieb naturgemäß ohne Auswirkungen auf die „große“ Politik. Gegen Ende des Jahres 1933 waren die Anzeichen dafür, daß im zwischenstaatlichen Verhältnis zwischen dem Deutschen Reich und Polen eine neue Ära eingeleitet wurde, bereits unverkennbar.<sup>28</sup> Der Paukenschlag des 26. Januar 1934 deutete sich an.

---

hat“. Der Artikel selbst war scharf im Ton, die Wortwahl zugespitzt. Es hieß, die polnischen Behörden bedienten sich der „rücksichtslosesten Mittel“, um jegliche „volkspolitische Regung [innerhalb der deutschen Minderheit, T.K.] zu parieren“ und auch der Schlußsatz läßt erkennen, daß innerhalb der Redaktion nur geringe Hoffnungen auf eine Besserung der Verhältnisse bestanden: „Mit Ablauf des Genfer Abkommens 1937 soll die Polonisierung Oberschlesiens durchgeführt sein. Der deutschen Minderheit in Polen stehen schwere Zeiten bevor“. FZ, 17.11.1933: „Deutschennot in Polnisch-Oberschlesien“, S. 3.

<sup>28</sup> Das Propagandaministerium setzte jetzt alles daran, die deutschen Zeitungen auf eine für den bevorstehenden Vertragsabschluß notwendige zurückhaltende Berichterstattung festzulegen, bzw. Meldungen, die eine Verstimmung auf polnischer Seite hätten hervorrufen können, ganz zu unterbinden. Bezeichnend für diese Haltung sind zwei Presseanweisungen von Ende November bzw. Anfang Dezember 1933. War in dem einen Fall zumindest noch eine Veröffentlichung erlaubt („Zu der Meldung von WTB-Conti, dass die Warenausfuhr für Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände aus Danzig und Polen durch die polnische Regierung restlos gesperrt sei, bittet das Auswärtige Amt, diese Meldung in unauffälliger Form zu veröffentlichen und sich eines Kommentars zu enthalten. [...] Man steht hier in Berlin auf dem Standpunkt, dass diese Massnahme des polnischen Wirtschaftsministers nicht im Einklang steht mit dem Willen Pilsudskis und Becks“, 30.11.1933), so durfte über den zweiten Vorfall überhaupt nicht mehr berichtet werden: „Der Polnische Westmarkenverein in Kattowitz hat deutschfeindliche Entschliessungen gefasst. Die Reichsregierung bittet, diese Entschliessungen nicht zu veröffentlichen, um eine Verschärfung der Polemik zu vermeiden“, 05.12.1933. NS-PA I, S. 236 und S. 243.

### 3.2 Die Nichtangriffserklärung vom 26. Januar 1934 und die Auswirkungen des Presseabkommens vom 25. Februar 1934

Die zwischen dem Deutschen Reich und Polen am 26. Januar 1934 unterzeichnete Gewaltverzichts-Deklaration bildete am 27. Januar den Aufmacher sowohl des „Völkischen Beobachters“ als auch der „Frankfurter Zeitung“.<sup>29</sup> Beide Zeitungen warteten jedoch erst am Tag nach der Veröffentlichung des Paktes mit eigenen Kommentaren auf. Deutliche Unterschiede in der Bewertung des Abkommens sind hier kaum festzustellen; die bei der Anbahnung der Verhandlungen noch spürbare Reserviertheit der „Frankfurter Zeitung“ konnte die Redaktion nicht mehr durchscheinen lassen. Die Erklärung wurde in beiden Blättern als Bestätigung der Friedensbereitschaft des nationalsozialistischen Deutschlands gewertet, das die Berechtigung der von ihm verfolgten Politik, die Lösung zwischenstaatlicher Probleme streng bilateral und abseits des Völkerbunds zu suchen, eindrucksvoll unter Beweis gestellt habe. In dem Kommentar der „Frankfurter Zeitung“ hieß es, die Deklaration sei ein „sprechender Beweis“, daß „die Methode der direkten Aussprache zwischen zwei Ländern fruchtbarer wirkt als die Diskussion in internationalen Gremien [...]“. Für die deutsche Seite sei die Erklärung infolge des durch die Volksabstimmung am 12. November 1933 dokumentierten Friedenswillens der deutschen Bevölkerung als Ausdruck einer „natürlichen Entwicklung“ zu verstehen, die durch den Umstand erleichtert worden sei, daß Polen eine selbständigere Außenpolitik betreibe. Die Umorientierung Polens stelle, da bestehende Verpflichtungen - wie in der Erklärung ausdrücklich hervorgehoben - auch weiterhin zu beachten seien, für die UdSSR keine Bedrohung dar und bedeute sogar eine Entlastung der französischen Außenpolitik, deren Handlungsspielraum nicht länger durch die Rücksichtnahme auf polnische Interessen eingeengt sein werde.<sup>30</sup>

Weit euphorischer noch war die Kommentierung des „Völkischen Beobachters“. Erschien die Nichtangriffserklärung in der „Frankfurter Zeitung“ noch als Ausgangspunkt einer Verständigung,

---

<sup>29</sup> VB, 27.01.1934: „Verständigung mit Polen“, Titelseite. - FZ, 27.01.1934: „Deutsch-polnisches Verständigungsabkommen“, Titelseite. Beide Blätter beließen es zunächst bei der Wiedergabe des Wortlautes der Erklärung und dem Abdruck der amtlichen Mitteilung; die Aufmachung im „Völkischen Beobachter“ war jedoch durch Balkenüberschriften hervorgehoben und weit überschwinglicher als in der „Frankfurter Zeitung“. Darüber hinaus veröffentlichte der „Völkische Beobachter“ auf der zweiten Seite noch das Interview, das Minister Goebbels einem Sonderberichtersteller des Krakauer „Ilustrowany Kurjer Codzienny“ gewährt hatte. Goebbels betonte, die „Verständigung zwischen Deutschland und Polen ist der Wunsch des Reichskanzlers Adolf Hitler [...]. Ein gemeinsamer Wille zur Erreichung dieses Zieles muß trotz der Kompliziertheit der Probleme, die die Interessen beider Völker berühren, zu einem guten Ergebnis führen“. VB, 27.01.1934, S. 2.

<sup>30</sup> FZ, 28.01.1934: „Die deutsch-polnische Erklärung“, Titelseite. - Die im November 1933 von der „Frankfurter Zeitung“ noch sehr energisch vertretene Meinung, eine deutsch-polnische Annäherung könne nur auf der Grundlage einer auf die Lösung der zwischen den Staaten bestehenden Problemfelder abzielenden Politik erfolgen, klingt allenfalls zwischen den Zeilen an. Die polnische Minderheitenpolitik wurde nun schon nicht mehr ausdrücklich genannt, es fehlt auch ein Hinweis auf die noch immer offengehaltene Grenzfrage. Demgegenüber wurde die Nichtangriffserklärung zu einer „Friedensgarantie“ hochstilisiert. Dennoch läßt sich aus dem Fazit des Kommentars die Hoffnung der Redaktion ablesen, die mit der Gewaltverzichts-Deklaration eingeleitete Politik könne den Ausgangspunkt einer wirklichen Versöhnungspolitik darstellen: „So besitzt das deutsch-polnische Abkommen die Kraft einer entschlossenen Friedensgarantie und den Antrieb einer lebendigen Politik, die an die Schwierigkeiten offen herantritt, anstatt sie zu umgehen oder zu überdecken oder gar als fortglühendes Feuer ständigen Unfriedens zu erhalten“. Ebd.

die sich dadurch auszeichne, daß man an die bestehenden Schwierigkeiten nun „offen herantreten“ könne, so wertete das nationalsozialistische Zentralorgan die Deklaration bereits als krönenden Abschluß einer von Hitler initiierten Versöhnungspolitik. Durch diese „Friedenspolitik“ Hitlers werde „eine Entwicklung der Bereinigung des zeitweise unerträglich gespannten deutsch-polnischen Verhältnisses abgeschlossen [!]“, die erst nach dem Austritt des Reiches aus dem Völkerbund möglich geworden sei. Polen habe nun eine ähnlich „mutige Tat“ vollbracht und sich - dies in erster Linie ein Seitenhieb auf Frankreich und die ČSR - „über alle Quertreibereien hinweggesetzt“.<sup>31</sup> Am 26. Februar widmete der „Völkische Beobachter“ anlässlich des Austauschs der Ratifizierungsurkunden der neuen Polenpolitik erneut einen sehr überschwenglichen Kommentar. Deutlich erkennbar ist die Absicht, die Erklärung als einen originären nationalsozialistischen Erfolg auszugeben, die weiterhin bestehenden Schwierigkeiten zu übergehen oder sogar als überwunden darzustellen: „Das deutsch-polnische Problem gehörte bisher zu den schwierigsten Problemen Europas. An seiner Lösung ist die Staatskunst aller früheren Regierungen in Deutschland und Polen gescheitert. Daß nunmehr dieses Problem in verhältnismäßig so kurzer Zeit gelöst werden konnte, ist lediglich auf den Umstand zurückzuführen, daß in beiden Staaten an der Spitze der Regierungen Männer stehen, die sich der geschichtlichen Verantwortung, die auf ihnen lastet, voll bewußt sind, und die über eine genügend große Autorität verfügen, um Entscheidungen von weittragender Bedeutung fällen zu können“.<sup>32</sup>

Die Nichtangriffserklärung bildete die politische Grundlage für die sich nun anschließenden Verhandlungen in den Bereichen Presse, Publizistik und Film. Im Verlauf ihres Treffens vom 26. September 1933 am Rande der in Genf tagenden Herbstvollversammlung des Völkerbundes hatten Außenminister Beck und Propagandaminister Goebbels bereits eine Aufhebung der beiderseitig verhängten Zeitungsverbote und eine Beendigung der Pressepropaganda als eine Art „vertrauens-

---

<sup>31</sup> VB, 28.01.1934: „Praktische wirkliche Friedenspolitik“, S. 2. - Auf der Titelseite der Ausgabe dokumentierte der „Völkische Beobachter“ die Wirkung der Erklärung in verschiedenen europäischen Staaten. Unter der Überschrift „Günstige Aufnahme des deutsch-polnischen Abkommens im Ausland“ wurden positive Bewertungen aus Frankreich, Ungarn, der Tschechoslowakei und aus Polen selbst wiedergegeben, britische Pressestimmen wurden in einem eigenen Artikel („Der Friedensbeitrag des nationalsozialistischen Deutschlands“) gesondert hervorgehoben.

Am 30. Januar faßte das NS-Zentralorgan mit einer spürbaren Genugtuung den Leitartikel des britischen „Observer“ vom 29. Januar 1934 zusammen. Nach Angabe des nationalsozialistischen Blattes hatte die Londoner Zeitung konstatiert, die Erklärung „stelle einen bemerkenswerten *Dienst am Frieden* dar. Sowohl Reichskanzler Hitler wie auch Marschall Pilsudski müßten dazu *beglückwünscht* werden, am meisten aber *Hitler*. Er habe den augenscheinlichen Beweis seiner Fähigkeit zurückhaltender *Staatskunst* und weitgehender *Klugheit* erbracht [...]“. Die Erklärung bedeute insbesondere für Deutschland einen „*unschätzbaren Gewinn*“. VB, 30.01.1934: „Ein diplomatisches Wunder“, S. 5.

<sup>32</sup> VB, 26.02.1934: „Ratifizierungsurkunden überreicht“, S. 5. - Es ist bemerkenswert, daß der „Völkische Beobachter“ am 10. Februar 1934 den Moskau-Besuch Oberst Becks, der dazu diente, den seit 1932 zwischen Polen und der Sowjetunion bestehenden Nichtangriffsvertrag durch die Verlängerung der Geltungsdauer auf ebenfalls zehn Jahre an das deutsch-polnische Abkommen anzugleichen, mit äußerst freundlichen Worten bedachte. Beck wurde nachgerade aufgefordert, auch die polnisch-sowjetischen Beziehungen zu verbessern: „Wenn es Beck gelingt, seine *Friedenspolitik im Osten* weiter auszubauen und zugleich auch die Grundlagen für eine bessere *wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Polen und Sowjetrußland* zu legen, dann hat er einen Prestigegewinn für die polnische Außenpolitik zu verzeichnen, wie ihn vor ihm noch kein anderer polnischer Außenminister auch nur entfernt aufweisen konnte“. VB, 10.02.1934: „Verstärkung der polnisch-sowjetrussischen Zusammenarbeit“, S. 3.

bildende Maßnahme“ avisiert.<sup>33</sup> Nachdem Reichsaußenminister Neurath dem polnischen Gesandten Lipski am 2. Februar 1934 vorgeschlagen hatte, den damaligen Überlegungen nun konkrete Schritte folgen zu lassen, wurden am 23. Februar in Berlin Verhandlungen über die hiermit zusammenhängenden Fragen aufgenommen. Auf deutscher Seite beteiligt waren der Leiter der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes, Aschmann, sowie der Leiter der Abteilung „Deutsche Presse“ im RMVP und Vorsitzende der Pressekonferenz, Ministerialrat Jahncke. Der Pressechef des polnischen Außenministeriums Przemyski und dessen Stellvertreter Ruecker vertraten die polnische Regierung.<sup>34</sup> Die Unterhändler vereinbarten, dafür Sorge zu tragen, daß Angriffe auf das Nachbarland in Presse, Publizistik und Rundfunk, aber auch in kulturellen Bereichen wie Film und Theater in Zukunft unterbleiben sollten. Die Bestimmungen waren dabei vage, aber weitreichend, denn ausschlaggebend war jeweils die Auffassung des betreffenden Landes, was im einzelnen als unzulässige Kritik zu gelten habe. Wie in einem vertraulichen Protokoll vermerkt wurde, solle jeder der beiden Vertragspartner „mit allem Nachdruck“ insbesondere die Presse beeinflussen, „daß etwaige Empfindlichkeiten der Gegenseite in jeder Weise zu berücksichtigen sind“.<sup>35</sup> Während die deutschen Unterhändler aufgrund der weitgehenden Gleichschaltung der reichsdeutschen Presse zusichern konnten, die neuen Richtlinien „alsbald“ einzuhalten, wurde Polen, in dem es noch ein vergleichsweise freies Pressewesen gab, eine „mehrwöchige Spanne“ eingeräumt, um die vereinbarten Prinzipien durchzusetzen. Die polnischen Verhandlungsteilnehmer verpflichteten sich dafür, und dies war trotz der Vorbehalte der Sanacja-Regierung gegenüber der Links-Presse unzweifelhaft ein erhebliches Entgegenkommen, das die Bedeutung der deutsch-polnischen Annäherung für Polen dokumentiert, gegen die deutsche Emigrantendrucke und andere, zum Nationalsozialismus in Opposition

---

<sup>33</sup> ADAP C I/2, Nr. 451. Bei dem gemeinsamen Frühstück war auch Reichsaußenminister Neurath zugegen. - Die aus Goebbels' Tagebucheintrag vom 27. September hervorgehende Einschätzung des polnischen Außenministers wird diesem sicherlich nicht gerecht, es stellt sich jedoch die Frage, ob Beck zu diesem Zeitpunkt versuchte, bewußt den Anschein eines leicht lenkbaren „Juniorpartners“ zu erwecken: „Oberst Beck klug und weinerlich. Will von Frankreich los und mehr nach Berlin hin. Hat eine Reihe von Sorgen, die aber unerheblich sind. Mit Polen kann man fertig werden. [...] Beck ist jung und empfänglich“. Elke Fröhlich (Hrsg.): Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Bd. 2. München u.a 1987, S. 466.

Die politischen Bemerkungen Becks, Polen suche eine Abnabelung von Frankreich, spiegeln jedoch sicherlich die damaligen außenpolitischen Konzeptionen. Auch am Vortag hatte Beck im Gespräch mit Neurath - nach dessen Aufzeichnung - bemerkt, die polnische Regierung „habe es satt, sich immer wieder gegen Deutschland ausspielen zu lassen“. ADAP C I/2, Nr. 449.

<sup>34</sup> Vgl. Fischer: Deutsche Publizistik, S. 185f.. - Nach einem Verzeichnis des RMI waren am 15. Oktober 1933, dem Stichtag der Aufstellung, 38 polnische Zeitungen und Zeitschriften im Reich verboten; die „Berliner Börsenzeitung“ bezifferte die Anzahl der in Polen nicht zugelassenen reichsdeutschen Periodika auf 40. Zahlen ebd. - Zu der Presseverhandlung und den Auswirkungen der Vereinbarungen vgl. auch Wojciechowski: Beziehungen, S. 112f.

<sup>35</sup> PAAA, PA, Polen 12, Bd. 1. Zit. Fischer: Deutsche Publizistik, S. 187. Für das folgende ebd., S. 187ff. - In dem am 27. Februar 1934 über die polnische Nachrichtenagentur PAT und über DNB veröffentlichten Kommuniqué schwiegen sich beide Seiten über konkrete Verabredungen aus. Hier hieß es freundlich-unverbindlich, man habe vereinbart, daß ein „gegenseitiges Verständnis immer mehr geweckt und dadurch eine freundschaftliche Atmosphäre gewährleistet wird“, zit. ebd., S. 186.

stehende deutsche Zeitungen auf polnischem Staatsgebiet vorzugehen.<sup>36</sup> Weiterhin kam man überein, zeitgleich Mitte März 1934 die noch bestehenden Einfuhrverbote aufzuheben; künftige Restriktionen sollten nur nach „Aussprache“ erfolgen.

Fragen der Presse und Publizistik, insbesondere die Entgegennahme von Pressebeanstandungen der polnischen Seite fielen auch in der Folgezeit in die Zuständigkeit des Auswärtigen Amtes.<sup>37</sup> Die Aufgabe des Propagandaministeriums bestand darin, durch Presseanweisungen und Sprachregelungen den neuen Kurs durchzusetzen. Allgemeine und verbindliche Richtlinien wurden jedoch nicht erlassen - der Wortlaut der Vereinbarungen war selbst den Oberpräsidenten der Ostprovinzen nicht bekannt -, und die Anweisungen waren meist punktuell, d.h. situationsbezogen. Einzelfälle, die in der Vergangenheit als Beleg für die „Entdeutschung“ der Grenzgebiete, die wirtschaftliche Benachteiligung der deutschstämmigen Bevölkerung oder als Akte von Behördenwillkür gebrandmarkt worden wären, wurden nun unterschlagen<sup>38</sup> oder mußten in sehr verbindlicher Form kommentiert werden. Beispielhaft ist eine Presseanweisung vom 29. Oktober 1934: „In Kattowitz findet morgen ein Prozess statt gegen die Schlesische Kleinbahn A.G. Beutler & Sommer wegen angeblicher Steuerhinterziehung von 300 000 Zloty. Sollte ein Freispruch oder eine geringfügige Verurteilung erfolgen, so ist von der Angelegenheit keine grosse Notiz zu nehmen. Sollte eine sehr hohe Strafe herauskommen, so soll darauf verwiesen werden, dass es sich um ein Urteil erster Instanz handelt und man abwarten müsse, wie das Urteil der Revisionsinstanz lautet.“<sup>39</sup> Wurde hier noch bloße Zurückhaltung angemahnt, so lassen sich aus einigen Anweisungen Anzeichen für eine recht erstaunliche, zumindest vordergründige Neubewertung der politischen Spannungsfelder erkennen. - Bisher hatten die deutschen Zeitungen in der Danzig-Frage meist auf die enge Verbundenheit der Freien Stadt mit dem Deutschen Reich insistiert. Als es Anfang April 1934 zwischen dem Danziger Senat und Polen zu Mißstimmungen in der Frage der Zollverwaltung kam, wurden in der Presse-

---

<sup>36</sup> Noch im Februar wurde die im oberschlesischen Rybnik erscheinende satirisch-politische Zeitschrift „Die Spritze“ von polnischen Behörden beschlagnahmt; die Zeitung stellte dann ihr Erscheinen ein. Beschlagnahmungsaktionen polnischer Dienststellen richteten sich auf deutsches Betreiben auch gegen oppositionelle katholische Blätter, etwa die, ebenfalls in Rybnik ansässige „Katholische Volkszeitung“ oder das Organ des in seiner antinationalsozialistischen Haltung unerschütterlichen Eduard Pant, den in Kattowitz erscheinenden „Der Deutsche in Polen“. Vgl. Fischer: Deutsche Publizistik, S. 192. - Die Auswirkungen des Presseabkommens auf die oppositionelle deutsche Presse in Polen ebenfalls bei Heike: Deutsche Minderheit, S. 434f. Die im Reich verbotenen Bücher wurden auch in Polen weitgehend aus der Öffentlichkeit zurückgezogen.

<sup>37</sup> Bereits Mitte März 1934 erhielt das AA eine erste Liste von Beanstandungen durch die diplomatischen Vertreter Polens. Im April wurde eine zweite Aufstellung nachgereicht. Die polnischen Monita bezogen sich in erster Linie auf die vor allem in ostdeutschen Blättern verwendeten Formulierungen wie „geraubte Gebiete“, „entrissenes Land“ oder „blutende Grenze“. Zwischen März 1934 und Jahresende 1935 bemängelte die polnische Botschaft in 30 Listen 423 Einzelfälle, in der Mehrzahl Zitate aus Büchern (131) und Darstellungen in Landkarten (88). Entgleisungen in Tageszeitungen wurden mit nur 80 Beanstandungen vergleichsweise wenige registriert. Vgl. Fischer: Deutsche Publizistik, S. 189f., S. 195ff.

<sup>38</sup> Mitte März 1934 wurde über die Kattowitzer „Laurahütte“ die Geschäftsaufsicht des polnischen Staates verhängt; die deutschen Direktoren erhielten die Kündigung. Im Verlauf der Pressekonferenz vom 19. März wurden die Zeitungen angewiesen, Meldungen über die Vorfälle zu unterlassen. Es ist bemerkenswert, daß der „Völkische Beobachter“ in seiner Norddeutschen Ausgabe dennoch wiederholt, am 22. März, 23. März und am 4. April, darüber berichtete. Vgl. NS-PA II, S. 147.

<sup>39</sup> NS-PA II, S. 452.

konferenz vom 9. April ganz neue Töne angeschlagen. Den Vertretern der Presse wurde bedeutet, daß „die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen durch die Danziger Frage nicht gestört werden dürfe“. Der Neuausrichtung der Polenpolitik stünden „ohnehin schon genügend Schwierigkeiten gegenüber, als dass man sie noch durch ‚*nicht unmittelbar deutsche Schwierigkeiten*‘ vermehren dürfe“.<sup>40</sup> Die Instruktionen lassen jedoch auch erkennen, daß man seitens des RMVP eher von einer temporären, vorübergehenden Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen ausging. So hieß es am 15. März 1934 in der Pressekonferenz: „Meldungen über noch gelegentlich vorkommende Uebergriffe Polens sollen *in der nächsten Zeit* nicht veröffentlicht werden“.<sup>41</sup>

Die Vereinbarungen des Presseabkommens erstreckten sich auch auf die Bereiche Publizistik, Film<sup>42</sup> und Rundfunkwesen, wobei das Arrangement am 13. Oktober 1934 noch durch ein eigenes Rundfunkabkommen zwischen der „Reichs-Rundfunk-Gesellschaft“ und „Polskie Radio“ ergänzt wurde.<sup>43</sup> Unmittelbar nach Abschluß der Übereinkunft zeigten sich vereinzelt erste Auswirkungen der Absprache auf die Publizistik,<sup>44</sup> doch es dauerte bis zum August 1936, daß die reichsdeutschen

---

<sup>40</sup> NS-PA II, S. 173. Hervorhebung T.K.- Die Göring nahestehende „Essener Nationalzeitung“ hatte an diesem Tag über die Spannungen berichtet und zwischen den Zeilen, jedoch unmißverständlich, für eine engere Anbindung Danzigs an das Reich plädiert. In dem Artikel hieß es: „Der bisherige Schwebezustand ist jedenfalls nicht länger erträglich und bringt beide Volkswirtschaften [die Polens und die Danzigs, T.K.] nicht weiter. Danzig wird dann in der Gliederung und Verbindung seiner Wirtschaft neue Wege zu gehen versuchen“. Essener Nationalzeitung, 09.04.1934: „Polens Politik unbeirrbar“, S. 7. Zit. ebd., S. 173f. - Die Anweisung der Pressekonferenz muß zweifellos als Reaktion auf das allzu forsche Vorgehen der Zeitung in einem der sensibelsten zwischenstaatlichen Problembereiche verstanden werden.

<sup>41</sup> NS-PA II, S. 136. Hervorhebung T.K.- Bereits zwei Tage später wurde die Anweisung mit ausdrücklichem Bezug auf die Grenzlandzeitungen wiederholt. Ein Hinweis, daß die Einhaltung der Richtlinien den kleineren Zeitungen der Ostgebiete noch Schwierigkeiten bereitete: „Auf Veranlassung des Propagandaministeriums bringen wir die Anweisung Nr. 359 in Erinnerung, dass Zwischenfälle zwischen Deutschland und Polen, vor allem an der Grenze, nicht gemeldet und nicht besprochen werden dürfen. Es wird seitens der Reichsregierung ausdrücklich darauf hingewiesen, dass diese Anweisung auch für Grenzlandzeitungen gilt“. NS-PA II, S. 141f. Diese Richtlinie ist enthalten in der im Bundesarchiv unter dem Sigel BA-ZSg 101 (Sammlung Brammer) erfaßten Presseanweisungen der Dienatag-Agentur. Die Dienatag GmbH (= Dienst nationaler Tageszeitungen) war ein privatwirtschaftlicher Nachrichtendienst der „Hamburger Nachrichten“, der in Chemnitz erscheinenden „Allgemeinen Zeitung“ und der „Schlesischen Zeitung“ aus Breslau, d.h. einer „Grenzlandzeitung“. Verantwortlicher Schriftleiter und von 1935 bis 1940 Geschäftsführer des in Berlin ansässigen Korrespondenzunternehmens war Georg Dertinger, der spätere Generalsekretär der CDU in der SBZ (1946-1949) und Außenminister der DDR (1949-1953). In den zwanziger Jahren hatte Dertinger der Redaktion der Bundeszeitung des „Stahlhelm“ angehört und war Mitglied der DNVP sowie der Franz von Papen nahestehenden „Magdeburger Herrengesellschaft“ gewesen. 1935 wurde über ihn ein Schreibverbot verhängt. Die zweite der beiden ausführlichsten Sammlungen von Presseanweisungen umfaßt die Berichte des Berliner Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung“, Fritz Sänger. Zur Quellenbeschreibung vgl. NS-PA I, S. 53ff. - Kurzbiographie Dertingers S. 60ff.

<sup>42</sup> Auf dem Gebiet des Films kam es kaum zu Beanstandungen von polnischer Seite. Wie peinlich genau die reichsdeutsche Filmprüfstelle die deutschen Filme auf antipolnische Passagen und Äußerungen untersuchte, geht aus dem Umstand hervor, daß die Bezeichnung „Du Besufski“ aus dem 1935 produzierten deutschen Unterhaltungsfilm „Varieté“ mit der beinahe lächerlich anmutenden offiziellen Begründung herausgeschnitten werden mußte, der Ausdruck ähnele zu sehr dem Namen des Marschalls. Vgl. Fischer: Deutsche Publizistik, S. 205, Anm. 59.

<sup>43</sup> Goebbels selbst hatte im Verlauf seiner Polen-Reise Mitte Juni 1934 Verhandlungen über das Rundfunkabkommen geführt. Vereinbart wurden regelmäßige Austauschkonzerte und die Ausstrahlung von Beiträgen über das Nachbarland. Vgl. Weinberg: Diplomatic Revolution, S. 186. - Fischer: Deutsche Publizistik, S. 202.

<sup>44</sup> Der Münchener Langen Müller-Verlag erkundigte sich unmittelbar nach Bekanntwerden des Abkommens aus eigener Initiative beim Auswärtigen Amt, ob die geplante Neuauflage des 1931 erschienenen Buches von Friedrich Wilhelm von



Verleger durch die „Reichsschrifttumskammer“ offiziell angewiesen wurden, bei Neuauflagen oder Erstveröffentlichungen von Publikationen zu deutsch-polnischen Themen die Richtlinien des Presseabkommens einzuhalten. Da die Absprachen nicht bekanntgegeben worden waren, wurde dem Rundschreiben eine - weit auslegbare und sicherlich nicht sehr hilfreiche - Kurznotiz beigelegt, derzufolge „alle Darstellungen und Formulierungen zu vermeiden [sein], die die historische Wahrheit verfälschen oder in den Ausdrucksformen beleidigenden oder verletzenden Charakter tragen“.<sup>45</sup> Im Jahr 1934 fand die „publizistische Abrüstung“ ihren deutlichsten Ausdruck in Gestalt einer Veröffentlichung des Pariser Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung“, Friedrich Sieburg. Der bekannte Journalist hatte auf Betreiben des Auswärtigen Amtes bereits im Oktober 1933 eine mehrwöchige Polenreise angetreten, um mit Reportagen neuen Stils im Sinne einer weiteren Entspannung zu wirken. In überarbeiteter und ergänzter Form wurden die Reportagen jetzt als Buch aufgelegt.<sup>46</sup> Obwohl nicht frei von Stereotypen,<sup>47</sup> markierte die Monographie eine Wende in der deutschen Publizistik über Polen, und auch wenn die skeptische Einschätzung Sieburgs über den neuen Kurs an einigen Stellen nur zu deutlich durchscheint,<sup>48</sup> so ist die Darstellung doch getragen von dem Bemühen, Gemeinsamkeiten und gleichlautende Interessen zu betonen und Perspektiven einer engeren deutsch-polnischen Zusammenarbeit aufzuzeigen. Gemeinsamkeiten erkennt der Autor weniger in der Außenpolitik als in der inneren Verfassung der Staaten. Beide Länder seien bestimmt vom

---

Oertzen „Das ist Polen!“ jetzt noch realisiert werden könne. Das RMVP teilte daraufhin mit, eine Neuauflage komme nicht mehr in Frage. Die Ablehnung betraf immerhin eine Publikation, von der das Auswärtige Amt 1931 selbst 150 Exemplare angekauft hatte, um diese an die Auslandsmissionen weiterzuleiten. Das Buch war, von dem Verlag auf dem Umschlag besonders hervorgehoben, in Polen verboten. 1939 wurde es erneut aufgelegt. Vgl. Fischer: Deutsche Publizistik, S. 124f. und S. 197.

<sup>45</sup> Schreiben des RMVP vom 21.08.1936 zur Kenntnisnahme an das AA. PAAA, PA, Polen 13, Bd. 8. Zit. Fischer: Deutsche Publizistik, S. 197. - Margarete Gärtner, die als Geschäftsführerin der „Wirtschaftspolitischen Gesellschaft“ zur Zeit der Weimarer Republik durch die Erstellung von Broschüren und die Organisation von Grenzfahrten für ausländische Journalisten eine sehr aktive Propagandistin der Grenzrevision gewesen war, berichtet in ihren Erinnerungen, daß unmittelbar nach der Veröffentlichung der Nichtangriffserklärung und dem Abschluß des Presseabkommens an alle Volkstumsorganisationen und wissenschaftlichen Institutionen Anordnungen des Propagandaministeriums, des Außenpolitischen Amtes der NSDAP und des Bundes Deutscher Osten ergingen, ihre Propagandatätigkeit einzustellen, vorhandenes Material zu vernichten oder abzuliefern. Vgl. Margarete Gärtner: Botschafterin des guten Willens. Außenpolitische Arbeit 1914-1950. Bonn 1955, S. 275.

<sup>46</sup> Zur Reise Sieburgs vgl. Wojciechowski: Beziehungen, S. 62. - Die Reportagen erschienen ab Ende November in loser Folge in der „Frankfurter Zeitung“. Den ersten Beitrag Sieburgs veröffentlichte das Blatt in großer Aufmachung. FZ, 26. November 1933: „Die Welt in Warschau (Untertitel: Die Atmosphäre)“, Titelseite. - Friedrich Sieburg: Polen. Legende und Wirklichkeit. Frankfurt/M. 1934.

<sup>47</sup> Sieburgs Pauschalurteile über den Charakter der Polen lassen nicht eben große Hochachtung erkennen, auch wenn er versucht, den Mangel an Vertrauenswürdigkeit historisch zu erklären: „Die Tatsache, daß ganze Generationen vom Ende der Aufstandsbewegung ab gezwungen waren, die beherrschende Obrigkeit in Sicherheit zu wiegen [...], konnte am Charakter der Polen nicht spurlos vorübergehen“. Einige Jahre später wurden ähnliche Bewertungen vorgenommen, mit dem Unterschied, daß das hier erkennbare Stereotyp als Schlagwort wiederkehrte. Das Urteil: die „Verschlagenheit der Polen“. Sieburg: Polen. S. 8. - Zu Abgrenzung und Definition der Begriffe „Vorurteil“, „Stereotyp“, „Schlagwort“ sowie „Feindbild“ vgl. Hasso von Zitzewitz: Das deutsche Polenbild in der Geschichte. Entstehung - Einflüsse - Auswirkungen. Köln - Weimar - Wien 1991, S. 98ff.

<sup>48</sup> „Vorläufig sind die Perspektiven nicht übermäßig ermutigend, aber man täte ebenso unrecht daran, sie als hoffnungslos zu bezeichnen“. Sieburg: Polen, S. 52.

„Gedanken der Autorität“,<sup>49</sup> der Verantwortlichkeit gegenüber dem Staat, der Einschränkung der Freiheit des Individuums gegenüber der Kollektivität und der Betonung soldatischer Tugenden. Den größten Unterschied erkennt Sieburg in der Massenbindung dieser Maxime. Während der Nationalsozialismus die Umsetzung des Volkswillens in politische Strukturen bedeute, seien die durch das Piłsudski-Regime vertretenen verwandten Werte im polnischen Volk nicht verhaftet, die Bevölkerung noch nicht bereit, sie zu akzeptieren.<sup>50</sup> Zwischen beiden Staaten bestünden auf Dauer nur zwei Lösungen, ihr Verhältnis, das nun einmal ein durch mancherlei Spannungen getrübtetes Nachbarschaftsverhältnis sei, grundsätzlich zu bereinigen. Eine der Alternativen seien immer neue Garantien für die Sicherheit und territoriale Integrität Polens durch dritte Staaten, wodurch die „Probleme erdrückt“ würden, die andere das Nachgeben einer der beiden Regierungen in der Grenzfrage. Beide Lösungen seien nicht realisierbar, möglich sei aber der jetzt eingeschlagene Weg, durch „kleine Schritte“ ein „erträgliches *praktisches Nebeneinander*“ zu organisieren.<sup>51</sup> Hier wird deutlich, wie wenig euphorisch in dieser quasi halbamtlichen Publikation der Polenkurs des neuen nationalsozialistischen Reichskanzlers bewertet wurde. Dies wirft zum einen ein bezeichnendes Licht auf die bei dem Auftraggeber, dem Auswärtigen Amt, noch spürbare Reserve und verdeutlicht zum anderen, wie wenig die Mitarbeiter der „Frankfurter Zeitung“ bereit waren, Schwierigkeiten schönzureden. Dennoch belegen die meisten Wertungen einen verhaltenen Optimismus,<sup>52</sup> die Spannungen der Vergangenheit, nicht aus Sympathie, sondern auf einer utilitaristischen Basis zu überwinden: „Kein Zweifel, wir lieben einander nicht. Aber wir können voneinander lernen, ja wir können uns achten. Die Rolle, die wir im polnischen Bewußtsein spielen können, wird niemals verführerisch sein, aber sie wird den soliden Unterbau des Nutzens haben“.<sup>53</sup>

Wie sich die deutsche Seite diesen Nutzen vorstellte und in welcher Form sich das Presseprotokoll sowie die regelmäßig stattfindenden Presseverhandlungen, die, wie Moltke aus Warschau mitteilte, von den dortigen Stellen als „vielleicht [...] wichtigste praktische Auswirkung“<sup>54</sup> der Nichtangriffserklärung angesehen wurden, auf das bilaterale Verhältnis niederschlugen, soll im fol-

---

<sup>49</sup> Sieburgs Beschreibung Piłsudskis ist fast panegyrisch zu nennen: „Seine äußere Erscheinung versendet die geheimnisvollen Ströme, die von einem großen Mann ausgehen. Obwohl er kein Riese ist, wirkt seine Gestalt in gewissen Augenblicken doch ungeheuer“. Sieburg: Polen, S. 33. – Auch Beck („einer der faszinierendsten Staatsmänner Europas“) wird mit sehr freundlichen Formulierungen bedacht. Ebd., S. 49.

<sup>50</sup> Sieburg: Polen, S. 18f.

<sup>51</sup> Sieburg: Polen, S. 59f.

<sup>52</sup> Außerdem äußerte er angesichts der spürbaren Skepsis erstaunliche – und wie sich zeigen sollte zutreffende – Erwartungen über die zukünftige außenpolitische Entwicklung in Europa: „Noch hat niemand eine klare Vorstellung davon, welche Außenpolitik Polen nach Erfüllung seiner Sicherheitsaufgaben treiben wird. Daß aber diese Politik sich eines Tages mehr an Deutschland anlehnen wird als an Frankreich, ist heute schon wahrscheinlich“. Sieburg begründete diese Ansicht damit, daß Frankreich, als *die* Status-quo Macht schlechthin, das Verlangen Polens nach mehr außenpolitischer Bewegungsfreiheit zu zügeln versuchen werde und Polen sich durch eine partielle Zusammenarbeit mit dem Reich größere Vorteile verspreche. Die zu erwartende Abkühlung des polnisch-französischen Verhältnisses werde jedoch nie soweit gehen, daß Polen das Bündnis mit Frankreich aufzugeben bereit sein würde. Sieburg: Polen, S. 56.

<sup>53</sup> Sieburg: Polen, S. 58.

<sup>54</sup> Moltke an AA, 16.10.1934. PAAA, PA, Polen 12, Bd. 1. Zit. Fischer: Deutsche Publizistik, S. 211.

genden für die Jahre 1934 bis 1938, die Jahre der „Partnerschaft“ zwischen dem Dritten Reich und Polen, überblickhaft dargestellt werden.

## 4. Das „neue“ Bild von Polen: Ausdrucksformen und Grenzen der taktischen Partnerschaft

### 4.1 Grundlinien der Berichterstattung über Polen

Wie Hans-Adolf Jacobsen in seiner wegweisenden Studie zur nationalsozialistischen Außenpolitik betont, bestand in den Jahren 1934 bis 1938 für die Polen-Berichterstattung die generelle Richtlinie, die Bedeutung des Nachbarstaates als „Bollwerk“ gegen den Kommunismus und - nach den mit der innenpolitischen Radikalisierung seit 1935 einhergehenden antisemitischen Maßnahmen des Regierungslagers - dessen „Kampf gegen das Judentum“ hervorzuheben.<sup>1</sup> Die partielle Übereinstimmung zwischen beiden Staaten auf einigen Gebieten der Außenpolitik, zunächst die Ablehnung des „Ostpaktes“<sup>2</sup> und später die deutliche Frontstellung sowohl des nationalsozialistischen Deutschlands als auch Polens gegen die Tschechoslowakei, wurden in reichsdeutschen Zeitungen, stärker als den auf die Unabhängigkeit ihrer Außenpolitik bedachten polnischen „Partnern“ recht sein konnte, als Ausdruck gemeinsamer Interessen und gleicher Ziele gewertet.<sup>3</sup> Mitte des Jahres 1934 war der deutsch-

---

<sup>1</sup> Jacobsen: Außenpolitik, S. 379f.

<sup>2</sup> Die gelenkte deutsche Presse hatte den Unwillen Polens, einen kollektiven Sicherheitspakt abzuschließen, bei jeder sich bietenden Gelegenheit als Beleg für die immer deutlicher werdende Abkehr Polens von Frankreich zu unterstreichen. Der „Völkische Beobachter“ zitierte am 1. September 1934 einen nicht namentlich genannten „bedeutende[n] polnische[n] Politiker“, der die Meinung zum Ausdruck gebracht habe, daß „der deutsche Führer als besserer Garant des Friedens angesehen werden kann, wie [sic!] jeder noch so elastisch formulierte Pakt“. VB, 01.09.1934: „Polnische Gleichgewichtspolitik“, S. 4. - Als im April 1935 Beck zum wiederholten Male im Völkerbundsrat die polnischen Bedenken gegen den „Ostpakt“ zum Ausdruck brachte, wurden die Zeitungen in der Pressekonferenz vom 16. d.M. angewiesen, die Rede solle „in guter Aufmachung herausgebracht werden“. In den „Hamburger Nachrichten“ hieß es dann am folgenden Tag: „Polen erteilt Laval eine Abfuhr“. NS-PA III/1, S. 221.

<sup>3</sup> Selbst in Fällen, die in der Vergangenheit als politischer Affront gegen das Reich gewertet worden wären, wurde der Presse Zurückhaltung auferlegt. Als Oberst Beck am 13. September 1934 die Mitarbeit Polens am Minderheitenschutz des Völkerbundes aufkündigte, feierte der „Völkische Beobachter“ diesen Schritt - ähnlich der für die deutsche Diplomatie geltenden Sprachregelung - als „neue[n] Riß im Versailler System“ (VB, 14.09.1934: „Polens Abkehr von Genf“, Titelseite) und konstatierte am 16. September auf der Titelseite mit Genugtuung - und in Balkenüberschrift - eine „Weitere Verschlechterung der polnisch-französischen Beziehungen“.

Die Kommentare der „Frankfurter Zeitung“ lassen demgegenüber zunächst eine Kritik an dem polnischen Vorgehen erkennen, wie sie zum damaligen Zeitpunkt deutlicher kaum noch ausfallen konnte. Die Taktik des Blattes bestand offensichtlich darin, eine Fülle ablehnender Kommentare der Auslandspresse wiederzugeben, doch hielt die Redaktion mit ihrer eigenen Meinung nicht hinter dem Berg: „Wenn das Beispiel Polens von anderen Staaten befolgt wird, dann würde sich das Minderheitenrecht überhaupt vom Völkerbund ablösen, und die einzige, wenn auch nicht sehr viel versprechende Möglichkeit, den Volksguppen zu helfen, läge im Abschluß von gegenseitigen Schutzverträgen, einem Mittel, das erfahrungsgemäß nur dann Erfolg bietet, wenn die sonstigen Beziehungen zwischen den Staaten freundschaftlich sind“. Zwischen den Zeilen ließ die Zeitung durchblicken, die polnische Kündigung sei ein zusätzliches Argument für Grenzkorrekturen. Es hieß, die formale Kündigung der Schutzverträge auch durch andere Staaten würde die „*Revision einiger Friedensverträge* zur politischen Notwendigkeit erheben“. Allerdings wurde in diesem Zusammenhang auf Trianon verwiesen, denn Anspielungen auf die deutsch-polnische Grenze waren untersagt. FZ, 15.09.1934: „Die Wirkung des polnischen Vorstoßes“, Titelseite. - Erst am 19. d. M. war die „Frankfurter Zeitung“ auf Linie gebracht. Jetzt wurde kommentiert, der im Völkerbund institutionalisierte Minderheitenschutz sei in der Vergangenheit unzureichend gewesen, Polen habe ihm zu Recht den „Todesstoß versetzt“. Die bessere Alternative seien bilaterale Abmachungen, der Schutz der Minderheiten könne „nur auf Grund von freien zweiseitigen Verträgen eine Zukunft haben“. FZ, 19.04.1934: „Minderheitenrecht und Minderheitenschutz“, Titelseite.

polnische Schulterschluss bereits so offensichtlich, daß, wie aus den Berichten der Exil-SPD hervorgeht, weithin über gegen die Sowjetunion gerichtete Geheimabsprachen gemutmaßt wurde: „Der Verdacht, daß gemeinsame polnisch-deutsche aktivistische Projekte bestehen auf Kosten Rußlands und der Randstaaten ist so allgemein, daß er in der ganzen Welt offen ausgesprochen wird. [...] Neuerdings sind Gerüchte über ein deutsch-polnisches Militärbündnis aufgetaucht“.<sup>4</sup> Auf die Nachricht vom Tod Piłsudskis reagierte Berlin mit einer ostentativ zur Schau getragenen Trauer; die Trauerfeierlichkeiten entsprachen denen zu Ehren des Oberhauptes eines *befreundeten* Staates.<sup>5</sup>

Bei der Kommentierung innenpolitischer Vorgänge in Polen wurde die reichsdeutsche Presse immer wieder zu äußerster Zurückhaltung aufgefordert. Es galt die Maxime, an den autoritären Maßnahmen des Regierungslagers, etwa an den gelenkten Wahlen, die auch deutsche Kandidaten benachteiligten, keinerlei Kritik zu üben.<sup>6</sup> Die nationalsozialistischen Machthaber waren dabei sorgsam darauf bedacht, die deutsch-polnischen Beziehungen öffentlich als stabiles und unverbrüchliches „Freundschaftsverhältnis“ zu klassifizieren und Zweifel an der Zuverlässigkeit dieser Zweckgemeinschaft zu unterdrücken.<sup>7</sup> Als Garant der Zusammenarbeit galt nach dem Tod Piłsudskis Außenminister Beck. Nach der Veröffentlichung der von der deutschen Presse verhalten aufgenommenen Minderheitenerklärung vom 5. November 1937<sup>8</sup> gab der Leiter der Pressekonferenz, Hans Fritsche, Grundsatzweisungen für die weitere Berichterstattung über Polen aus. Die deut-

---

<sup>4</sup> Sopade-Bericht Nr. 4, Juli/August 1934. In: Klaus Behnken (Hrsg.): Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934-1940. Bd. 1. 6. Auflage. Salzhausen - Frankfurt/M. 1982, S. 378 (künftig: Sopade-Berichte). - Die Presseabteilung tat alles, diese Vermutungen zu unterbinden. Über die tatsächlichen Vorstöße führender Nationalsozialisten, das deutsch-polnische Verhältnis zu einem antisowjetischen Bündnis umzuformen, durfte in der Presse selbstverständlich nicht berichtet werden, aber gerade die Schweigegebote waren der Anlaß weiterer Spekulationen. Als in der Pressekonferenz vom 21. Januar 1935 Meldungen über den „Jagdbesuch“ Görings in Polen untersagt wurden, berichtete Fritz Sänger nach Frankfurt: „wird ungewöhnlich beachtet! Damit ist mehr beabsichtigt als nur Jägerei! Will Hitler den Polenpakt ausbauen? Oder handelt es sich um eine ‚Feier‘ aus Anlaß des Jahrestages [der Nichtangriffserklärung, T.K.]?“ NS-PA III/1, S. 34.

<sup>5</sup> Am 13. Mai 1935 und am Beerdigungstag wurde in Berlin Halbmast geflaggt. An dem Trauergottesdienst am 18. d.M. nahmen Hitler, Neurath, Reichskriegsminister von Blomberg, Goebbels und weitere hochrangige Vertreter aus Staat, Partei und Wehrmacht teil. Göring würdigte am 21. Mai im Reichstag Leben und Leistungen des Marschalls. Meldungen, die geeignet waren, diese demonstrative Trauer zu konterkarieren, wurden untersagt. So bestand eine Nachrichtensperre über den Operettenbesuch Goebbels' am 15. Mai im „Theater des Volkes“. NS-PA III/1, S. 294f. - Einzelheiten zu den Trauerfeierlichkeiten bei Wojciechowski: Beziehungen, S. 199.

<sup>6</sup> Auf der Pressekonferenz vom 10. September 1935 wurden verschiedene deutsche Zeitungen für ihre Berichterstattung über die Sejmwahlen vom 8. September gerügt. So hatte die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ die Meinung der Oppositionsparteien, die geringe Wahlbeteiligung von 40% - in der Tat eine schallende Ohrfeige für die Obristengruppe - bedeute trotz der erreichten Dreiviertelmehrheit der Parlamentssitze einen Mißerfolg der Regierung, unkommentiert wiedergegeben. Die Zeitung wurde unter Bezugnahme auf das Presseabkommen ermahnt. NS-PA III/2, S. 568.

<sup>7</sup> Der durch den Tod Piłsudskis im Regierungslager ausgelöste Machtkampf, bei dem Beck seine weitgehende Handlungsfreiheit auf außenpolitischem Gebiet zwar hatte wahren können, in keiner der beiden Gruppen des Regierungslagers jedoch über eine eigene Machtbasis verfügte, hatte in der deutsche Presse skeptische Kommentare über die Perspektiven der deutsch-polnischen Beziehungen ausgelöst. Am 25. Oktober 1935 hieß es dazu in der Pressekonferenz, die in verschiedenen Zeitungen vertretene Auffassung, Beck sei als „der letzte Vertreter der Obersten-Gruppe“ anzusehen, sei „nach Auffassung des Auswärtigen Amtes falsch“, und es werde „daher gebeten, von einer Darstellung Becks als letztem Obersten in Zukunft abzusehen“. NS-PA III/2, S. 701.

<sup>8</sup> S. u., S. 61, Anm. 23.

sche Presse sollte sich bei Meldungen über die Lage der deutschen Minderheit auf Tatsachenberichte beschränken und vorsichtige Überschriften wählen. Im Falle von Ausschreitungen gegen Angehörige der Minderheit dürfe sich die Kritik nicht gegen die polnische Regierung richten, es seien allenfalls Kommentare möglich, die an die Regierung appellierten, für die Beachtung der Minderheitenrechte stärker Sorge zu tragen. Ausdrücklich hervorzuheben seien Maßnahmen gegen Kommunisten und Juden. Als „besonders vertraulich“ gekennzeichnet wurde die folgende Richtlinie: „Die jetzige polnische Regierung ist möglichst zu stützen. Daher dürfen zum Beispiel Nachrichten über Bauernunruhen<sup>9</sup> nicht übertrieben werden. Die Person und Politik von Beck ist bei sich bietender Gelegenheit zu loben. Hinzugefügt [wird] noch, daß diese Würdigung von Beck natürlich auch wieder nicht zu dick aufgetragen werden dürfe“.<sup>10</sup>

Die Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen wurde besonders in Zeiten erhöhter außenpolitischer Spannungen als Nachweis für die Ernsthaftigkeit der nationalsozialistischen Friedenspolitik instrumentalisiert, ein Beleg, der gerade im Ausland Eindruck machen sollte. Am 6. April 1935, einen Monat nach der Einführung der Wehrpflicht, hielt Goebbels in Danzig eine Wahlkampfrede, in der er das neue Verhältnis zu Polen genau in diesem Sinn interpretierte: „Wie stark und opferbereit die deutsche Friedenspolitik ist, das zeigt unsere Verständigung mit Polen. Wir sind bereit, für den Frieden Opfer zu bringen. Wir sind bereit, im Interesse dieser Verständigung auch Zugeständnisse zu machen“.<sup>11</sup> Auf dem Höhepunkt der Sudetenkrise suchte auch Hitler, durch den Verweis auf die deutsch-polnische Nichtangriffserklärung seinem Lippenbekenntnis, eine friedliche Lösung des Konfliktes anzustreben, größere Glaubwürdigkeit zu verleihen. Die sehr versöhnlichen Worte an die Adresse Warschaws dienten hier jedoch vornehmlich dazu, dem Dritten Reich bei der Zerschlagung der Tschechoslowakei die Schützenhilfe Polens zu sichern: „Das schwierigste Problem, das ich vorfand, war das deutsch-polnische Verhältnis. Es bestand die Gefahr, daß die Vorstellung einer ‚Erbfeindschaft‘ von unserem wie von dem polnischen Volke Besitz ergreifen würde. Dem wollte ich vorbeugen. [...] Wir sind alle überzeugt, daß dieses Abkommen eine dauerhafte Befriedigung mit sich bringen wird. Wir sehen ein, daß hier zwei Völker sind, die nebeneinander leben müssen und von denen keines das andere beseitigen kann. Ein Staat von 33 Millionen Men-

---

<sup>9</sup> Zwischen dem 15. und dem 25. August 1937 kam es in Polen zu einem Streik der Landbevölkerung, der blutig niedergeschlagen wurde.

<sup>10</sup> Weisung nach den Aufzeichnungen Fritz Säengers, des Berliner Vertreters der „Frankfurter Zeitung“. Säenger hat die von ihm trotz Verbot und Strafandrohung gesammelten Anweisungen, durch Kommentare und Erinnerungen ergänzt, selbst publiziert. Fritz Säenger: Politik der Täuschungen. Mißbrauch der Presse im Dritten Reich. Weisungen, Informationen, Notizen 1933-1939. Wien 1975, S. 369. Beck wurde umgehend in einem Leitartikel der „Frankfurter Zeitung“ gewürdigt. Am 12. Januar 1938 hieß es über den Außenminister, er gehöre „mit Pilsudski zu den Gründern und Führern einer Außenpolitik, die sich auf Vernunft und unmittelbare Notwendigkeit stützt“. Unter seiner außenpolitischen Führung habe Polen die „Emanzipation von der westlichen Vormundschaft“ erreicht. FZ, 12.01.1938: „Vernunft über alles“, S. 3.

<sup>11</sup> Heiber (Hrsg.): Goebbels-Reden. Bd. 2, S. 212.

schen wird immer nach einem Zugang zum Meer streben. Es mußte daher ein Weg der Verständigung gefunden werden“.<sup>12</sup>

Diese „Verständigung“ bestand für die deutsche Seite jedoch lediglich darin, die sich zwischen 1934 und 1938 zuungunsten Polens vollziehende Umkehrung des politischen und militärischen Kräfteverhältnisses weitgehend geräuschlos vonstatten gehen zu lassen. Die Berichterstattung über Maßnahmen, die auf den Widerstand Polens stoßen mußten oder zumindest geeignet waren, den Unmut polnischer Stellen hervorzurufen, wurde untersagt,<sup>13</sup> und die Grenzfrage wurde geradezu mit einem Tabu belegt. Nur in Fällen, in denen im Ausland über Revisionsabsichten des Dritten Reiches gegenüber Polen berichtet wurde, wurde die „Korridorfrage“ überhaupt aufgegriffen. Hierbei galt es, für die Beruhigung der polnischen Seite zu sorgen, ohne einen verbindlichen Verzicht auf jegliche Art von Grenzveränderung zu erklären. Als der britische „Daily Telegraph“ nach dem Berlin-Besuch Außenminister Simons und des Lordsiegelbewahrsers Eden Ende März 1935 berichtete, Hitler habe neben dem Anschluß Österreichs, der Rückgewinnung des Memelgebietes und der Annexion des Sudetenlandes auch die Aneignung des „Korridors“ als Ziele der nationalsozialistischen Außenpolitik benannt, wurden die reichsdeutschen Zeitungen in der Pressekonferenz angewiesen, ein über DNB verbreitetes Dementi im Wortlaut zu übernehmen, das allerdings auf den politischen Kern der Meldung kaum Bezug nahm, sondern gegen die Berichterstattung der britischen Zeitung polemisierte: „Die Nachricht des ‚Daily Telegraph‘ vom 27. März 1935, wonach der Führer und Reichskanzler in seinen Gesprächen mit den englischen Staatsmännern unter anderem die Forderung nach der Rückgewinnung des Korridors [...] als Programmpunkt[...] der deutschen Politik aufgestellt haben soll, ist in ihrem ganzen Inhalt frei erfunden und stellt sich als eine ganz üble politische Brunnenvergiftung dar, die von deutscher Seite aufs schärfste zurückgewiesen wird“.<sup>14</sup>

Johannes Kalisch konstatiert zu Recht, daß die zwischen 1934 und 1938 zu beobachtende behutsame Berichterstattung der „zentralen Presseorgane“ über Polen „in Fällen zunehmender Verschärfung“ der bilateralen Beziehungen aufgegeben wurde, doch der von ihm als Beleg für diese These

---

<sup>12</sup> Die hier getroffenen Feststellungen waren allesamt nicht neu. Immer wieder, zum ersten Mal in seiner „Friedensrede“ vom 17. Mai 1933 und wiederholt im Gespräch mit polnischen Diplomaten, hatte Hitler die Seeverbindung als ein Recht des polnischen Staates bezeichnet. Allerdings hat der deutsche Diktator in keinem dieser Fälle den territorialen Besitzstand Polens bestätigt, sondern im Gegenteil immer durchblicken lassen, der freie Zugang zum Meer wäre besser auf einem „anderen Weg“, d.h. über litauisches Staatsgebiet, realisiert worden. Der Auszug aus der „Sportpalastrede“ in Max Domarus: Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen. Bd. 1: Triumph, 1932-1938. 2. Teilband, S. 925.

<sup>13</sup> Die Gratwanderung der deutschen Politik in der Danzig-Frage war ein besonders heikles Thema. Gerade wegen der von polnischer Seite in bezug auf die *innere* Gleichschaltung der Freien Stadt geübten Zurückhaltung galt es, die Fassade der Eigenständigkeit Danzigs aufrechtzuerhalten. Vorgänge, die die fortschreitende Einbeziehung Danzigs in die reichsdeutsche Politik demonstrierten, wurden mit Schweigegeboten belegt. So hieß es am 2. November 1935 in der Pressekonferenz: „Bei den Einstellungen von Rekruten bei der deutschen Reichsmarine sind auch Danziger Staatsangehörige eingestellt worden. Es ist absolut unerwünscht, dass hierüber berichtet wird, aus naheliegenden Gründen.“ NS-PA III/2, S. 724.

<sup>14</sup> Zit. NS-PA III/1, S. 178. - Es ist hervorzuheben, daß es nach der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht im Reich und vor der anstehenden Krisendebatte im Völkerbundsrat Hitler besonders geboten erscheinen mußte, eine Verstimmung Polens zu vermeiden.

angeführte sogenannte Währungsstreit zwischen Danzig und Polen im Juli/August 1935 ist insofern ein schlecht gewähltes Beispiel, als gerade in diesem Fall die deutschen Zeitungen zu vorsichtiger Kommentierung angehalten wurden.<sup>15</sup> In der Pressekonferenz am 23. Juli hieß es, die Presse solle bevorzugt die ihnen über DNB zugehenden Meldungen übernehmen und habe „im übrigen aber grösste Zurückhaltung zu üben“.<sup>16</sup> Am 2. August wurde die Weisung durch eine noch weitergehende, recht erstaunliche Richtlinie ergänzt: „Bei der Behandlung des Danziger Problems wird vor einer allzu eindeutigen Stellungnahme zu Gunsten [sic!] Danzigs gegen Polen gewarnt. Die deutsche Presse soll sich der Werturteile nach Möglichkeit enthalten“.<sup>17</sup>

Eine wirkliche, wenn auch noch wohl dosierte Verschärfung läßt sich dagegen im Jahr 1937 beobachten. Nachdem der zwischen Frankreich und Polen geschlossene Vertrag von Rambouillet bereits im Vorjahr zu einer Verschlechterung des Klimas geführt hatte, standen die Polen betreffenden Meldungen seit Jahresbeginn 1937 im Zeichen der Minderheitenfrage. Das Auslaufen der Genfer Minderheitenkonvention am 15. Juli und das Bestreben der nationalsozialistischen Führung, auf diesem bisher vernachlässigten Gebiet ein propagandistisch verwertbares bilaterales Abkommen mit Polen abzuschließen, führte dazu, daß durch eine gelenkte Nachrichtenkampagne der Druck auf Polen, sich zu einem Arrangement bereitzufinden, verstärkt wurde. Der Bereich, in dem der Hebel angesetzt wurde, betraf jedoch nicht ausschließlich die Minderheitenfrage im engeren Sinne, sondern umfaßte alle Felder, auf denen die deutsche Seite glaubte, Druck aufbauen zu können. Im Verlauf der in Warschau zwischen dem 4. und 6. Oktober 1934 abgehaltenen Pressegespräche, der zweiten Runde der Presseverhandlungen nach dem Abschluß des Pressevereinbarung vom 24. Februar, hatte die polnische Seite den deutschen Unterhändlern zugestanden, daß deutsche Zeitungen auf Angriffe der polnischen Presse gegen die betreffenden Blätter polemisieren dürften.<sup>18</sup> Dieses polnische Placet wurde im Februar 1937 zu einer zielgerichteten Presseoffensive mißbraucht. In der Pressekonferenz am 25. Februar 1937 erhielten die Zeitungen mit eigenem Korrespondenten in Warschau folgende Anweisung: „Jeder der Vertreter soll eine oder mehrere polnische Zeitungen im besonderen beobachten und gründlich darauf durchlesen, ob sie ungerechtfertigte Behauptungen

---

<sup>15</sup> Johannes Kalisch: „Wirksamkeit und Grenzen des deutsch-polnischen Presseprotokolls vom 24. Februar 1934“. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 24 (1976), Heft 9, S. 1008.

<sup>16</sup> NS-PA III/2, S. 449. - Fritz Säger faßte die Vorgaben in seinem Bericht an die Frankfurter Redaktion folgendermaßen zusammen: „Es wurde wiederholt, dass man die Sache mit Zurückhaltung behandeln und keine Rieseneüberschriften machen moege. Eine sachliche und ruhige Kritik, die sich an die Tatsachen-Meldungen ankneufte, sei aber durchaus moeglich. [...] In den Kommentaren koenne man das Vorgehen der Polen bedauern, soll aber keineswegs das ganze deutsch-polnische Verhaeltnis wieder mit aufrollen“. Der Berliner Korrespondent versah seine Mitteilung mit dem Kommentar: „Es ist noch nicht soweit!“. Ebd.

<sup>17</sup> NS-PA III/2, S. 484. - Nach der Beilegung des Streits wurde die Kommentarsperre aufgehoben und folgende Richtlinie ausgegeben: „Verständigung wird begrüsst, [...] deutsch-polnische Verständigung habe sich bewährt, Ausland, das glaubte, dass wegen Danzig das Verhältnis Berlin-Warschau erkalten würde, ist nun enttäuscht“. NS-PA III/2, S. 500.

<sup>18</sup> Die deutschen Verhandlungspartner hatten versichert, daß das Anwachsen zu einer Pressekampagne verhindert werden könne. Das „Entgegenkommen“ Polens begründete sich in dem Umstand, daß die polnische Regierung nicht die gleichen Mittel verfügte wie die deutsche, die in polnischen Presseorganen geäußerte Kritik zu unterbinden. Vgl. Fischer: Deutsche Publizistik, S. 194.



bringen. Die Zeitungen der betreffenden Korrespondenten sollen dann nach Rücksprache jeweils [...] diese Behauptungen zurückweisen“.<sup>19</sup> Das deutliche Ansteigen der Attacken gegen polnische Blätter, Meldungen über vermeintliche Absichten Polens, seine Rechte in Danzig ausweiten zu wollen und die verstärkte Berichterstattung über Maßnahmen gegen Angehörige der deutschen Minderheit führte dazu, daß Botschafter Lipski um ein Gespräch bei Goebbels nachsuchte, das am 26. Mai 1937 stattfand. Von Lipski auf die Verschärfung in der Berichterstattung angesprochen, ging Goebbels auf die wahren Hintergründe der Kampagne nicht ein, sondern erwiderte - wenig glaubhaft -, die Zeitungen müßten „freie Hand zur sachlichen Kritik“ behalten. Entscheidend sei für ihn zu verhindern, daß „die Presse Persönlichkeiten angreift, die beide Staaten führen“.<sup>20</sup> Immerhin hatte die Einlassung Lipskis den Erfolg, daß in der Pressekonferenz vom 3. Juni 1937 eine Warnung vor „scharfmacherisch[en]“ und „chauvinistisch[en]“ Tendenzen ausgesprochen wurde.<sup>21</sup> Die Politik der Nadelstiche wurde jedoch beibehalten,<sup>22</sup> und die Kampagne wurde erst beendet, als am 5. November von beiden Seiten gleichlautende Minderheitenerklärungen veröffentlicht wurden<sup>23</sup> und - weit wich-

---

<sup>19</sup> Sänger: Politik der Täuschungen, S. 367. - In der übrigen Literatur findet sich lediglich ein vereinzelter Hinweis auf einen gezielten Vorstoß. Nach Weinberg: Starting World War II, S. 195f. wurde die Presse am 19. März, am 22. März und am 15. April angewiesen, die Minderheitenfrage aufzugreifen und in moderatem Ton auf den Abschluß eines bilateralen Schutzabkommens zu drängen.

<sup>20</sup> Bericht Lipskis an das polnische Außenministerium vom 26. Mai 1937. Archiwum Akt Nowych Warszawa, Ambasada Berlin, Nr. 922. Zit. Kalisch: Presseprotokoll, S. 1009, Hervorhebung T.K.

<sup>21</sup> Sywottek: Mobilmachung, S. 210.

<sup>22</sup> Meist handelte es sich um Kleinmeldungen des DNB. Am 8. Juni erschien eine DNB-Meldung über eine Durchsuchung der Geschäftsstelle des Deutschen Volksbundes in Kattowitz auf der Titelseite der „Frankfurter Zeitung“, am 18. Juni wurde auf der vierten Seite die Auflösung eines deutschen Madchenheims im Kreis Dirschau und die Schließung von drei Privatschulen in Oberschlesien gemeldet. Die Meldungen waren unkommentiert. Am 15. Juli widmete die „Frankfurter Zeitung“ den im Zuge des Auslaufens der Genfer Konvention nun aufgetauchten strittigen Rechtsfragen einen Artikel, in dem - zwar verhalten, aber vernehmlich - die polnische Regierung kritisiert wurde: „Mit einem gewissen Bedauern muß man von deutscher Seite zur Kenntnis nehmen, daß die polnische Regierung bei der Behandlung der erwähnten Themen [Optantenverbleib, Entschädigungsfragen u.a., T.K.] auf einem Standpunkt beharrt, der mit dem Geist des deutsch-polnischen Abkommens nicht recht vereinbar erscheint“. FZ, 15. Juli 1937: „Oberschlesienkonvention abgelaufen“, Titelseite.

Auch die Danzig-Frage wurde - ebenfalls behutsam - thematisiert. Am 14. August referierte die „Frankfurter Zeitung“ Auszüge aus der anläßlich der Jahrestagung des Deutschen Auslands Instituts in Stuttgart gehaltenen Rede des Danziger Gauleiters Albert Forster, der durch die Gleichsetzung von Saargebiet und Danzig recht deutlich machte, wohin seiner Meinung nach Danzig gehörte - zum Reich: „Ohne Adolf Hitler und den Nationalsozialismus wären Gebiete wie das Saargebiet und Danzig auf ewige Zeiten für das Deutschtum verloren gewesen“. FZ, 14.08.1937: „Jahrestagung des DAI“, Titelseite.

<sup>23</sup> Die Kommentare der beiden ausgewerteten Zeitungen werteten die Abmachungen durchaus positiv, waren jedoch alles andere als überschwenglich und hatten einen erkennbar appellativen Zungenschlag. Die „Frankfurter Zeitung“ kritisierte, daß in der Vergangenheit „immer wieder unverantwortliche und häßliche Ausbrüche in Rede und Schrift über die Grenzen“ gedungen seien, die „vom Geist des Abkommens [aus dem Jahr 1934, T.K.] nichts verspüren ließen“, gab sich aber „gewiß“, daß die polnische Regierung alles tun wird, ihnen [den gerade vereinbarten Grundsätzen des Minderheitenrechtes, T.K.] in der Praxis Geltung zu verschaffen. [...]. Wenn sich Regierungen in so feierlicher Weise verpflichten, darf keine untere Instanz ihrem Willen zuwiderhandeln“. FZ, 06.11.1937: „Grundsätze guter Nachbarschaft“, Titelseite. - Der „Völkische Beobachter“ argumentierte auf ganz ähnliche Weise und kommentierte die Erklärungen weit nüchterner als vergleichbare diplomatische Erfolge im Zeitraum 1933/34, als das Blatt eine geradezu euphorische Berichterstattung an den Tag gelegt hatte. Auch das nationalsozialistische Organ bemängelte die bisherige Minderheitenpolitik der polnischen Regierung und erklärte, der Wert der Deklarationen werde vornehmlich „von dem Geist abhängen, den sie in den amtlichen Stellen vorfinden“. Es ist allerdings bemerkenswert, daß in dem Artikel auf die Umkehrung des militärischen Kräfteverhältnisses seit 1934 Bezug

tiger - am gleichen Tag die Weichen für die beiden außenpolitischen Großereignisse des Jahres 1938 gestellt wurden.<sup>24</sup> Sowohl für den Anschluß Österreichs als auch für die Zerschlagung der Tschechoslowakei schien eine bewußte Verschärfung der deutsch-polnischen Beziehungen Hitler nicht mehr angebracht. Die Berichterstattung über Polen im Verlauf der Sudetenkrise soll - da sich hier wie in keinem anderen Fall die „Partnerschaft“ der beiden Länder manifestierte und die Pressemeldungen in einem überdeutlichen Kontrast standen zu der in den folgenden Monaten vorgenommenen Bewertung Polens - an dieser Stelle eingehender untersucht werden.

#### 4.2 Polen und die Sudetenkrise<sup>25</sup>

Obleich die polnische Außenpolitik in den Tagen der Sudetenkrise geradezu ängstlich darauf bedacht war, bei dem eigenen Vorgehen gegen die Tschechoslowakei eine zu enge Anlehnung an die Aggressionspolitik des Dritten Reiches zu vermeiden, Selbständigkeit zu demonstrieren und vor allem nicht den Anschein einer geheimen Komplizenschaft aufkommen zu lassen, macht die Berichterstattung des „Völkischen Beobachters“ und der „Frankfurter Zeitung“ deutlich, daß der reichsdeutschen Presse die Aufgabe zugewiesen worden war, den Beitrag Polens an der Zertrümmerung der ČSR hervorzuheben und einen Schulteranschluß zwischen dem Dritten Reich und Polen zu suggerieren. Die auf der gleichen Argumentation - dem Selbstbestimmungsrecht der Minderheiten - beruhenden Ansprüche Polens auf das Teschener Schlesien wurden in den deutschen Zeitungen vorbehaltlos unterstützt, vermeintliche Übergriffe der tschechischen Polizei gegen die polnische Bevölkerung des Olsagebietes als Beleg für den Unwillen Prags, Minderheitenrechte zu beachten, herangezogen, und die im Verlauf des Konflikts zwischen Polen und der Sowjetunion aufkommenden Spannungen wurden als Abkehr von der Gleichgewichtspolitik und Nachweis für den Übergang Polens ins deutsche Lager gewertet. Besonders betont wurde die Entschiedenheit, mit der Warschau seine Forderungen vertrat,<sup>26</sup> und mit der Weigerung, auf Autonomiezusagen der tschechischen Seite

---

genommen wurde. Noch ohne drohenden Unterton - aber immerhin ein erster Hinweis, daß Deutschland nun auch anders könnte - verwies der „Völkische Beobachter“ darauf, daß selbst nach „der grundlegenden Änderung der militärischen Verhältnisse“ das Deutsche Reich seine 1934 eingeschlagene Politik weiterverfolge. Dies sei der Beweis für das „ehrliche Bemühen“ des nationalsozialistischen Deutschlands, mit Polen zu einem Ausgleich zu gelangen. VB, 6.11.1937: „Sicherung des Volkstums“, Titelseite.

<sup>24</sup> Am 5. November 1937 fand die im Hoßbach-Protokoll wiedergegebene Besprechung Hitlers mit Außenminister Neurath und den Spitzen der Wehrmacht statt. Vgl. Wendt: Großdeutschland, S. 11ff. Die Niederschrift Hoßbachs ebd. S. 192ff. sowie ADAP D I, Dok. 19.

<sup>25</sup> Über die in den Tagen der Sudetenkrise geltenden Richtlinien für die Berichterstattung über Polen liegen keine Quellen vor. Die von Bohrmann herausgegebene Edition umfaßt bisher die Weisungen der Jahre 1933 bis 1936, und die Sekundärliteratur behandelt allenfalls die Maßregeln, die für Meldungen über die Tschechoslowakei ausgegeben wurden.

<sup>26</sup> „Die Aussprache [auf dem Obersalzberg am 20. September zwischen Hitler und Lipski, bzw. Hitler und den Vertretern Ungarns, T.K.] zeigt, daß es den beiden Nachbarstaaten, mit denen Deutschland in den freundschaftlichsten [!] politischen Beziehungen steht, ernst ist mit ihrer Forderung“. FZ, 21.09.1938: „Der Anspruch Ungarns und Polens“, Titelseite. - FZ, 27.09.1938: „Polen bleibt fest“, S. 2. - FZ, 28.09.1938: „Polens Entschlossenheit“, Titelseite. - FZ, 29.09.1938: „Polen

einzugehen, stattdessen strikt auf die Abtretung des umstrittenen Territoriums zu bestehen, diene Polen als Kronzeuge für das von Hitler verfochtene Dogma, eine andere Lösung als die Abtrennung der Grenzgebiete könne nicht akzeptiert werden. Am 23. September kommentierte der „Völkische Beobachter“, die Warschauer Regierung habe „mit guten Gründen, deren Berechtigung niemand bestreiten kann, [ihren] Willen bekundet, daß das Gebiet der polnischen Volksgruppe in der Tschecho-Slowakei an Polen angegliedert werden muß“. Die durch die polnische Note an London und Prag „geschaffene [...] Lage“ mache eine „völlige Lösung der tschechischen Frage zur Notwendigkeit“. Die von Ungarn und Polen erhobenen Forderungen bedeuteten „*keineswegs eine Erschwerung der Situation*, sondern sie dienen mit dazu, eine klare und unzweideutige Lage zu schaffen, wie sie im Interesse aller Beteiligten liegt“. Der „Völkische Beobachter“ hob besonders hervor, daß aufgrund der „*mangelnden Vertragstreue der Tschechen*, auf die Warschau [!] zutreffend verweist“, die Einräumung weitgehender autonomer Rechte für die Minderheiten keinesfalls zur Bereinigung des „unerträglichen Zustandes“ führen könnte.<sup>27</sup>

Sowohl im „Völkischen Beobachter“ wie in der „Frankfurter Zeitung“ erschienen in den folgenden Tagen verstärkt Meldungen über Maßnahmen tschechischer Dienststellen gegen Angehörige der polnischen Minderheit und vermeintliche Ausschreitungen von Tschechen gegen Polen. Während die „Frankfurter Zeitung“ Kleinmeldungen veröffentlichte, die über Beschränkungen im Reiseverkehr und vergleichbar harmlose, von Behördenseite verhängte Restriktionen für die polnische Bevölkerung berichteten, demonstrieren die vom „Völkischen Beobachter“ gewählte Wortwahl und die Überschriften das Bemühen der Zeitung, die Situation zu verschärfen und durch die Schilderung der gleichen „Unterdrückungsmethoden gegen Polen wie gegen Sudetendeutsche“ den Nachweis für die generelle Unfähigkeit oder den Unwillen Prags, Minderheitenrechte zu beachten, zu erbringen.<sup>28</sup>

---

verlangt Entscheidungen“, S. 11.

<sup>27</sup> VB, 23.09.1938: „Die polnische Erklärung“, S. 2.

<sup>28</sup> VB, 24.09.1938: „Die gleichen Unterdrückungsmethoden gegen Polen wie gegen Sudetendeutsche“, S. 4. - VB, 25.09.1938: „Polnische Opfer der Prager Blutdiktatur“, Titelseite. - VB, 27.09.1938: „Hetzjagden des tschechischen Mobs gegen wehrlose Polen“, S. 7. - Es ist ein bemerkenswerter Beleg für das kurze Gedächtnis der Leser und Leserinnen, auf das die nationalsozialistische Propaganda spekulierte, daß ein Jahr später die Zeitungen gelegentlich über Ausschreitungen des „polnischen Mobs“ gegen wehrlose Tschechen im Olsa-Gebiet berichteten. Die tschechischen Opfer konnten diesen Meldungen zufolge ihr Leben nur durch Flucht ins benachbarte „Protektorat“ retten.

Mit Genugtuung wurde über die zwischen Polen und der Sowjetunion entstandenen Spannungen<sup>29</sup> und die Verstimmung der westlichen Großmächte, insbesondere Frankreichs,<sup>30</sup> über das polnische Vorgehen berichtet. Der Gleichklang der polnischen und deutschen Interessen und die Übereinstimmung im Vorgehen gegen die Tschechoslowakei wurden demgegenüber bei jeder sich bietenden Gelegenheit hervorgehoben und polnische Pressestimmen, die das Münchener Abkommen positiv bewerteten, entsprechend gewürdigt.<sup>31</sup> Die im Verlauf der Sudetenkrise deutlich gewordenen Gemeinsamkeiten zwischen dem Dritten Reich und Polen wurden in der Presse geradezu als Beginn einer neuen Ära im zwischenstaatlichen Verhältnis dargestellt. Am 5. Oktober veröffentlichte die „Frankfurter Zeitung“ einen ausführlichen Artikel, der die Besetzung Teschens und die in Polen zu diesem Anlaß stattfindenden Feiern zum Inhalt hatte. Ein neues Kapitel der deutsch-polnischen Freundschaft schien eingeläutet zu werden: „Ebenso konnte man am Samstag [dem 1. Oktober, T.K.] in Warschau zum ersten Mal auch die Tatsache verzeichnen, daß aus einer vor der deutschen Botschaft vorüberziehenden Menge Heilrufe auf Adolf *Hitler* und Deutschland laut wurden. Die Erklärung Deutschlands, die neue tschechische Grenze erst nach der Regelung der polnischen und ungarischen Minderheitenfrage garantieren zu können, hat in der polnischen Öffentlichkeit Sympathien erweckt, die für die weitere Entwicklung des deutsch-polnischen Verhältnisses von Einfluß sein können“.<sup>32</sup>

---

<sup>29</sup> Eine Meldung über die sowjetische Note vom 23. September, bei einem Angriff Polens auf die ČSR die polnisch-sowjetische Nichtangriffserklärung von 1932 als gegenstandslos zu betrachten, erschien in beiden Blättern auf der Titelseite. Die Überschrift des „Völkischen Beobachters“ war wieder deutlich schärfer als die von der „Frankfurter Zeitung“ gewählte. VB, 24.09.1938: „Unverschämte Drohung Moskaus gegen Polen“, Titelseite. - FZ, 24.09.1938: „Eine Moskauer Herausforderung an Polen“, Titelseite. - Der „Völkische Beobachter“ vertrat in dem Artikel die Meinung, die zwischen der UdSSR und Polen bestehende Verpflichtung sei infolge des tschechoslowakisch-sowjetischen Bündnisses von 1935 ohnehin hinfällig gewesen und deutete die Spannungen - mit offensichtlicher Befriedigung - als ernsthaftes Zerwürfnis. - Die „Frankfurter Zeitung“ war demgegenüber nicht nur zurückhaltender in der Wahl der Überschrift, sondern begrüßte ganz im Gegenteil am 30. November die zwischen Polen und der Sowjetunion unternommenen Versuche, die Verstimmungen zu bereinigen. In dem Artikel hieß es, man werde „den Hoffnungen Polens auf eine Befriedigung seiner Ostgrenzen gerne Verwirklichung wünschen“. FZ, 30.11.1938: „Die polnisch-sowjetrussische Erklärung“, S. 2.

<sup>30</sup> FZ, 7.10.1938: „Französische Enttäuschung über Polen“, S. 4. Der Rücktritt des Vorsitzenden des Vereins „Die Freunde Polens“ wurde zum Anlaß genommen, über die Verärgerung in der französischen Politik und Diplomatie zu berichten. Zitiert wurden auch kritische Stimmen aus der Presse, unter anderem Kommentare der Zeitungen „Petit Parisiens“ und „Temps“.

<sup>31</sup> Der „Völkische Beobachter“ gab am 1. Oktober Kommentare polnischer Zeitungen über das Münchener Abkommen wieder. Eine Äußerung des „Express Poranny“ diente dabei als Artikelüberschrift. VB, 01.10.1937: „Der gute Wille hat gesiegt“, S. 2.

<sup>32</sup> FZ, 05.10.1938: „Die Besetzung Teschens. Jubelfeiern in Polen“, S. 11. Meldungen über den Anschluß der Sudetengebiete dominierten die vorderen Seiten der Ausgabe. Dies ist wohl der Grund für die nachgestellte Platzierung des Artikels.

Es erschienen auch Berichte, die angesichts der dann sehr schnell einsetzenden Verschärfung in der Berichterstattung recht bemerkenswert sind. Am 30. Oktober 1938 veröffentlichte die „Frankfurter Zeitung“ unter der Überschrift „Korridorverkehr“ die folgende Beurteilung: „Bei der Reise nach Ostpreußen hat man sich an die Eigenheiten des Korridorverkehrs [...] gewöhnt. [Früher] kam es doch gelegentlich zu Unzuträglichkeiten, aber seitdem sich beide Staaten geeinigt haben, den gegenwärtigen Zustand *als etwas Notwendiges* anzusehen, geht es gut“. FZ, 30.10.1938: „Korridorverkehr“, S. 3. Hervorhebung T.K.

### 4.3 Die „unterirdische Propaganda“

Es steht außer Zweifel, daß mit der Anbahnung des „Polenpaktes“ im Verlauf des Jahres 1933 und der Pressevereinbarung vom 24. Februar 1934 ein Wandel in der Berichterstattung über das Nachbarland einherging, wie er offensichtlicher kaum ausfallen konnte. Es fehlt nicht an - teilweise bereits angeführten - Quellen, die von der Stimmung weiter Teile der Bevölkerung und auch der von dem Umschwung vornehmlich betroffenen Volkstums-Funktionäre Ausdruck geben. Die Skala reicht dabei von Verwirrung über Unverständnis bis hin zu deutlicher Ablehnung des neuen Kurses in der Polenpolitik. Es mangelt aber auch nicht an Quellen, die belegen, welcher Charakter der zwischen 1933/34 und 1938 geltenden Pressepolitik tatsächlich zuzumessen ist. Es handelte sich allenfalls um eine - wie Peter Fischer zutreffend formuliert - „auf bestimmte Zeit angelegte, flankierende Maßnahme außenpolitischer Opportunität [...], nicht um den Versuch, Einstellungen und Stereotypen zu modifizieren und so zu einer grundlegenden Wende in den deutsch-polnischen Beziehungen beizutragen“.<sup>33</sup>

Als ausgesprochen hellsichtig erweist sich im Rückblick der Informationsbericht der Dienatag GmbH, den ein Redakteur der Agentur, vermutlich Georg Dertinger, am 24. August 1933 an die drei von dem Zeitungsdienst belieferten Redaktionen übermittelte. Hier hieß es, das kurz zuvor zwischen Danzig und Polen getroffene Hafensabkommen liege „durchaus in der aussenpolitischen Linienführung des Kanzlers“ und stelle „den Versuch dar, mit Polen zu einem modus vivendi zu gelangen. Dabei liegt die Überzeugung zugrunde, dass das geistig bedeutendere deutsche Volk in allmählicher Aufbauarbeit das polnische Element zurückdrängen wird und es bevölkerungspolitisch und geistig nach Jahren zur Defensive treibt. Sollte sich diese Annahme als Utopie erweisen, so ist es nach Meinung des Führers und des Auswärtigen Amtes später noch Zeit, diesen Kurs zu revidieren, nämlich dann, wenn eine stärkere deutsche Wehrmacht wohlausgebildet vorhanden ist und wenn die internationale Atmosphäre Polen in eine stärkere Isolierung gebracht hat, als das heute der Fall

i s t “ . 3 4 S o

---

<sup>33</sup> Fischer: Deutsche Publizistik, S. 189. - Allein der Umstand, daß keine generellen Richtlinien für die Berichterstattung ausgegeben wurden und Presseanweisungen jeweils von Fall zu Fall ergingen, läßt erkennen, daß von einer radikalen, d.h. an die Wurzeln gehenden Kehrtwendung nicht zu sprechen sein kann. Einige der Anweisungen zeigen nur zu klar, daß es sich lediglich um eine taktisch bedingte Zurückhaltung handelte und man sich für die Zukunft alle Optionen offenhielt. In der Pressekonferenz vom 21.1.1935 hieß es ausdrücklich, daß „jede irredentistische Propaganda, [...] auch durch Karten, die ‚Deutschlands blutende Grenzen‘ darstellen, [...] aus aussenpolitischen Gründen *vorläufig* unterbleiben [soll]“. NS-PA 3/I, S. 33f. Hervorhebung T.K. - Vgl. auch die Presseanweisung vom 15. März 1934, s.o. S. 70.

<sup>34</sup> NS-PA I, S. 91. - Bei den Informationsberichten der Dienatag handelte es sich um ausführliche Hintergrundinformationen der Berliner Redakteure, die den Heimatredaktionen die Abfassung eigener Kommentare erleichtern sollten. Diese Informationen erhielten die Mitarbeiter des Zeitungsdienstes in der Regel nicht in der Pressekonferenz, sondern durch Informanten in den verschiedenen Ministerien oder andere informelle Kontakte. Die Beurteilung dieser Mitteilung ist insofern nicht unproblematisch, als unklar bleibt, auf welche Quelle sich der Redakteur stützt. Waren es Einschätzungen eines (wie hohen?) Mitarbeiters des Auswärtigen Amtes, so könnte der Informant, angesichts der dort vorherrschenden antipolnischen Grundeinstellung, auch die eigene Hoffnung auf die hier beschriebene Entwicklung ausgedrückt haben und weniger die Absicht Hitlers, auf den er sich natürlich beruft. Darüber hinaus war die Dienatag ein Dienst national-konservativer Zeitun-

lange die Risikozone der nationalsozialistischen Außenpolitik noch nicht durchlaufen war, hatte somit eine allzu laute antipolnische revisionistische Propaganda zu unterbleiben, und sie wurde von 1934 bis 1938/39 ersetzt durch eine stille, fast geheime „unterirdische“ revisionistische Kampagne<sup>35</sup>, die in Form von geschlossenen Veranstaltungen, Schulungen, Grenzbesichtigungen u.a.<sup>36</sup> in den Jahren, in denen in der reichsdeutschen Presse die „deutsch-polnische Freundschaft“ zu würdigen hatte, gezielt eingesetzt wurde, die bestehenden Vorurteile am Leben zu erhalten oder noch zu vertiefen. Antipolnische Stereotype wurden - insbesondere durch den im Mai 1933 gegründeten „Bund Deutscher Osten (BDO)“ und den „Volksbund für das Deutschtum im Ausland (VDA)“ - im kleinen kultiviert, Revisionspropaganda in Vereinsbroschüren, Betriebsversammlungen und anderen Veranstaltungen mit Breitenwirkung aber ohne Propagandalärm betrieben.<sup>37</sup> Da die Inhalte und Methoden der Propaganda sich änderten, kaum noch *expressis verbis* die Grenzrevision gefordert wurde, sondern mit der Propagierung der Rassenlehre, der „Lebensraum“-Ideologie und der Hervorhebung der geschichtlichen Leistungen und zukünftigen Aufgaben des Deutschen Reiches „im Osten“ die ideologische Basis gelegt wurde, die Grenzfrage später erneut - und umso entschiedener - aufzuwerfen, reagierte auch die polnische Botschaft, obwohl die Tätigkeit des BDO und des VDA dort bekannt war, nicht auf die schleichende Vergiftung.<sup>38</sup>

Wie wenig ernsthaft eine wirkliche, auch die Bevölkerung erfassende Verbesserung der zwischenstaatlichen Beziehungen, der Abbau von Vorurteilen, Stereotypen und Feindbildern von deutscher Seite gewünscht war, demonstrieren die Schulbuchverhandlungen in den Jahren 1937 und 1938.<sup>39</sup> 1937 wurde zwischen den Außenministern beider Staaten, d.h. auf höchster Ebene, die Einsetzung einer Kommission vereinbart, deren Aufgabe es sein sollte, die Darstellung des Nachbarlandes in

---

gen, Blätter, die Mühe hatten, sich mit dem neuen Kurs anzufreunden. So ist es immerhin denkbar, daß diese Zeitungen durch die hier aufgezeigten „Perspektiven“ erst einmal ruhiggestellt werden sollten.

<sup>35</sup> Wojciechowski: Beziehungen, S. 256.

<sup>36</sup> Veranstaltungen dieser Art wurden auch in Zeiten, in denen es besonders galt, Spannungen zu vermeiden, nicht aufgegeben. Am 26. April 1938 waren 100 „KdF“-Reiseleiter in Marienwerder Gäste des Regierungspräsidenten von Keudell, der sie über das - so wörtlich - „im Osten an Deutschland begangene Unrecht“ ins Bild setzte und solchermaßen für die im Sommer anstehenden, von der „KdF“ organisierten Grenzreisen instruierte. Sopade-Berichte, Bd. 5, S. 393.

<sup>37</sup> Der Sopade-Bericht von Juni/Juli 1934 schildert die Verhältnisse in den Arbeitsdienstlagern Schlesiens. In Petersdorf bei Görlitz wurden die Angehörigen des Arbeitsdienstes militärisch (Morse-Unterricht, MG-Ausbildung u.a.) und weltanschaulich instruiert. Über die „theoretische Schulung“ heißt es: „Im Vordergrund [...] steht der Revanchegedanke. So wurde bei einem Kursus die These aufgestellt, daß die Wiedergewinnung des Elsaß, der Saar, des Korridores, Danzig [sic!] und Oberschlesiens eine Lebensnotwendigkeit für Deutschland sei“. Sopade-Berichte, Bd. 1, S. 224.

<sup>38</sup> Vgl. Wojciechowski: Beziehungen, S. 256f. Der Autor gibt an, man habe in der polnischen Botschaft diese stille Form der Propaganda als gelegentlich vorkommende „Auswüchse“ mißverstanden, die den Absichten Hitlers zuwiderliefen. - Vgl. auch Kalisch: Presseprotokoll, S. 1012. - Peter Fischer verweist auf die Fülle von Möglichkeiten, die es gerade für die Grenzlandzeitungen gab, ohne das Presseabkommen zu verletzen gegen seinen Geist zu verstoßen. So war es in den Zeitungen Ostdeutschlands Usus, bei tatsächlich von Polen begangenen Straftaten die polnische Abstammung oder Nationalität des Täters besonders hervorzuheben, was natürlich geeignet war, bestehende Vorurteile zu vertiefen. Fischer: Deutsche Publizistik, S. 208.

<sup>39</sup> Für das folgende vgl. Enno Meyer: „Die deutsch-polnischen Schulbuchgespräche von 1937/38“. In: Internationale Schulbuchforschung 10 (1988), Heft 4, S. 403-418. - Vgl. auch Kalisch: Presseprotokoll, S. 1013.

dem in den Schulen verwendeten Lehr- und Unterrichtsmaterial auf Feindbilder und pejorative Klischees zu untersuchen sowie Richtlinien für eine vorurteilsfreie Bewertung insbesondere der historischen Problemfelder auszuarbeiten. Allein die Besetzung der Kommission verdeutlicht, welche tatsächliche Absicht die deutsche Seite mit der Aufnahme der Gespräche verfolgte: es waren Scheinverhandlungen, die den Sinn hatten, die Atmosphäre weiter zu verbessern, ohne substantielle Zugeständnisse machen zu müssen. Während auf polnischer Seite mit dem renommierten Krakauer Historiker Prof. Dr. Jan Dąbrowski ein befähigter Unterhändler mit der Durchführung der Gespräche betraut wurde, benannte der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung mit dem Breslauer Oberschulrat Fritzek einen Leiter der deutschen Delegation, der seinen „großen inneren Vorbehalt“ unmittelbar nach dem Abschluß der ersten Verhandlungsrunde in einem Schreiben an den Minister zum Ausdruck brachte.<sup>40</sup> Hier beschrieb Fritzek als die „von deutscher Seite zu übende Taktik [...], ein Scheitern der Verhandlungen möglichst durch die Gegenseite herbeiführen zu lassen [...]“. Es galt, jedes Zugeständnis, das der geistigen Mobilmachung zuwiderlief, zu verhindern und „nicht durch allzugroßes Entgegenkommen gegenüber den polnischen Wünschen nach ‚Bereinigung‘ den deutschen Selbstbehauptungswillen im Osten in der Erziehung der Jugend zu kämpferischer Haltung und zum Stolz auf die kulturelle Führerrolle des Deutschen Volkes in der Vergangenheit zu lähmen [...]“.<sup>41</sup> In diesem Sinne war Fritzek ein geeigneter Anwalt nationalsozialistischer Interessen. Er hatte erfaßt, welche Haltung von ihm erwartet wurde, und seine Einstellung ist - obgleich nur brauchbares Werkzeug des Regimes, selbst ohne größere Bedeutung - symptomatisch für den offiziell bekundeten deutschen „Willen zur Verständigung“. Es nimmt nicht wunder, daß die Gespräche über Absichtsbekundungen nicht hinausführten und 1938 im Sande verliefen.<sup>42</sup>

---

<sup>40</sup> Brief vom 12. April 1937. Zit. Meyer: Schulbuchgespräche, S. 410. Es fanden insgesamt drei Gespräche statt: am 6./7. April 1937 in Berlin, am 28./29. August 1937 in Warschau und am 27./28. Juni 1938 erneut in Berlin. An der zweiten und dritten Gesprächsrunde nahm auf deutscher Seite der Breslauer Geschichtspräsident Hermann Aubin, auf polnischer der Pädagoge Prof. Dr. B. Nawroczyński teil.

<sup>41</sup> Meyer: Schulbuchgespräche, S. 410f.

<sup>42</sup> Besonders das „Braune Haus“, d.h. die Partei, hatte auf den Abbruch der Gespräche gedrängt. Ein Aussetzen der Verhandlungen wurde indes vermieden, sie wurden stillschweigend zu Grabe getragen. Die Unterhändler vereinbarten in der Besprechung vom 27./28. Juni 1938 zwar noch Arbeitsaufgaben für eine Folgesitzung, es wurde jedoch kein Termin mehr avisiert.

Ein ähnliches Schicksal erlitt das am 25. Februar 1935 an der Lessing-Hochschule in Berlin eingerichtete „Deutsch-Polnische Institut“, eine weitere Propaganda-Schimäre zur Betonung der „deutsch-polnischen Freundschaft“, an dessen Gründungsfeier neben Lipski viel Prominenz aus Partei und Staat - Goebbels, Göring, Innenminister Frick und „Stahlhelmführer“ Seldte - teilgenommen hatte, das seine Blütezeit 1936 erlebte und 1938 allenfalls noch ein Schattendasein fristete. Das Institut war mit einer Reihe von Vorträgen, vornehmlich Gastvorträgen, an die Öffentlichkeit getreten, die allesamt eher im Bereich der Landes- und Volkskunde anzusiedeln sind. Heikle Themen kamen hier nicht zur Sprache, es war eine Art „Schönwettereinrichtung“. So gab es Vorträge über die „Schwarze Madonna von Tschenschowau“ oder „Landschaft und Stämme im polnischen Volkslied“, eine von dem geschäftsführenden Sekretär des Instituts, Karl Prager, ausgehende, über den mit der Vorbereitung der Veranstaltungen betrauten Botschaftssekretär Jerzy Skarkowski an das polnische Außenministerium weitergeleitete Anfrage, ob Józef Paprocki, der Direktor des polnischen „Instituts zur Erforschung der Nationalitätenfragen“, einen Vortrag über die Juden in Polen halten könne, wurde dort jedoch aufgrund der Bedenken, die Nationalitätenfrage anzuschneiden, abschlägig beschieden. Vgl. Kalisch: Presseprotokoll, S. 1015ff.

Entgegen diesen, nicht einmal halbherzig unternommenen, sondern augenscheinlich rein taktisch begründeten Maßnahmen, die Atmosphäre im deutsch-polnischen Verhältnis zu verbessern, wurden die Versuche, die Grenzfrage erneut aufzuwerfen und nun mit Macht auf eine „Globallösung“ der zwischenstaatlichen Problemfelder im nationalsozialistischen Sinne zu drängen, im Lauf der Jahre immer offenkundiger. Galt zunächst, auch für die „unterirdische Propaganda“, noch die Richtlinie, sich martialischer Äußerungen zu enthalten und die Grenzrevision als zukünftige Aufgabe im Bewußtsein der Bevölkerung zu verankern,<sup>43</sup> so trat, nachdem es sich immer deutlicher abzeichnete, daß Polen sich nicht in ein Satellitenverhältnis zum Dritten Reich hineinzwingen lasse und auch nicht bereit sein werde, als „Morgengabe“ territoriale Zugeständnisse zu machen, die Propaganda gegen Polen in eine neue, eine letzte Phase ein. Die Nationalsozialisten hatten es verstanden, in den Jahren der „Verständigungspolitik“ alle antipolnischen Stereotype und Vorurteile, das Feindbild „Polen“ am Leben zu erhalten. Auf dieser Grundlage konnte der Propagandafeldzug gegen das östliche Nachbarland schlagartig aufgenommen werden.

---

<sup>43</sup> Insbesondere die Aktivitäten des BDO waren darauf angelegt, die Aufmerksamkeit immer wieder auf die Grenzfrage zu lenken. Besondere Sorgfalt wurde darauf verwandt, der Vermutung vorzubeugen, nach der deutsch-polnischen Nichtangiffs-erklärung und dem immer deutlicher hervortretenden außenpolitischen Zusammenwirken der beiden Staaten sei eine Revision der bestehenden Grenzen *ad calendas graecas* vertagt. Im Frühjahr 1938 organisierte der BDO in Schlesien eine Wanderausstellung, die unter dem Titel „Deutsche Entscheidungen im Osten“ stand, in der die weit nach Polen reichenden „deutsche[n] Kulturgrenzen“ auf den zur Schau gestellten Landkarten besonders hervorgehoben waren. In Vorträgen wurde betont, „daß die deutsch-polnische Freundschaft eine kommende Grenzrevision nicht ausschließe“. *Sopade-Berichte*, Bd. 5, S. 391f.



## 5. Der Propagandafeldzug des Jahres 1939

### 5.1 Phasen der Pressekampagne

#### 5.1.1 Der Umschwung in der Berichterstattung

Um die Jahreswende 1938/39 und in den ersten Monaten des Jahres 1939 finden sich in den beiden ausgewerteten überregional erscheinenden Zeitungen weder Hinweise auf eine Verschlechterung des Klimas zwischen dem Deutschen Reich und Polen noch Anzeichen für Versuche, in den laufenden Verhandlungen durch eine gezielte Verschärfung in der Berichterstattung Druck auf die Warschauer Regierung auszuüben. Zwar wurden die Zeitungen in den östlichen Grenzgebieten Ende November 1938 angewiesen, die Minderheitenfrage erneut aufzunehmen und in begrenztem Umfang „Meldungen über die schlechte Behandlung der Deutschen in Polen“<sup>1</sup> zu veröffentlichen, für die Reichspresse blieb die Minderheitenproblematik - noch - mit einem Verbot belegt.<sup>2</sup>

Ende Januar 1939 bot die Reise Ribbentrops nach Warschau ein letztes Mal Gelegenheit, die freundschaftlichen deutsch-polnischen Beziehungen zu würdigen und die besonders im Verlauf des vergangenen Jahres deutlich gewordenen Gemeinsamkeiten hervorzuheben. Wenn auch die Presse dem Staatsbesuch den Anschein eines gewöhnlichen Arbeitstreffens anlässlich der Feierlichkeiten zum Jahrestag der Nichtangriffserklärung zu geben versuchte,<sup>3</sup> finden sich doch Kommentare, die erkennen lassen, daß grundsätzliche Entscheidungen über die zukünftige Gestaltung der politischen Beziehungen zu erwarten waren, und die zum einen werbend, zum anderen beruhigend auf die polnische Politik einzuwirken versuchten. In der „Frankfurter Zeitung“ hieß es am 27. Januar, das Deutsche Reich denke „nicht daran, die veränderte Lage in Europa Polen gegenüber ungebührlich auszunutzen. [...] Für uns Deutsche gehört zu den osteuropäischen Realitäten die Existenz einer in sich gefestigten, dem *größeren* Nachbarn befreundeten polnischen Nation, einer Nation, von der wir

---

<sup>1</sup> ADAP D V, Dok. 110. Für die Grenzlandzeitungen galten auch in „Friedenszeiten“ andere Maßstäbe als für die überregionalen Blätter. Hier konnten - selbstverständlich genau reglementiert - Themen aufgegriffen und Meldungen veröffentlicht werden, die in der Reichspresse nicht erscheinen durften. Der Sinn dieser unterschiedlichen Handhabung lag darin, dem unter den Deutschen in Polen verbreiteten Gefühl, höheren Interessen geopfert worden zu sein, entgegenzuwirken.

<sup>2</sup> Das Auswärtige Amt hielt sich jedoch alle Optionen offen und sorgte dafür, daß auch die überregionalen Zeitungen bei einer Zuspitzung der Beziehungen Gewehr bei Fuß standen. Fritz Sänger meldete am 1. Dezember an die Redaktion der „Frankfurter Zeitung“: „Eine Rücksprache mit dem AA hat ergeben, daß wir diese Dinge [Meldungen über die Situation der Minderheit, T.K.] noch nicht aufgreifen können, doch sei es empfehlenswert, sie aufzubewahren für den Fall, daß das Thema Deutsche in Polen demnächst anders als bisher angeschnitten werden könnte“. Sänger: Politik der Täuschungen, S. 370.

<sup>3</sup> Es ist sicherlich ungewöhnlich zu nennen, daß in den Zeitungen etwas gezwungen anmutende Begründungen für die Reise Ribbentrops erschienen. Diese hatten vermutlich den Sinn, Spekulationen über den Inhalt der in den letzten Wochen doch recht häufigen Treffen der beiden Außenminister vorzubeugen. Am 13. Januar vermeldete die „Frankfurter Zeitung“ den anstehenden Besuch und konstatierte, „die Reise des Reichsministers des Auswärtigen [ist] ein Vorgang, der sich durchaus in den Rahmen der deutsch-polnischen Beziehungen einordnet. [...] Der Pflege solcher Beziehungen ist die persönliche Aussprache zwischen leitenden Staatsmännern förderlich“. FZ, 13.01.1939: „Ribbentrop zum Staatsbesuch nach Warschau“, Titelseite.

gewiß sind, daß sie die zersetzenden Kräfte kennt, von denen ihr allein Gefahr drohen könnte, und daß sie diese mit aller Entschlossenheit auszuscheiden und abzuwenden bemüht sind [sic!]. Es sind jene dunklen Kräfte, um deretwillen der Antikominternbund geschlossen wurde“.<sup>4</sup>

Nach der Besetzung Böhmens und Mährens und der Errichtung des „Schutzstaates“ Slowakei wurde in den deutschen Zeitungen eine - längst nicht mehr vorhandene - Interessengleichheit der deutschen und polnischen Außenpolitik suggeriert. Die spürbare Mißbilligung, mit der weite Teile der polnischen Presse das neue „fait accompli“ aufgenommen hatten und die auch deutlich geäußerte Kritik an der Art und Weise, wie die von Polen angestrebte Gründung einer unabhängigen Slowakei und die Schaffung einer polnisch-ungarischen Grenze nun verwirklicht worden war, wurden von der Propagandaleitung zwar vermerkt,<sup>5</sup> durften von den Zeitungen jedoch nicht zur Kenntnis gebracht werden. Ein letztes Mal prägten lobende Kommentare über die Haltung Polens die Berichterstattung, wurden einzelne positive Presseäußerungen wiedergegeben<sup>6</sup> und mit Genugtuung die Standfestigkeit der polnischen Außenpolitik gegenüber den von Großbritannien betriebenen „Einkreisungsversuchen“ konstatiert.<sup>7</sup>

Nachdem Józef Lipski am 26. März 1939 Ribbentrop das ablehnende Memorandum der polnischen Regierung überreicht hatte, änderte sich dieses Bild schlagartig. An die Stelle der geplatzten „Generalvereinbarung“ der deutsch-polnischen Beziehungen trat nun die Generalabrechnung mit dem

---

<sup>4</sup> FZ, 27.01.1939: „Berlin - Warschau“, S. 3. - Am Vortag bildeten Berichte über den Aufenthalt Ribbentrops und die Feierlichkeiten den Aufmacher beider Zeitungen. Insbesondere der „Völkische Beobachter“ berichtete über alle Details des Besuchsprogramms, gab selbst die Trinksprüche der Außenminister, die beide auf den Wortlaut der Nichtangriffserklärung Bezug nahmen, in Auszügen wieder. VB, 26.01.1939: „Abkommen von 1934 zuverlässiges Fundament der deutsch-polnischen Beziehungen“, Titelseite. - FZ, 26.01.1939: „Gegenbesuch in Warschau“, Titelseite. Hier stand u.a. zu lesen: „Als das Problem der Tschechoslowakei in großen Lettern auf der europäischen Tagesordnung stand, hat sich die Möglichkeit einer Zusammenarbeit gezeigt und bewährt“.

<sup>5</sup> Hans Fritsche hob in der Pressekonferenz vom 16. März 1939 die kritischen Kommentare der polnischen Zeitungen eigens hervor. Seine Äußerung läßt gleichzeitig erkennen, welche Schwierigkeiten die Propaganda hatte, die „Zerschlagung der Rest-Tschechei“ mit den bisher betonten Maximen in Übereinklang zu bringen: „In der gesamten Auslandspresse - auch in der polnischen - ist heute ein neuer Zungenschlag zu verzeichnen: Das, was ihr macht, ist ja gut und schön - oder auch nicht schön -, aber ihr habt damit eure rassische Basis verlassen. Vorläufig soll dieses Argument in keiner Weise aufgegriffen werden“. Zit. Hagemann: Presselenkung, S. 150, Anm. 110.

<sup>6</sup> Der „Völkische Beobachter“ widmete am 18. März die gesamte vierte Seite den Reaktionen ausländischer Zeitungen. Neben den euphorischen Stimmen italienischer Blätter waren dabei die Kommentare polnischer Zeitungen besonders hervorgehoben. Ein Artikel des in Wilna erscheinenden „Słowo“ [im VB: „Slovo“], der nach Angabe des nationalsozialistischen Presseorgans Adolf Hitler „das Recht auf den Namen des größten Deutschen und auf den Namen des größten Mannes des 20. Jahrhunderts“ zuerkannt hatte, wurde als Überschrift der Zusammenstellung polnischer Presseäußerungen verwendet. VB, 18.03.1939: „Adolf Hitler - der größte Mann des 20. Jahrhunderts“, S. 4.

<sup>7</sup> FZ, 25.03.1939: „Englands vergebliche Quertreibereien“, S. 2. - Mit der „Einkreisungs“-Propaganda knüpften die Nationalsozialisten an alte Traditionen an. Reichskanzler Bülow hatte ab 1906 die Politik der Ententestaaten als „Einkreisung“ der Mittelmächte bezeichnet. Vgl. Wolfram Wette: „Ideologien, Propaganda und Innenpolitik als Voraussetzungen der Kriegspolitik des Dritten Reiches“. In: Wilhelm Deist u.a.: Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik. Stuttgart 1979, S. 135 [Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Hrsg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt; Bd. 1].

ehemals gefeierten „Bündnispartner“.<sup>8</sup> Bis zur definitiven Absage Polens hatte die Presseabteilung den Zeitungen eine maßhaltende Berichterstattung auferlegt,<sup>9</sup> und dies wurde am 29. März, unmittelbar nach dem Zerwürfnis, aber noch vor der britischen Garantieerklärung und der anschließenden Reise Becks nach London, noch einmal ausdrücklich bekräftigt. Hans Fritsche wies die Presse an, „so wie in den letzten Monaten eisernste Zurückhaltung zu üben“.<sup>10</sup>

Diese Richtlinie, eine taktische Maßnahme, die jetzt allerdings nicht mehr dazu diente, die polnische Regierung nicht zu verprellen, sondern - nach den Aufregungen und Gerüchten über das Zustandekommen des am 23. März abgeschlossenen deutsch-rumänischen Wirtschaftsabkommens - nur den Sinn hatte, in London den Eindruck zu vermeiden, Polen sei das nächste Opfer der nationalsozialistischen Aggressionspolitik in Osteuropa, wurde nach der Unterhausrede Chamberlains am 31. März wieder aufgegeben. Die Meldungen über Polen nahmen an Schärfe zu, und der Ton wurde rauher, ohne daß zunächst von einem offenen Bruch der Beziehungen die Rede war. Ganz im Gegenteil wurde erst versucht, die politische wie militärische Bedeutung der Garantieerklärung zu marginalisieren, um dann, als deutlich wurde, daß Beck im Verlauf seiner England-Reise einen bilateralen Beistandspakt aushandeln werde, als Beweis für die Abkehr Polens von der bisher verfolgten Politik und seine Einreihung in die Front der „Einkreiser“ gewertet zu werden.<sup>11</sup>

In der Pressekonferenz vom 6. April instruierte der Sprecher der Auswärtigen Amtes, Paul Schmitt, die Pressevertreter über den nunmehr bei der Kommentierung der Ereignisse zu beachtenden Kurs. Hervorzuheben sei, daß das Deutsche Reich, wie die britischen und polnischen Politiker sehr wohl wüßten, nicht die Absicht habe, gegen Polen militärisch vorzugehen. Polen habe vielmehr den von Piłsudski eingeschlagenen Weg verlassen, auf die von deutscher Seite ausgehenden Versuche, das zwischenstaatliche Verhältnis auf eine „endgültige und dauerhafte Basis“ zu stellen, „seltsam reagiert“ und sich „blindlings in die aggressive englische Kriegspolitik“ eingereiht. Der polnische Staat sei heute nur mehr das „Objekt einer [...] lediglich britischen Interessen dienenden

---

<sup>8</sup> Ribbentrop drohte dies im Verlauf des Gespräches bereits an: „Wenn - was wohl bald nicht mehr aufzuhalten sei - die deutsche Presse auf die polnischen Angriffe nunmehr antworte, so würde sie es gründlich tun“. ADAP D VI, Dok. 108.

<sup>9</sup> Anders als im Falle der Tschechoslowakei im Mai 1938 durfte über die am 23. März 1939 erfolgte Teilmobilisierung der polnischen Streitkräfte nicht berichtet werden. Vgl. Sywottek: Mobilmachung, S. 212.

<sup>10</sup> Fischer: Deutsche Publizistik, S. 214.

<sup>11</sup> Im „Völkischen Beobachter“ vom 1. April wurden die Auswirkungen der Rede Chamberlains als unbedeutend charakterisiert, die Erklärung ginge nicht über die ohnehin aus der Völkerbundsatzung resultierenden Verpflichtungen Großbritanniens hinaus. Die „Frankfurter Zeitung“ stellte fest, „daß im Grunde in der Chamberlainschen Bürgschaftserklärung keine neue Tatsache enthalten ist. Zwischen Polen und Frankreich besteht [...] ein Bündnis, zwischen Frankreich und England zum mindesten ein bündnisähnlicher Zustand. Daß Polen im Falle eines Angriffs gegen seine Unabhängigkeit die Hilfe Englands und Frankreichs zu erwarten hatte, war seit langem bekannt“. VB, 01.04.1939: „Der Schirmherr Polens“, S. 4. - FZ, 01.04.1939: „Garantie mit falscher Voraussetzung“, Titelseite. - Am 5. April las sich dies in der „Frankfurter Zeitung“ bereits ganz anders. Jetzt hieß es über die Ankündigung Chamberlains, sie sei „in der Tat neu, denn England (wie auch Frankreich) hatten Polen bereits abgeschrieben, wie sich ja auch die Warschauer Regierung längst nicht mehr auf die Westmächte verließ, sondern zwischen ihren beiden großen Nachbarn [...] vorsichtig zu lavieren versuchte“. FZ, 05.04.1939: „Englisches Zwielficht“, Titelseite.

Einflüsterung von einer angeblich drohenden deutschen Gefahr“.<sup>12</sup> Wie sehr die Presseabteilung die Zeitungen am Zügel führte, zeigen die Kommentare, die der „Völkische Beobachter“ und die „Frankfurter Zeitung“ im Anschluß an die Reise Becks veröffentlichten. Die „Frankfurter Zeitung“ plazierte ihr Resümee zwar etwas versteckt erst auf der sechsten Seite der Ostersonntags-Ausgabe, befolgte jedoch die Vorgaben der Pressekonferenz geradezu akribisch.<sup>13</sup> Das Blatt enthielt sich aber der unterschwelligeren Drohungen, die der „Völkische Beobachter“ an die Adresse Warschaws richtete. Das nationalsozialistische Zentralorgan wertete den angekündigten Beistandspakt als „gefährliche[n] Schritt“, bei dem Polen „*Mitschuldiger eines europäischen Brandstiftungsversuchs*“ werden müsse. Es wende sich ab von der Politik Piłsudskis, zerstöre die Grundlagen von dessen Außenpolitik<sup>14</sup> und - eine Anspielung auf die ČSR - laufe jetzt Gefahr, „sich dem gleichen Schicksal aus-[zu]setzen, das andere, von den Roßtäuschern des demokratischen Westens verführte Nationen sich zugezogen haben“.<sup>15</sup>

Trotz dieser offensichtlichen Verschärfung in der Berichterstattung blieb Polen im Verlauf des Monats ein Randthema der Zeitungen. Zwar sind erste Ansätze einer Verfolgungs- und Greuelpropaganda erkennbar,<sup>16</sup> doch fand Polen - falls überhaupt - allenfalls im Zusammenhang mit

---

<sup>12</sup> Die abschließende, als vertraulich gekennzeichnete Äußerung Schmitts, die „Tür gegenüber Polen dürfe nicht zugeschlagen werden“, es müsse ein „Spalt für eventuelle weitere Verhandlungen“ offen bleiben, beruhen entweder auf Unkenntnis der tatsächlichen Entwicklung - seit dem 3. April bestand die „Führer“-Weisung zur Vorbereitung des Überfalls auf Polen - oder war bewußte Verschleierungstaktik. Die Pressekonferenz bei Sängler: Politik der Täuschungen, S. 375.

<sup>13</sup> Die Redaktion bemühte sich dabei augenscheinlich, die Vorgänge nicht zu dramatisieren, vermied direkte Angriffe gegen die polnische Regierung und suggerierte, noch sei nichts entscheidendes geschehen. Von einer eindeutigen Abkehr Polens könne keinesfalls die Rede sein: „Polen ist nicht ein von Deutschland bedrohter Staat. Deutschland hat nicht die Absicht, Polens Souveränität oder seine territoriale Integrität anzutasten. [...] Aber *polnische Kreise* leihen der englischen Propagandaarbeit ein allzu williges Gehör. Polen ist in der Mitwirkung an der von England propagierten ‚neuen Politik‘ sehr weit gegangen. Man hat neuerdings den Eindruck, als ob Polen *im Begriff sei*, auf das englische Spiel hereinzufallen“. FZ, 08.04.1939: „Deutschland und Polen“, S. 6. Hervorhebung T.K.

<sup>14</sup> Der Suizid des früheren polnischen Ministerpräsidenten und engsten Mitarbeiters Piłsudskis, Walery Sławek, der, 1935 entmachtet und nach dem kurzen Zwischenspiel als Sejmmarschall im Jahr 1937 politisch in die Isolation geraten, sich am 3. April das Leben nahm, diente der nationalsozialistischen Propaganda als willkommener Beleg für die Abkehr Polens vom Kurs Piłsudskis. Eine Meldung über den Freitod Sławeks erschien am 4. April auf der Titelseite der „Frankfurter Zeitung“. Hier hieß es: „Mit dem Ableben Sławeks scheidet ein Mann aus dem politischen Leben Polens, der als einer der Repräsentanten des sogenannten Piłsudskismus gelten konnte“. FZ, 04.04.1939: „Selbstmord Sławeks“, Titelseite.

<sup>15</sup> In dem Artikel wurde auch Bezug genommen auf die zwischen beiden Staaten bestehenden Streitpunkte und den Inhalt der gescheiterten Verhandlungen, ohne natürlich den geforderten Beitritt Polens zum Antikominternpakt zu erwähnen. Der Artikel beließ es bei Andeutungen, in denen - reichlich nebulös - von einem „anständigen, ja bescheidenen Vorschlag zur Lösung der *letzten* zwischen beiden Völkern stehenden Fragen“ die Rede war, ein Vorschlag, bei dem es sich um „die Rückkehr eines kleinen geschlossenen Raumes, der ausschließlich von Deutschen bewohnt wird, und um einen freien Weg zum deutschen Nordosten“ gehandelt habe. Obwohl der Kommentar deutlich schneidender war als die Wertung der „Frankfurter Zeitung“ und eigens hervorgehoben wurde, die Teilmobilisierung der Streitkräfte beweise, daß auch Polen „von der Kriegsgrippe erfaßt [sei], an der London und Paris leiden“, ließ er doch auch den „Spalt für eventuelle weitere Verhandlungen“, von dem Schmitt gesprochen hatte, offen. Der Kommentator betonte, es sei für Polen „noch Zeit zur Umkehr“, man könne „sich in Berlin nicht vorstellen, daß [...] Warschau die sichere Chance einer dauernden deutsch-polnischen Verständigung für die Desparadopolitik des Westens [...] eintauschen will“. VB, 08.,09.,10.04.1939: „Glatteis“, S. 5.

<sup>16</sup> Am 13. April brachte der „Völkische Beobachter“ auf der zweiten Seite der Ausgabe eine Kleinmeldung, in der von „*Deutschenverfolgungen*“ durch den polnischen Westmarkenverein die Rede war, bei denen „sogar *Brandstiftungen* zu verzeich-

der von Großbritannien vermeintlich betriebenen „Einkreisungspolitik“ Erwähnung. Erst nach der Rede Hitlers am 28. April, in der er die deutsch-polnische Nichtangriffserklärung und die deutsch-britischen Flottenabkommen aufkündigte,<sup>17</sup> rückte der östliche Nachbarstaat wieder in die Schlagzeilen. Das „vorsorglich“ zurückgehaltene Material kam nun zum Einsatz, die Propagandakampagne wurde entfesselt.

### 5.1.2 Die Aufnahme der Propaganda

Die Reichstagsrede Hitlers am 28. April markiert den Beginn einer großangelegten Propagandaoffensive gegen Polen. Besonders der „Völkische Beobachter“ feuerte Breitseite auf Breitseite gegen den polnischen Staat. Die Angriffe waren gerade in den ersten Maitagen so massiv, daß Hans Fritsche in der Pressekonferenz am 8. Mai die Zeitungen zu größerer Zurückhaltung auffordern mußte; es dürfe, so der Leiter der Pressekonferenz, „nicht der Eindruck entstehen, als stünden wir schon kurz vor entscheidenden Ereignissen. Darum Anweisung: Meldungen über Zwischenfälle in Polen bis auf weiteres nur aus DNB oder Reischach-Dienst“.<sup>18</sup>

Die in dieser ersten Phase verwendeten Propagandainhalte lassen sich auf wenige, immer wieder aufgegriffene und nur geringfügig modifizierte Argumentationsmuster reduzieren. Im Vordergrund der Kampagne stand die Danzig-Frage. Die Presse wurde nicht müde, den deutschen Charakter der Stadt immer wieder zu betonen und die von deutscher Seite erhobenen, in Hitlers Reichstagsrede erstmals öffentlich genannten Forderungen nach der „Rückgabe“ Danzigs und der Einrichtung exterritorialer Verkehrsverbindungen als einen „Beweis höchster staatsmännischer Mäßigung“<sup>19</sup> auszugeben. Kommentare polnischer Zeitungen, in denen den nationalsozialistischen Ansprüchen und den immer offener zutage tretenden Anschlußtendenzen<sup>20</sup> die vertraglich verbürgten Rechte Polens in der Freien Stadt entgegengehalten wurden und die in der aufgeheizten Atmosphäre dieser Tage

---

nen“ gewesen seien. Etwa 100 Angehörige der deutschen Minderheit hätten sich nur „unter Zurücklassung von Haus und Hof [...], um wenigstens das nackte Leben zu retten“, nach Danzig in Sicherheit bringen können. VB, 13.04.1939: „Deutschfeindliche Ausschreitungen an der Danziger Grenze. 100 Volksdeutsche nach Danzig geflüchtet“, S. 2.

<sup>17</sup> Die Rede in Domarus: Hitler. Reden und Proklamationen, Bd. II/1, S. 1148ff.

<sup>18</sup> Der Reischach-Dienst war eine parteinahe Nachrichtenagentur, die die Zeitungen mit Auslandsmeldungen belieferte. Die Zuordnung der Artikel im „Völkischen Beobachter“ bereitet gewisse Schwierigkeiten, da die Zeitung im Wortlaut übernommene Agenturberichte nicht als solche kennzeichnete und somit nicht sicher festgestellt werden kann, ob ein Artikel von Redakteuren des „Völkischen Beobachters“ verfaßt oder als Agenturmeldung übernommen wurde; die „Frankfurter Zeitung“ stellte in solchen Fällen dem Bericht ein Kürzel voran. Anweisung der Pressekonferenz bei Sänger: Politik der Täuschungen, S. 377.

<sup>19</sup> FZ, 29.04.1939: „Ein Programm“, Titelseite. In dem Kommentar zu der Rede Hitlers hieß es weiter: „Man hat wohl auch in Warschau nicht begriffen, wie schmerzlich uns der Verzicht auf alles deutsche Land fallen mußte, wie sehr dieser Verzicht nur entspringen konnte aus dem Wunsche, aus dem ewigen Streit herauszukommen und Millionen gequälter Menschen Ruhe, Sicherheit und Frieden zu geben“.

<sup>20</sup> Seit dem 1. April leitete der Danziger Rundfunk sein Programm nicht mehr wie bisher mit der Meldung „Hier ist der Landesender Danzig“, sondern mit der Formel „Hier ist der Reichssender Danzig“ ein. Sopade-Berichte, Bd. 6, S. 412.

durch den Verweis auf die militärische Schlagkraft der polnischen Streitkräfte Zuversicht in der verunsicherten polnischen Öffentlichkeit verbreiten wollten, wurden ebenso wie einzelne Forderungen „rechtsextremistische[r] Schreihälse“<sup>21</sup> nach einem „Marsch auf Berlin“, der „gerechten Obergrenze“ und dem „polnischen Ostpreußen“ in der nationalsozialistischen Presse ausgeschlachtet. Meldungen über vermeintliche Ausschreitungen gegen Angehörige der deutschen Minderheit, einige Wochen später Haupttopos der antipolnischen Propaganda, finden sich in dieser Phase nur vereinzelt. Es dominieren Berichte über die von polnischen Zeitungen betriebene „Kriegshetze“ und die „Expansionsgier“ Polens,<sup>22</sup> die zum Ziel hatten, unter der reichsdeutschen Bevölkerung Bedrohungsgefühle zu wecken und eine Solidarisierungswelle mit den Bewohnern der „gefährdeten“ Freien Stadt Danzig auszulösen.

Es muß Wunder nehmen, daß Goebbels selbst, der ab dem 5. Mai auf der Titelseite des „Völkischen Beobachters“ eine wöchentlich erscheinende Kolumne veröffentlichte, die von der reichsdeutschen Presse angewandte Methode, die Gefährlichkeit des polnischen Gegners hervorzuheben, in seinen Beiträgen konterkarierte. In deutlichem Widerspruch zu der nationalsozialistischen, in Hitlers „Mein Kampf“ aufgestellten Propagandadoktrin, nach der der Feind immer abstoßend zu verzerren, dessen Stärke deutlich herauszustreichen sei, ohne ihn indes als unüberwindlich darzustellen, ihn jedoch keinesfalls „lächerlich“ zu machen,<sup>23</sup> schrieb der Propagandaminister in herablassend-sarkastisch und volkstümelndem Ton über den polnischen Staat und dessen politisches wie militärisches Gewicht. Das Klischee, das Goebbels besonders akzentuierte, war die polnische „Großmannssucht“: „Wenn einer dauernd Gewalt redet, aber in dem Verdacht steht, daß er Minderwertigkeitskomplexe mit sich herumschleppt [...], wenn einer auf Kosten anderer den starken Mann spielt, sich beim Fortbewegen selbstbewußt in den Hüften wiegt, groß tut und meistens klein ist, dann sagt der helle Berliner Jargonwitz: ‚Er kann vor lauter Kraft nicht loofen‘. Das ist ein goldenes Wort aus dem Mund des Volkes, und es trifft den Nagel auf den Kopf“.<sup>24</sup> Obwohl der

---

<sup>21</sup> Graml: Europas Weg, S. 187.

<sup>22</sup> Als Beispiele für eine Fülle von Einzelmeldungen aus den ersten Maitagen: FZ, 02.05.1939: „Polnische Herausforderungen“, S. 2. - VB, 03.05.1939: „Die Folgen der englischen Aufwiegelung. Polen beansprucht die Herrschaft über Danzig“, Titelseite. - VB, 04.05.1939: „Der Gipfel des polnischen Irrsinns. Wahnwitzige polnische Hetzer fordern wiederholt Ostpreußen und Schlesien bis zur Oder“, S. 4. - VB, 06.05.1939: „Die polnische Kriegshetze gegen Deutschland wächst“, Titelseite.

Neben dieser sehr bedrohlich klingenden Nachrichtengestaltung erschienen auch - sogar an exponierter Stelle - unsinnig aufgebauchte Artikel über offensichtliche Petitessen. So plazierte die „Frankfurter Zeitung“ am 8. Mai eine DNB-Meldung über den „Boycott des Münchener und Pilsener Bieres in Warschau“ auf die Titelseite. Die Berichte gingen häufig einher mit - später noch stärker hervorgehobenen - Äußerungen eines drastischen deutschen Kulturchauvinismus gegenüber dem Nachbarland. In dem genannten Artikel des „Völkischen Beobachters“ vom 4. Mai stand zu lesen, die polnischen Forderungen auf Ostpreußen und Schlesien zeugten von einem „Mangel an geschichtlichen Kenntnissen [...], der bei einem Lande, das in Europa die meisten Analphabeten stellt, auch nicht gerade überrascht“.

<sup>23</sup> S.o., S. 47.

<sup>24</sup> Eine Woche später begann Goebbels seine Kolumne noch sarkastischer, nahm Bezug auf das „Kriegsgeschrei“ und die in den deutschen Zeitungen herausgestrichenen Annexionsforderungen einzelner polnischer Blätter; der ironische Unterton stand jedoch in überdeutlichem Kontrast zu der Bedeutung, die die deutsche Presse den Äußerungen beizulegen versuchte: „Für besagte Schlacht bei Berlin wünschen wir den Polen Hals- und Beinbruch. Nachdem wir die erste Schrecksekunde überwunden haben, warten wir nun mit stoischem Fatalismus darauf, von diesen heroischen Großmäulern bei Tempelhof

Artikel unter dem Titel „Quo vadis, Polonia?“ stand, widmete sich Goebbels in seiner Kolumne weit stärker den Konsequenzen, die seiner Meinung nach Großbritannien durch die Abkehr von der Appeasement-Politik zu erwarten habe, als den Auswirkungen der britischen Garantie auf die polnische Politik. Goebbels richtete sich nicht an Warschau, appellierte nicht einmal mehr pro forma an die polnische Politik, dem, wie es in der Presse hieß, „unerträglichen Treiben wilder polnischer Hetzer“ Einhalt zu gebieten, sondern zielte sehr viel stärker auf England, das sich durch das Beistandsabkommen eine „schöne Suppe eingebrockt“ habe und letztlich dafür verantwortlich sei, daß das „denkbar großzügig[e] und loyal[e]“ Angebot Hitlers von der polnischen Regierung habe abgelehnt werden können. Durch den abschließenden Verweis auf die Stimmung in Frankreich,<sup>25</sup> die Verächtlichmachung Polens und die behauptete Verantwortung der britischen Politik für den immer offener zutage tretenden „polnischen Chauvinismus“ wird deutlich, was Goebbels eigentlich beabsichtigte: Polen sollte in Großbritannien diskreditiert werden, um der britischen Regierung das Abrücken von den eingegangenen Beistandsverpflichtungen ohne Gesichtsverlust zu ermöglichen.<sup>26</sup>

Die vermeintliche Bedrohung Danzigs durch Polen blieb im Verlauf des Monats das zentrale Thema der antipolnischen Propaganda,<sup>27</sup> nur gelegentlich wurden Übergriffe gegen Angehörige der

---

zusammengeschlagen zu werden, um dann das von uns abverlangte Lausitzer Gebiet an die Polen abzutreten. Das sind Zeiten! [...] Glückliches England, das sich solch einen pausbäckigen Schreihals an die Mutterbrust gelegt hat“. VB, 13.05.1939: „Bajonette als Wegweiser“, Titelseite.

Ähnlich verharmlösende Wertungen finden sich in der Presse ausgesprochen selten. Zwar wurde - wie auch von Goebbels - meist hervorgehoben, die Gefährlichkeit Polens ergebe sich in erster Linie durch die Beistandspakte mit Großbritannien und Frankreich, doch wurde die Bedrohung auch reichsdeutschen Territoriums eher überbetont als marginalisiert. Ausnahmen gab es allenfalls in der Karikatur. Am 26. Juli 1939 druckte der „Völkische Beobachter“ auf der fünften Seite der Ausgabe eine Karikatur, die Polen durch eine an der „rogatywka“, der polnischen Vierspitzmütze, als Soldaten erkennbare Gummipuppe darstellte, die, von dem schwitzenden Chamberlain und dem französischen Ministerpräsidenten Daladier aufgeblasen, über dem Boden schwebte und mit einer Schreckschußpistole mit Trichterlauf und Stopfen bewaffnet war. In dem Beibezug dieser mit „Die ‚Großmacht‘“ betitelten Zeichnung hieß es: „Er kann schon nicht mehr stehn vor Kraft, was anderen sichtlich Mühe schafft. So schwebt er - maulweit - als ein Held, so lange noch die Puste hält. Sich und manch anderem zum Pläsier. Sieh' Überschrift - ein Gummitier“.

<sup>25</sup> Der am Vortag im französischen „L'Œuvre“ unter der Überschrift „Faut-il mourir pour Dantzig“ veröffentlichte Artikel des früheren französischen Luftfahrtministers Marcel Déat, der die Meinung vertrat, Polen habe den Konflikt mutwillig verschärft, war Goebbels ein willkommener Beleg für seine Argumentation, die französische wie auch die britische Bevölkerung könne in einem Anschluß Danzigs an das Reich keinen hinreichenden Kriegsgrund erkennen. Déats kurzsichtige Gleichsetzung von Krieg und Danzig-Frage, die Verkennung der hinter diesem vordergründigen Streitpunkt stehenden Implikationen für das Machtverhältnis in Europa, kam der nationalsozialistischen Taktik, die weithin akzeptierte Argumentation, Danzig gehöre aufgrund seiner historischen Bindungen und der fast einheitlich deutschstämmigen Bevölkerung zum Deutschen Reich, in den Vordergrund zu rücken und die Weigerung Polens, die Angliederung Danzigs zuzulassen, als Kern des Konflikts darzustellen, außerordentlich entgegen.

<sup>26</sup> VB, 05.05.1939: „Quo vadis, Polonia?“, Titelseite. - Am 20. Mai wurde Goebbels in seiner Kolumne noch deutlicher. Sein Gegner war England, die *Briten* galt es einzuschüchtern: „Wir ersparen es uns, auf die jüngsten politischen Exzesse in der polnischen Öffentlichkeit noch einmal einzugehen. Polen ist in dieser Auseinandersetzung von *sekundärer Bedeutung*“. VB, 20.05.1939: „Haß und unverbesserliche kapitalistische Gesinnung“, Titelseite. Hervorhebung T.K.

<sup>27</sup> FZ, 13.05.1939: „Danzig, die deutsche Stadt“, Titelseite. - Der „Völkische Beobachter“ veröffentlichte am 7. Mai geradezu eine „Themenausgabe Polen“, mit längeren, namentlich gekennzeichneten Propaganda-Berichten auf der vierten, fünften und sechsten Seite über die verschiedenen zwischen beiden Staaten bestehenden Problemfelder. Das Thema „Danzig“ war durch zwei Artikel besonders hervorgehoben. Einer der Beiträge stammt von dem später als Herausgeber der Hitler-Reden in Erscheinung getretenen Max Domarus, der Hitlers Reichstagsrede vom 28. April in Danzig erlebte und folgendermaßen

Minderheit gemeldet<sup>28</sup> oder von behördlichen Maßnahmen gegen kulturelle Einrichtungen der Deutschen in Polen berichtet.<sup>29</sup> Die durch den Danziger Gauleiter Forster bewußt geschürten Konflikte,<sup>30</sup> die planmäßigen Ausschreitungen gegen polnische Einwohner der Freien Stadt<sup>31</sup> und sorgfältig inszenierte, als spontan ausgegebene Demonstrationen von Teilen der deutschen Bevölkerung gegen die Tätigkeit der polnischen Zollinspektoren führten Ende Mai zu einem Vorfall, der tagelang im Mittelpunkt der Pressekampagne stand und der nationalsozialistischen Propaganda das erste Todesopfer, den ersten „Märtyrer“ bescherte.<sup>32</sup> Das Vorkommnis eignete sich insofern trefflich, von den

---

schildert: „Vom Boden Danzigs aus [...] die Abrechnung Adolf Hitlers mit den verlogenen und satanischen Urhebern jenes Schanddiktats hören zu können, ist ein unbeschreibliches Erlebnis und zugleich eine tiefe Genugtuung. Von diesem Boden zeigt sich auch die völlige Verblendung der polnischen Politik am deutlichsten“. VB, 07.05.1939: „Deutsches Danzig. Ein nationalsozialistisches Bollwerk“, S. 6.

<sup>28</sup> Es handelte sich meist um Kleinmeldungen auf den hinteren Seiten der Zeitungen. VB, 16.05.1939: „Schwere deutschfeindliche Ausschreitungen bei Lodz“, S. 4 (Bericht über Schlägereien sowie Verwüstungen deutscher Geschäfte und Wohnungen in Tomaszów, die Formen angenommen hätten, daß sich in „Tomaszow kein Deutscher mehr auf die Straße wagt“). - VB, 17./18.05.1939: „Jagd auf deutsche Schulkinder in Polen“, S. 4 (Meldung über die Mißhandlung deutscher Schulkinder durch „Banden halbwüchsiger Polen“, v.a. in Oberschlesien). - Zu den Ausschreitungen in Tomaszów vgl. Heike: Deutsche Minderheit, S. 439f., dessen Wertungen allerdings Propagandastereotypen verhaftet sind (die polnische Bevölkerung „verfiel [...] in eine immer mehr um sich greifende Angst- und Haßpsychose [...]. Eine hemmungslose Hetze gegen alles Deutsche und Maßnahmen gegen Angehörige der deutschen Minderheit setzten ein“. Ebd.). - Demgegenüber konstatiert Hermann Graml, es sei zwar zu kleineren Zwischenfällen zwischen „angstvoll gereizten Polen“ und Deutschen gekommen, die Anzahl schwerer Übergriffe sei jedoch „erstaunlich gering“. Graml: Europas Weg, S. 284. In einem Schreiben vom 15. April 1939 an Adolf von Moltke stellte ein Mitarbeiter der deutschen Botschaft nach einer Inspektionsreise durch das „Korridor“-Gebiet fest, SD und Gestapoagenten verbreiteten unter den Volksdeutschen Gerüchte über den bevorstehenden Einmarsch deutscher Truppen und trügen so zur Aufheizung der Stimmung bei. Die polnischen Behörden gäben sich dagegen „die größte Mühe, alle Konflikte zwischen der polnischen und der deutschen Bevölkerung zu inhibieren“. PAAA, Botschaft Warschau, 566082ff., Zit. ebd., S. 201.

Das Propagandaministerium sammelte Aussagen von Flüchtlingen, die meist auf Anraten deutscher Stellen ihre Heimat verlassen hatten, und gab die Berichte entsprechend bearbeitet und ohne genaue Namens- und Ortsangaben an die Presse weiter. Diese Vorsicht, offiziell als Schutzmaßnahme gegenüber den noch in Polen lebenden Familienmitgliedern deklariert, diene dazu, die Nachprüfung der geschilderten Fälle zu erschweren und stichhaltige Dementis der polnischen Behörden auszuschließen. Den deutschen Journalisten war eigene Recherche ohnehin untersagt. Vgl. Sywottek: Mobilmachung, S. 223. - Kontaktleute der Sopade berichteten im Mai 1939 über eines der in den Grenzgebieten eingerichteten Flüchtlingslager, hier ein Lager auf dem Annaberg [!], in dem Flüchtlinge aus Klempolen untergebracht waren: „Bei näherer Fühlungnahme mit diesen Flüchtlingen gewinnt man den Eindruck, daß sie ohne Gefahr in der Heimat hätten bleiben können, und daß man sie nur zur Flucht nach Deutschland veranlaßte unter der Vorspiegelung, man wolle ihnen das ‚neue Deutschland‘ zeigen“. Sopade-Berichte, Bd. 6, S. 552.

<sup>29</sup> VB, 10.05.1939: „Deutsche Bühne in Bromberg geschlossen“, S. 4.

<sup>30</sup> Die Beamten der polnischen Post und die polnischen Zollinspektoren wurden seit Beginn des Monats in ihrer Arbeit erheblich behindert.

<sup>31</sup> Am vierten Todestag Józef Piłsudskis wurden die polnischen Fahnen an den zur Erinnerung an den Marschall festlich geflagten Häusern der polnischen Bevölkerung gewaltsam entfernt, die Fensterscheiben einer polnischen Buchhandlung wurden mit Steinen eingeworfen, die HJ zog auf und sang antipolnische Lieder. Nach den Sopade-Berichten waren in den Vororten Danzigs, besonders in Langfuhr, Mißhandlungen von Polen an der Tagesordnung. Vgl. Sopade-Berichte, Bd. 6, S. 554ff.

<sup>32</sup> Nach einer Protestkundgebung vor dem Dienstgebäude der polnischen Zollinspektoren im Danziger Vorort Kalthof, in deren Verlauf es zu Gewalttätigkeiten gekommen war, begab sich der stellvertretende Generalkommissar Polens, Perkowski, ohne Polizeischutz und nur in Begleitung eines weiteren Mitarbeiters des Generalkommissariats und seines Fahrers in der Nacht vom 20. auf den 21. Mai auf eine Inspektionsfahrt. Nach Angaben der polnischen Diplomaten wurde der allein im Auto zurückgebliebene Fahrer von Unbekannten attackiert und habe sich in Notwehr seiner Waffe bedient. Einer der Angreifer



Zeitungen ausgeschlachtet zu werden, als hier die Verwicklung polnischer Diplomaten in einen, wie die reichsdeutsche Presse schrieb, „heimtückischen Mordfall“ konstruiert werden konnte und die Propagandathese, die Vertreter Polens in Danzig, ob Postbedienstete oder Zollinspektoren, seien allesamt Agenten in Uniform, dazu gewalttätig und heimtückisch, zu belegen schien. Die allein zugelassenen DNB-Meldungen über den Vorfall schilderten den Sachverhalt auf ganz andere Art als der offiziöse polnische Bericht. Der Darstellung des „Deutschen Nachrichtenbüros“ zufolge hatte ein Danziger Bürger namens Grünau auf der Rückreise von Marienburg in der Vermutung, das am Straßenrand stehende Fahrzeug sei fahruntüchtig, angehalten, um seine Hilfe anzubieten, war dann aber - ohne Anlaß und Vorwarnung - aus dem geparkten Diplomatenwagen heraus erschossen worden.<sup>33</sup> Der Vorfall hatte ein diplomatisches Nachspiel, entwickelte sich zu einer Machtprobe zwischen dem Danziger Senatspräsidenten Greiser, der, wohlwissend, daß Polen zu diesem deutlichen Schuldeingeständnis keinesfalls bereit sein werde, die Ablösung der involvierten Diplomaten verlangte, und dem polnischen Generalkommissar Chodacki. Die Presse berichtete ausgiebig.<sup>34</sup>

Ihren eigentlichen Höhepunkt erreichte die Danzig-Propaganda anläßlich der „Gaukulturwoche“ der Danziger NSDAP vom 13. bis 18. Juni 1939. Nach dem Aufenthalt des SA-Stabschefs Viktor Lutze am 9./10. Juni, in dessen Verlauf die zunehmende Militarisierung der Stadt offenkundig geworden war,<sup>35</sup> bedeutete der Auftritt des Propagandaministers Goebbels am 17. Juni eine bewußte Zuspitzung der angespannten Atmosphäre. Goebbels knüpfte in seiner Rede, die von den Zeitungen wahrheitswidrig als eine Reaktion auf das Ansinnen der spontan vor dem Theater zusammengeströmten Menge ausgegeben wurde, an die aus Saar-Abstimmung und Sudetenkrise bekannte - und erfolgreiche - „Heim-ins-Reich“-Propaganda an, wertete die - so der Völkische Beobachter - „nicht endenwollenden stürmischen Kundgebungen“ als Zeichen der Verbundenheit der Bevölkerung mit dem Dritten Reich und legte den Danzigern ihren Wunsch nach Angliederung der Stadt geradezu in den Mund: „Was ihr immer wolltet, was ihr heute wollt und was ihr in aller Zukunft wollen werdet, ist klar: ihr wollt *zum großen Deutschen Reich gehören*“.<sup>36</sup>

---

kam ums Leben. Die polnische Note über den Zwischenfall in ADAP D VI, Dok. 418.

<sup>33</sup> VB, 22.05.1939: „Danziger Staatsbürger von einem polnischen Dienstwagen heraus erschossen. Scharfe Proteste des Danziger Senats“, S. 2. - Die „Frankfurter Zeitung“ brachte die textgleiche DNB-Meldung am folgenden Tag auf der *vierten* Seite.

<sup>34</sup> Beispiele für eine Fülle von Einzelmeldungen, die in der Regel aber im hinteren Teil der Ausgaben erschienen: FZ, 01.06.1939: „Polen versucht den Tatsachen auszuweichen“, S. 4. - VB, 01.06.1939: „Systematische polnische Verdunkelungsversuche“, S. 7. In den Artikeln wurde eine Mitschuld der polnischen Regierung suggeriert, die jetzt die Täter deckte. Der „Völkische Beobachter“ schrieb, die Antwortnote Polens könne „mit ihren Verdrehungen und Vertuschungen nicht anders als *unverschämt* bezeichnet werden“.

<sup>35</sup> Aus Anlaß des Besuches marschierten 6.000 mit Stahlhelm und Gewehr ausgerüstete SA-Männer auf. Die „SS-Heimwehr“ wurde ab Juni 1939 aufgebaut. Die Aufstellung dieses zu zwei Dritteln aus Reichsdeutschen bestehenden Kampfverbandes wurde im Juli abgeschlossen. Ablauf und Umfang der militärischen Aufrüstung detailliert bei Horst *Rohde*: „Kriegsbeginn 1939 in Danzig - Planungen und Wirklichkeit“. In: Wolfgang *Michalka* (Hrsg.): *Der Zweite Weltkrieg. Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz*. München 1989, S. 463ff.

<sup>36</sup> Rede in Heiber (Hrsg.): *Goebbels-Reden*, Bd. 1, S. 333ff. - VB, 19.06.1939: „Danzig ist eine deutsche Stadt[,] und sie will zu Deutschland. Spontane Volkskundgebung für die Rückkehr ins Reich“, Titelseite und S. 2. - FZ, 19.06.1939: „Eine geistige Nation in Waffen“, Titelseite. - Beide Zeitungen brachten die Rede im Wortlaut, die „Frankfurter Zeitung“ auf der

### 5.1.3 Verfolgungs- und Greuelpropaganda

Die ersten Opfer der von deutscher Seite geschürten Spannungen waren diejenigen, die schützen zu müssen Hitler und der Nationalsozialismus von nun an vorgaben: die deutsche Minderheit in Polen. Das Vorgehen der polnischen Behörden, bestimmt durch die Absicht, das Entstehen einer „5. Kolonne“ zu verhindern, richtete sich nach dem offenen Bruch am 28. April verstärkt gegen das immer schon mit Argwohn betrachtete und streng reglementierte wirtschaftliche und kulturelle Eigenleben der deutschen „Volksgruppe“. Im Mai kam es zu ersten Verhaftungen, eine Vielzahl von deutschen Schulen und Genossenschaften wurde geschlossen, in Oberschlesien erfaßte eine Entlassungswelle die für den Ernstfall als unzuverlässig angesehenen deutschen Arbeiter und Angestellten. Die deutschen Zeitungen in Polen unterlagen immer häufiger der Beschlagnahmung.<sup>37</sup> Dies alles und die - in der aufgeheizten Atmosphäre des Sommers 1939 nicht verwunderlich - mitunter vorkommenden Ausschreitungen gegen Angehörige der deutschen Minderheit lieferten der reichsdeutschen Presse ein reichhaltiges Material, um - wie in der Pressekonferenz am 23. Juni gefordert - den „Topf [...] bei leichtem Feuer am kochen zu halten“.<sup>38</sup> Die tatsächlichen Vorgänge wurden dabei nach Belieben überspitzt oder verdreht, Sachverhalte dramatisiert und generell der Eindruck erweckt, die deutsche „Volksgruppe“ in Polen werde keineswegs nur schikaniert, sondern sei an Leib und Leben bedroht.<sup>39</sup>

---

zweiten Seite der Ausgabe unter der Überschrift „Ihr wollt heim zum Reich“. - Der französische Gesandte in Berlin, Coulondre, bezeichnete in einem Bericht an Bonnet Goebbels' Ausführungen als „schwere Artillerie“ nach dem „Warnschuß“ Hitlers in seiner Reichstagsrede vom 28. April. Vgl. Sywottek: Mobilmachung, S. 213f., Zit. S. 214.

Besonders der „Völkische Beobachter“ strich die angebliche Spontaneität der Kundgebung heraus, bezeichnete sie als „eine spontane unerhört wuchtige Demonstration des deutschen Danzig“. Helmut Heiber vermutet zwar, diese Spontaneität könne auch manipuliert worden sein, er kommt jedoch zu dem Schluß, dies sei angesichts des „hörbaren Begeisterungstaumels der Danziger“ nicht zwingend anzunehmen. Von Improvisation und Spontaneität kann dennoch nicht die Rede sein. Da die SA-Kundgebung in der Vorwoche nur geringen Zuspruch gefunden hatte, neben den Uniformierten waren nur ca. 1.000 Zivilisten erschienen, hatten Amtswalter der Partei die deutschen Bewohner der Stadt in ihren Wohnungen aufgesucht und massiven Druck auf diese ausgeübt, sich bei der Propagandaveranstaltung einzufinden. Vgl. Sopade-Berichte, Bd. 6, S. 671ff.

<sup>37</sup> Vgl. Roos: Polnische Nation, S. 160 und de Jong: Fünfte Kolonne, S. 45. - Ein im August 1939 erschienener Bericht über die Arbeitssituation der deutschen Zeitungen in Polen schildert die „polnische[n] Kampfmaßnahmen“ gegen die Presse besonders drastisch, kommt dabei aber zu dem überraschenden Schluß, die deutschen Blätter seien „einsatzbereit“! Als besonders schikanöses Zwangsmaßnahme der polnischen Behörden wird hier angeführt, daß die deutschsprachigen Zeitungen neben dem deutschen Namen nunmehr auch die polnische Übersetzung im Titel führen mußten. Oskar Hartung: „Einsatzbereite volksdeutsche Presse. Entwicklung und Stand der volksdeutschen Zeitung in Polen“. In: Zeitungs-Verlag 40 (1939), Heft 31, S. 483f.

<sup>38</sup> Sywottek: Mobilmachung, S. 215.

<sup>39</sup> Nicht zu Unrecht vergleicht Botschafter Lipski in seinem in Paris abgefaßten Schlußbericht die Pressekampagne mit der antitschechischen Propaganda des Vorjahres, deren Greuelmeldungen sich im nachhinein als unhaltbar erwiesen hatten. Die Wirkung der in den deutschen Zeitungen gemeldeten „polnischen Greuertaten“ war im Ausland entsprechend gering. „Wie schon bei der Frage der Sudetendeutschen wurde der geringste Vorfall bei den Minderheiten in Polen durch die deutsche Propaganda aufgebauscht, und in der letzten Phase ging die Presse dazu über, täglich völlig erfundene Ereignisse zu veröffentlichen“. WB-PR, Dok. 147, S. 193. - Zur Auslandswirkung der antipolnischen Propaganda vgl. Graml: Europas Weg, S. 200.

Für Meldungen, die die Lage der deutschen Minderheit in Polen zum Inhalt hatten, galt seit Mai 1939 die Anweisung, diese erst ab der zweiten Seite der jeweiligen Ausgabe zu veröffentlichen, nicht groß aufzumachen, dafür jedoch durch eine stetige Berichterstattung scheinbar den Nachweis für die „unerträglichen Zustände“ im Nachbarland zu führen.<sup>40</sup> Die Pressekampagne der Monate Mai bis Juli war noch keine Propagandakanonade, war eher eine Politik der Nadelstiche und Seitenhiebe, deren Ziel es war, während die militärischen Angriffsplanungen vorangetrieben wurden, den Boden zu bereiten für die propagandistische Großoffensive zur Entfesselung des Krieges.<sup>41</sup> Sowohl der „Völkische Beobachter“ als auch die „Frankfurter Zeitung“ veröffentlichten in den Monaten Juni und Juli täglich Klein- und Kleinstmeldungen über angebliche Behördenschikane, Zeitungsboykotte, die anhaltende Fluchtbewegung nach Danzig und die grenznahen Reichsgebiete, über Entlassungen, Enteignungen, Verhaftungen und Mißhandlungen von Angehörigen der Minderheit. Der Inhalt der Berichte differiert in beiden Zeitungen kaum - das Material wurde über DNB den Redaktionen zugeleitet -, Unterschiede lassen sich jedoch in der Art der Aufbereitung erkennen. Die „Frankfurter Zeitung“ bemühte sich um Überschriften, die den Kern der Meldung zusammenfaßten und kaum Wertungen enthielten, veröffentlichte darüber hinaus - selten aber doch gelegentlich - Kurzberichte,

---

<sup>40</sup> Diese Vorschrift wurde von Zeit zu Zeit wiederholt. Am 23. Juli wurde die Presse aufgefordert, „die von DNB täglich ausgegebenen Meldungen über Zwischenfälle in Polen, Enteignungen deutschen Eigentums usw. nach wie vor in gleich starkem Maße zu veröffentlichen“. Die „bestehende Platzvorschrift“, d.h. diese Berichte erst auf die zweite Seite zu platzieren, sei dabei weiterhin zu beachten. Zit. Helmut *Sündermann*: Tagesparolen. Deutsche Presseanweisungen 1939-1945. Hitlers Propaganda und Kriegsführung. Aus dem Nachlaß herausgegeben von Gert *Sudhoff*. Leoni am Starnberger See 1973. Sündermann, zu diesem Zeitpunkt Stabsleiter in der Reichspressestelle der NSDAP, wurde 1942 stellvertretender Pressechef der Partei.

Artikel über die angebliche „Eroberungsgier“ Polens durften und sollten demgegenüber auf der Titelseite veröffentlicht werden. Der „Völkische Beobachter“ brachte am 26. Juli eine Zusammenstellung von expansionistischen Äußerungen polnischer Zeitungen, darunter Lokalblättern von geringem politischem Gewicht, in großer Aufmachung. Der Bericht sollte vor allem in Großbritannien Wirkung erzielen und zur Isolierung Polens beitragen. In der Einleitung hieß es, die polnischen Forderungen stellten einen schlagenden Beweis gegen die britischen Behauptungen dar, daß der „polnische Fanatismus und Chauvinismus nur im deutschen Propagandabild existiert“. VB, 26.07.1939: „Was den Völkern des Westens verschwiegen wird. Polens Eroberungspläne schwarz auf weiß. Der größte Gefahrenherd Europas“, Titelseite und S. 2. - Bevorzugt wurden auch in Polen im Umlauf befindliche Karten abgedruckt, die die historischen Grenzen Polens wiedergaben und mehr oder minder offen die Rückgewinnung dieser Gebiete propagierten. Am 18. Juli veröffentlichte der „Völkische Beobachter“ eine dieser Karten auf der fünften Seite der Ausgabe und kommentierte: „Offenbar soll diese Grenze nach der siegreichen Schlacht von Berlin, über die die polnischen Großmäuler seit langem zu [sic!] faseln, gezogen werden“.

Die Vermutung, Großbritannien sollte durch die Betonung der von Randgruppen zweifellos vertretenen Expansionsforderungen beeindruckt werden, wird auch durch Anweisungen der Pressekonferenz gestützt. Die nationalsozialistischen Machthaber spekulierten immer noch auf ein Zurückweichen Englands. Am Tag nach der Unterhausrede Chamberlains vom 10. Juli, in der er die britische Beistandsverpflichtung erneut bekräftigte, hieß es in der Pressekonferenz, es sei „taktisch falsch, derartige Erklärungen als etwas grundsätzlich Entscheidendes anzusehen, oder gar gegen Chamberlain schwerstes Geschütz aufzufahren“, da man diesem „nicht die Rückzugswege verbauen“ dürfe. Zit. Sywottek: Mobilmachung, S. 216.

<sup>41</sup> Seit Mai 1939 „versorgte“ auch das AA die wichtigsten ausländischen Missionen mit entsprechendem Propagandamaterial. Ein Runderlaß vom 11. Mai 1939, in dem angekündigt wurde, daß den diplomatischen Vertretungen fortlaufend neue Zusammenstellungen von antideutschen Ausschreitungen und Behördenmaßnahmen übersandt werden würden, enthielt die Anweisung, „dieses Material in geeignet erscheinender Weise sowohl der dortigen Regierung als auch der dortigen Presse gegenüber zu verwerten“. ADAP D VI, Dok. 367.

in denen Maßnahmen deutscher oder Danziger Behörden gegen Polen offengelegt wurden<sup>42</sup> und befließigte sich eines weitgehend sachlichen Tones, ohne natürlich - da gefordert - auf eine unmißverständliche Kritik an dem geschilderten Vorfall verzichten zu können. Exemplarisch für die Berichterstattung des Blattes und den Tonfall der Artikel ist eine Kurzmeldung vom 6. August 1939: „Auf behördliche Anordnung ist ein Konitzer Hotel, das sich in deutschem Besitz befindet, *geschlossen* worden. Die polnische Maßnahme ist um so unbegreiflicher, als dieses Hotel zu den am besten eingerichteten Hotels der Stadt gehört. Der Inhaberin ist auf ihre Berufung lediglich eine dreimonatige Liquidierungsfrist zugestanden worden“.<sup>43</sup>

Die Wortwahl und die Wertung des „Völkischen Beobachters“ waren in aller Regel erkennbar schärfer. Auch das nationalsozialistische Presseorgan berichtete in dieser Phase bevorzugt über vermeintliche Willkürakte polnischer Behörden, war darüber hinaus aber augenscheinlich bemüht, durch drastische, plakative Formulierungen die geschilderten Vorgänge stärker zu dramatisieren, als dies in der „Frankfurter Zeitung“ der Fall war. Hier wurden Briefsendungen aus dem Reich durch polnische Postbeamte nicht bloß geöffnet, sondern „gewaltsam geöffnet“, die Schließung von Kindergärten wurde zur „Ausrottung deutscher Kindergärten“.<sup>44</sup> Überhaupt standen in der Propagandakampagne des „Völkischen Beobachters“ „Terrorakte“ gegen die schwächsten Glieder der deutschen Minderheit im Vordergrund. Opfer der konstruiert wirkenden Vorfälle waren hier überaus häufig alte Menschen, meist „betagte Familienväter“, die für das Wohl ihrer Familie Sorge zu tragen hatten und die „Behördenwillkür“ sich somit gegen die gesamte Familie richtete, oder eben Kinder.<sup>45</sup>

---

<sup>42</sup> So unterrichtete die „Frankfurter Zeitung“ am 3. Juni ihre Leser und Leserinnen darüber, daß in Danzig über zehn polnische Zeitungen ein Einfuhr- und Verkaufsverbot verhängt worden war. Im „Völkischen Beobachter“ sucht man Meldungen, die erkennen lassen, daß antipolnische Maßnahmen auch im Reich oder in Danzig getroffen wurden, vergebens. FZ, 03.06.1939: „Polnische Zeitungen in Danzig verboten“, S. 4.

<sup>43</sup> FZ, 04.08.1939: „Polen schließt deutsches Hotel in Konitz“, S. 4. - Der Inhalt der Kurznotiz ist beispielhaft für die bis Anfang August vorgenommene Darstellung der Vorgänge in Polen. Es handelte sich meist um Meldungen über „Willkürakte“ polnischer Behörden gegen Angehörige der deutschen Minderheit, Maßnahmen, die ausschließlich aufgrund der deutschen Herkunft der Betroffenen ergriffen wurden. Die „Frankfurter Zeitung“ weist jedoch auch deutlich darauf hin, daß es in Polen noch die Möglichkeit gab, gegen Entscheidungen der Behörden Rechtsmittel einzulegen und den Instanzenweg zu beschreiten. Der „Völkische Beobachter“ hob in ähnlich gelagerten Fällen immer auf die vollkommene Rechtlosigkeit der Opfer ab und suggerierte, die „Volksdeutschen“ seien für die polnische Verwaltung „Freiwild“.

<sup>44</sup> VB, 22.06.1939: „Polnische Komitees liquidieren weiter“, S. 5. Die Assoziation „physische Vernichtung“ war zweifellos beabsichtigt, der Terminus „Ausrottung“ kann logischerweise nur in bezug auf menschliches oder tierisches Leben Anwendung finden. - Auch mit dem Begriff „Terror“ waren die Redakteure des „Völkischen Beobachters“ schnell bei der Hand. Am 2. August meldete das Blatt auf der fünften Seite die behördlich verfügte Schließung eines Kolonialwarengeschäftes und zweier Molkereien in der Wojewodschaft Posen, einer Bäckerei in Antonienhütte/Oberschlesien sowie zweier Molkereien in Pommerellen. Die Sammelüberschrift lautete: „Der kalte Terror“.

<sup>45</sup> Als Beispiele für eine Fülle wenig glaubhafter Meldungen nach immer gleichem Muster: VB, 13.07.1939: „Polnische Willkür gegen Volksdeutsche. Justizterror, Entrechtung, Enteignung“, S. 5. Nach diesem Bericht wurde drei „angesehene[n] Bürger[n]“ aus Kamitz bei Bielitz der Prozeß gemacht, weil sie gegen die mittlerweile „unhaltbaren Zustände“ in den Minderheitenschulen Beschwerde eingelegt hatten. Die Anklage lautete auf „Herabsetzung des polnischen Schulleiters“. Um eine mögliche Zeugenbeeinflussung auszuschließen, wurden die „betagten Familienväter“ bis zum Beginn der Hauptverhandlung inhaftiert. - VB, 15.07.1939: „Polens ‚ruhmreicher‘ Kampf gegen deutsche Kinder“, S. 4. Dieser Meldung zufolge hatte der deutsche Wohlfahrtsausschuß in Ost-Oberschlesien „den gesundheitlich am schwersten gefährdeten Kindern deutscher Familien, deren Väter als Opfer der *rücksichtslosen Entdeutschungsaktion in den Betrieben Ostoberschlesiens* arbeitslos

Der Eindruck, daß die Redaktion der „Frankfurter Zeitung“ gerade noch den Mindestforderungen der Pressekonferenz nachkam und allenfalls das unumgänglich Gebotene veröffentlichte,<sup>46</sup> während der „Völkische Beobachter“ mit seinen Darstellungen eine offene Eskalation betrieb und wie ein von der Leine gelassener Hund sofort zubiß, sobald das Zufassen gestattet wurde, wird durch die Analyse der Berichterstattung beider Blätter im letzten „Friedensmonat“ bestätigt. In der Pressekonferenz vom 8. August wurde ein weiteres Mal auf die für Minderheitenmeldungen nach wie vor bestehende Platzvorschrift hingewiesen, „während Äußerungen des polnischen Chauvinismus und Drohungen gegen Deutschland, die Polen vor der Welt ins Unrecht setzen, schon auf die erste Seite genommen werden können“.<sup>47</sup> Bereits zwei Tage später brach auch dieser letzte Damm, die antipolnische Propaganda zielte nun unmittelbar auf die Entfesselung des Krieges: „Verbürgte Greuel-Meldungen, wie sie über DNB kommen, sollen von heute an groß auf der ersten Seite erscheinen. Vor unverbürgten Greueln soll man sich hüten“.<sup>48</sup>

---

geworden waren, einige Wochen Aufenthalt in freier Natur [...] beschaffen [sic!]“ wollen. Der Ferienaufenthalt der Kinder in dem Beskidenort Dziengelau sei jedoch durch den Teschener Starosten untersagt worden.

<sup>46</sup> Die Deeskalation des Konflikts war ohnehin nicht mehr möglich. Seit dem 13. Juli bestand die Anweisung, keine Meldungen über polnische Stimmen, „die die Bereitschaft zum Verhandeln erkennen lassen“, zu veröffentlichen. Sängers: Politik der Täuschungen, S. 378.

<sup>47</sup> Sündermann: Tagesparolen, S. 23. - Dies wurde - wie geschildert - bereits seit geraumer Zeit praktiziert. In den ersten August-Tagen dominierten - nach der von Danziger Seite bewußt geschürten Auseinandersetzung um die Tätigkeit der polnischen Zollinspektoren - erneut Meldungen über angebliche Handstreich-Pläne Polens und die weltanschauliche Geschlossenheit und Wehrhaftigkeit der Danziger Bevölkerung die Titelseiten. Kommentare polnischer Zeitungen, die die Wahrung der polnischen Rechte in der Freien Stadt einforderten, wurden - entsprechend bearbeitet - als Beleg für vermeintliche Aggressionsabsichten Polens ins Feld geführt. So erschien eine scharfe Erwiderung auf einen Artikel der polnischen Wochenzeitschrift „Prosto z Mostu“, in dem es hieß, das Deutsche Reich müsse die vertraglich festgelegten Ansprüche Polens respektieren, anderenfalls sei ein Krieg der „einzige[...] Ausweg“, am 10. August auf den Titelseiten. Die „Frankfurter Zeitung“ übernahm die DNB-Meldung im Wortlaut, der „Völkische Beobachter“ spitzte den Kommentar der Agentur noch weiter zu und wertete die Äußerung als Beleg für „die den Frieden Europas gefährdende polnische Großmannssucht“ und als eine Stimme von vielen, die „das deutsche Danzig für den polnischen Lebensraum [...] beanspruchen“. Ähnliche Verfälschungen, die als „Haßgesänge“ der polnischen Presse apostrophiert wurden, finden sich in diesen Tagen zuhauf, insbesondere auf den Titelseiten. FZ, 10.08.1939: „Neue polnische Herausforderungen“, Titelseite. - VB, 10.08.1939: „Danzig oder den Krieg. Die polnische Kriegshetze wird mit englischer Unterstützung fortgesetzt“, Titelseite. - VB, 14.08.1939: „Sie wollen Deutschland das Schicksal Karthagos bereiten“, Titelseite. - Dagegen DNB-Berichte über Großkundgebungen in Danzig, die die Geschlossenheit und das Vertrauen der Danziger Bevölkerung in die nationalsozialistische Führung demonstrieren sollen: VB, 11.08.1939: „Der historische Protest“, Titelseite. - FZ, 11.08.1939: „Die Danziger protestieren“, Titelseite.

<sup>48</sup> Sängers: Politik der Täuschungen, S. 379. Die Anweisung bedeutete allerdings erst den Auftakt der Schlußoffensive gegen Polen. Dem Propagandaministerium kam es darauf an, um bei der von Fritsche gewählten Metapher zu bleiben, den „Topf“ nach genau vorgegebenen Stufen zum Überlaufen zu bringen und entsprechend der politischen Entwicklung sowie dem Stand der militärischen Angriffsvorbereitungen den Propagandalärm zu dosieren. Am 8. August wurden nach der Freigabe der Verfolgungs- und Greuelpropaganda die Zeitungsvertreter darauf hingewiesen, daß „Sprache und Aufmachung [...] noch nicht hundertprozentig sein“ sollten; es müsse „noch eine weitere Steigerung möglich sein“. Ebd. - Diese Einschränkung wurde am folgenden Tag in einem Rundschreiben des Reichspropagandaamtes Berlin sinngemäß wiederholt. Sywottek: Mobilmachung, S. 222. - Die Warnung vor „unverbürgten Greuelmeldungen“ dient zweifellos dem gleichen Zweck. Die Presseabteilung wollte bis ins Detail bestimmen, welche Meldungen in den Zeitungen erscheinen und erklärte aus diesem Grund das DNB zur alleinigen Nachrichtenquelle. Darüber hinaus sollte so auch bei den Journalisten selbst der Eindruck erweckt werden, bei dem DNB-Material handele es sich in der Tat um überprüfte und wahrheitsgetreue Berichte.

Ein Artikel der Essener „Nationalzeitung“, dem Blatt Görings, markierte den Beginn der letzten Phase des Propagandafeldzuges gegen den östlichen Nachbarstaat und den Übergang von der Verfolgungs- zur Greuelpropaganda. Die reichsdeutschen Zeitungen scheinen zur Übernahme dieses im Vergleich zu den bisherigen Meldungen in Inhalt und Tonfall erkennbar zugespitzten Berichtes verpflichtet worden zu sein, denn sowohl der „Völkische Beobachter“ als auch die „Frankfurter Zeitung“ gaben ihn im Wortlaut wieder.<sup>49</sup> War bisher in den Meldungen nicht von Todesfällen die Rede gewesen - der Vorfall um den Danziger Bürger Grübnew bildete eine Ausnahme-, sprach die „Nationalzeitung“ nun von 204 Überfällen und sechs Toten innerhalb der vergangenen fünf Monate. Das bislang eingehaltene Schweigen und die plötzliche Aufdeckung dieser vermeintlichen Ausschreitungen erklärte die Zeitung mit der von reichsdeutscher Seite verfolgten Deeskalationspolitik zur Erhaltung des Friedens. Die Vorgänge seien zwar „sorgfältig registriert worden“, doch habe „Deutschland den polnischen Terror [...] noch nicht in seiner *ganzen Brutalität* [...] der Weltöffentlichkeit zur Kenntnis gegeben, weil es immer noch mit der Möglichkeit rechnete, die Welle chauvinistischen Amokläufertums in Polen würde wieder abebben“. In dieser „Hoffnung“ aber habe „sich Deutschland *getäuscht*“.

Das in dem Artikel der „Nationalzeitung“ präsentierte Polenbild sollte die antipolnische Propaganda von nun an prägen. Die Angehörigen des Nachbarvolkes wurden zu Tieren abgestempelt, die angesichts der britischen Rückendeckung ihren „viehischen Instinkten“ und ihrer „Mordgier“ freien Lauf lassen konnten. Die hier aufgegriffenen Fälle lassen wieder die auch in der Berichterstattung des „Völkischen Beobachters“ angewendete Methode erkennen, einzelne Fälle herauszugreifen, dabei Namen und Alter des vorgeblichen Opfers zu nennen, d.h. Authentizität vorzuspiegeln, Vorfälle zu personalisieren und nicht zu generalisieren sowie durch die besondere Hervorhebung der Schutzlosigkeit und der Unschuld der Mißhandelten größere Betroffenheit bei Lesern und Leserinnen auszulösen. Diese Methode ging einher mit entsprechend pejorativen Bezeichnungen der Täter: „In erster Linie aber zeigt sich bei den *viehischen Überfällen* auf Deutsche das *wahre Wesen der Polen*. In Zaborow wurde bei einem polnischen Überfall der Volksdeutsche Günther am 15. Mai so viehisch mißhandelt, daß er starb. Unter den Schwerverletzten befindet sich eine neunzigjährige Frau Ikertz und das sieben Monate alte Kind des Ermordeten. Es ist für den polnischen Charakter bezeichnend, daß die Polen bei ihren Mißhandlungen auch nicht vor Kindern zurückschrecken. [...] Dabei geht der Sadismus Hand in Hand mit niedrigster Raubgier“.<sup>50</sup>

---

<sup>49</sup> Das nationalsozialistische Presseorgan brachte ihn am 12. August auf der Titelseite, die „Frankfurter Zeitung“ erst am folgenden Tag auf der *vierten* Seite. Es ist fast auffällig, daß das Frankfurter Blatt in all diesen Wochen der verschärften antipolnischen Propaganda nicht einen Kommentar zu Polen auf der dritten Seite, der eigentlichen redaktionellen Seite veröffentlichte. Um nicht selbst Stellung beziehen zu müssen, behalf man sich in der Redaktion häufig mit unpolitischen Themen, die die dritte Seite füllten. So erschienen am 14. August auf dieser Seite der Ausgabe Berichte über die aktuelle Mode und die „Morgendliche Spree-Idylle“.

<sup>50</sup> Die massive Verschlechterung des Polenbildes ist offensichtlich. Der „Völkische Beobachter“ spitzte dies in den folgenden Tagen noch weiter zu und zeigte sich außerordentlich bemüht, jede möglicherweise noch vorhandene positive Assoziation mit dem Nachbarvolk auszumerzen. Diese „Abrechnung“ nahm bisweilen groteske Züge an. So wurde beispielsweise versucht, die historischen Verdienste Polens bei der Verteidigung Wiens gegen die Türken im Jahr 1683 zu schmälern. Die

Die Steigerung der Greuelpropaganda ging einher mit der Ausweitung der Propagandaziele. Waren die konkret erhobenen Forderungen bislang auf die „Rückkehr“ des „deutschen Danzigs“ zum Reich beschränkt, so wurde dies jetzt ausgedehnt auf das „Korridor“-Gebiet, wobei der „Terror“, unter dem die Minderheit angeblich zu leiden hatte, zur Begründung der deutschen Ansprüche herangezogen werden sollte. Am 16. August wies Fritsche die Presse an, von nun an hervorzuheben, „daß auch das Korridorproblem gelöst werden muß, weil der gegenwärtige Zustand in den uns geraubten Gebieten auf die Dauer nicht mehr mit der deutschen Ehre vereinbar ist. Es wird jedoch Wert darauf gelegt, daß [diese] Forderung nicht in hochpolitischer Form behandelt wird, sondern mehr an Hand der aktuellen Ereignisse und mit den Leiden der Deutschen in diesem Gebiet begründet wird“.<sup>51</sup> Obgleich die Presse hier nicht ausdrücklich angewiesen wurde, die deutschen Ansprüche auch auf Ost-Oberschlesien auszudehnen und sich in der Literatur kein Hinweis findet, daß ein Aufrollen der Oberschlesien-Frage explizit gefordert wurde, bestimmten ab der Mitte des Monats Meldungen über eine Verhaftungswelle in Oberschlesien und von den Behörden vermeintlich geduldete oder inspirierte Ausschreitungen gegen die deutsche Minderheit das Erscheinungsbild der Zeitungen in weit stärkerem Maß als die beginnende „Korridor“-Propaganda.<sup>52</sup> Der Grund für die Ausrichtung der Kampagne auf die Vorgänge in der Wojewodschaft Schlesien ergibt sich aus den Prinzipien und Methoden der NS-Propaganda, den Gegner tunlichst nicht als abstrakte Größe, als diffuse Gruppe („die Polen“) darzustellen und zu attackieren, sondern Angriffe zielgerichtet auf führende Repräsentanten des bekämpften Staates als Verkörperung des Feindes zu lenken. Die Rolle dieses „Haßobjekts“ wurde dem schlesischen Wojewoden Grażyński zugewiesen, der sich, politisch eher im zweiten Glied, aber seit vielen Jahren als besonders eifriger Verfechter der gerade in Oberschlesien rigiden Polonisierungspolitik auch im Deutschen Reich bekannt, anstelle der polnischen Staatsführung von nun an den übelsten Schmähungen ausgesetzt sah. Der Leiter der Pressekonferenz veranlaßte am 18. August die Diffamierungskampagne und lieferte den Journalisten auch die Begründung: „Bei der Kommentierung der stündlich einlaufenden Meldungen über Terrorakte in Ostoberschlesien ist immer wieder darauf hinzuweisen, daß die Zustände in Kattowitz und Umgebung

---

Schlacht am Kahlenberg sei nicht durch das Eingreifen des polnischen Entsatzheeres unter Jan Sobieski entschieden worden („als die Schlacht begann, *flüchtete* ein polnisches Husarenregiment und brachte dadurch die polnische Reiterei in größte Verwirrung“), sondern durch „das deutsche Heer unter dem Befehl [des kaiserlichen Feldherrn, T.K.] Karls von Lothringen“. VB, 15.08.1939: „Polen... „Bollwerk europäischer Kultur“, S. 5.

<sup>51</sup> Sündermann: Tagesparolen, S. 25. Der Autor konstatiert, die Tragweite und die Diktion dieser Richtlinie ließen den Schluß zu, daß es sich hier um eine persönliche Anweisung Hitlers handelte. - Fritsche erklärte darüber hinaus, die Zeitungen dürften nicht auf Hitlers hinfalliges „Angebot“ aus den Märztagen Bezug nehmen, sondern hervorheben, daß es sich um „alte deutsche Forderungen“, ein schon lange anstehendes Problem handele, das zu seiner Lösung auch keiner Konferenz bedürfe, da die Forderungen allesamt „berechtigt“ seien. Sänger: Politik der Täuschungen, S. 381. - Ab Mitte August wurden die Pressevertreter fast täglich davor gewarnt, auf „Verhandlungsgerüchte“ einzugehen, auch dies vermutlich auf persönliche Intervention Hitlers, die auf dessen Befürchtung zurückzuführen ist, der Weg zum Krieg könne ihm ähnlich wie im Vorjahr durch Vermittlungsvorschläge Außenstehender verlegt werden.

<sup>52</sup> Eine Ausnahme bildet der Aufmacher der „Frankfurter Zeitung“ vom 19. August, der die negativen Auswirkungen der „Korridor“-Regelung auf die wirtschaftliche Entwicklung Ostpreußens zum Inhalt hatte. FZ, 19.08.1939: „Das abgeschnürte Glied“, Titelseite.

von Tag zu Tag unerträglicher werden. Mit dieser Feststellung müssen Angriffe gegen den Wejowden [sic!] Graszynski, der als der Hauptverantwortliche für den barbarischen Terror zu bezeichnen ist, verknüpft werden. Es hat sich propagandistisch immer als sehr wirksam erwiesen, wenn ein bestimmter politischer Stand in geeigneter Form personifiziert wird. Deshalb müssen sich die Zeitungen in diesen Tagen eingehend mit der Person G. beschäftigen und seine Verantwortung für die Ausschreitungen stark herausstellen“.<sup>53</sup>

In den letzten Augusttagen dominierten drei zentrale Themen die antipolnische Propagandakampagne: die als militärische Offensivmaßnahmen ausgegebenen polnischen Verteidigungsvorbereitungen,<sup>54</sup> damit zusammenhängend die vermeintliche Absicht Polens, die in Gang gekommenen Krisengespräche zu sabotieren<sup>55</sup> und die an der deutschen Minderheit angeblich verübten „Terrorakte“. Letztere standen erkennbar im Vordergrund. Die Presse berichtete über die Stimmung im Nachbarland in einer Art und Weise, daß bei den Lesern und Leserinnen deutscher Zeitungen der Eindruck entstehen mußte, nicht nur in Danzig stehe ein polnischer militärischer Schlag unmittelbar bevor, auch der Angriff auf das Reich selbst sei nur mehr eine Frage von Stunden.<sup>56</sup> Dieses ungestü-

---

<sup>53</sup> Hagemann: Presselenkung, S. 225, Anm. 80. - Vgl. auch Sywottek: Mobilmachung, S. 223. - Es ist bemerkenswert, daß weder der „Völkische Beobachter“ noch die „Frankfurter Zeitung“ Angriffe gegen Beck, Rydz-Śmigły oder Mościcki richteten, ein deutlicher Unterschied zu der anti-tschechischen Kampagne im Jahr 1938 und kurzzeitig im Februar/März 1939, als die Presse ohne Unterlaß gegen den Staatspräsidenten Beneš oder den „Benesch-Geist“ in der ČSR bzw. Č-SR polemisierte.

Der neuen Richtlinie wurde von beiden Zeitungen umgehend Rechnung getragen, doch zeigte der „Völkische Beobachter“ wieder seine eigene, beißendere Handschrift. - FZ, 20.08.1939: „Ausweisungen, Verhaftungen, Rechtsentziehungen. Die polnischen Unterdrückungsmaßnahmen“, Titelseite (Bericht über die behördlich verfügte „Vertreibung“ der im schlesischen Grenzgebiet ansässigen deutschstämmigen Bevölkerung nach Innerpolen. Der Initiator dieser Maßnahme sei Grażyński). - VB, 20.08.1939: „Das ist Englands Schuld. Unmenschliche Behandlung der Deutschen in Polen. Grażyński läßt das Mordgesindel los“, Titelseite. In dem Artikel des nationalsozialistischen Blattes wurden erneut Einzelfälle hervorgehoben. So sei der 89jährige (!) Ferdinand Kemp von Angehörigen des Aufständischenverbandes mißhandelt worden. „nur weil er ein Deutscher ist“. Die Anwendung des Grenzzonengesetzes, d.h. die zwangsweise Umsiedlung der Deutschen in die polnischen Kerngebiete, wertete der „Völkische Beobachter“ als „neue[n] Schlag des *Deutschenfressers* Grażyński“. Hervorhebung T.K.

<sup>54</sup> In der Pressekonferenz vom 25. August wurden detaillierte Sprachregelungen getroffen. So sei bei „dem Bau von Befestigungsanlagen in Polen [...] nicht von Verteidigungsstellungen, sondern von Ausgangsstellungen für den geplanten Angriff zu sprechen“. Sündermann: Tagesparolen, S. 32.

<sup>55</sup> In der 19-Uhr Pressekonferenz am 27. August - es fanden jetzt täglich zwei Pressekonferenzen statt - wurden „Tatsachenmeldungen über diplomatische Aktivität, Besuche, Empfänge und dergleichen“ für die Berichterstattung freigegeben, „damit das Volk sieht, daß und wie verhandelt wird“. Daß es hier vornehmlich darum ging, eine auf der deutschen Seite vorhandene Verhandlungsbereitschaft vorzutäuschen, d.h. um eine in erster Linie für die deutsche Öffentlichkeit bestimmte reine Propagandaschimäre, wird durch die anschließende Einschränkung offensichtlich: „Daran keine Kombinationen knüpfen, solche Meldungen keinesfalls aufmachen“. Hagemann: Presselenkung, S. 255, Anm. 372.

<sup>56</sup> FZ, 25.08.1939: „Drohender polnischer Angriff auf Danzig“, Titelseite. - VB, 25.08.1939: „Die Polenarmee zum Losschlagen bereit. Drohender Überfall auf Danzig“, Titelseite. - VB, 27.08.1939: „Vor einem Überfall auf Schlesien. Neue schwere polnische Grenzverletzungen“, Titelseite. Diesem Bericht zufolge wollte der „Völkische Beobachter“ „aus zuverlässiger Quelle“ erfahren haben, daß polnische Behörden bereits Ortsschilder mit den Städtenamen Gliwice, Bytom, Opole und Wrocław hätten anfertigen lassen. - Die in militärischer Hinsicht sehr spät verfügte und aufgrund des Drängens der Westmächte lange hinausgezögerte Generalmobilmachung in Polen wurde am 31. August auf den Titelseiten der Zeitungen als Beweis für die „Kriegstreiberei“ angeführt. Die „Frankfurter Zeitung“ veröffentlichte einen DNB-Bericht, in dem ein „regelrechtes Kriegsfieber“ in polnischen Militärkreisen behauptet wurde. Der „Völkische Beobachter“ stellte einen Zu-



me Vorpreschen großer Teile der Presse und vermutlich auch publizistische Pannen ließen es dem Propagandaministerium geboten erscheinen, die Zeitungen nach der Verschiebung des Angriffstermins wieder zu zügeln. Fritsche erklärte am 26. August in der Pressekonferenz, die Presse müsse alles unterlassen, „was eine Terminfestlegung bedeuten könnte. Der Führer darf nicht festgelegt werden und muß das Gesetz des Handelns behalten. [...] Die deutsche Stärke ist, Methode und Termin des Vorgehens unbekannt zu lassen“.<sup>57</sup>

Während Meldungen über die vorgebliche „Kriegslust“ Polens jetzt zwar nicht aus den Zeitungen verschwanden, jedoch deutlich abnahmen - die panikschürenden Berichte über die martialischen Äußerungen aus dem Nachbarland hatten ohnehin in einem augenfälligen Kontrast gestanden zu den häufig wiederkehrenden, beruhigenden Kommentaren, die Wehrmacht habe alle Verteidigungsmaßnahmen getroffen und auch der Schutz Danzigs sei sichergestellt -, wurde die Greuelpropaganda in Umfang und Methode noch gesteigert. Die Zeitungen hatten nun täglich mit immer neuen, immer brutaleren Schilderungen vermeintlicher Übergriffe und Menschenrechtsverletzungen schlimmsten Ausmaßes aufzuwarten. Die Glaubwürdigkeit der Einzelmeldungen war längst nicht mehr ein Kriterium dieser Propaganda, deren bloße Aufgabe es war, bei der deutschen Bevölkerung zunehmend den Eindruck zu erwecken, die Zustände im Nachbarland machten das Eingreifen deutscher Truppen unvermeidbar und dem Ausland gegenüber einen Indikator für die Kriegsbereitschaft des Dritten Reiches abzugeben, um damit möglicherweise doch noch ein Zurückweichen der Westmächte zu bewirken. Am 29. August betonte Fritsche, das „Maß der Herausstellung der polnischen Terrormeldungen [ist] für das Ausland der Maßstab, an dem man die Festigkeit der deutschen Haltung“ bemesse. Daher sei es „gleichgültig, was von diesen Meldungen geglaubt [wird] oder nicht“.<sup>58</sup>

Im Gegensatz zur „Frankfurter Zeitung“, die in den letzten Augusttagen meist DNB-Meldungen über Ausschreitungen gegen Deutsche, Verschleppungen nach Innerpolen, Verhaftungen u.ä. auf der Titelseite veröffentlichte - auffallend selten wurde hier über Todesfälle berichtet - und auch jetzt

---

sammenhang mit der angeblichen Verhandlungsbereitschaft der deutschen Seite her, der Polen durch den neuen Schritt den Boden zu entziehen versuchte: „Verschärfend fällt ins Gewicht, daß Polen in einem Augenblick zur äußersten Reizung Deutschlands schreitet, in dem von einem Meinungs austausch die Rede ist, der sich in verantwortungsvoller Weise um eine friedliche Lösung des gesamten Fragenkomplexes bemüht“. FZ, 31.08.1939: „Polens militärische Maßnahmen“, Titelseite. - VB, 31.08.1939: „Polen treibt zum Krieg. Die notorischen Friedensstörer“, Titelseite.

<sup>57</sup> Sänger: Politik der Täuschungen, S. 386. - Im Verlauf der abendlichen Konferenz wurde ergänzend bemerkt, die Presse dürfe nicht „drängeln“. Sywottek: Mobilmachung, S. 230. - In der Ausgabe vom 26. August war dem „Völkischen Beobachter“ ein, wie es im nachhinein erscheinen mußte, Fauxpas unterlaufen, da der Leitartikel überdeutliche Anspielungen darauf enthielt, daß der Krieg bereits ausgebrochen sei. Es ist nicht auszuschließen, daß Nachrichten über den militärischen Aufmarsch im Osten, der bei einigen Truppenteilen erst im letzten Augenblick gestoppt werden konnte, durchgesickert waren, die Redaktion hiervon Kenntnis bekommen hatte und in ihrem Eifer, das erste Blatt zu sein, das auf die neue Lage Bezug nahm, Andeutungen machte, die nach der Verschiebung des Angriffes dem Propagandaministerium außerordentlich ungelegen kommen mußten. In dem Kommentar hieß es: „Wir müssen mit der Möglichkeit rechnen, daß in der Stunde, in der diese Ausgabe des ‚VB.‘ in die Hände unserer Leser gelangt, die heutigen Nachrichten *von den Tatsachen bereits überholt sind*“. Die „Belagerung“ Danzigs, Ostpreußens und des deutschen Teiles Oberschlesiens seien „schon nicht mehr Provokation, sondern offener Angriffskrieg“. VB, 26.08.1939: „Die Lage“, Titelseite.

<sup>58</sup> Sänger: Politik der Täuschungen, S. 388. - Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ wurde auf der Pressekonferenz gerügt, weil sie in ihrer Ausgabe vom 26. August nicht mit Terrormeldungen aufgemacht hatte. Vgl. Sywottek: Mobilmachung, S. 222.

noch versteckte Friedensappelle an die eigene Staatsführung richtete,<sup>59</sup> legte sich der „Völkische Beobachter“ bei der Erfindung und Ausschlichtung von vermeintlichen Untaten keine Zurückhaltung mehr auf. Die Kampagne unterschied sich bereits jetzt in Ton und Inhalt kaum von der späteren Kriegspropaganda, nur daß nach den tatsächlichen Ausschreitungen in Bromberg und anderenorts die Zeitungen durch die Verwertung von Bildmaterial ihren Greuelberichten stärker den Anschein von Authentizität zu verleihen vermochten.<sup>60</sup> Die angewandte Propagandamethode blieb weiterhin die Hervorhebung von Einzelfällen; eine Fülle von Reizbegriffen, die Wiedergabe wörtlicher Rede<sup>61</sup> und die oft peinlich genaue Schilderung der abschreckendsten, häufig konstruiert wirkenden Beispiele von entsetzlichen Mißhandlungen sollte die Betroffenheit der Leser und Leserinnen steigern.<sup>62</sup> Wenn auch nicht anzunehmen ist, daß die Berichte in allen Einzelheiten von der reichsdeut-

---

<sup>59</sup> Diese Appelle wurden dabei von obligatorischen Ergebnis- und Treuebekundungen eingeleitet: „Das deutsche Volk steht geschlossen hinter seinem Führer und wünscht sich nichts sehnlicher, als daß es einer hohen Staatskunst und Diplomatie gelingen möge, auch diesmal ohne Krieg zu seinem Ziel zu gelangen“. Bemerkenswert ist, daß die Redaktion hier von *seinem*, d.h. allein Hitlers Ziel sprach! Im folgenden richtete sich der Artikel ausschließlich gegen Polen, maß diesem die Verantwortung für die steigende Kriegsgefahr bei und mahnte, daß nur „ihre [der Polen, T.K.] Selbstbesinnung [...] die Zwangsvollstreckung von ihnen abzuwenden“ vermöchte. FZ, 27.08.1939: „Die Frage an Polen“, Titelseite.

Zwei Tage vorher hatte das Blatt zum ersten Mal seit Monaten dem Thema Polen einen Kommentar auf der dritten Seite gewidmet. Der Ton des Artikels ist erkennbar resignativ, hier wird deutlich, daß die Redaktion ihre Friedenshoffnungen längst aufgegeben hatte: „Wer die Polen liebt [!], darf ihnen nur wünschen, daß Herr Polesinsk [sic! Vermutlich Polesiński, nach Angaben des Verfassers ein Hauptmann, der durch Vorträge und Broschüren die polnischen Soldaten von der mangelnden Kampfmoral ihrer deutschen Gegner zu überzeugen versuchte, T.K.] niemals die Probe auf sein Exempel zu machen brauche. [...] am Ende bleibt nur die alte Erkenntnis, daß Gott den mit Blindheit straft, den er verderben will“. Dieser Schlußsatz war nach Lage der Dinge sowohl auf Polen als auch auf die nationalsozialistischen Machthaber zu beziehen. FZ, 25.08.1939: „Die polnische Tragödie“, S. 3.

<sup>60</sup> Auch dies gab es in Ansätzen schon Ende August. Am 21. August veröffentlichte der „Völkische Beobachter“ Bilder aus deutschen Flüchtlingslagern, die die ganze dritte Seite füllten. Bevorzugt abgebildet wurden weinende Frauen oder alte Menschen, die, gestützt auf selbstlose Helfer und Helferinnen, die rettende Grenze gerade noch erreicht haben sollten. VB, 21.08.1939: „Über 80000 Flüchtlinge klagen an!“, S. 3 - Ein ähnlicher Bildbericht erschien am 25. August, ebenfalls auf der dritten Seite, hier unter der Überschrift „Dem polnischen Terror entronnen“.

<sup>61</sup> Gerade die wörtliche Rede, als Technik, die geeignet ist, Vorgänge plastischer zu vermitteln und die Distanz zu dem geschilderten Sachverhalt abzubauen, wurde nicht selten gebraucht. Die Inhalte und die verwendeten Begriffe waren offensichtlich darauf angelegt, Empörung auszulösen. So berichtete der „Völkische Beobachter“ am 29. August über Evakuierungsmaßnahmen in Pommerellen, bei denen der polnische Führer der Begleitmannschaft mit den Worten „Weißt du deutsches Aas nicht, daß überflüssiges Gepäck nicht mitgenommen werden darf?“ einer Frau ihr vierjähriges Kind entrissen und erschlagen haben soll. VB, 29.08.1939: „Deutsche wie Vieh verschleppt“, Titelseite.

<sup>62</sup> Die Flut von Horrorberichten, die jetzt auf die Leserschaft niederging, kann nicht erschöpfend behandelt werden. Die Auswahl einiger typischer Überschriften vermag jedoch einen Einblick in Machart und Inhalt der Greuelberichte zu geben. Generell läßt sich festhalten, daß die dargestellten angeblichen Übergriffe sich meist gegen erkennbar wehrlose und unschuldige Opfer richteten, das „Wüten“ der Täter auf deren „sadistische“ oder „viehische“ Instinkte zurückgeführt, d.h. die besondere Brutalität zu einem polnischen Charakterzug erklärt wurde, und man gleichzeitig den Eindruck zu erwecken versuchte, die Behörden hätten sich diese sadistische Triebstruktur dienstbar gemacht und die Übergriffe geduldet oder sogar inspiriert. Eine direkte Beteiligung polnischer Behörden oder polnischen Militärs an gewaltsamen Ausschreitungen wurde noch nicht behauptet, doch gab es hier Ausnahmen: in Oberschlesien „hetzte“ Grażyński selbst seine „Mordgardisten“ auf die deutsche Minderheit und auch die Begleitmannschaften der Evakuierungszüge wurden als besonders sadistisch dargestellt. - VB, 21.08.1939: „Polens Terror wächst von Tag zu Tag. Säuglinge nicht mehr vor der Mordwut sicher“, Titelseite (die fünfmonatige Edeltraut Kaletta sei „durch eine Verbrecherbande aus dem Kinderwagen gerissen, zuerst gegen die Wände geschlagen und dann zum Fenster hinausgeworfen“ worden). - VB, 22.08.1939: „Volksdeutsche Kinder auf der Flucht“, Titelseite. - VB, 23.08.1939: „Unerträgliches Wüten der polnischen Terrorbanden“, S. 2 (der „Volksdeutsche“

schen Bevölkerung geglaubt wurden - für ausländische Adressaten dieser Greuelpropaganda kann dies ohnehin ausgeschlossen werden - so steht doch zu vermuten, daß allein die Fülle der Nachrichten, das tägliche Bombardement mit Terrormeldungen eine gewisse Wirkung nicht verfehlte. In der deutschen Öffentlichkeit mußte, selbst wenn Übertreibungen der Propaganda in Rechnung gestellt wurden, der Eindruck entstehen, Polen sinne auf Krieg und die Konnationalen jenseits der Grenze litten unter nicht länger hinnehmbaren Gewaltakten.

#### 5.1.4 Die Pressepropaganda nach Kriegsbeginn

Die Pressekampagne nach Beginn des Überfalls auf Polen war zunächst wenig mehr als die publizistische Begleitmusik der Reichstagsrede Hitlers vom 1. September. Die Presse hatte die von Hitler präsentierten Propagandalügen herausgehoben und in immer neuen Variationen wiederzugeben.<sup>63</sup> Das Propagandaministerium erließ am 1. September generelle Richtlinien für die Presseberichterstattung. Die Zeitungen hatten ausführlich auf das beabsichtigte „Angebot“ Hitlers an den erwarteten polnischen Emissär einzugehen, Spekulationen über die zukünftige Gestalt Polens sowie die Verwendung des Begriffes „Krieg“ wurden untersagt - stattdessen sollte allenfalls davon gespro-

---

Szipka sei durch Angehörige des Aufständischenverbandes zusammengeschlagen und anschließend in einer Jauchegrube (!) ertränkt worden). - VB, 24.08.1939: „Volksdeutsche entmannt und zu Tode geprügelt“, Titelseite. - VB, 26.08.1939: „Abschlachtungen und Massenmorde. 500 Zloty auf den Kopf jedes Volksdeutschen“, S. 2. - VB, 29.08.1939: „Hochschwängere Frau und vierjähriges Kind mit Kolbenschlägen getötet“, Titelseite. - VB, 29.08.1939: „Polen verbrennen Kinder vor den Augen ihrer Mütter“, S. 2. - VB, 31.08.1939: „66 Ermordete klagen an“, Titelseite. Bei dem letztgenannten Artikel handelt es sich um die Auflistung aller in den Vorwochen angeführten Mordtaten. Es hieß, der Bericht enthalte ausschließlich „amtlich nachgeprüfte“ Fälle und sei eine „*flammende Anklage* gegen einen Staat, der diese Bezeichnung nicht verdient“.

<sup>63</sup> So lautete eine Anweisung der 23-Uhr Pressekonferenz am 31. August: „Es kommen vier DNB-Meldungen über den Überfall auf den Sender Gleiwitz. Sie sollen gut aufgemacht werden. Die Meldungen sollen nicht mit anderen polnischen Terrormeldungen zusammengebracht werden“. Säger: Politik der Täuschungen, S. 390. - Zu Planung und Ablauf der seit dem 10. August unter der Federführung Reinhard Heydrich vorbereiteten inszenierten Grenzverletzungen vgl. Jürgen *Runzheimer*: „Die Grenzzwischenfälle am Abend vor dem deutschen Angriff auf Polen“. In: Wolfgang *Benz* und Hermann *Graml* (Hrsg.): Sommer 1939. Die Großmächte und der Europäische Krieg, S. 107-147 [Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. Hrsg. v. Karl-Dietrich *Bracher* und Hans-Peter *Schwarz*; Sondernummer]. - Hitlers Rede in Domarus: Hitler. Reden und Proklamationen, Bd. II/1, S. 1312ff. Hitler nahm erneut Bezug auf seine „maßvollen“ Vorschläge zwischen Oktober 1938 und März 1939, die Polen nicht nur abgelehnt, sondern mit „Mobilmachungen, mit verstärktem Terror“ etc. beantwortet habe. Auch Frauen und Kinder habe „man in der tierischsten, sadistischen Weise“ gequält und schließlich getötet. Die Unterstreichung der „polnischen Greuel“, die Behauptung, in Berlin habe man zwei Tage vergebens auf einen polnischen Unterhändler gewartet, der Verweis auf die - jetzt auch von regulären Truppen unternommenen - Grenzverletzungen und die Bekanntgabe des „16-Punkte-Vorschlages“ richteten sich zweifellos vornehmlich - da im Ausland unglaublich - an die reichsdeutsche Bevölkerung. Einige Passagen sollten demgegenüber in erster Linie bei den Westmächten Wirkung erzielen, etwa die Bemerkung, sein Ziel sei, eine „Wendung“ herbeizuführen, „die ein friedliches Zusammenleben sicherstellt“, eine glatte Lüge gemessen an seinen Ausführungen vor den Wehrmachtsbefehlshabern am 22. August. Überhaupt fällt auf, daß im Gegensatz zu den Presseattacken der vorangegangenen Tage Hitler in dieser für ihn kritischen Phase vor der möglichen Kriegserklärung Großbritanniens und Frankreichs den Propagandatopos von der britischen Verantwortung für die angeblichen Übergriffe gegen Deutsche in Polen nicht aufnahm und die Rede keine scharfen Angriffe gegen London oder Paris enthielt.

chen werden, daß „polnische Angriffe zurückgeschlagen“ würden -, und die Zahl der in Polen lebenden Volksdeutschen hatte pauschal mit 1,2 Millionen Menschen angegeben zu werden.<sup>64</sup>

Militärische Erfolgsmeldungen füllten jetzt die Spalten der Zeitungen, und Hitler selbst schien omnipräsent zu sein. Bilder zeigen ihn im rückwärtigen Frontgebiet mit Angehörigen der deutschen Minderheit, die ihm den Dank für ihre „Rettung“ ausdrückten, wie auch im Gespräch mit verwundeten Soldaten und an der vordersten Kampflinie. Der Propagandamythos „Feldherr“ und „Erlöser“ wurde zielstrebig aufgebaut.<sup>65</sup> Während in den Berichten über das schnelle Vorrücken der deutschen Truppen stets hervorgehoben wurde, daß die Wehrmachtsführung und die verschiedenen Truppenteile alle Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907 auf das strikteste einhielten, malte die Presse, der „Völkische Beobachter“ stärker als die „Frankfurter Zeitung“, zunächst das Bild eines heimtückischen polnischen Gegners, der sich bei seiner Kriegführung des Einsatzes von Heckenschützen und Franktireuren bediente, deutsche Kriegsgefangene exekutierte und selbst Sanitätskompanien und Rot-Kreuz-Krankenschwestern nicht verschonte.<sup>66</sup>

Kein Ereignis aber prägte die antipolnische Kriegspropaganda stärker als die Ausschreitungen polnischer Einwohner der Stadt Bromberg gegen ihre deutschen Mitbürger am 3. September 1939, ein Vorfall, der zweifellos zu den am rücksichtslosesten ausgeschlachteten und instrumentalisierten Geschehnissen der Weltgeschichte zu rechnen ist. Anders als im August vermochte das Propagandaministerium nun durch den Einsatz von Bildmaterial und die Verwertung von Berichten handver-

---

<sup>64</sup> Koszyk: Deutsche Presse, S. 415. - Der „Völkische Beobachter“ veröffentlichte Hitlers „16-Punkte-Angebot“ am 1. September, die „Frankfurter Zeitung“ eine entsprechende DNB-Meldung am Tag darauf. VB, 01.09.1939: „Was Deutschland fordert. Rückkehr Danzigs ins Reich. Volksabstimmung im Korridor“, Titelseite und S. 2. - FZ, 02.09.1939: „Der deutsche Vorschlag an Polen“, S. 2. - Die deutsche Presse hatte diese Propagandafinte, deren Alibicharakter allein schon daraus hervorgeht, daß die Einsetzung einer aus Vertretern Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und der *Sowjetunion* bestehenden Abstimmungskommission vorgesehen war, der Polen unter keinen Umständen zugestimmt hätte, und auch das Einverständnis Großbritanniens mit der Einbeziehung der Sowjetunion erscheint, nach dem deutsch-sowjetischen Pakt, mehr als zweifelhaft, als weiteren Beweis für Hitlers Mäßigung und Friedensliebe auszugeben. Selbst die „Frankfurter Zeitung“ kam dieser Forderung nach und kommentierte am 2. September in einem redaktionellen Leitartikel: „Niemand aber zweifelt [...] an der Gerechtigkeit dieses Kampfes, zumal seitdem das deutsche Volk weiß, wie maßvoll die letzten Vorschläge waren, die sein Führer dem östlichen Nachbarn übermittelt hat“. Auch nach dem Ausbruch der Kampfhandlungen ginge es der deutschen Seite „nur um die Rückgliederung fraglos deutschen Landes und [...] um die Herstellung eines gesunden nachbarlichen Verhältnisses [!] zum polnischen Volk“. FZ, 02.09.1939: „Ernste Heimkehr“, S. 3.

<sup>65</sup> Religiöse Anleihen sind unverkennbar. Vgl. dazu Baird: *Mythical World*, S. 43ff. der zu Recht konstatiert, Hitler habe sich hier „in the guise of the Messiah“ präsentieren lassen. Ebd. S. 47. Die Berichte, meist DNB-Meldungen, appellierten sehr stark an das Gefühl der Leserschaft und führten - möglicherweise inszenierte, möglicherweise spontane - Ergebensheits- und Dankesbekundungen von Angehörigen der Minderheit als Beleg für die tatsächliche Gefährdung der „Volksgruppe“ in Polen an. So hieß es in einem DNB-Bericht, den die „Frankfurter Zeitung“ auf der Titelseite veröffentlichte: „Die deutschen Bauern bringen dem Führer ihre Kinder, überreichen ihm die letzten Blumen aus ihren *verwüsteten Gärten*. Mit Tränen in den Augen stehen sie vor ihm und bringen nur ein paar Worte in tiefer Bewegung hervor“. FZ, 08.09.1939: „Der Führer wieder im Korridor“, Titelseite. Hervorhebung T.K.

<sup>66</sup> VB, 06.09.1939: „Wehrlose deutsche Sanitätskompanie und Verwundete von den Polen niedergemacht“, S. 5. Da die Diskreditierung der polnischen Armee die militärischen Erfolge der Wehrmacht schmälerte, wurde sie umgehend wieder aufgegeben. In der Pressekonferenz vom 8. September wurde mitgeteilt, „daß wir die Leistungen unserer Armee nicht dadurch verkleinern dürfen, daß wir den Gegner über Gebühr als feige und verächtlich hinstellen. Bekanntlich hat jetzt auch der deutsche Heeresbericht mehrfach von tapferen polnischen Soldaten gesprochen“. Sündermann: *Tagesparolen*, S. 69.

lesener ausländischer Journalisten, die eigens zu diesem Zweck an den Ort des Geschehens gebracht worden waren, der Greuelpropaganda den Anschein von Authentizität zu verleihen und rückte folglich die Artikel und Kommentare der Auslandspresse in den Mittelpunkt der Kampagne. Sowohl im „Völkischen Beobachter“ als auch in der „Frankfurter Zeitung“ erschien ein Artikel der „Stockholms Tidningen“ im Wortlaut, in dem von einer „furchtbare[n] Bartholomäusnacht“ gesprochen und ein „entsetzliches Massaker“ an den deutschen Einwohnern der Stadt, die „regelrecht geschlachtet“ worden seien, konstatiert wurde.<sup>67</sup> Bildveröffentlichungen waren das bevorzugte Mittel, etwaige Zweifel an der Wahrheit der in den düstersten Farben gemalten und durch schrille Beschimpfungen der polnischen Täter ergänzten Berichte zu zerstreuen.<sup>68</sup>

Hatten die erfundenen und aufgebauchten Greuelmeldungen im Vorfeld des Krieges vornehmlich das Ziel verfolgt, die deutsche Bevölkerung gegen den polnischen Staat in Stellung zu bringen, so diente die Propagandakampagne um den „Bromberger Blutsonntag“ nun dazu, die bald beginnenden großangelegten Liquidierungsaktionen und Deportationsmaßnahmen scheinbar zu rechtfertigen und durch die Verunglimpfung der polnischen Bevölkerung als „Untermenschen“ diesen den Status eines „Helotenvolkes“ in der rassistisch fundierten nationalsozialistischen Ausbeutungskonzeption in Osteuropa zuzuweisen. Das durch die Presse vermittelte Polenbild wurde dieser Strategie entsprechend ein letztes Mal geändert und ausgeweitet, die „vertierten Mordbanden“ der August-Kampagne wurden ersetzt durch das wieder und wieder behauptete „Untermenschentum“ des *gesamten* polnischen Volkes, das sein Recht auf einen eigenen Staat und auf zivilisierte Behandlung auf ewig eingebüßt habe. Die ohnehin von Hitler verfolgte Intention, die eingegliederten

---

<sup>67</sup> Der Artikel erschien im „Völkischen Beobachter“ am 9. September, in der „Frankfurter Zeitung“ einen Tag darauf, in beiden Blättern auf der zweiten Seite unter der Überschrift „Die Menschen sind regelrecht geschlachtet worden“. In einem längeren DNB-Artikel wurden Äußerungen weiterer Journalisten, Dänen, Ungarn und Japaner, ohne Namensnennung oder Angabe der Zeitung, referiert und dabei deren vermeintliche Objektivität besonders herausgestrichen. Der „Völkische Beobachter“ leitete den als Pressestimme eines neutralen Staates besonders wertvollen Bericht der „Stockholms Tidningen“ mit dem Kommentar ein: „So spricht ein Journalist, der unvoreingenommen die Tatsachen gesehen hat“. VB, 09.09.1939: „Das Blut der Ermordeten von Bromberg fordert Chamberlain vor das Weltgericht“, Titelseite. - FZ, 10.09.1939: „Neutrale klagen an“ (DNB), Titelseite. - Erste Meldungen über die zu diesem Zeitpunkt bereits fünf Tage zurückliegenden Ereignisse waren am 8. September veröffentlicht worden. VB, 08.09.1939: „Grauenhafte Menschenschlächtereien der von polnischem Militär bewaffneten Franktireure. Bromberg eine Stadt des Grauens“, S. 2. - FZ, 08.09.1939: „Volksdeutsche von polnischen Franktireurs ermordet. Mitschuld des polnischen Militärs“ (DNB), Titelseite.

<sup>68</sup> Das Betrachten dieser Photographien erklärte der „Völkische Beobachter“ zur Pflicht jedes „Volksgenossen“. Am 14. September veröffentlichte das Presseorgan auf der dritten Seite der Ausgabe das Bild der Leiche eines alten Mannes und die verstümmelte Hand eines weiteren Opfers unter der Bildüberschrift „Bitte hersehen!“ In dem Begleittext hieß es: „Jeder Deutsche und das neutrale Ausland muß wissen, [...] welches Schicksal Deutschland erwartet hätte, wenn der Führer und die [...] Wehrmacht nicht die Unverletzlichkeit der deutschen Grenzen verbürgten [...]. *Ästhetische Bedenken sind hier nicht am Platze*“. - Auch die Anwesenheit der ausländischen Journalisten sollte durch Bildmaterial dokumentiert werden. Am 12. September erschien, ebenfalls auf der dritten Seite, ein Photo, das eine Gruppe von als Auslandsreportern ausgegebenen Männern in Begleitung von Wehrmichtsangehörigen neben einigen Toten zeigt. Da vor allem amerikanische und britische Blätter Zweifel an der deutschen Darstellung der Ereignisse geäußert hatten, wies der „Völkische Beobachter“ in dem Beiteext „noch einmal darauf hin, daß zahlreiche Auslandsjournalisten, wie unser Bild zeigt, Gelegenheit hatten, die scheußlichen Verbrechen polnischer Mordbanden festzustellen und zu photographieren“.

Gebiete rücksichtslos zu germanisieren wurde als Folge der Ausschreitungen dargestellt, die Forderung nach Vertreibung der Polen den Opfern in den Mund gelegt.<sup>69</sup>

Diese letzte Stufe der antipolnischen Propaganda, der propagierte Rassewahn in Reinform, der darauf abzielte, die bald in regelrechten Straßenrazzien gewaltsam aufgegriffenen polnischen „Fremdarbeiter“ zu recht- und willenlosen Arbeitsmaschinen zu degradieren und das „Generalgouvernement“ für die deutsche Kriegswirtschaft rücksichtslos auszubeuten, kann nicht besser verdeutlicht werden als durch die unkommentierte Wiedergabe der Aufzeichnung Fritz Sängers der Weisung aus der Pressekonferenz vom 24. Oktober 1939: „[...] Dagegen muß erreicht werden, daß die gegenwärtige Abneigung gegen Polen für Jahre aufrechterhalten wird. Diese Abneigung muß aus einer latenten zu einer bewußten werden. Man müsse eine rassische Unterwanderung verhüten. Polen ist Untermenschentum. Polen, Juden, Zigeuner sind in einem Atemzug zu nennen. Mit den Polen hat man keinen gesellschaftlichen und keinen anderen Verkehr. Ein Pole ist etwas Unreines, mit dem man sich nicht befaßt [...]. Alles, was in Polen Ordnung sei, habe eine deutsche Wurzel, ebenso die Kultur. Daß Polen ein Untermenschentum sei, müsse ein ‚Bestandteil des Unterbewußten‘ werden“.<sup>70</sup>

---

<sup>69</sup> Am 10. September hieß es in dem Aufmacher des „Völkischen Beobachters“: „So ist zu verstehen, wenn ein Volksdeutscher, der diese Stunden unvorstellbaren und nur schwer zu schildernden Grauens und Entsetzens [sic!] miterleben mußte, seinen Befreier sagte: Das müssen Sie nun verstehen, man darf uns nicht zumuten, noch weiter mit Polen zusammenzuleben“. - Die in diesem Bericht, in dem nun mehrfach von dem „polnischen Untermenschentum“ gesprochen wurde, geschilderten Fälle suggerieren regelrechte Ritualmorde an der wehrlosen deutschen Bevölkerung. Ein Beispiel für die Machart der Nachrichten: „Einer Greisin von über 70 Jahren wurde die linke Brust abgeschnitten, daß Herz herausgerissen und in eine Schale, mit der man das Blut aufgefangen hatte, geworfen“. Zweifel sind angebracht, ob diese fraglos erfundenen Beschreibungen im Deutschen Reich geglaubt wurden, aber sie verdeutlichen die jetzt für die Propaganda geltenden Prinzipien, die tatsächlich stattgefundenen Ermordungen glaubhaft zu belegen, bei der Schilderung des Hergangs jedoch einer pervertierten Phantasie freien Lauf zu lassen. VB, 10.09.1939: „Die Bromberger Bartholomäusnacht“, Titelseite. - Konkrete Zahlen wurden zunächst nicht genannt, erst Ende Oktober erschienen DNB-Meldungen, die als „vorläufige Zahl“ eine Größenordnung von 5.000 Opfern, 1.000 allein in Bromberg, anführten. FZ, 26. 10. 1939: „Opfergang in Polen. Ein Zwischenbericht über die blutige Verfolgung der Volksdeutschen im September“, Titelseite. Diese Zahl wurde Ende des Jahres - willkürlich und auf persönliche Anweisung Hitlers - auf 58.000 erhöht.

<sup>70</sup> Hagemann: Presselenkung, S. 271, Anm. 517. - Die Mitschrift des „Dienatag“-Redakteurs bestätigt den Inhalt der Richtlinien. Hier heißt es zusätzlich, „tiefsinnige Betrachtungen und Leitartikel über die Kulturlosigkeit Polens und das polnische Untermenschentum“ seien jedoch nicht „angebracht“, sondern sollten „immer nur leitmotivisch anklingen und gelegentlich in feststehenden Begriffen wie ‚polnische Wirtschaft‘, ‚polnische Verkommenheit‘ [...] in Erscheinung treten, bis jeder in Deutschland jeden Polen, gleichgültig ob Landarbeiter oder Intellektuellen, im Unterbewußtsein schon als Ungeziefer ansieht“. Ebd., Anm. 518.

## 5.2 Die Rolle der Publizistik

Die in den Jahren 1934 bis 1938/39 für Presse, Publizistik, Wissenschaft, Rundfunk und Film geltenden Richtlinien der Pressevereinbarung vom Februar 1934 hatten dazu geführt, daß im Jahr 1939 in den naturgemäß langwierigerer Vorbereitung bedürftigen Bereichen Publizistik, Wissenschaft und Film ein ähnlich schlagartiger Umschwung wie in der Presseberichterstattung für das Propagandaministerium nur mit Mühe zu bewerkstelligen war. Das mit der Propagandalenkung institutionell nicht befaßte, aber sorgfältig beobachtende Reichssicherheitshauptamt der SS hatte in dem ersten Vierteljahresbericht 1939 noch festgestellt - und moniert -, daß beispielsweise die deutsche Ostforschung eine antipolnische Ausrichtung weitgehend vermissen lasse.<sup>1</sup> In dieser „Notlage“ und in Ermangelung aktueller Propagandaschriften behalf sich das Ministerium mit der nur marginal veränderten Neuauflage bisher unterdrückter Schriften, die in Inhalt und Forderung bruchlos an die Propagandaliteratur der Weimarer Zeit anknüpften und bemerkenswerterweise der Zeitungspropaganda in der Radikalität und Reichweite ihrer Forderungen zunächst deutlich voraus waren. Während in der Presse in den Monaten Mai, Juni und Juli die Danzig-Propaganda im Vordergrund stand, die nationalsozialistischen Machthaber sich bemühten, die „Anschluß“-Bestrebungen als Kern der Auseinandersetzungen auszugeben, und gelegentliche Meldungen über Ausschreitungen, Behördenübergriffe und Entlassungen in Polen allenfalls den Boden bereiten sollten für ein späteres Aufrollen der Korridor- und Oberschlesienfrage, standen diese beinahe „traditionellen“ Themen der antipolnischen Propaganda im Mittelpunkt der Publizistik.

Herausragende Beispiele sind die Schriften von Arnold Zelle und Friedrich Wilhelm von Oertzen.<sup>2</sup> Bei den „50 Korridorthesen“ Zelles handelte es sich um eine gestraffte und von Margarethe Gärtner bearbeitete Neufassung seiner 1933 erschienenen „100 Korridorthesen“, die noch den Untertitel „Eine Auseinandersetzung mit Polen“ getragen hatten.<sup>3</sup> Diese jetzt erschienene „Abrechnung“ behielt die Form der Altfassung („Die Polen sagen:“; „Antwort:“) bei und behandelte die Problemkomplexe in teils lakonischer, teils - es kann kaum anders ausgedrückt werden - dümmlich-naiver Form. Insbesondere die Thesen, in denen Zelle die psychologischen Befindlichkeiten beider Seiten analysierte, verdeutlichen die schlichte Machart der Schrift. So attestiert der Autor eine polnische „Angst- und Schuldpsychose“ gegenüber dem Deutschen Reich und weiß auch gleich Abhilfe: „Aus dieser Diagnose ergibt sich die Therapie. Man beseitige durch eine Änderung der Grenzen in drastischer Form den Grund der polnischen Ängste und nehme den Polen damit gleichzeitig das Bewußtsein, das Gebiet des Deutschen Reiches zerstückelt zu haben. [...] Befreit von dem

---

<sup>1</sup> Gleichzeitig wurde die Erwartung geäußert, daß man in diesem Bereich „in den nächsten Monaten ziel- und planvoller und mit mehr Konzentration als bisher an die Lösung der vordringlichen Probleme des osteuropäischen Raumes herangehen wird“. BA, R 58/717, S. 76. Zit. Sywottek: Mobilmachung, S. 218.

<sup>2</sup> Arnold Zelle: 50 Korridorthesen. Abrechnung mit Polen. Berlin 1939. - Friedrich Wilhelm von Oertzen: Das ist Polen! 2. Auflage. München 1939.

<sup>3</sup> Arnold Zelle: 100 Korridorthesen. Eine Auseinandersetzung mit Polen. Berlin - Wien 1933.

jetzigen Alpdruck wird Polen dann sein inneres Gleichgewicht finden. Es wird nicht mehr alle Kräfte auf die Mühlen des Chauvinismus zu leiten haben“.<sup>4</sup>

Oertzen, dessen Schrift noch deutlicher rückwärtsgewandt war, Themen waren hier etwa der oberschlesische Schulstreit in den Jahren 1926 bis 1928, der auch außenpolitisch Wellen geschlagen hatte und mittelbar die scharfe Auseinandersetzung zwischen Stresemann und Zaleski in Lugano ausgelöst hatte, und die durch Mitglieder des Aufständischenverbandes massiv behinderten Wahlen zum schlesischen Sejm im Jahr 1930, Beeinflussungen, die sich, wie im Fall der anschließenden landesweiten Sejmwahlen in erster Linie gegen die innerpolnische Opposition richteten, unter der jedoch auch die deutschen Wahlbündnisse zu leiden hatten, die Oertzen hier als vornehmliche Opfer des „Wahlterrors“ darstellt.<sup>5</sup> Die inhaltliche Klammer zu der Situation des Jahres 1939 ergibt sich nicht zuletzt durch die Ausrichtung auf den schlesischen Wojewoden Grażyński (z.B. Kap. 8: „Im Reiche des Herrn Grażyński“), wobei durch die nur unwesentlich geänderte Neuauflage der Eindruck erweckt werden konnte, an der schlechten Lage der deutschen Minderheit in Polen habe sich in der Zwischenzeit nicht das geringste geändert. Der Autor selbst und der Verlag warben damit, daß das Buch in Polen verboten sei, was Oertzen im Vorwort als „beste Bestätigung für die Notwendigkeit des Buches“<sup>6</sup> ausgab. Oertzens Stilmittel ist die plastische Schilderung, sein Buch mit Erzählelementen des Kriminalromans versehen, was der Publikation eine breite Leserschaft sicherte und vermutlich auf die Meinungsbildung einen stärkeren Einfluß ausübte, als die verstaubten „Thesen“ eines Arnold Zelle oder die im Verlauf des Sommers erscheinende, sich wissenschaftlich gebärdende Literatur.<sup>7</sup>

Unter diesen nahm der von Friedrich Heiß herausgegebene, im Verlag „Volk und Reich“ erscheinende Sammelband „Deutschland und der Korridor“ eine herausragende Stellung ein. Auch die Zeitungen bedienten sich ab August 1939 in Fällen, in denen es galt, durch graphische Darstellungen, Karten und Statistiken die Rückständigkeit der „polnischen Wirtschaft“, die weit hinter deutschen Maßstäben zurückbleibende Agrar- und Industrieproduktion des Nachbarlandes, die „wirtschaftliche Abdrosselung“ Danzigs, den Charakter Polens als „völkischer Mosaikstaat“ u.a. scheinbar wissenschaftlich zu belegen, des hier und in der Augustnummer der Zeitschrift „Volk und Reich“ zur Verfügung gestellten pseudowissenschaftlichen Propagandamaterials.<sup>8</sup> Daß diese „Wis-

---

<sup>4</sup> Zelle: 50 Korridorthesen, S. 81.

<sup>5</sup> Zum oberschlesischen Schulstreit s.o., S. 18f., Anm. 36. - Zu den Ausschreitungen im Vorfeld der Wahlen vgl. Heike: Deutsche Minderheit, S. 200ff. sowie Pieper: Minderheitenfrage, S. 265f. - Der innenpolitische Hintergrund detailliert bei Polonsky: Politics, S. 234ff.

<sup>6</sup> Oertzen: Das ist Polen, S. 6.

<sup>7</sup> Der amerikanische Journalist William L. Shirer führt am 29. Oktober 1939 Oertzens Schrift in seinem Tagebuch, einer, was Stimmung und Verhalten der Berliner Bevölkerung angeht, Quelle ersten Ranges, als eines der fünf meistgelesenen Sachbücher auf. Eine weitere Schrift, die sich nach Shirer in den ersten Kriegswochen großer Beliebtheit „erfreute“, war Ludendorffs Buch „Der totale Krieg“. William L. Shirer: Berlin Diary. The Journal of a Foreign Correspondent 1934-1941. New York 1961, S. 179.

<sup>8</sup> Friedrich Heiß (Hrsg.): Deutschland und der Korridor. Berlin 1939. - Der Sammelband hatte mit dem 1932 erschienenen, von Friedrich Heiß und Arnold Hillen Ziegfeld herausgegebenen und nach der deutsch-polnischen Annäherung wieder



senschaft“ sich unverhohlen in den Dienst der Propaganda stellte, machte der Herausgeber bereits im Vorwort deutlich: „Mit echter politischer Leidenschaft, mit wissenschaftlicher Gründlichkeit und mit dem festen Willen, für den Kampf um eine endgültige und dauerhafte Lösung eine wirksame publizistische Waffe zu schaffen, gingen alle Mitarbeiter ans Werk“.<sup>9</sup> Da die Publizistik an-

---

zurückgezogenen Werk kaum mehr als Namen und Absicht gemein. Bis auf einen Beitrag waren alle Aufsätze neu verfaßt und auch die Übersichtstabellen, Karten und Statistiken enthielten aktuelle Daten. Der wieder aufgenommene Bericht war ein historisch-politisch angelegtes Traktat Karl C. von Loeschs, das im wesentlichen textgleich erschien, an einigen Stellen aber an die geänderten „Rahmenbedingungen“ angepaßt worden war. Hatte es in der Erstfassung noch geheißen, erst „durch den Eintritt in den Völkerbund und durch seinen ständigen Sitz im Völkerbundsrate erhielt das Deutsche Reich die Möglichkeit, gegen die Verletzung der bestehenden Verträge [zum Schutz der Minderheit, T.K.] vorzugehen“, so fehlte dieser Passus selbstverständlich in der Neuauflage. Karl C. von Loesch: „Wie die Ostgebiete des Reiches verloren gingen“. In: Friedrich Heiß und Arnold Hillen Ziegfeld. Deutschland und der Korridor. Berlin 1932, S. 95.

Die Augustnummer der Zeitschrift „Volk und Reich“ war eine Sonderausgabe, die unter dem Titel „Krieg wegen Polen?“ stand. Die Analogie der Überschrift zu Déats „Faut-il mourir pour Dantzig?“ ist offensichtlich. Zwei Autoren, beide bekannte „Volkstumsarbeiter“, waren sowohl in der Zeitschrift als auch in dem Sammelband mit Beiträgen vertreten: Friedrich Wilhelm von Oertzen: „Die polnische Absage“. In: Heiß (Hrsg.): Korridor, S. 291-300. - Ders.: „Vollendete Tatsachen. Die Methodik der polnischen Expansion nach Versailles“. In: Volk und Reich 15 (1939), Heft 8, S. 556-561. - Hans Schadewaldt: „Der Deutschtumskampf in Westpolen“. In: Heiß (Hrsg.): Korridor, S. 223-246. - Ders.: „Die polnischen Kriegsziele“. In: Volk und Reich 15 (1939), Heft 8, S. 603-614. - Schadewaldt, der später die Propagandaedition über die „polnischen Greuel“ im Auftrag des Auswärtigen Amtes zusammenstellte, war in den zwanziger Jahren Herausgeber und Chefredakteur der in Beuthen erscheinenden „Ostdeutschen Morgenpost“, der deutschsprachigen Zeitung mit dem zunächst höchsten Verbreitungsgrad in Polen, der aber die polnischen Behörden im Februar 1925 für zwei Jahre das Postdebit entzogen, da Schadewaldt seine Forderungen nach Wiedervereinigung der beiden getrennten Landesteile allzu ungestüm vertreten hatte. Vgl. Fischer: Deutsche Publizistik, S. 68f.

<sup>9</sup> Heiß (Hrsg.): Korridor, S. 10. - Eine der rührigsten unter diesen war Margarethe Gärtner, die Geschäftsführerin der „Wirtschaftspolitischen Gesellschaft“, die zwar nicht an dem von Heiß herausgegebenen Band, sonst aber an fast jeder bedeutenden Veröffentlichung beteiligt war. Sie redigierte, wie erwähnt, die „50 Korridorthesen“ Zelles und hatte Anteil an dem ersten Weißbuch des Auswärtigen Amtes, das ab dem 5. September im Buchhandel erhältlich war und eine Kurzfassung des am Jahresende erschienenen zweiten Weißbuches darstellte. Gärtners bevorzugte Methode bestand darin, kritische Stimmen ausländischer Politiker, Journalisten und Publizisten über die „Korridor“-Regelung zu sammeln, zu veröffentlichen und somit den Eindruck zu vermitteln, das deutsche Volk stünde mit seiner Ablehnung nicht allein, verständige und sachverständige Ausländer teilten die Auffassung, eine „Korrektur“ der Grenzen sei überfällig. In der Augustnummer von „Volk und Reich“ veröffentlichte sie eine Zusammenfassung der von ihr im Auftrag des Auswärtigen Amtes herausgegebenen Broschüre „Zeugnisse der Wahrheit“, zu deren Erstellung sie Material aus der Bibliothek des Auswärtigen Amtes und des Preußischen Geheimen Staatsarchivs hatte heranziehen können und Einsicht in alle Akten aus der Registratur des Außenministeriums hatte nehmen können. Im Auswärtigen Amt schätzte man den Wert der Veröffentlichung so hoch ein, daß 15.000 Exemplare in deutscher, 30.000 Exemplare in englischer Sprache aufgelegt wurden, von denen allein am 26. August 1.700 ins Ausland verschickt wurden. Adressaten dieses unangeforderten Präsentes waren unter anderem alle Abgeordneten des britischen Unterhauses. Es ist anzunehmen, daß das Werk dort wenig Eindruck gemacht hat, denn zum einen wußte man nirgends besser als dort, daß Hitlers Ziel weder die „Rückgewinnung“ Danzigs noch die Angliederung von Teilen des „Korridor“-Gebietes war, zum anderen machte Gärtner in ihrer Argumentation geradezu abenteuerliche Bocksprünge. So versuchte sie die vermeintliche Expansionslust Polens durch dessen Verhalten in der Sudetenkrise zu belegen, als „nach der Heimkehr Sudetendeutschlands [...] die Polen sich auf die Tschechos-Slowakei stürzten“ und zieht kritische französische Pressestimmen zur Bestätigung ihres Vorwurfs heran. Margarethe Gärtner: „Polens Machtbestrebungen im Lichte der ausländischen Kritik“. In: Volk und Reich 15 (1939), Heft 8, S. 569. - Zeugnisse der Wahrheit. Danzig und der Korridor im Urteil des Auslandes. Zusammengestellt von Margarethe Gärtner. Berlin 1939. - Vgl. dies.: Botschafterin, S. 373ff. - Vgl. Fischer: Deutsche Publizistik, S. 217.

Diese Taktik, in schreiendem Gegensatz zu der damaligen Wertung jetzt dem Vorgehen des - bildlich gesprochen - stolzen deutschen Adlers das feige und heimtückische Verhalten des polnischen Geiers gegenüberzustellen, kam auch in der Presse zum Ausdruck. Ende August brachte DNB eine vermutlich auf Gärtners Broschüre beruhende Zusammenstellung englischer und französischer Pressestimmen aus, so der einleitende Kommentar der „Frankfurter Zeitung“, „den Wochen des vergange-

ders als die Presse sich nicht als Instrument zur wohldosierten Verschärfung der Krise eignete und ihre propagandistische Relevanz sich stärker aus den hier verbreiteten Inhalten ergibt, soll im folgenden von einer chronologischen Untersuchung abgewichen werden und stattdessen anhand ausgewählter Stereotype ein Eindruck von den Spezifika der antipolnischen Publizistik der Jahre 1939 und - ansatzweise - 1940 vermittelt werden.

### 5.2.1 Die „Entdeutschung“ Polens: Der Kampf gegen die Minderheit

Ähnlich wie das auch 1939 in allen Formen und Modifikationen auftauchende, beinahe klassische Stereotyp der antipolnischen Propaganda, die „Polnische Wirtschaft“, war auch das Schlagwort von der „Entdeutschung“ Polens keine originäre Erscheinung der nationalsozialistischen Kriegskampagne, sondern hatte bereits nach Neugründung des polnischen Staates Verwendung gefunden und sich in der Weimarer Zeit zum zentralen Kampfbegriff der polenfeindlichen Propaganda entwickelt.<sup>10</sup> Obwohl in den Jahren 1934 bis 1938/39 Minderheitenfragen weder in der reichsdeutschen Presse noch in der Literatur hatten aufgegriffen werden dürfen, knüpfte die Publizistik jetzt bruchlos an diese Tradition an und rückte die polnischen „Verdrängungsmethoden“, insbesondere die Auswirkungen der Agrarreform in den Westwojewodschaften, die Bemühungen um die Polonisierung der oberschlesischen Eisen- und Hüttenindustrie und die Beschränkung des kulturellen Eigenlebens der „Volksgruppe“ erneut in den Mittelpunkt der Kampagne.<sup>11</sup>

---

nen Jahres, als die Polen in das Olsa-Gebiet einfielen“. FZ, 30.08.1939: „Polens ‚dunkle Punkte‘“, S. 4.

<sup>10</sup> Der Begriff wurde nicht zuletzt durch das 1930 erschienene Buch Hermann Rauschnings, des späteren Danziger Senatspräsidenten, „Die Entdeutschung Westpreußens und Posens“ geprägt, doch nahm die nationalsozialistische Publizistik auf diesen, längst *persona non grata*, keinen Bezug.

Das eng mit dem Schlagwort „polnische Wirtschaft“ verknüpfte Vorurteil von der Unfähigkeit Polens, die ehemals zum Deutschen Reich gehörenden Gebiete auf dem vorgeblich von den Deutschen erreichten hohen wirtschaftlichen Niveau zu erhalten, durchzieht die gesamte antipolnische Literatur. In Reinform findet sich dieses Klischee in den Aufsätzen von Walter Geisler: „Die ostdeutsche Wirtschaftslandschaft und ihre Zerstörung durch das Diktat von Versailles“. In: Friedrich Heiß (Hrsg.): Deutschland und der Korridor. Berlin 1939, S. 153-170 und Peter-Heinz Seraphim: „Polens Wirtschaftslage und Wirtschaftsmethoden“. In: Volk und Reich 15 (1939), Heft 8, S. 571-574. - Bemerkenswert ist, wie das Schlagwort instrumentalisiert wurde, um auch in Großbritannien Eindruck zu machen. So versucht Schadewaldt, die, ein weiteres Stereotyp, „Krämerseele“ Großbritanniens anzusprechen und stellt fest, daß „die fast unbegrenzte Bedürfnislosigkeit der Bevölkerung“ sowie der „vorwiegend auf Holzfeuerung eingestellte [...] Wirtschaftsstand Mittel-, Ost- und Südostpolens“ den Verbrauch der in Oberschlesien gewonnenen Kohle im Land selbst unmöglich mache und Polen somit zur „chronischen Beunruhigung“ der internationalen Kohlemärkte durch Billigexporte gezwungen sei, was „unter anderem ein lebenswichtiges Interesse Englands berührt“. Schadewaldt: *Deutschtumskampf*, S. 230.

<sup>11</sup> Hier gerieten die Propagandisten in einen gewissen Erklärungsnotstand, da nur schwer zu vermitteln war, daß die jetzt als schwerwiegend angeführten deutschen Monita über Jahre hinweg totgeschwiegen worden waren. Oertzen versucht dies in einer etwas waghalsigen Argumentation als Beweis für die Ernsthaftigkeit der deutschen Versöhnungsbereitschaft auszugeben. Die deutsche Zurückhaltung bestätige den festen Willen Hitlers, „den einmal eingeschlagenen Weg der Verständigung ehrlich und unter Verzicht auf jede Kleinlichkeit weiterzuschreiten“. Wie die Schärfe der nunmehr erhobenen Vorwürfe mit der Formulierung, Hitler habe nicht „kleinlich“ sein wollen, in Übereinklang zu bringen ist, bleibt dabei sein Geheimnis. Oertzen: *Das ist Polen*, S. 245.

Auch wenn zum Teil, wenn man so will, die „Schlachten von gestern“ geschlagen wurden und die deutsche Seite in historisch angelegten Betrachtungen immer wieder ihre Sicht über die massenhafte Abwanderung der Deutschen aus Posen und Pommerellen, den Optantenstreit, die oberschlesischen Abstimmungskämpfe, das Vorgehen des polnischen Nationalkomitees in Versailles etc. präsentierte,<sup>12</sup> so gab es in der Minderheitenfrage doch einen neuen Aspekt, der weidlich ausgeschlachtet werden konnte: die Publizisten verwiesen unablässig darauf, daß von Hitler im Gegensatz zu allen Weimarer Regierungen der *ernsthafte* Versuch unternommen worden war, im deutsch-polnischen Verhältnis eine Verständigung herbeizuführen und durch die bereits in „Mein Kampf“ erteilte Absage an Revisionsforderungen alten Stils Polen erstmals der - auch vorher allenfalls eingebildeten - Notwendigkeit enthoben worden war, durch Verdrängungsmaßnahmen und die Beibehaltung der restriktiven Minderheitenpolitik eine drohende Grenzrevision auszuschließen. Die Argumentation, Polen aber habe entgegen allen Freundschaftsbeteuerungen seine Bemühungen um eine „wirtschaftliche Abdrosselung“<sup>13</sup> Danzigs intensiviert und den „völkischen Ausrottungskampf“ gegen das Deutschtum durch „verfeinerte[.] Vernichtungsmethoden“<sup>14</sup> weiter betrieben, zieht sich wie ein roter Faden durch die Propagandaliteratur des Jahres 1939.<sup>15</sup> Durch die britische

---

<sup>12</sup> Otto Kredel: „Die Entdeutschung Westpolens“. In: Volk und Reich 15 (1939), Heft 8, S. 583-587. - Walter Blachetta: Das wahre Gesicht Polens. Berlin 1939, S. 7ff. - Loesch: Ostgebiete (1939). - Schadowaldt: Deutschtumskampf.

Schadowaldt spricht von einer „planmäßigen polnischen Vergewaltigungs- und Verdrängungspolitik“, derzufolge 1,5 Millionen Deutsche aus Posen, Pommerellen und Oberschlesien das Land hätten verlassen müssen. Schadowaldt: Deutschtumskampf, S. 224. -Unablässig wurde betont, daß Posen und Pommerellen nach dem Krieg „unzweifelhaft deutscher, nicht aber polnischer Volksboden gewesen“ seien (Kredel: Entdeutschung, S. 583) und nur durch das „perfide“ Vorgehen des Nationalkomitees und unter Mißachtung des von Wilson proklamierten Selbstbestimmungsrechts, dessen Anwendung, wie die Abstimmungen der Jahre 1920 und 1921 gezeigt hätten, zu einem Verbleib dieser Gebiete beim Deutschen Reich hätte führen müssen, an Polen gefallen sei. Loesch: Ostgebiete (1939), S. 150. - Bemerkenswert ist, daß in dieser Neuauflage der alten Kampfmethoden Marschall Piłsudski nicht nur von Angriffen verschont bleibt, sondern geradezu als Kronzeuge der deutschen Propaganda dient. Piłsudskis angeblich im Jahr 1919 gegenüber Angehörigen des Aufständischenverbandes geäußerte Bemerkung - angesichts der jagiellonischen Konzeption des Marschalls nicht ganz unwahrscheinlich - „Also euch gelüstet nach Oberschlesien, aber Oberschlesien ist doch eine uralte preußische Kolonie“, wird in der Publizistik immer wieder, von Loesch gar zweimal in seinem Aufsatz, als Zeichen für den Realitätssinn Piłsudskis angeführt. Auch dieses Argument war nicht neu, findet sich bereits in der älteren Propaganda. Vgl. Axel Schmidt: Gegen den Korridor. Polnische Zeugnisse und Tatsachen. Fünfte, erweiterte und verbesserte Auflage. Berlin 1933, S. 15f.

Der Antagonismus zwischen Paderewski und Dmowski auf der einen, Piłsudski auf der anderen Seite wurde jedoch auch noch weiter hervorgehoben, als nach der Zerschlagung des polnischen Staates der Polenhaß ins extreme gesteigert werden sollte. Man kann festhalten, daß Piłsudski der einzige Angehörige der polnischen Nation war, von dem auch später noch mit Hochachtung gesprochen und geschrieben wurde, wohingegen etwa Paderewski als Sinnbild polnischer Verschlagenheit und Falschheit verzerrt wurde. Vgl. Rudolf Haider: Warum mußte Polen zerfallen? Berlin 1941, S. 59 [Der Osten Europas; Bd. 1].

<sup>13</sup> Vgl. Karl Hans Fuchs: „Danzigs Schicksal seit Versailles“. In: Friedrich Heiß (Hrsg.): Deutschland und der Korridor. Berlin 1939, S. 192ff. - Vgl. Zelle: 50 Korridorthesen, S. 60ff. - Fuchs war Pressechef des Danziger Senats.

<sup>14</sup> Schadowaldt: Deutschtumskampf, S. 225f. - Ähnlich Oertzen, der Grażyński vorwirft, dieser habe „nicht mehr die Haufen des Aufständischen Verbandes oder des Westmarkenvereines mit Messern und Knütteln eingesetzt, sondern das Finanzamt, der Gerichtsvollzieher und das Arbeitsamt mußten diese Funktionen übernehmen“. Oertzen: Polnische Absage, S. 295.

<sup>15</sup> Scheinbare Belege für diese Vorwürfe bilden einen Großteil der in das zweite Propagandaweißbuch des Auswärtigen Amtes aufgenommenen Akten. Die Edition enthält eine Fülle von Monita und Beschwerden der einzelnen Konsulate und auch der Botschaft über die ungleichgewichtige Heranziehung des deutschen Grundbesitzes in den Westwojewodschaften bei der jährlichen Festsetzung der Parzellierungsmaßnahmen im Rahmen der Agrarreform, die deutlich höhere Entlassungsrate bei

„Blankovollmacht“ sei jetzt offenbar geworden, daß es sich keinesfalls um Maßnahmen untergeordneter Behörden gehandelt habe, sondern daß die Warschauer Regierung selbst seit jeher „Träger des Verdrängungskampfes gegen die deutsche Volksgruppe“<sup>16</sup> gewesen sei. Die Absicht dieser Behauptungen tritt deutlich zutage, und die Propagandisten wurden nicht müde, immer wieder zu betonen, daß mit dem angeblich vertrags- und wortbrüchigen Polen, der verschlagenen und falschen polnischen Politikerclique kein Übereinkommen möglich sei. Die Weimarer Politik habe gezeigt, daß das Bauen auf internationale Schutzgarantien die Warschauer Regierung nicht von ihrem „Kampf gegen das Deutschtum“ hatte abbringen können, und auch das „ehrliche Bemühen“ Hitlers, durch bilaterale Abkommen der „Volksgruppe“ ein erträgliches Leben in Polen zu ermöglichen, war durch polnische Schuld fehlgeschlagen. Was blieb, waren rein machtstaatliche Mittel, eine endgültige und grundlegende Veränderung herbeizuführen, denn „Polen hat durch sein Verhalten gegenüber den seiner Herrschaft überantworteten Deutschen die Unfähigkeit, Gebiete mit fremdnationaler Bevölkerung ordnungsgemäß zu verwalten, erwiesen“.<sup>17</sup>

---

deutschstämmigen Arbeitern und Angestellten in Oberschlesien u.ä. Schon die Kapitelüberschriften zeigen die Tendenz: „Keine Besserung der Lage der Deutschen Volksgruppe durch die Deutsch-Polnische Verständigungspolitik (November 1933 bis August 1934)“, „Weitere Verschlechterung der Lage der Deutschen Volksgruppe“, „Nichtbeachtung der Deutsch-Polnischen Minderheitenerklärung durch Polen (November 1937 bis November 1938)“, „Zunehmende Verschärfung des Polnischen Vorgehens gegen die Deutsche Volksgruppe (Oktober 1938 bis März 1939)“.

<sup>16</sup> Schadewaldt: Deutschtumskampf, S. 225.

<sup>17</sup> Kredel: Entdeutschung, S. 587.

## 5.2.2 „Polnische Großmannssucht“: Das expansive Polen

Ähnlich wie die Presse bemühte sich auch die Publizistik, das Bild eines aggressiven und expansionistischen polnischen Staates zu zeichnen, der nur darauf warte, die ihm in Versailles noch verweigeren Gebiete sich nun gewaltsam anzueignen. Dabei wurde unterstellt, daß diese Absicht, durch den Kriegspremier Lloyd George noch verhindert, nunmehr durch die militärische und materielle Unterstützung, die dessen Nachfolger Chamberlain dem „Kriegstreiber“ Polen gewährte, verwirklicht werden sollte. Die britische Verantwortung für die angeblich auflebende polnische Expansionsgier wurde unentwegt wiederholt, bei der Frage nach Absicht und Folge bewiesen die Propagandisten jedoch eine bemerkenswerte Flexibilität. Je nachdem, gegen wen sich die Angriffe vornehmlich richteten, und auch abhängig vom Zeitpunkt der Veröffentlichung, erschien entweder Polen als der hauptsächliche Kriegstreiber, der sich die überstürzt ausgesprochene britische Beistandsgarantie zunutze machte, um seine Annexionspläne in die Tat umzusetzen und auch Großbritannien in einen ungewollten Krieg hineinziehe, oder die Schuldzuweisungen zielten in erster Linie auf London, das dann als der Drahtzieher im Hintergrund dargestellt wurde, der den leicht entflammaren polnischen Chauvinismus bewußt schüre und die beiden Nachbarvölker im Rahmen seiner Einkreisungsstrategie in einen Krieg hetze, von dem ausschließlich die westlichen „jüdisch-demokratischen Plutokratien“ profitieren würden.<sup>18</sup>

Auch wenn die Unterstellungen über vorgebliche Angriffspläne Polens in der Propagandapublizistik nicht den gleichen breiten Raum wie in den Zeitungen einnahmen, so bauten sie doch in ähnlicher Weise auf verwurzelte Vorurteile über den polnischen Nationalcharakter auf<sup>19</sup> und verfolgten das Ziel, in der reichsdeutschen Öffentlichkeit ein Angst- und Bedrohtheitsgefühl vor dem angeblich angriffslüsteren Nachbarstaat zu wecken, in dem in der „gesamten [...] Öffentlichkeit ein unmäßiges Geschrei“ nach der „Annexion Ostpreußens, Danzigs und aller deutschen Provinzen bis zur Oder“ angehoben habe.<sup>20</sup> Gleichzeitig wurde die vermeintliche Angriffsabsicht in enge Bezie-

---

<sup>18</sup> Vor Beginn des Krieges, als es galt, Polen möglichst zu isolieren, dominierte zweifellos die erste Variante, auch wenn Goebels in seinen Zeitungsbeiträgen sich sehr viel schärfer gegen London als gegen Warschau richtete. Hans Schadewaldt bemüht sich demgegenüber, den „kriegerischen polnischen Annexionismus“ in den düstersten Farben zu malen, um in Großbritannien den Eindruck zu erwecken, die Beistandsgarantie ermutige Polen zu einem Spiel mit dem Feuer und zwingt London zu der Unterstützung einer Politik, die es selbst nicht billigen könne und auch nicht erwartet habe: „Polen hat Englands Zusage der Anerkennung der lebenswichtigen Interessen seines Staates. Die polnischen Eroberungsziele rechnen aber in Polens öffentlicher Meinung zu diesen lebenswichtigen Interessen!“. Schadewaldt: *Polnische Kriegsziele*, S. 614. - Nach dem Kriegseintritt Großbritanniens entfielen naturgemäß diese „feinsinnigen“ Differenzierungen. Großbritannien und Polen waren nun gleichermaßen Kriegstreiber, mit dem Unterschied, daß die britische Politik bewußt dafür „sorgte, daß Polen auf Grund der Beistandsgarantie und nach der Gewährung des englischen Kredits diese [feindselige, T.K.] Haltung überhaupt einzunehmen wagte“. Norbert *Tönnies*: *Der Krieg vor dem Kriege*. Englands Propaganda bis zum 3. September 1939. Essen 1940, S. 260.

<sup>19</sup> Besonders Zelle kultiviert dieses Feindbild, spricht von einem polnischen „Nationalgefühl [...], das zu Auswüchsen wie Geltungssucht, Expansionsdrang und Gehässigkeit neigt“. Zelle: *50 Korridorthesen*, S. 79.

<sup>20</sup> Blachetta: *Gesicht Polens*, S. 7f. Als zusätzlichen Beweis für die Unmäßigkeit des angeblich völlig entfesselten polnischen Chauvinismus führt Blachetta an, diese Öffentlichkeit fordere nicht nur deutsches Land, sondern verlange ebenfalls die

hung gesetzt zu dem „Terror“, unter dem die deutschstämmige Bevölkerung jetzt verstärkt zu leiden habe und damit zu dem Haupttopos der antipolnischen Propaganda, den „polnischen Greueln an Volksdeutschen“, übergeleitet: „In den polnischen Westmarken verbindet sich der polnische Expansions- und Annexionsdrang mit dem Ziel der Vernichtung alles dessen, was deutsch ist, und in der von den Behörden gestützten und geförderten Verwirklichung dieses Zieles [...] feiern die von Amtsstellen, halbamtlichen Verbänden, Parteifunktionären, Militärs, Zeitungsschreibern und Rundfunksprechern betriebenen Terrorpraktiken [...] Orgien der Hetze, des Hasses und der Brutalität“.<sup>21</sup>

### 5.2.3 „Polnische Greuel“

Zur propagandistischen Ausschlachtung der Übergriffe und Ausschreitungen gegen Angehörige der deutschen Minderheit in eigenständigen Publikationen bedurfte es im Gegensatz zu der Presse- und Zeitschriftenkampagne naturgemäß einer längeren Vorbereitung, und so erschienen die beiden maßgeblichen publizistischen Elaborate der Greuelpropaganda erst im Jahr 1940.<sup>22</sup> So unterschied-

---

„Einverleibung Litauens und Lettgallens“ und strebe eine Ausdehnung Polens bis zum Schwarzen Meer an, d.h. nicht die bloße Hegemonie im Rahmen des „3. Europa“, sondern die Einbeziehung aller südlich von Polen gelegenen Gebiete in den polnischen Staat. - Es finden sich aber auch Äußerungen, die - nachdem die polnische Gefahr als äußerst real und bedrohlich geschildert worden war - darauf abzielten, nicht etwa Mutlosigkeit in der Bevölkerung angesichts der übermächtigen Feindkoalition aufkommen zu lassen und gleichzeitig die Propagandalüge von dem „Zurückschlagen“ polnischer Angriffe vorzubereiten: „Wenn heute nicht ein nationalsozialistisches Deutschland die Kraft zurückgewonnen hätte, um jeden weiteren Versuch der Polen, deutsches Land sich anzueignen, abzuwehren - es wäre schlimm bestellt mit dem deutschen Schlesien, Pommern, Danzig und Ostpreußen“. Ebd., S. 48.

<sup>21</sup> Schadewald: Polnische Kriegsziele, S. 225.

<sup>22</sup> *Die polnischen Greueln an den Volksdeutschen in Polen*. Im Auftrage des Auswärtigen Amtes auf Grund urkundlichen Beweismaterials zusammengestellt. Bearbeitet und zusammengestellt von Hans *Schadewaldt*. 2. Auflage. Berlin 1940. - *Marsch der Deutschen in Polen*. Die deutschen Volksgenossen im ehemaligen Polen berichten über Erlebnisse in den Septembertagen 1939. Zusammengestellt und bearbeitet von Kurt *Lück*. Berlin 1940 [Deutscher Osten; Bd. 2]. - Wie aus der Angabe ersichtlich, handelte es sich bei der erstgenannten Publikation um die zweite Auflage der Ende 1939 erschienenen Schrift gleichen Titels, die umgehend durch diese Neubearbeitung ersetzt wurde, da die zunächst genannte Zahl von 5437 „einwandfrei festgestellte Morden“ Hitler zur nachhaltigen Instrumentalisierung der Ereignisse zu gering erschien. Vgl. Jastrzębski: Blutsonntag, S. 161ff. und Schubert: Blutsonntag, S. 21ff. - Die Presse wurde in der Konferenz vom 6. Februar 1940 angehalten, das Propagandamaterial für eine Gegenoffensive angesichts der zunehmenden Auslandsberichte über die rigorose deutsche Besatzungspolitik in Polen heranzuziehen: „Die von der feindlichen Seite z.Z. in aller Welt geführten Kampagne wegen angeblicher Greuel in Polen muß entgegengearbeitet werden. Hierzu eignet sich das in dem vom Auswärtigen Amt herausgegebenen Buch enthaltene, umfangreiche dokumentarische Material über die polnischen Greuel, insbesondere das Bromberger“. Hagemann, S. 250, Anm. 389.

Kurt Lück, in der Nachfolge Hermann Rauschnings zum Geschäftsführer der „Historischen Gesellschaft für Posen“ (seit 1935: „für Polen“) avanciert und wie die meisten der deutschen Honoratioren nach dem Polenkrieg von Hitler zum „Sonderführer der SS“ ernannt, stellte sich auch weiterhin in den Dienst der Propaganda und verfaßte ein „Schulungsheft“ zur Indoktrinierung der in die annektierten Gebiete umgesiedelten Deutschen aus dem Baltikum, Wolhynien, Galizien und Bessarabien, um diesen - so Lück - zu zeigen, „worum es in diesem Raume früher ging und heute noch geht, und in welcher Richtung unser aller Einsatz gefordert ist“. Das Buch ist ein Sammelsurium antipolnischer Klischees und Feindbilder, ein Paradebeispiel für die bewußte Schaffung oder Verfestigung von Vorurteilen. Kurt *Lück*: Der Lebenskampf im deutsch-

lich die Veröffentlichungen in Machart und Konzeption waren, so verfolgten sie doch gemeinsam das Ziel, alle Angehörigen der polnischen Nation unterschiedslos zu diffamieren und die Vorstellung von den „polnischen Untermenschen“ in das Unterbewußtsein der deutschen Bevölkerung einzubrennen.

In der umfangreichen Einleitung der offiziösen Darstellung über den „Bromberger Blutsonntag“ zeichnet Hans Schadewaldt den Weg zum Krieg aus der nationalsozialistischen Sicht erneut in allen Einzelheiten, mit allen Verdrehungen nach und entwirft das Bild einer restlos enthemmten polnischen Öffentlichkeit, deren Regierung im Wissen um die britische Beistandsverpflichtung die deutsche Minderheit „dem Mordwüten des polnischen *Untermenschentums* wider Verfassung, Moral und Humanität auslieferte“.<sup>23</sup> Großen Eifer verwendet Schadewaldt darauf, die nicht nur moralische Verantwortung der polnischen Regierung für die Exzesse der „marodierenden Horden“ hervorzuheben, sondern diese als Ausdruck einer von Warschau „zentral geleitete[n], einheitliche[n] Mordaktion“<sup>24</sup> darzustellen. Die Art der Verletzungen, die „an den verschiedenen Mordstellen auffallend gleichmäßig“ sei, sowie die nachweisbare Existenz „Schwarzer Listen“, anhand derer Polizisten, Militärs oder durch diese mit Waffen versehene Zivilistengruppen Verhaftungen und Exekutionen durchführten, seien Beweise für die „einheitliche Organisation der Blutbäder unter den Deutschen“,<sup>25</sup> die dann aufgrund der „Mentalität des Polen, seiner exzessiven Veranlagung, seinem Hang zu Quälerei und Grausamkeit“ zu „unerhört grausamen Einzel- und Massenfällen“ geführt habe.<sup>26</sup>

Im Gegensatz zu der von Kurt Lück bearbeiteten Propagandaschrift zeigte sich Schadewaldt bemüht, der von ihm zusammengestellten Publikation einen objektiven, fast wissenschaftlichen Anstrich zu verleihen. Die „Dokumentation“ stütze sich auf die Strafakten der Sondergerichte in Bromberg und Posen, die als „ordentliche Gerichte“ auf der Grundlage der deutschen Strafprozeßordnung unmittelbar nach dem Einrücken deutscher Truppen ihre Ermittlungen aufgenommen hät-

---

polnischen Grenzraum. 2. Auflage. Berlin 1941, Zit. S.7 [Der Osten Europas; Bd. 4]. - Daß es auch nach der Zerschlagung des polnischen Staates noch möglich war, ohne derart haßerfüllte und verächtlichmachende Wertungen über Polen zu schreiben, beweist das Buch von Harald Laeuen: *Polnisches Zwischenspiel. Eine Episode der Ostpolitik*. Berlin 1940, das zwar Propagandathesen transportiert, dennoch eine sich angesichts des Erscheinungszeitpunkts über weite Strecken erstaunlich sachlich gebende Studie über die polnische Außenpolitik der Zwischenkriegszeit darstellt.

<sup>23</sup> Polnische Greuelthaten, S. 15f. - Wahrheitswidrige Verzerrungen der tatsächlichen Vorgänge zeigen sich insbesondere bei der Bewertung der britischen Beistandsverpflichtung, durch die Chamberlain Polens Unabhängigkeit („Independence“), nicht aber dessen territorialen Besitzstand („Integrity“) garantierte: „Es bedurfte [...] keiner Mäßigung, keiner Überlegung, die Dinge nicht zu überspitzen, denn England deckte ja das Teufelsspiel: es garantierte die Unversehrtheit des polnischen Staates“. Ebd.

<sup>24</sup> Polnische Greuelthaten, S. 20.

<sup>25</sup> Polnische Greuelthaten, S. 20ff., Zit. S. 23.

<sup>26</sup> Polnische Greuelthaten, S. 20. - Die Verknüpfung von vermeintlich kühl berechnender, staatlich verfügbarer systematischer Vernichtung der deutschen „Volksgruppe“ und triebhafter Mordgier der Täter ist kennzeichnend für Schadewaldts „Argumentation“, der alles daran setzte, ein möglichst abstoßendes Bild von der polnischen Nation zu entwerfen: „zahllose polnische Mörder treten uns als verschlagene, blutlüsterne Kreaturen entgegen, und die Angebereien und Verrätereien sind Ausdruck des polnischen Volkscharakters, aus dessen Elementen sich die Gefühlsrohheit und Mordlust der Volksmenge herleiten“. Ebd.

ten, auf die Feststellungen der Sonderkommission des Chefs der Sicherheitspolizei und auf die Ergebnisse der Wehrmachts-Untersuchungsstelle. Anhand dieser Unterlagen habe man 12.857 Mordtaten feststellen können, hinzu kämen 45.000 Vermißte, „die mangels jeder auffindbaren Spur gleichfalls als umgebracht angenommen werden müssen“.<sup>27</sup>

Den Hauptteil der Propaganda-Edition bildeten die unter Eid geleisteten Zeugenaussagen von Betroffenen und überlebenden Opfern der Ausschreitungen, die mit aufreizenden und spektakulären Überschriften versehen waren und Mißhandlungen, Folterungen und Morde zum Inhalt hatten, die jeder Beschreibung spotten. Der Tenor aller Aussagen war immer der gleiche: die polnischen Täter hatten in Akten unglaublicher Grausamkeit mitleidlos, zynisch und brutal die recht- und schutzlosen Deutschen malträtirt, Appelle an das Mitgefühl der „entmenschten Horden“ hätten nicht gefruchtet, sondern die Folterer und Mörder zu noch bestialischerem Verhalten aufgestachelt.<sup>28</sup> Photodokumente nahmen wie in der Pressekampagne zu den Bromberger Ereignissen auch hier einen breiten Raum ein. Auf genau einhundert Seiten zeigte man Bilder von Tod und Zerstörung, Todes- und Vermißtenanzeigen in der Presse, Nahaufnahmen von seziierten Leichen, darunter Alte, Frauen, Kinder und Invaliden, in einem eigens ausgewiesenen gerichtsmedizinischen Bildbericht, und auch die Anwesenheit von Berichterstattern ausländischer Zeitungen wurde erneut dokumentiert.<sup>29</sup>

Kurt Lück beschritt mit seiner Propagandaschrift einen ganz anderen Weg. Der von ihm unter der Schirmherrschaft des VDA zusammengestellte Band enthält zehn etwa zehneitige, persönliche und hochemotionale Berichte von Angehörigen der deutschen Minderheit, meist Funktionäre verschiedener Volkstumsorganisationen, politischer Gruppierungen und Genossenschaften über die von den polnischen Behörden veranlaßten Verhaftungen und die anschließenden Evakuierungszüge - in der Sprache der Propaganda: „Hungermärsche“ - nach Beginn des Krieges.<sup>30</sup> Die zweifellos unzurei-

---

<sup>27</sup> Polnische Greuelthaten, S. 7ff.

<sup>28</sup> Die sehr persönlichen Schilderungen der Zeugen, die durchaus geeignet waren, Emotionen zu schüren, durch die undifferenzierte, immer nach dem gleichen Muster vorgenommene Beschreibung der Täter jedoch deutlich an Glaubwürdigkeit verlieren, nahmen über 150 Seiten der Publikation ein. Unter der Teilüberschrift „Typische Greuefälle“ waren aufgeführt: „Beine und Hände gebrochen, Zungen, Nasen und Ohren abgeschnitten“ (Dok. 43, S. 87), „Das Gesicht in drei Teile gespalten“ (Dok. 47, S. 89), „Das Kinn abgeschlagen, die Gehirnmasse lag verstreut umher“ (Dok. 54, S. 99f.), „Gebrochene Kiefer - entmannt“ (Dok. 60, S. 108).

<sup>29</sup> Bilddokumente S. 209 bis S. 309, gerichtsärztlicher Bildbericht S. 275ff. Durch zynische Analysen bemühte man sich gerade in dem gerichtsärztlichen Teil, den „streng wissenschaftlichen“ Charakter der Untersuchung hervorzuheben. So seien beispielsweise Schußwirkungen auf den Körper von Kleinkindern noch nicht medizinisch erforscht, weshalb eine genaue Spezifizierung der Tatwaffe, Gewehr oder Pistole, nicht möglich sei. Diese „Zurückhaltung“ erhöhte zweifellos die Glaubwürdigkeit der Darstellung, suggerierte man doch, daß nur wissenschaftlich erhärtete Methoden angewandt worden seien, ohne indes an dem Tatbestand als solchem einen Zweifel aufkommen zu lassen.

<sup>30</sup> Mit Beiträgen vertreten waren Hans Kohnert („Deutsche Vereinigung für Posen und Pommerellen“), Alfred Lattermann („Deutsche Historische Gesellschaft für Polen“, Posen), Friedrich Swart („Verband deutscher Genossenschaften“, Posen), Ludwig Wolff („Deutscher Volksverband“, Łódź) und Heinrich Weiss (Jungdeutsche Partei). Die Schilderungen der volksdeutschen Honoratioren dominierten eindeutig den Band, was dazu führen konnte, daß das Vorgehen der polnischen Behörden bei den Lesern und Leserinnen als nicht ganz unverständliche Vorsichtsmaßnahme staatlicher Stellen erscheinen konnte. Wohl aus diesem Grund wurden auch Aussagen von offensichtlich willkürlich evakuierten Angehörigen der Minderheit aufgenommen, etwa der Beitrag der siebzehnjährigen Lotte Arndt: „Junge Mädchen marschieren mit“, S. 49-57. - Zu den Verhaftungs- und Evakuierungsaktionen vgl. Jansen/Weckbecker: Selbstschutz, S. 27 sowie Jastrzębski: Blutsonntag, S.



chend vorbereiteten, zudem in einer Atmosphäre von Haß und Gewalt vonstatten gehenden Maßnahmen wurden in den Schilderungen der Betroffenen umgedeutet zu einem systematischen Vernichtungsvorhaben an grundlos und willkürlich Verhafteten, die in Märschen, in deren Verlauf Hunger, Erschießungen und Mißhandlungen an der Tagesordnung gewesen seien, dem Wüten sadistischer Wachmannschaften ausgeliefert und in polnischen Ortschaften Steinwürfen der „aufgehetzten Menge“ ausgesetzt, zu einem regelrechten Spießrutenlauf verurteilt worden seien.

Es ist weniger das hier präsentierte Polenbild, das dieses Propagandakonstrukt von der Publikation Schadewaldts abhebt, als vielmehr das Pathos der Darstellungen, die Beschwörung der „Volksgemeinschaft“, ausgedrückt in dem Teilen der vorhandenen, knapp bemessenen Verpflegung und der sich gegenseitig geleisteten Hilfe, ohne die viele die Befreiung nicht erlebt hätten.<sup>31</sup> Hitler wird hier wieder zur messianischen Lichtgestalt, zum Heilsbringer und Befreier aus unverschuldeter Not. Keiner der Beiträge endet ohne ein Treue- und Dankesbekenntnis an Hitler, dem man auf immer Gefolgschaft verspricht.<sup>32</sup> Der eigentliche Sinn dieser Märtyrerpropaganda kommt jedoch am deutlichsten in den Schlußworten des Journalisten Horst E. Markgraf aus Łódź zum Ausdruck. Es ging darum, die reichsdeutsche Bevölkerung, besonders die Einwohner der Grenzgebiete, vorbehaltlos gegen die Angehörigen der polnischen Nation in Stellung zu bringen und bei ihnen jeden Skrupel, jedes Mitleid angesichts der Ausbeutung und Versklavung ihrer polnischen Mitbürger auszuräumen, denn, so Markgrafs Forderung: „Das Wissen um die Opfer soll uns doppelt hart machen für den zukünftigen Lebenskampf an des Reiches Ostgrenze. Heil unserem Befreier und Führer Adolf Hitler.“<sup>33</sup>

---

169ff.

<sup>31</sup> Dieses Pathos deutet sich schon in Lücks Einleitung an. Hier sollte der Lobgesang einer verschworenen, im Glauben an Adolf Hitler bis in den Untergang treuen Märtyrergemeinschaft angestimmt werden: „Und ihr Kameraden, die ihr oft kilometerweit Kranke und Schwache stütztet oder auf dem Rücken schlepptet und das letzte brüderlich teiltet, ihr Ärzte, die ihr unermüdlich Wunden zu heilen bemüht wart, ihr Toten, die ihr im letzten Todeskrampf [sic!] noch ‚Heil Hitler‘ rief: Das Heldenlied eures Einsatzes soll nie verklingen“. Marsch, S. 14.

<sup>32</sup> So etwa Kohnert: „Stolz und aufrecht gingen wir hinein in die Freiheit, in unser Vaterland, das wir vor 20 Jahren verloren hatten und das uns nun vom Führer zurückgegeben wurde. Ihm gehört deshalb unsere Liebe und unser Leben“. Marsch, S. 30.

<sup>33</sup> Marsch, S. 102. - Ähnlich Adam Ehresmann, ein Lehrer aus Moschin im Kreis Posen: „Heute marschieren wir Volksdeutschen stolz und aufrecht in den Reihen des ‚Selbstschutzes‘, die Hand an der Knarre. Und verbissen schwören wir: ‚Nie mehr soll uns der polnische Unterdrücker und Henker auf dem Nacken knien. [...]‘“. Marsch, S. 76.

## 6. Die Wirkung der Propaganda

Die Untersuchung der Propagandawirkung, d.h. die Beurteilung der Frage ob und inwieweit die propagandistische Beeinflussung der Bevölkerung deren Haltung gegenüber Polen beeinflusst und die gewünschte Frontstellung bewirkt hat, ist zweifellos einer der methodisch am schwersten faßbaren Problemkomplexe. Zum einen ist die Bewertung der Effizienz nicht trennscharf zu unterscheiden von dem Einfluß des Faktors „Terror“, zum anderen erschwert die für die letzten „Friedens“- und ersten Kriegswochen nur dürftige Quellenlage umfassendere Aussagen und ermöglicht allenfalls eine schlaglichtartige Beleuchtung dieses Themenbereiches.<sup>1</sup>

In der historischen Forschung wird einhellig hervorgehoben, daß die im Verlauf der Sudetenkrise deutlich gewordene Furcht vor einem Kriegsausbruch, die weite Teile der deutschen Bevölkerung befallen hatte, im Jahr 1939 einem beinahe blinden Vertrauen in das „Genie“ und die „Unfehlbarkeit“ Hitlers gewichen war.<sup>2</sup> Die Überzeugung von dem um die Erhaltung des Friedens besorgten „Führer“, wengleich diesem längst lästig und dennoch aus guten Gründen weiter gepflegt,<sup>3</sup> trug

---

<sup>1</sup> Die beiden maßgeblichen Quelleneditionen vermitteln einen nur unzureichenden Einblick in Stimmung und Einstellung der Bevölkerung in der hier vornehmlich interessierenden Zeitspanne von April/Mai bis September/Okttober 1939. Die von Heinz Boberach herausgegebenen Mitteilungen des SD enthalten zwar den Jahresbericht 1938 sowie den ersten Vierteljahresbericht 1939, zwischen April und Oktober 1939 wurde die Erarbeitung dieser Stimmungsbilder jedoch ausgesetzt, oder sie blieben nicht erhalten. Tägliche Meldungen liegen erst ab dem 9. November 1939 vor. Heinz Boberach (Hrsg.): Meldungen aus dem Reich 1938-1945. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS. Hersching 1984 (künftig: Meldungen aus dem Reich). Zur Überlieferung vgl. ebd., S. 18ff. - Zum Quellenwert dieser Berichte, die der Effizienzsteigerung der Propagandamethoden dienten und zur Ermittlung des „„feed-back“ propagandistischer Steuerung“ einen notwendigen Ersatz für die nicht mehr vollzogene freie öffentliche Kommunikation darstellten, vgl. Jörg Bohse: Inszenierte Kriegsbegeisterung und ohnmächtiger Friedenswille. Meinungslenkung und Propaganda im Nationalsozialismus. Stuttgart 1988, S. 8ff., Zit. S.8.

Auch die Exil-SPD, die Sopade, der immerhin ihr schärfster Gegner, der Sicherheitsdienst der SS, in seinem Jahresbericht 1938 attestiert hatte, sie verfüge „über einen gut arbeitenden Nachrichtenapparat“ im Deutschen Reich, konnte infolge des Kriegsausbruchs für die Zeit zwischen August und Oktober keine monatlichen, sondern nur einen leider wenig detaillierten und auf die Monate August und September kaum Bezug nehmenden Gesamtbericht erstellen. Vgl. die Vorbemerkung der zeitgenössischen Herausgeber in Sopade-Berichte, Bd. 6, S. 962. - Zur Einschätzung des SD vgl. Meldungen aus dem Reich, Bd. 2, S. 62. - Zur Gewichtung der Faktoren „Terror“ und „Zustimmung“ vgl. Ulrich Heinemann: „Krieg und Frieden an der ‚inneren Front‘. Normalität und Zustimmung, Terror und Opposition im Dritten Reich“. In: Christoph Kleßmann (Hrsg.): Nicht nur Hitlers Krieg. Der Zweite Weltkrieg und die Deutschen. Düsseldorf 1989, S. 25-49 [Nordrhein-westfälische Schriften zur Geschichte und Politik; Bd. 2].

<sup>2</sup> Vgl. Ian Kershaw: Der Hitler-Mythos. Volksmeinung und Propaganda im Dritten Reich. Mit einer Einführung von Martin Broszat. Stuttgart 1980, S. 123ff. [Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. Hrsg. v. Karl-Dietrich Bracher und Hans-Peter Schwarz; Bd. 41]. - Vgl. Marlies G. Steinert: Hitlers Krieg und die Deutschen. Stimmung und Haltung der deutschen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg. Düsseldorf - Wien 1970, S. 78ff. und Dies.: „Die Einstellung der deutschen Bevölkerung zum Krieg in den dreißiger Jahren“. In: Klaus Hildebrand, Jürgen Schmäddeke und Klaus Zernack (Hrsg.): 1939 - an der Schwelle zum Weltkrieg. Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges und das internationale System. Berlin - New York 1990, S. 55ff. - Vgl. Wolfgang Wette: „Zur psychologischen Mobilmachung der deutschen Bevölkerung 1933-1939“. In: Wolfgang Michalka (Hrsg.): Der Zweite Weltkrieg. Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz. München 1989, S. 215ff.

<sup>3</sup> Am 10. November 1938 hatte Hitler in einer Geheimrede vor Journalisten geäußert, daß die „Umstände“ ihn gezwungen hätten, „jahrzehntelang fast nur vom Frieden zu reden“, die „pazifistische Platte“ sei jedoch jetzt „bei uns abgespielt“. Für die Zukunft sei es notwendig, die Bevölkerung darauf vorzubereiten, daß Gewalt Mittel der Politik sei, und es komme darauf an, ohne Gewalt zu propagieren der Öffentlichkeit „bestimmte Vorgänge so zu beleuchten, daß im Gehirn der breiten Masse“ sich die Überzeugung einstelle: „Wenn man dies eben nicht im Guten abstellen kann, dann muß man es mit Gewalt

ebenso wie die Fehleinschätzung der britischen Haltung und die Verkennung des tatsächlichen Charakters der nationalsozialistischen Aggressionspolitik dazu bei, daß die deutsche Öffentlichkeit die Entwicklung der Monate April bis August - so Kershaw - „relativ gelassen“ aufnahm.<sup>4</sup>

Eine Reihe von Hinweisen läßt den Schluß zu, daß die Stimmungslage der deutschen Bevölkerung im Sommer 1939 kaum etwas gemein hatte mit jener offenkundigen Kriegsbegeisterung nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges, daß das Regime jedoch bei einem, auch militärischen, Vorgehen gegen Polen mit einer grundsätzlichen Zustimmung in weiten Kreisen der Bevölkerung rechnen konnte. Die Danzig- und „Korridor“-Propaganda spekulierte nicht zu Unrecht auf eine breite Akzeptanz der hier erhobenen Forderungen und sprach tief verwurzelte antipolnische Ressentiments an; das Bombardement mit Greuelmeldungen aus dem Nachbarland ließ diese Forderungen nicht nur als berechtigt, sondern deren Erfüllung als dringend geboten erscheinen. Der Monatsbericht der NSDAP-Kreisleitung Alzey von Juli/August 1939 bestätigt als ein Beispiel aus einer Fülle ähnlich lautender Stimmungsbilder die verheerende Wirkung gerade der Greuelpropaganda: „Die furchtbare Behandlung und Mißhandlung der deutschen Bevölkerung in Polen durch die fanatischen Polacken löst überall die größte Erbitterung aus[,] und vielfach hört man die Leute sich äußern: Es ist Zeit, daß der Führer dagegen einschreitet und seine Maßnahmen trifft [...]“.<sup>5</sup> Die historische Forschung

---

abstellen; so aber kann es auf keinen Fall weitergehen“. Auch wenn Hitler die Zeitungsvertreter nicht explizit aufforderte, die deutsche Bevölkerung auf einen kommenden Krieg einzuschwören, so hatte die Rede mit Begriffen wie „Endsieg“, „geschlossene Truppe“, „Front“ u.ä. bereits einen deutlich martialischen Beiklang, und jeder der Zuhörer konnte wohl ermessen, daß Hitler genau diese geistige Kriegsvorbereitung der Presse als Hauptaufgabe zudiktierte. Die Rede in Domarus: Hitler. Reden und Proklamationen, Bd. I/2, S. 974ff.

Daß das Bild des um die Erhaltung des Friedens ringenden Hitler trotz der Neubewertung des Krieges weiterhin von zentraler Bedeutung blieb, belegen die ausschließlich für die deutsche Öffentlichkeit bestimmten Scheinverhandlungen mit Großbritannien. Auch die in der Literatur häufig zitierte, von Hitlers Chefdolmetscher Schmidt kolportierte Äußerung über den sogenannten „16-Punkte-Plan“: „Ich brauchte ein Alibi, vor allem dem deutschen Volk gegenüber, um ihm zu zeigen, daß ich alles getan hatte, den Frieden zu erhalten“, zeigt, welche Bedeutung diesem Propagandatopos beigegeben wurde. Zit. ebd., Bd. II/1, S. 1294.

<sup>4</sup> Kershaw: Hitler-Mythos, S. 123. - Diese „Gelassenheit“ korrespondierte durchaus mit der Haltung der Bevölkerung im östlichen Nachbarland. Auch dort war die Stimmung zwar aufgeheizt, mit der Möglichkeit eines Krieges rechnete man jedoch gemeinhin nicht. Franciszek Ryszka konstatiert eine „Leichtfertigkeit à la polonaise“, mit der die polnische Öffentlichkeit die krisenhafte Entwicklung aufgenommen habe und die dafür verantwortlich sei, daß die militärische Stärke der Wehrmacht wie auch der Fanatismus der nationalsozialistischen Machthaber unterschätzt wurden. Franciszek Ryszka: „Deutsche und Polen. Grundlage und Struktur ihrer Feindbilder am Vorabend und zu Beginn des Zweiten Weltkrieges“. In: Karl-Dietrich Bracher, Manfred Funke und Hans-Peter Schwarz (Hrsg.): Deutschland zwischen Krieg und Frieden. Beiträge zur Politik und Kultur im 20. Jahrhundert. Bonn 1990, S. 63 [Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung; Bd. 295].

<sup>5</sup> Zit. Steinert: Hitlers Krieg, S. 85. - Auch die Sopade-Berichte lassen erkennen, daß Meldungen über „Deutschenverfolgungen“ in Polen nicht nur geglaubt wurden, sondern maßgeblichen Anteil daran hatten, daß die Vorstellung, energische Schritte seien geboten, in der Bevölkerung Fuß faßte. Vgl. die Meldung vom Juli 1939 in Sopade-Berichte, Bd. 6, S. 811ff. - Die Beschränkung der Propaganda auf die Danzig- und „Korridor“-Frage baute nicht ungeschickt auf ohnehin vorhandenen Voreinstellungen auf, und zeigte besonders in den östlichen Grenzgebieten Wirkung. In dem Juni-Bericht der Sopade über die Stimmung in Oberschlesien heißt es, die Kampagne stoße auf breite Zustimmung, denn nur „die wenigsten Menschen vermögen zu unterscheiden, daß es hier um ganz andere Dinge geht, als nur um Danzig oder die an Polen verlorenen Gebiete“. Ebd., S. 687.

Auch das Propagandamotiv von dem vermeintlich expansiven Polen hatte einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die Stimmungslage der Bewohner der „bedrohten“ Grenzregionen. Der zusammenfassende Bericht der Sopade über die Monate

vermag zwar überzeugend nachzuweisen, daß die deutsche Öffentlichkeit am Vorabend wie nach Beginn des Zweiten Weltkrieges alles andere als kriegslüsternd war, daß die Aussicht auf einen Krieg vielmehr mit einer Mischung aus Apathie und deutlicher Kriegsangst aufgenommen wurde,<sup>6</sup> doch resultierte dieses diffuse „lieber nicht“-Gefühl vorwiegend auf der Befürchtung, eine militärische Auseinandersetzung mit Polen führe womöglich doch zu einem Kriegseintritt der Westmächte, der nach den Erfahrungen von München vielfach als unwahrscheinlich angesehen wurde, aber auch nicht ausgeschlossen werden konnte. Die Freudenkundgebungen an der Berliner Universität und in zahlreichen Betrieben der Reichshauptstadt nach Bekanntwerden der Gerüchte um einen Waffenstillstand und den Rücktritt George VI. am 10. Oktober 1939 belegen keineswegs die generelle Friedensliebe der reichsdeutschen Bevölkerung, sondern demonstrieren vielmehr die Erleichterung, daß nach der Erzwingung der „gerechten“ deutschen Ansprüche in Art eines begrenzten „Waffenganges“ früherer Zeiten (der „Polenfeldzug“) die Gefahr der Ausweitung des Konflikts zu einem Weltkrieg nunmehr gebannt schien.<sup>7</sup>

Es bleibt festzuhalten, daß es der Propagandaführung gelungen war, den Großteil ihrer „Arbeitsaufgaben“ zur Zufriedenheit Hitlers und der nationalsozialistischen Machthaber zu erfüllen. Das verbale Anknüpfen an die Revisionspropaganda der Weimarer Republik verlieh der viel weiter zielenden Aggressionspolitik des Dritten Reiches einen maßvollen, auf gerechtfertigten Forderungen basierenden Anschein. Die Verzerrungen der antipolnischen Kampagne der Sommermonate hatte die Vorstellung von einem durch Großbritannien aufgehetzten, kriegslüsternden und die deutsche Minderheit malträtierten polnischen Staat in das Bewußtsein der Deutschen eingegraben. Die Propagandalügen zu Kriegsbeginn, der „Überfall“ auf den Sender Gleiwitz, das „vergebliche Warten“ auf den polnischen Unterhändler, die Veröffentlichung des „16-Punkte-Planes“, ähnlich wie das „Friedensangebot“ Hitlers vom 6. Oktober von vornehmlich innenpolitischer Zielrichtung, bewirkten, daß die Überzeugung, der deutsche Diktator habe alles nur Erdenkliche getan, um den Frieden zu bewahren, und der Krieg sei eine Folge der britischen Einkreisung, ein durch den polnischen Handlanger Englands dem Deutschen Reich aufgezwungener Kampf, die vorherrschende

---

August bis Oktober verweist auf in Umlauf gebrachte Flugblätter über polnische Expansionsabsichten bis zur Oder und kommt zu dem Schluß, daß gerade in Mitteldeutschland diese „Flugblätter [...] nicht ohne Eindruck auf die Bevölkerung [blieben], die sich leicht davon überzeugen ließ, daß sie ihre Heimat gegen die polnische Bedrohung verteidigen müsse“. Ebd., S. 967.

<sup>6</sup> Vgl. Ian Kershaw: „How Effective Was Nazi Propaganda?“. In: David Welch (Hrsg.): *Nazi Propaganda. The Power and the Limitations*. London u.a. 1983, S. 186f.

<sup>7</sup> Zu der Verbreitung und Aufnahme der Gerüchte vgl. Meldungen aus dem Reich, Bd. 2, S. 339ff. sowie Bohse: *Kriegsbegeisterung*, S. 29. - Vgl. auch Baird: *Mythical World*, S. 52f., der die Kundgebungen jedoch zur Erhärtung seiner These, in der deutschen Öffentlichkeit habe wenig Neigung bestanden, um Danzig oder den „Korridor“ auch nur einen begrenzten Krieg zu führen, heranzieht. - Der Tagebucheintrag William L. Shirers vom 31. August 1939 stützt scheinbar diese Wertung: „Everybody against the war. People talking openly. How can a country go into a major war with a population so dead against it?“. Shirer: *Berlin Diary*, S. 145. Meines Erachtens bestätigt die Formulierung „major war“ jedoch die Einschätzung, daß der Unwille der Bevölkerung sich ausschließlich auf einen Krieg gegen die Westmächte bezog.

Meinung war.<sup>8</sup> Die Kriegspropaganda über Polen, die Instrumentalisierung und Ausschlichtung der Ausschreitungen in Bromberg, rechtfertigte für viele nicht nur nachträglich den militärischen Überfall, sondern ließ auch, entsprechend der Intentionen der Kampagne, die brutale Besatzungspolitik, die Liquidierungen und Vertreibungen, die rücksichtslose und die Lebensbedingungen der polnischen Bevölkerung mißachtende Ausbeutung der Ressourcen und wirtschaftlichen Kapazitäten des früheren polnischen Staatsgebietes als vollauf verdiente Maßnahmen erscheinen. Den vielleicht deutlichsten Beleg für die aufpeitschende Wirkung der Bromberg-Propaganda bietet der Bericht Franciszek Poprawkas, der als Häftling der SS mit einer Gruppe polnischer Intellektueller am 15. September 1939 nach einer tagelangen Fahrt in einem Viehwaggon in Weimar eintraf, um in das Konzentrationslager Buchenwald verbracht zu werden: „Wir kamen in Weimar an [...]. Die Leute gingen aus der Kirche. Wir gingen dort über eine Eisenbahnbrücke, Straßenbrücke. Von der SS sind wir als ‚Bromberger Heckenschützen‘ verufen worden. [...] Der Haß der Leute war so groß, daß wir unter der Brücke gehend von oben beworfen wurden. Es war noch gut, daß dort keine Steine waren, denn sonst hätten wir Tote gehabt. Aber der Haß war so groß, daß Frauen Regenschirme nach uns warfen, ja sogar Handtaschen; die Männer ihre Hausschlüssel und Spazierstöcke“.<sup>9</sup>

Ein Ziel, vielleicht ihr Hauptziel, hat die antipolnische Propaganda dennoch nicht erreicht. Es ist ihr nicht gelungen, die Angehörigen der polnischen Nation im (Unter-) Bewußtsein der deutschen Bevölkerung als „Minderwertige“, als „Rassefeind“, als „Untermenschen“ zu verankern. Die alten Stereotype von der kulturellen, wirtschaftlichen und geistigen Überlegenheit der Deutschen wirkten

---

<sup>8</sup> Vgl. Kershaw: Hitler-Mythos, S. 127f. - Vgl. Ders.: Nazi Propaganda, S. 200f. - Vgl. Steinert: Hitlers Krieg, S. 93ff.

<sup>9</sup> Nicht näher bezeichnetes Interview mit Poprawka vom 27. Mai 1965. Zit. Wolfgang Benz: „Herrschaft und Gesellschaft. Die Inszenierung der Ekstase“. In: Ders.: Herrschaft und Gesellschaft im national sozialistischen Staat. Studien zur Struktur- und Mentalitätsgeschichte. Frankfurt/M. 1990, S. 26f., Beleg S. 199 (Die Namensnennung bei Benz - vermutlich fälschlich - Frantisek Poprawka).

Auch Shirer vermerkt am 20. September in seinem Tagebuch: „I have still to find a German, even among those, who don't like the regime, who sees anything wrong in the German destruction of Poland. All the moral attitudes of the outside world regarding the aggression against Poland find little echo among the people here“. Shirer: Berlin Diary, S. 164. - Der November-Rapport der Sopade deutet in eine ähnliche Richtung. So schreibt ein Mittelsmann aus Berlin: „Polen ist nun erledigt. Die Berichte der deutschen Soldaten haben um ein Vielfaches das übersteigert, was die deutsche Presse und der Rundfunk über die Vorgänge in Polen berichtet hatten. Deshalb jetzt allgemeines Verständnis für das rigorose Vorgehen der deutschen Stellen in Polen“. Eine Mitteilung aus dem Rheinland verdeutlicht, welchen Stellenwert die antipolnische Propaganda noch im November hatte: „In den Versammlungen und Betriebsappellen lebt die Nazipropaganda noch immer von den ‚Greuelthaten in Polen‘. Immer wieder wird den Massen erzählt, daß die Polen Bestien seien [...]. Die Bevölkerung glaubt leider zum großen Teil alle diese Dinge“. Beide Sopade-Berichte, Bd.6, S. 1032.

Am Rande sei vermerkt, daß der Propagandafilm „Das ist Polen!“, eine Zusammenstellung von Wochenschauberichten mit antipolnischer und - eng verknüpft - antisemitischer Tendenz, sich im Oktober zu einen regelrechten Kassenschlager entwickelt hatte, dessen Absetzung - so der SD-Bericht vom 18. d.M. - „das Gesprächsthema“ im ganzen Reichsgebiet bilde, weshalb es „angebracht“ erscheine, daß „eine aufklärende Pressenotiz die Gemüter beruhigt, bzw. die Inaussichtstellung eines neuen Filmes mit diesem Sachverhalt das gesteigerte Interesse nach diesem Stoff befriedigt“. Meldungen aus dem Reich, Bd. 2, S. 366. Die Frage, ob der Film aufgrund der breit dargebotenen „militärischen Leistungen“ der Wehrmacht oder seiner antipolnischen Ausrichtung derart publikumswirksam war, kann nicht abschließend beantwortet werden. Vermutlich spielten beide Aspekte eine Rolle. Auch der im Winter 1940 fertiggestellte, ab Februar in Berlin, ab März im übrigen Reichsgebiet aufgeführte Nachfolgefilm „Feldzug in Polen“ stieß auf ein ähnliches Interesse. Die Nachfrage des Films war nach einem SD-Bericht „überall hervorragend“, die Aufnahme, wie gelegentliche spontane Beifallsäußerungen zeigten, sehr positiv. Berichte vom 14. Februar und 6. März in Meldungen aus dem Reich, Bd. 3, S. 759f. und S. 846.

zwar im Umgang mit polnischen Kriegsgefangenen und „Fremdarbeitern“ fort, sie erhielten aber keine dauerhafte und prägende rassische Fundierung. Das Feindbild „Polen“ blieb weitgehend beschränkt auf den, nun nicht mehr vorhandenen polnischen Staat. Der polnische, meist in der Landwirtschaft eingesetzte „Fremdarbeiter“, war er auch unfrei, gegen seinen Willen zur Arbeit unter oft überharten Bedingungen für die siegreichen Kriegsgegner gezwungen, durch eine Fülle von amtlichen Verfügungen aus dem gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen und mancherlei Restriktionen unterliegend, für den weitaus größten Teil der deutschen Bevölkerung blieb er doch „Mensch“, nicht „Untermensch“.<sup>10</sup>

---

<sup>10</sup> Dies galt besonders in Gebieten, in denen übergeordnete Bindungen oder traditionelle Verhaltensweisen der von der Propaganda gewünschten radikalen Neubewertung der Polen im Wege standen. In katholischen Gegenden erfuhren die in ihrer überwiegenden Zahl ebenfalls katholischen polnischen „Fremdarbeiter“ eine weit bessere Behandlung, als es den nationalsozialistischen Dienststellen vor Ort recht war. Auch in den weitgehend protestantischen Ostgebieten des Reiches sah man den Arbeitseinsatz der polnischen Zwangsarbeiter eher in der Tradition der nie ganz zum Erliegen gekommenen „Preußengängerei“ polnischer Wanderarbeiter, was dazu führte, daß - so der SD-Bericht vom 20. November 1939 - „der Abstand zwischen der bäuerlichen Bevölkerung und den polnischen Kriegsgefangenen nicht genügend gewahrt wird“. Vgl. die Berichte vom 6. und 20. November in Meldungen aus dem Reich, Bd. 2, S. 421f. und 475ff., Zit. S. 476. - Der Rapport vom 4. Dezember 1939 resümiert unter dem Stichwort „Frage der Behandlung der polnischen Gefangenen“: „Übereinstimmend wird [...] aus allen Reichsteilen, in denen polnische Landarbeiter eingesetzt sind, mitgeteilt, daß die einfache Bevölkerung noch nicht jene Haltung gefunden hat, die für die künftige Einstellung des deutschen Volkes zum polnischen notwendig ist“. Ebd., S. 528.

## Schlußbemerkung

In einem Teil der, älteren wie neueren, historischen Forschung wird die These vertreten, der abrupte Umschwung in der deutschen Polenpolitik 1933/34, die von Hitler verfügte Abkehr von den traditionellen Revisionsforderungen der Weimarer Republik, habe auch in der deutschen Öffentlichkeit positive Veränderungen in der Einschätzung des Nachbarlandes bewirkt.<sup>1</sup> Es gibt gute Gründe, dieser Auffassung zu widersprechen. Legt man das sehr hilfreiche, von Ian Kershaw vorgeschlagene Modell zur Systematisierung der verschiedenen Propagandabereiche zugrunde,<sup>2</sup> so zeigen die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung über den Ablauf, die Methoden und die Wirkung der antipolnischen Propagandakampagne des Jahres 1939, daß sich diese ein latent negatives, tief verwurzeltes ablehnendes Polenbild zunutze zu machen verstand, und das Feindbild „Polen“ auch in den Jahren 1934 bis 1938 wenn auch lautlos, so doch zielbewußt und geplant am Leben erhalten worden war.

Es wäre jedoch verfehlt, hieraus zu schließen, daß dem Propagandaministerium und Volkstumsverbänden wie dem „Bund Deutscher Osten“ durch Hitler die Aufgabe zugewiesen worden sei, bereits in den Jahren 1934 bis 1938/39 den Krieg gegen Polen durch die psychologische Mobilisierung der deutschen Bevölkerung vorzubereiten. Auch Hitler selbst, vermutlich weniger durch antipolnische Empfindungen geprägt als etwa sein Propagandaminister,<sup>3</sup> wußte in diesen Jahren noch nicht einzuschätzen, welche Entwicklung das deutsch-polnische Verhältnis in Zukunft nehmen würde. Und auch wenn bei Einbeziehung aller Faktoren, der historischen, machtpolitischen und - in

---

<sup>1</sup> So kommt Hans Roos zu der Einschätzung, die „Verhärtung in der Beurteilung Polens“ sei „lediglich“ auf die „innerdeutsche Revisionspropaganda“ der Weimarer Republik und auf die „Entwicklung der Minderheitenfrage“ zurückzuführen. Diese „bisher kaum tiefer eingewurzelten Ansichten“ hätten sich „jedoch im damaligen Einparteienstaat und seiner planmäßigen Presselenkung leicht korrigieren [lassen], wenigstens in der breiteren Öffentlichkeit“. Roos: Polen und Europa, S. 123f. - Eine ähnliche Wertung nimmt Hasso von Zitzewitz vor, der konstatiert, die Folge der deutsch-polnischen politischen Annäherung sei gewesen, „daß das deutsche Polenbild prompt reagierte und sich freundlich ‚aufhellte‘“. Zitzewitz: Polenbild, S. 61.

<sup>2</sup> Vgl. Kershaw: Nazi Propaganda, S. 183. Der Autor unterscheidet Bereiche, in denen:

- die Propaganda auf bereits allgemein akzeptierte Werte, ideologische Voreinstellungen und eine vorherrschende Meinung aufbaut;
- keine Übereinstimmung vorhanden ist und die Propaganda erst einen Konsens schaffen muß;
- weitreichende, auf Unkenntnis beruhende Vorurteile bestehen und die Propaganda in einem Vakuum arbeitet;
- die Propaganda gegen fest verwurzelte Gegenmeinungen und spürbaren Unglauben ankämpfen muß;

Die antipolnische Propaganda ist ohne Zweifel sowohl dem ersten als auch dem dritten Bereich zuzuordnen.

<sup>3</sup> Weder in seinen frühen Schriften noch in seinen Reden finden sich Anzeichen dafür, daß Hitler - anders als in bezug auf die Tschechen - Aversionen gegen Polen hatte. Von der generellen Überlegenheit der „germanischen Herrenrasse“ über ihre slawischen Nachbarvölker war Hitler zwar überzeugt, ein festgefügtes Polenbild hatte der „Österreicher“ jedoch nicht. Dies änderte sich im Verlauf der antipolnischen Kampagne, und wenn man so will, zeigte diese ihre Wirkung auch bei Hitler. Goebbels notierte am 10. Oktober 1939 in seinem Tagebuch: „Des Führers Urteil über die Polen ist vernichtend. Mehr Tiere als Menschen, gänzlich stumpf und amorph. Daneben eines Schlachzizenschicht, die wenigstens das Produkt der niederen Klassen vermischt mit einer arischen Herrenschicht sei“. Fröhlich (Hrsg.): Goebbels-Tagebücher, Bd. 3, S. 604. - Goebbels' eigene Haltung erschließt sich aus einer früheren Eintragung vom 16. November 1930: „Nach Danzig! [...] Durch den Korridor. Unerträglicher Gedanke, daß dieser Aberwitz für immer bestehen soll. Ich lerne auf dieser Fahrt wieder hassen“. Ebd., Bd.1, S. 633.

bezug auf Polen von besonderer Bedeutung - emotionalen (die „Ehre der Nation“), es nicht eben wahrscheinlich war, daß der polnische Staat sich nach der Umkehrung des Kräfteverhältnisses in einen Satellitenstatus zum Dritten Reich hineinzwingen lassen und die Rolle eines „Juniorpartners“ bei den geplanten „Lebensraum“-Kriegen in Osteuropa zu übernehmen bereit sein würde, so war dies für das in dieser Beziehung sehr einfach strukturierte Denken Hitlers auch nicht auszuschließen. Womöglich vermochte er, beileibe kein „Polenkenner“, es sich nicht vorzustellen, daß die autoritär regierende, um Machtzuwachs in Osteuropa bemühte und offen antibolschewistische Warschauer Führungsriege das nach seiner Betrachtungsweise verlockende Angebot ausschlagen könnte, um nicht Gefahr zu laufen, später selbst den „Lebensraum“-Plänen des deutschen Diktators zum Opfer zu fallen.

Selbst wenn man in Rechnung stellt, daß eine auch nur vorübergehende „Partnerschaft“ mit Polen von Hitler möglicherweise gar nicht beabsichtigt war, sondern das deutsche „Angebot“ nur den Zweck verfolgte, den offenen Bruch im deutsch-polnischen Verhältnis bewußt herbeizuführen und den im September 1938 noch verhinderten Krieg nun gegen Polen vom Zaun zu brechen - man mußte kein „Polenkenner“ sein, um einschätzen zu können, daß die nach einer „Rückgabe“ Danzigs zu erwartende Empörung der polnischen Öffentlichkeit die Warschauer Regierung trotz ihres durch die Besetzung des Teschener Schlesiens erzielten Prestigezuwachses aus dem Amt gefegt hätte -, so kann dennoch keine Rede davon sein, daß bereits in den Jahren 1934 bis 1938 antipolnische Emotionen bewußt geschürt wurden. Der Grund liegt in dem Umstand, daß anders als im Falle Elsaß-Lothringens - dem Verlust ohnehin nicht als traditionell deutsches Territorium angesehenen Gebiete an eine europäische *Großmacht* - die deutsche Öffentlichkeit in der Weimarer Republik sich nie mit der Abtretung der als rein deutsches Land erachteten östlichen Reichsteile an die kulturell vermeintlich tiefer stehende polnische Nation abgefunden hatte. Hitlers abrupter und unvorhersehbarer Kurswechsel in der Polenpolitik 1933/1934 stieß in breiten Kreisen der Bevölkerung auf wenig Verständnis, wurde im Gegenteil - so Marlies G. Steinert - „mit Mißtrauen aufgenommen und schließlich als taktisches, dilatorisches Manöver akzeptiert“.<sup>4</sup>

Den nationalsozialistischen Machthabern war bewußt, daß das Feindbild „Polen“ mühelos wieder zu erwecken war, und sie setzten alles daran, daß dies so blieb. Lobende Leitartikel und „Sonntagsreden“ über die deutsch-polnische „Partnerschaft“, die deutsch-polnische „Freundschaft“, gefeierte Staatsbesuche und die Gründung von Alibi-Einrichtungen wie das „Deutsch-polnische Institut“ an der „Lessing-Universität“ waren äußere Erscheinungen, die möglicherweise geeignet waren, in Polen den Anschein einer wirklichen Verbesserung der Beziehungen zu erwecken, doch sie blieben Fassade, erfaßten kaum die breitere Öffentlichkeit und trugen nicht zum Abbau von Feindbildern bei. Eine Episode aus dem Jahr 1935 ist bezeichnend für die „Versöhnungsbereitschaft“ des Dritten Reiches. Der Erfurter Bürger Carl Nietzsche übersandte am 14. Juni 1935 das Programm des von

---

<sup>4</sup> Steinert: Hitlers Krieg, S. 93. - Vgl. auch Rudolf *Jaworski*: „Deutsch-polnische Feindbilder“. In: Deutschland und Polen von der nationalsozialistischen Machtergreifung bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Braunschweig 1986, S. 177ff. [Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts für Internationale Schulbuchforschung. Hrsg. v. Ernst *Hinrichs*; Bd. 22/IX].



ihm gegründeten „Bundes für deutsch-polnische Verständigung“ mit der Bitte um finanzielle Unterstützung an das Auswärtige Amt. Der Antrag hatte zur Folge, daß Reinhard Heydrich die Staatspolizeistelle Erfurt anwies, zu veranlassen, daß Nietzsche seine Tätigkeit einstelle und diesem für seine bisherigen Aktivitäten eine Verwarnung zu erteilen.<sup>5</sup>

Der erstaunlich kurze Vorlauf des antipolnischen Propagandafeldzuges zeigt, daß das Regime trotz „mehrfähriger Abstinenz [auf die] schnelle Aktivierung antipolnischer Einstellungsmuster und Stereotypen“<sup>6</sup> spekulierte, und, wie sich zeigte, erfolgreich spekulierte. Die nationalsozialistische Propaganda knüpfte bruchlos an die Themen der Weimarer Propaganda an, sicherte sich damit breite Zustimmung und vermochte es, ihre wirklichen Ziele zu kaschieren. Die Hervorhebung der „polnischen Greuel“ war der einzige originär nationalsozialistische Propagandatopos des antipolnischen Kampagne des Jahres 1939. Nach der Zerschlagung des polnischen Staates wurde dieser jedoch zum Zentralmotiv der gegen die polnische Nation gerichteten Propaganda, die einen von der traditionellen antipolnischen Polemik gänzlich verschiedenen Charakter erhielt und nun dazu diente, die Angehörigen dieser Nation im Bewußtsein der Deutschen als „Untermenschen“ zu verankern. Die Propagandaleitung setzte alles daran, diese „Greuel“ nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Am 31. August 1940 lautete die Anweisung der Pressekonferenz: „Am 3. September jährt sich der Bromberger Blutsonntag. Die Presse soll an diesem Tag der 60000 Opfer ermordeter Volksdeutscher gedenken. [...] Die Zeitungen werden gebeten, dieses Thema unbedingt aufzugreifen, da die Erinnerung an die polnischen Schandtaten nicht verblassen darf“.<sup>7</sup>

Diese Propaganda zeigte, wie beschrieben, im Sinne der nationalsozialistischen Machthaber unbestreitbar Wirkung, sie hatte einen gewissen Erfolg. Sie hat diesen Erfolg auch über das Ende des „Tausendjährigen Reiches“ hinaus. In seinem 1987 veröffentlichten Buch „Der europäische Bürgerkrieg 1917-1945“ schreibt Ernst Nolte: „Der Krieg gegen Polen begann mit einem tendenziellen Genozid auf polnischer Seite, nämlich dem sogenannten ‚Bromberger Blutsonntag‘, der Niedermetzlung von einigen tausend Staatsbürgern deutscher Herkunft durch aufgebrachte Polen. Ob die deutsche Minderheit überlebt hätte, wenn der Krieg länger als drei Wochen gedauert hätte, muß zweifelhaft erscheinen“.<sup>8</sup>

Die historische Forschung hat bereits einiges zur Erhellung von Machart und Methodik der nationalsozialistischen Propaganda beigetragen. Nicht immer wurde über die Vorgänge in den ersten Kriegstagen und -wochen „sine ira et studio“ geschrieben, doch den lügenhaften Verdrehungen vermochte ein realistischeres Bild des tatsächlichen Sachverhalts gegenübergestellt zu werden.

---

<sup>5</sup> Vgl. Ahmann: Nichtangriffspakte, S. 541, Anm. 1518.

<sup>6</sup> Fischer: Deutsche Publizistik, S. 213. – Wirklich im Vordergrund der Propaganda stand Polen erst im August. In den Monaten März bis August dominierten Angriffe gegen Großbritannien, also gegen ein Land, bei dem es sicherlich sehr viel schwieriger war, die deutsche Bevölkerung zu einer feindseligen Haltung zu bewegen.

<sup>7</sup> Hagemann: Presselenkung, S. 258, Anm. 399.

<sup>8</sup> Ernst Nolte: Der europäische Bürgerkrieg 1917-1945. Nationalsozialismus und Bolschewismus. Frankfurt/M. – Berlin 1987, S. 502f.

Äußerungen wie die Noltes jedoch zeigen die Notwendigkeit, diesem Thema weiterhin Aufmerksamkeit zuteil werden zu lassen.

## Quellen und Literatur

### 1. Quellen

#### 1.1 Quelleneditionen

- AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK (ADAP). Serie C: 1933-1937. Göttingen 1971ff.;  
Serie D: 1937-1945. Baden-Baden 1950ff.
- BEHNKEN, Klaus (Hrsg.): Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934-1940. 7 Bde. 6. Auflage. Salzhausen - Frankfurt/M. 1982
- BOBERACH, Heinz (Hrsg.): Meldungen aus dem Reich 1938-1945. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS. Bde 1-3. Hersching 1984
- BOELCKE, Willi A.: Kriegspropaganda 1939-1941. Geheime Ministerkonferenzen im Reichspropagandaministerium. Stuttgart 1966
- BOHRMANN, Hans (Hrsg.): NS-Presseanweisungen der Vorkriegszeit. Edition und Dokumentation. Bearbeitet von Gabriele TOEPSER-ZIEGERT. Bd. 1: 1933. München u.a. 1985; Bd. 2: 1934. München u.a. 1985; Bde 3/I, II: 1935. München u.a. 1987; Bde 4/I-IV. München u.a. 1992
- DOMARUS, Max: Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen. Bd. 1: Triumph, 1932-1938; Bd. 2: Untergang, 1938-1945. Wiesbaden 1973
- DOKUMENTE ZUR VORGESCHICHTE DES KRIEGES. Berlin 1939 [Weissbuch des Auswärtigen Amtes 1939, Nr. 2]
- HEIBER, Helmut (Hrsg.): Goebbels-Reden. Bd. 1: 1932-1939. Düsseldorf 1971; Bd. 2: 1939-1945. Düsseldorf 1972
- JACOBSEN, Hans-Adolf (Hrsg.): Mißtrauische Nachbarn. Deutsche Ostpolitik 1919/70. Dokumentation und Analyse. Düsseldorf 1970
- WEISSBUCH DER POLNISCHEN REGIERUNG über die deutsch-polnischen und die polnisch-sowjet-russischen Beziehungen im Zeitraum von 1933 bis 1939. Basel 1940 [Dokumente und Urkunden zum Kriegsausbruch, September 1939; Fasc. 9]

#### 1.2 Zeitungen

- FRANKFURTER ZEITUNG UND HANDELSBLATT. Teildurchsicht: 77 (1933), 78 (1934), 81 (1937), 82 (1938). Gesamtdurchsicht: 83 (1939)
- VÖLKISCHER BEOBACHER. Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands. Teildurchsicht: 46 (1933), 47 (1934), 50 (1937), 51 (1938). Gesamtdurchsicht: 52 (1939)

### 1.3 Tagebücher

- FRÖHLICH, Elke (Hrsg.): Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. 4 Bde. München u.a 1987
- SHIRER, William L.: Berlin Diary. The Journal of a Foreign Correspondent 1934-1941. New York 1961

### 1.4 Monographien

- BLACHETTA, Walter: Das wahre Gesicht Polens. Berlin 1939
- HAHN, Günther H.: Die Deutsche Publizistik im Kampf um Oberschlesien. Phil. Diss., Berlin 1940, S. 127.
- HAIDER, Rudolf: Warum mußte Polen zerfallen? Berlin 1941 [Der Osten Europas; Bd. 1]
- HITLER, Adolf: Mein Kampf. Zwei Bände in einem Band. Bd. 1: Eine Abrechnung. Bd. 2: Die nationalsozialistische Bewegung. 317./321. Auflage. München 1938
- LAEUEN, Harald: Polnisches Zwischenspiel. Eine Episode der Ostpolitik. Berlin 1940
- LÜCK, Kurt: Der Lebenskampf im deutsch-polnischen Grenzraum. 2. Auflage. Berlin 1941 [Der Osten Europas; Bd. 4]
- MARSCH DER DEUTSCHEN IN POLEN. Die deutschen Volksgenossen im ehemaligen Polen berichten über Erlebnisse in den Septembertagen 1939. Zusammengestellt und bearbeitet von Kurt LÜCK. Berlin 1940 [Deutscher Osten; Bd. 2]
- OERTZEN, Friedrich Wilhelm von: Das ist Polen! 2. Auflage. München 1939
- DIE POLNISCHEN GREUELSTATEN AN DEN VOLKSDEUTSCHEN IN POLEN. Im Auftrage des Auswärtigen Amtes auf Grund urkundlichen Beweismaterials zusammengestellt. Bearbeitet und zusammengestellt von Hans SCHADEWALDT. 2. Auflage. Berlin 1940
- SCHMIDT, Axel: Gegen den Korridor. Polnische Zeugnisse und Tatsachen. Fünfte, erweiterte und verbesserte Auflage. Berlin 1933
- SCHUBRING, Helmut: Der Einsatz der deutschen Tagespresse für den deutsch-polnischen Verständigungsversuch Adolf Hitlers 1933-1939. Phil. Diss. Berlin 1941
- SIEBURG, Friedrich: Polen. Legende und Wirklichkeit. Frankfurt/M. 1934
- TÖNNIES, Norbert: Der Krieg vor dem Kriege. Englands Propaganda bis zum 3. September 1939. Essen 1940
- ZELLE, Arnold: 100 Korridorthesen. Eine Auseinandersetzung mit Polen. Berlin - Wien 1933
- DERS.: 50 Korridorthesen. Abrechnung mit Polen. Berlin 1939
- ZEUGNISSE DER WAHRHEIT. Danzig und der Korridor im Urteil des Auslandes. Zusammengestellt von Margarethe GÄRTNER. Berlin 1939

## 1.5 Aufsätze

- FUCHS, Karl Hans: „Danzigs Schicksal seit Versailles“. In: Friedrich HEIß (Hrsg.): Deutschland und der Korridor. Berlin 1939, S. 170-203
- GEISLER, Walter: „Die ostdeutsche Wirtschaftslandschaft und ihre Zerstörung durch das Diktat von Versailles“. In: Friedrich HEIß (Hrsg.): Deutschland und der Korridor. Berlin 1939, S. 153-170
- GÄRTNER, Margarete: „Polens Machtbestrebungen im Lichte der ausländischen Kritik“. In: Volk und Reich 15 (1939), Heft 8, S. 566-571
- HARTUNG, Oskar: „Einsatzbereite volksdeutsche Presse. Entwicklung und Stand der volksdeutschen Zeitung in Polen“. In: Zeitungs-Verlag 40 (1939), Heft 31, S. 483f.
- KREDEL, Otto: „Die Entdeutschung Westpolens“. In: Volk und Reich 15 (1939), Heft 8, S. 583-587
- LOESCH, Karl C. von: „Wie die Ostgebiete des Reiches verloren gingen“. In: Friedrich HEIß und Arnold HILLEN ZIEGFELD. Deutschland und der Korridor. Berlin 1932, S. 67-99
- DERS.: „Wie die Ostgebiete des Reiches verloren gingen“. In: Friedrich HEIß (Hrsg.): Deutschland und der Korridor. Berlin 1939, S. 113-152
- OERTZEN, Friedrich Wilhelm von: „Die polnische Absage“. In: Friedrich HEIß (Hrsg.): Deutschland und der Korridor. Berlin 1939, S. 291-300
- DERS.: „Vollendete Tatsachen. Die Methodik der polnischen Expansion nach Versailles“. In: Volk und Reich 15 (1939), Heft 8, S. 556-561
- SCHADEWALDT, Hans: „Die polnischen Kriegsziele“. In: Volk und Reich 15 (1939), Heft 8, S. 603-614
- DERS.: „Der Deutschtumskampf in Westpolen“. In: Friedrich HEIß (Hrsg.): Deutschland und der Korridor. Berlin 1939, S. 223-246
- SERAPHIM, Peter-Heinz: „Polens Wirtschaftslage und Wirtschaftsmethoden“. In: Volk und Reich 15 (1939), Heft 8, S. 571-574

## 2. Sekundärliteratur

### 2.1 Monographien

- ABEL, Karl-Dietrich: Presselenkung im NS-Staat. Eine Studie zur Geschichte der Publizistik in der nationalsozialistischen Zeit. Berlin 1968 [Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin; Bd. 2]
- AHMANN, Rolf: Nichtangriffspakte. Entwicklung und operative Nutzung in Europa 1922-1939. Mit einem Ausblick auf die Renaissance des Nichtangriffsvertrages nach dem Zweiten Weltkrieg. Baden-Baden 1988 [Internationale Politik und Sicherheit. Hrsg. v. d. Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen; Bd. 23]
- AURICH, Peter: Der deutsch-polnische September 1939. Eine Volksgruppe zwischen den Fronten. Mit einem Vorwort von Gotthold RHODE. 3., erw. Auflage. Berlin - Bonn - Kelkheim 1985
- BAIER, Roland: Der deutsche Osten als soziale Frage. Eine Studie zur preußischen und deutschen Siedlungs- und Polenpolitik in den Ostprovinzen während des Kaiserreichs und der Weimarer Republik. Köln - Wien 1980 [Dissertationen zur neueren Geschichte; Bd. 8]
- BAIRD, Jay W.: The Mythical World of Nazi War Propaganda, 1939-1945. Minneapolis 1974
- BOHSE, Jörg: Inszenierte Kriegsbegeisterung und ohnmächtiger Friedenswille. Meinungslenkung und Propaganda im Nationalsozialismus. Stuttgart 1988
- BRAMSTED, Ernest K.: Goebbels und die nationalsozialistische Propaganda 1925-1945. Frankfurt/M. 1971
- BREYER, Richard: Das Deutsche Reich und Polen 1932-1937. Außenpolitik und Volksgruppenfragen. Würzburg 1955 [Marburger Ostforschungen. Hrsg. v. Erich KEYSER; Bd. 3]
- BROSZAT, Martin: Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik. Frankfurt/M. 1972
- DENGG, Sören: Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund und Schachts „Neuer Plan“. Zum Verhältnis von Außen- und Außenwirtschaftspolitik in der Übergangsphase von der Weimarer Republik zum Dritten Reich (1929-1934). Frankfurt/M. - Bern - New York 1986 [Europäische Hochschulschriften, Reihe III: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften; Bd. 309]
- EISENBLÄTTER, Gerhard: Grundlinien der Politik des Reiches gegenüber dem Generalgouvernement 1939-1945. Frankfurt 1969 (Dissertationsdruck)
- FISCHER, Peter: Die deutsche Publizistik als Faktor der deutsch-polnischen Beziehungen 1919-1939. Wiesbaden 1991 [Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund. Hrsg. v. Johannes HOFFMANN; Bd. 7]
- FLEISCHHAUER, Ingeborg: Der Pakt. Hitler, Stalin und die Initiative der deutschen Diplomatie 1938-1939. Frankfurt 1990
- FRASER, Lindley: Propaganda. London - New York - Toronto 1957 [The Home University Library of Modern Knowledge; Bd. 230]

- FREI, Norbert und Johannes SCHMITZ: Journalismus im Dritten Reich. München 1989 [Beck'sche Reihe; Bd. 376]
- GÄRTNER, Margarete: Botschafterin des guten Willens. Außenpolitische Arbeit 1914-1950. Bonn 1955
- GILLESSEN, Günther: Auf verlorenem Posten. Die Frankfurter Zeitung im Dritten Reich. Berlin 1986
- GRAML, Hermann: Europas Weg in den Krieg. Hitler und die Mächte 1939. München 1990 [Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte. Hrsg. v. Institut für Zeitgeschichte; Bd. 29]
- GROEHLER, Olaf: Selbstmörderische Allianz. Deutsch-russische Militärbeziehungen 1920-1941. Berlin 1992
- HAGEMANN, Jürgen: Die Presselenkung im Dritten Reich. Bonn 1970
- HEIKE, Otto: Die deutsche Minderheit in Polen bis 1939. Ihr Leben und Wirken, kulturell - gesellschaftlich - politisch. Eine historisch-dokumentarische Analyse. Leverkusen 1985
- HÖLTJE, Christian: Die Weimarer Republik und das Ostlocarno-Problem 1919-1934. Revision oder Garantie der deutschen Ostgrenze von 1919. Würzburg 1958 [Marburger Ostforschungen. Hrsg. v. Erich KEYSER; Bd. 8]
- HOENSCH, Jörg K.: Geschichte Polens. 2., Neubearb. und erw. Auflage. Stuttgart 1990
- HORAK, Stephan: Poland and Her National Minorities, 1919-39. New York - Washington - Hollywood 1961
- HUNDHAUSEN, Carl: Propaganda. Grundlagen, Prinzipien, Materialien, Quellen. Essen 1975
- JACOBSEN, Hans-Adolf: Nationalsozialistische Außenpolitik 1933-1938. Frankfurt/M. - Berlin 1968
- JANSEN, Christian und Arno WECKBECKER: Der „Volksdeutsche Selbstschutz“ in Polen 1939/40. München 1992 [Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. Hrsg. v. Karl Dietrich BRACHER, Hans-Peter SCHWARZ und Horst MÖLLER; Bd. 64]
- JASTRZEBSKI, Włodzimierz: Der Bromberger Blutsonntag. Legende und Wirklichkeit. Poznań 1990
- JONG, Louis de: Die deutsche Fünfte Kolonne im Zweiten Weltkrieg. Stuttgart 1959 [Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte; Bd. 4]
- JOWETT, Garth S. und Victoria O'DONNELL: Propaganda and Persuasion. 2. Auflage. Newbury Park - London - New Delhi 1992
- KELLERMANN, Volkmar: Schwarzer Adler - Weißer Adler. Die Polenpolitik der Weimarer Republik. Köln 1970
- KERSHAW, Ian: Der Hitler-Mythos. Volksmeinung und Propaganda im Dritten Reich. Mit einer Einführung von Martin BROZAT. Stuttgart 1980 [Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. Hrsg. v. Karl-Dietrich BRACHER und Hans-Peter SCHWARZ; Bd. 41]
- KOLB, Eberhard: Die Weimarer Republik. 2. Auflage. München 1988 [Oldenbourg Grundriß der Geschichte. Hrsg. v. Jochen BLEICKEN u.a.; Bd. 16]
- KORBEL, Josef: Poland between East and West. Soviet and German Diplomacy toward Poland, 1919-1933. Princeton, N.J. 1963

- KOSZYK, Kurt: Deutsche Presse 1914-1945. Geschichte der deutschen Presse. Teil III. Berlin 1972 [Abhandlungen und Materialien zur Publizistik. Hrsg. v. Fritz EBERHART; Bd. 7]
- KRAUSNICK, Helmut und Hans-Heinrich WILHELM: Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938-1942. Stuttgart 1981
- KREKELER, Norbert: Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik der Weimarer Republik. Die Subventionierung der deutschen Minderheit in Polen 1919-1933. Stuttgart 1973 [Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. Hrsg. v. Hans ROTHFELS und Theodor ESCHENBURG; Bd. 27]
- KRÜGER, Peter: Die Außenpolitik der Republik von Weimar. Darmstadt 1985
- DERS.: Versailles. Deutsche Außenpolitik zwischen Revisionismus und Friedenssicherung. München 1986 [Deutsche Geschichte der neuesten Zeit vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Hrsg. v. Martin BROZAT u.a.]
- KUHN, Axel: Hitlers außenpolitisches Programm. Entstehung und Entwicklung 1919-1939. Stuttgart 1970 [Stuttgarter Beiträge zur Geschichte und Politik. Hrsg. v. Martin GREIFFENHAGEN, Eberhard JÄCKEL und August NITSCHKE; Bd. 5]
- LONGERICH, Peter: Propagandisten im Krieg. Die Presseabteilung des Auswärtigen Amtes unter Ribbentrop. München 1987 [Studien zur Zeitgeschichte. Hrsg. v. Institut für Zeitgeschichte; Bd. 33]
- MADAJCZYK, Czesław: Die Okkupationspolitik Nazi-Deutschlands in Polen 1939-1945. Köln 1988
- NOLTE, Ernst: Der europäische Bürgerkrieg 1917-1945. Nationalsozialismus und Bolschewismus. Frankfurt/M. - Berlin 1987
- OERTEL, Maria: Beiträge zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen in den Jahren 1925-1930. Phil. Diss. Berlin 1968
- PAGEL, Jürgen: Polen und die Sowjetunion 1938-1939. Die polnisch-sowjetischen Beziehungen in den Krisen der europäischen Politik am Vorabend des Zweiten Weltkrieges. Stuttgart 1992 [Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa. Hrsg. v. Erwin OBERLÄNDER; Bd. 34]
- PIEPER, Helmut: Die Minderheitenfrage und das Deutsche Reich 1919-1934/34. Hamburg 1974 [Darstellungen zur Auswärtigen Politik. Hrsg. v. Herbert KRÜGER; Bd. 15]
- POLONSKY, Antony: Politics in Independent Poland. The Crisis of Constitutional Government. Oxford 1972
- PUCHERT, Bertold: Der Wirtschaftskrieg des deutschen Imperialismus gegen Polen 1925-1934. Berlin (Ost) 1963 [Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Schriften des Instituts für Geschichte. Reihe I: Allgemeine und deutsche Geschichte; Bd. 17]
- READ, Anthony und David FISHER: The Deadly Embrace. Hitler, Stalin and the Nazi-Soviet Pact 1939-1941. London 1988
- RECKER, Marie-Luise: Die Außenpolitik des Dritten Reiches. München 1990 [Enzyklopädie deutscher Geschichte. Hrsg. v. Lothar GALL; Bd. 8]
- REUTH, Ralf Georg: Goebbels. 2. Auflage. München 1990



- RIEKHOFF, Harald von: German-Polish Relations, 1918-1933. Baltimore - London 1971
- ROGALL, Joachim: Die Deutschen im Posener Land und in Mittelpolen. München 1993 [Studienbuchreihe der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat; Bd. 3]
- ROOS, Hans: Geschichte der polnischen Nation 1918-1985. Von der Staatsgründung im Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart. 4., überarb. und erw. Auflage. Fortgeführt von Manfred ALEXANDER. - Stuttgart u.a. 1986
- DERS.: Polen und Europa. Studien zur polnischen Außenpolitik 1931-1939. 2. Auflage. Tübingen 1965
- SÄNGER, Fritz: Politik der Täuschungen. Mißbrauch der Presse im Dritten Reich. Weisungen, Informationen, Notizen 1933-1939. Wien 1975
- SCHOT, Bastiaan: Nation oder Staat? Deutschland und der Minderheitenschutz. Zur Völkerbundpolitik der Stresemann-Ära. Marburg/Lahn 1988 [Historische und landeskundliche Ostmitteleuropa-Studien. Hrsg. v. Hans LEMBERG; Bd. 4]
- SCHUBERT, Günter: Das Unternehmen ‚Bromberger Blutsonntag‘. Tod einer Legende. Köln 1989
- STEINERT, Marlies G.: Hitlers Krieg und die Deutschen. Stimmung und Haltung der deutschen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg. Düsseldorf - Wien 1970
- SÜNDERMANN, Helmut: Tagesparolen. Deutsche Presseanweisungen 1939-1945. Hitlers Propaganda und Kriegsführung. Aus dem Nachlaß herausgegeben von Gert SUDHOFF. Leoni am Starnberger See 1973
- SYWOTTEK, Jutta: Mobilmachung für den totalen Krieg. Die propagandistische Vorbereitung der deutschen Bevölkerung auf den Zweiten Weltkrieg. Opladen 1976 [Studien zur modernen Geschichte. Hrsg. v. Fritz FISCHER, Klaus-Detlef GROTHUSEN und Günter MOLTMANN; Bd. 18]
- THAMER, Hans-Ulrich: Verführung und Gewalt. Deutschland 1933-1945. Berlin 1986 [Die Deutschen und ihre Nation; Bd. 5]
- THOMSON, Oliver: Mass Persuasion in History. An Historical Analysis of the Development of Propaganda Techniques. Edinburgh 1977
- VIEFHAUS, Erwin: Die Minderheitenfrage und die Entstehung der Minderheitenschutzverträge auf der Pariser Friedenskonferenz 1919. Eine Studie zur Geschichte des Nationalitätenproblems im 19. und 20. Jahrhundert. Würzburg 1960 [Marburger Ostforschungen. Hrsg. v. Hellmuth WEISS; Bd. 11]
- WANDY CZ, Piotr S.: The Twilight of French Eastern Alliances, 1926-1936. French-Czechoslovak-Polish Relations from Locarno to the Remilitarization of the Rhineland. Princeton, N.J. 1988
- WATT, Richard M.: Bitter Glory. Poland and Its Fate 1918 to 1939. New York 1979
- WEINBERG, Gerhard L.: The Foreign Policy of Hitler's Germany. Diplomatic Revolution in Europe 1933-1936. Chicago - London 1970
- DERS.: The Foreign Policy of Hitler's Germany. Starting World War II, 1937-1939. Chicago - London 1980

- WENDT, Bernd-Jürgen: Großdeutschland. Außenpolitik und Kriegsvorbereitung des Hitler-Regimes. München 1987 [Deutsche Geschichte der neuesten Zeit vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Hrsg. v. Martin BROZAT u.a.]
- WOJCIECHOWSKI, Marian: Die polnisch-deutschen Beziehungen 1933-1938. Leiden 1971 [Studien zur Geschichte Osteuropas. Hrsg. v. W. PHILIPP und P. SCHEIBERT; Bd. 12]
- ZITZEWITZ, Hasso von: Das deutsche Polenbild in der Geschichte. Entstehung - Einflüsse - Auswirkungen. Köln - Weimar - Wien 1991

## 2.2 Aufsätze

- BENZ, Wolfgang: „Herrschaft und Gesellschaft. Die Inszenierung der Ekstase“. In: DERS.: Herrschaft und Gesellschaft im nationalsozialistischen Staat. Studien zur Struktur- und Mentalitätsgeschichte. Frankfurt/M. 1990, S. 9-28
- BORODZIEJ, Włodzimierz: „Die Alternative Warschau“. In: Klaus HILDEBRAND, Jürgen SCHMÄDEKE und Klaus ZERNACK (Hrsg.): 1939 - an der Schwelle zum Weltkrieg. Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges und das internationale System. Berlin - New York 1990, S.321-326
- BREYER, Richard: „Die deutsche Bevölkerung in Polen 1933 bis 1939“. In: Deutschland und Polen von der nationalsozialistischen Machtergreifung bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Braunschweig 1986, S. 71-81 [Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts für Internationale Schulbuchforschung. Hrsg. v. Ernst HINRICHS; Bd. 22/IX]
- CIENCIAŁA, Anna: „Polish Foreign Policy, 1926-1939. ‚Equilibrium‘: Stereotype and Reality“. In: Polish Review 20 (1975), S. 42-57
- DŁUGOBORSKI, Waclaw und Czesław MADAJCZYK: „Ausbeutungssysteme in den besetzten Gebieten Polens und der UdSSR“. In: Friedrich FORSTMEIER und Hans-Erich VOLKMANN (Hrsg.): Kriegswirtschaft und Rüstung 1939-1945. Düsseldorf 1977, S. 375-416
- DROZDOWSKI, Marian: „The National Minorities in Poland in 1918-1939“. In: Acta Poloniae Historica 22 (1970), S. 226-251
- FINK, Carole: „Stresemanns Minderheitenpolitik 1924-29“. In: Wolfgang MICHALKA und Marshall M. LEE (Hrsg.): Gustav Stresemann. Darmstadt 1982, S. 375-399 [Wege der Forschung; Bd. 539]
- HANSEN, Georg: „‚Damit wurde der Warthegau zum Exerzierplatz des praktischen Nationalsozialismus‘. Eine Fallstudie zur Politik der Einverleibung“. In: Christoph KLEßMANN (Hrsg.): September 1939. Krieg, Besatzung, Widerstand in Polen. Göttingen 1989, S.55-72
- HAUSER, Przemysław: „Die deutsche Minderheit in Polen“. In: Die deutsch-polnischen Beziehungen 1919-1932. Braunschweig 1985, S. 67-88 [Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts für Internationale Schulbuchforschung. Hrsg. v. Ernst HINRICHS; Bd. 22/VIII]
- HEINEMANN, Ulrich: „Krieg und Frieden an der ‚inneren Front‘. Normalität und Zustimmung, Terror und Opposition im Dritten Reich“. In: Christoph KLEßMANN (Hrsg.): Nicht nur Hitlers Krieg.

- Der Zweite Weltkrieg und die Deutschen. Düsseldorf 1989, S. 25-49 [Nordrhein-westfälische Schriften zur Geschichte und Politik; Bd. 2]
- HILDEBRAND, Klaus: „Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges und das internationale System“. In: DERS., Jürgen SCHMÄDEKE und Klaus ZERNACK (Hrsg.): 1939 - an der Schwelle zum Weltkrieg. Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges und das internationale System. Berlin - New York 1990, S. 3-20 [Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin; Bd. 76]
- HILLGRUBER, Andreas: „Deutschland und Polen in der internationalen Politik 1933-1939“. In: Deutschland und Polen von der nationalsozialistischen Machtergreifung bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Braunschweig 1986, S. 47-62 [Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts für Internationale Schulbuchforschung. Hrsg. v. Ernst HINRICHS; Bd. 22/IX]
- HOENSCH, Jörg K.: „Deutschland, Polen und die Großmächte 1919-1932“. In: Die deutsch-polnischen Beziehungen 1919-1932. Braunschweig 1985, S. 19-34 [Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts für Internationale Schulbuchforschung. Hrsg. v. Ernst HINRICHS; Bd. 22/VIII]
- DERS.: „Der Hitler-Stalin-Pakt und Polen“. In: Erwin OBERLÄNDER (Hrsg.): Hitler-Stalin-Pakt 1939. Das Ende Ostmitteleuropas? Frankfurt 1989, S. 43-60
- DERS.: „Polen und die Tschechoslowakei - oder das Scheitern der slawischen Solidarität“. In: Karl BOSL (Hrsg.): Gleichgewicht - Revision - Restauration. Die Außenpolitik der Ersten Tschechoslowakischen Republik im Europasystem der Pariser Vororteverträge. München - Wien 1976, S. 277-313 [Vorträge und Tagungen des Collegium Carolinum in Bad Wiessee am Tegernsee vom 27. bis 30. November 1975 und vom 22. bis 25. April 1976]
- JACOBMEYER, Wolfgang: „Die deutschen Minderheiten in Polen und in der Tschechoslowakei in den dreißiger Jahren“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 36 (1986), Heft 31, S. 17-25
- DERS.: „Der Überfall auf Polen und der neue Charakter des Krieges“. In: Christoph KLEßMANN (Hrsg.): September 1939. Krieg, Besatzung, Widerstand in Polen. Göttingen 1989, S. 16-37
- JAWORSKI, Rudolf: „Deutsch-polnische Feindbilder“. In: Deutschland und Polen von der nationalsozialistischen Machtergreifung bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Braunschweig 1986, S. 177-193 [Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts für Internationale Schulbuchforschung. Hrsg. v. Ernst HINRICHS; Bd. 22/IX]
- KALISCH, Johannes: „Wirksamkeit und Grenzen des deutsch-polnischen Presseprotokolls vom 24. Februar 1934“. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 24 (1976), Heft 9, S.1006-1022
- KERSHAW, Ian: „How Effective Was Nazi Propaganda?“. In: David WELCH (Hrsg.): Nazi Propaganda. The Power and the Limitations. London u.a. 1983, S. 180-205
- KORZEC, Paweł: „Polen und der Minderheitenschutzvertrag“. In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas. Neue Folge. 22 (1974), S. 515-555
- KRASUSKI, Jerzy: „The Versailles System and the Origins of the Second World War“. In: Acta Poloniae Historica 22 (1970), S. 123-135

- KREKELER, Norbert: „Die deutsche Minderheit in Polen und die Revisionspolitik des Deutschen Reiches 1919-1933“. In: Wolfgang BENZ (Hrsg.): Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen. Frankfurt/M. 1985, S. 15-28
- LONGERICH, Peter: „Nationalsozialistische Propaganda“. In: Karl-Dietrich BRACHER, Manfred FUNKE und Hans-Adolf JACOBSEN (Hrsg.): Deutschland 1933-1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft. Bonn 1992, S. 291-314 [Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung; Bd. 314]
- ŁUCZAK, Czesław: „Die polnisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen in den Jahren 1918-1932“. In: Die deutsch-polnischen Beziehungen 1919-1932. Braunschweig 1985, S. 125-136 [Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts für Internationale Schulbuchforschung. Hrsg. v. Ernst HINRICHS; Bd. 22/VIII]
- MEGERLE, Klaus: „Danzig, Korridor und Oberschlesien. Zur deutschen Revisionspolitik gegenüber Polen in der Locarno-Diplomatie“. In: Wilhelm BERGES u.a. (Hrsg.): Jahrbuch für Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands. Bd. 25. Berlin 1976, S. 145-178
- MESSERSCHMIDT, Manfred: „Außenpolitik und Kriegsvorbereitung“. In: Wilhelm DEIST u.a.: Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik. Stuttgart 1979, S. 535-701 [Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Hrsg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt; Bd. 1]
- MEYER, Enno: „Die deutsch-polnischen Schulbuchgespräche von 1937/38“. In: Internationale Schulbuchforschung 10 (1988), Heft 4, S. 403-418
- MICHAELSEN, Rudolf: „Das deutsch-polnische Minderheitenproblem im internationalen Zusammenhang“. In: Die deutsch-polnischen Beziehungen 1919-1932. Braunschweig 1985, S. 89-95 [Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts für Internationale Schulbuchforschung. Hrsg. v. Ernst Hinrichs; Bd. 22/VIII]
- NOLLER, Sonja: „Der Völkische Beobachter“. In: DIES. und Hildegard von KOTZE (Hrsg.): Facsimile Querschnitt durch den Völkischen Beobachter. München - Bern - Wien 1967, S. 4-13 [Facsimile Querschnitte durch alte Zeitungen und Zeitschriften; Bd. 9]
- ROHDE, Horst: „Kriegsbeginn 1939 in Danzig - Planungen und Wirklichkeit“. In: Wolfgang MICHALKA (Hrsg.): Der Zweite Weltkrieg. Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz. München 1989, S. 462-481
- ROOS, Hans: „Polen zwischen den Weltkriegen“. In: Werner MARKERT (Hrsg.): Osteuropa-Handbuch Polen. Köln - Graz 1959, S. 18-68
- RUNZHEIMER, Jürgen: „Die Grenzzwischenfälle am Abend vor dem deutschen Angriff auf Polen“. In: Wolfgang BENZ und Hermann GRAML (Hrsg.): Sommer 1939. Die Großmächte und der Europäische Krieg, S. 107-147 [Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. Hrsg. v. Karl-Dietrich BRACHER und Hans-Peter SCHWARZ; Sondernummer]
- RYSZKA, Franciszek: „Deutsche und Polen. Grundlage und Struktur ihrer Feindbilder am Vorabend und zu Beginn des Zweiten Weltkrieges“. In: Karl-Dietrich BRACHER, Manfred FUNKE und Hans-Peter SCHWARZ (Hrsg.): Deutschland zwischen Krieg und Frieden. Beiträge zur Politik und

- Kultur im 20. Jahrhundert. Bonn 1990, S. 56-65 [Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung; Bd. 295]
- SCHIEDER, Wolfgang und Christof DIPPER: „Propaganda“. In: Otto BRUNNER, Werner CONZE und Reinhart KOSELLECK (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Bd. 5. Stuttgart 1984, S. 69-112
- SCHRAMM, Gottfried: „Der Kurswechsel der deutschen Polenpolitik nach Hitlers Machtergreifung“. In: Roland G. FOERSTER (Hrsg.): „Unternehmen Barbarossa“. Zum historischen Ort der deutsch-sowjetischen Beziehungen von 1933 bis Herbst 1941. München 1993, S. 23-34 [Beiträge zur Militärgeschichte. Hrsg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt; Bd. 49]
- SCHULZ, Gerhard: „Deutschland und Polen vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg“. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 33 (1982), Heft 3, S. 154-172
- STEINERT, Marlies G.: „Die Einstellung der deutschen Bevölkerung zum Krieg in den dreißiger Jahren“. In: Klaus HILDEBRAND, Jürgen SCHMÄDEKE und Klaus ZERNACK (Hrsg.): 1939 - an der Schwelle zum Weltkrieg. Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges und das internationale System. Berlin - New York 1990, S. 55-59
- STROBEL, Georg W.: „Die Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands und Polens in den Jahren 1918-1932“. In: Die deutsch-polnischen Beziehungen 1919-1932. Braunschweig 1985, S. 109-123 [Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts für Internationale Schulbuchforschung. Hrsg. v. Ernst HINRICHS; Bd. 22/VIII]
- TAYLOR, Richard: „Goebbels and the Function of Propaganda“. In: David WELCH (Hrsg.): Nazi Propaganda. The Power and the Limitations. London u.a. 1983, S. 29-44
- VOLKMANN, Hans-Erich: „Polen im politisch-wirtschaftlichen Kalkül des Dritten Reiches 1933-1939“. In: Wolfgang MICHALKA (Hrsg.): Der Zweite Weltkrieg. Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz. München 1989, S. 74-92
- WAGNER, Gerhard: „Die Weimarer Republik und die Republik Polen 1919-1932“. In: Die deutsch-polnischen Beziehungen 1919-1932. Braunschweig 1985, S. 35-47 [Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts für Internationale Schulbuchforschung. Hrsg. v. Ernst HINRICHS; Bd. 22/VIII]
- WENDT, Bernd-Jürgen: „Danzig - Ein Bauer auf dem Schachbrett nationalsozialistischer Außenpolitik“. In: Manfred FUNKE (Hrsg.): Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches. Düsseldorf 1976, S. 774-794 [Bonner Schriften zur Politik und Zeitgeschichte. Hrsg. v. Karl-Dietrich BRACHER und Hans-Adolf JACOBSEN; Bd. 12]
- WETTE, Wolfram: „Ideologien, Propaganda und Innenpolitik als Voraussetzungen der Kriegspolitik des Dritten Reiches“. In: Wilhelm DEIST u.a.: Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik. Stuttgart 1979, S. 25-173 [Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Hrsg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt; Bd. 1]
- DERS.: „Zur psychologischen Mobilmachung der deutschen Bevölkerung 1933-1939“. In: Wolfgang MICHALKA (Hrsg.): Der Zweite Weltkrieg. Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz. München 1989, S. 205-223

- WINKLER, Heinrich August: „Im Schatten von Versailles. Das deutsch-polnische Verhältnis während der Weimarer Republik“. In: Ewa KOBYLŃSKA, Andreas LAWATY und Rüdiger STEPHAN (Hrsg.): Deutsche und Polen. 100 Schlüsselbegriffe. München - Zürich 1992, S. 95-103
- WOJCIECHOWSKI, Marian: „Der historische Ort der polnischen Politik in der Genesis des Zweiten Weltkrieges“. In: Klaus HILDEBRAND, Jürgen SCHMÄDEKE und Klaus ZERNACK (Hrsg.): 1939 - an der Schwelle zum Weltkrieg. Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges und das internationale System. Berlin - New York 1990, S. 259-275
- WOLLSTEIN, Günter: „Die Politik des nationalsozialistischen Deutschlands gegenüber Polen“. In: Manfred FUNKE (Hrsg.): Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches. Düsseldorf 1976, S. 795-810 [Bonner Schriften zur Politik und Zeitgeschichte. Hrsg. v. Karl-Dietrich BRACHER und Hans-Adolf JACOBSEN; Bd. 12]
- WRZESIŃSKI, Wojciech: „Die Politik der nationalsozialistischen Machthaber gegenüber der polnischen Minderheit in Deutschland (1933-1945)“. In: Deutschland und Polen von der nationalsozialistischen Machtergreifung bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Braunschweig 1986, S. 85-92 [Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts für Internationale Schulbuchforschung. Hrsg. v. Ernst HINRICHS; Bd. 22/IX]
- WYNOT, Edward D.: „The Polish Germans, 1919-1939. National Minority in a Multinational State“. In: Polish Review 27 (1972), S. 23-64
- ZGÓRNIAK, Marian: „Militärpolitische Lage und Operationspläne Polens vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges“. In: Wolfgang MICHALKA (Hrsg.): Der Zweite Weltkrieg. Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz. München 1989, S. 447-461

Hiermit erkläre ich an Eides Statt, daß ich die vorliegende Arbeit selbstständig und nur mit den angegebenen und zulässigen Hilfsmitteln angefertigt habe.

Saarbrücken, den 26. März 1994